

# Blätter für deutsche und internationale Politik

**Trump: Faschismus  
ante portas?**  
Christopher Browning

**Die Tyrannei des  
Überwachungs-  
kapitalismus**  
Shoshana Zuboff

**Liberal sein oder nicht sein:  
Die Existenzkrise der Republik**  
Jens Hacke

**Ordnungsmacht Europa**  
Jürgen Trittin

**Syrien als Beute**  
Kristin Helberg

**Großbritannien vor dem Zerfall?**  
Anthony Barnett

**Smart City: Die Stadt der Konzerne**  
Arno Brandt und Dieter Läßle

**»Es ist Zeit für Mut«**  
Chimamanda Ngozi Adichie



**DEMOCRACY LECTURE 2018**  
der Blätter für deutsche und internationale Politik

**RICHARD  
SENNETT  
DER KAMPF  
UM DIE  
STADT**

**8. November 2018, 19 Uhr**  
**Haus der Kulturen der Welt, Berlin**

Vortrag und Debatte mit: **Francesca Bria** (Barcelona)  
und **Andrej Holm** (Berlin)

Eintritt frei



In Kooperation mit  
**HKW**  
Haus der Kulturen der Welt

[www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)

Mit freundlicher  
Unterstützung des  
Carl Hanser Verlags

# Blätter für deutsche und internationale Politik

**Monatszeitschrift**  
**63. Jahrgang**  
**Heft 11/2018**

## **Herausgeberkreis**

Katajun Amirpur · Seyla Benhabib  
Norman Birnbaum · Peter Bofinger  
Ulrich Brand · Micha Brumlik  
Dan Diner · Jürgen Habermas  
Detlef Henschel · Rudolf Hickel  
Claus Leggewie · Ingeborg Maus  
Klaus Naumann · Jens Reich  
Rainer Rilling · Irene Runge  
Saskia Sassen · Karen Schönwälder  
Friedrich Schorlemmer · Gerhard Stuby  
Hans-Jürgen Urban · Rosemarie Will

## **Begründet von**

Hermann Etzel · Paul Neuhöffer  
und Karl Graf von Westphalen  
Weitergeführt von  
Karl D. Bredthauer

## **Verlag**

Blätter Verlagsgesellschaft mbH  
Berlin

# INHALT

## 11'18

### REDAKTION

Anne Britt Arps  
Daniel Leisegang  
Albrecht von Lucke  
Annett Mängel  
Steffen Vogel

### BESTELLSERVICE

Tel: 030/3088-3644  
E-Mail: abo@blaetter.de

### WEBSITE

[www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)

### KOMMENTARE UND BERICHTE

- 5 **Gespaltene Mitte:  
Regieren am Abgrund**  
Albrecht von Lucke
  
- 9 **»Die Rechte«: Von der Holo-  
caustleugnung zum Terror**  
Hendrik Puls
  
- 13 **Katholische Kirche:  
Missbrauch ohne Strafe?**  
Christiane Florin
  
- 17 **Wider die Wohnungsnot:  
Besteuert den Boden!**  
Jonathan Barth, Oliver Richters  
und Andreas Siemoneit
  
- 21 **Der Fall Kavanaugh oder:  
Backlash in the USA**  
Tamara Ehs
  
- 24 **Das Recht der Schwächeren:  
70 Jahre Menschenrechte**  
Miriam Saage-Maaß
  
- 29 **Südafrika: Der Kampf  
ums geraubte Land**  
Layla Al-Zubaidi und  
Jochen Luckscheiter

### DEBATTE

- 33 **Judenhasser allerorten?**  
Georg Auernheimer

### KOLUMNE

- 37 **Sie wussten, was sie tun**  
Benjamin Franta

## ANALYSEN UND ALTERNATIVEN

- 41 Weimar in Washington:  
Die Totengräber der Demokratie**  
Christopher R. Browning
- 51 Liberal sein oder nicht sein:  
Die Existenzkrise der Republik**  
Jens Hacke
- 67 »Es ist Zeit für Mut«**  
Was uns Literatur heute lehren kann  
Chimamanda Ngozi Adichie
- 73 Ordnungsmacht Europa:  
Für eine wertebasierte Realpolitik**  
Jürgen Trittin
- 83 Syrien als Beute:  
Der Wiederaufbau einer Diktatur**  
Kristin Helberg
- 93 Großbritannien vor dem Zerfall:  
Der Brexit als englischer Sonderweg?**  
Anthony Barnett
- 101 Der dressierte Mensch**  
Die Tyrannei des Überwachungskapitalismus  
Shoshana Zuboff
- 113 Smart City oder:  
Die Stadt der Konzerne?**  
Arno Brandt und Dieter Läßle

## SCHLAGLICHT

- 65 Alexander Gauland:  
Selbstradikalisierung eines  
Konservativen**  
Bastian Reichardt

## AUFGESPIESST

- 99 Rote im Abgang**  
Jan Kursko

## BUCH DES MONATS

- 121 Der Todesmarsch  
als Gemeinschafts-  
verbrechen**  
Barbara Distel

## EXTRAS

- 39 Kurzgefasst**  
**124 Dokumente**  
**125 Chronik des Monats  
September 2018**  
**128 Zurückgeblättert**  
**128 Impressum und  
Autoren**

**EDITION • LE MONDE** *diplomatique*



Jetzt bestellen:  
030-259 02-138  
shop@taz.de  
8,50 €

taz Verlags- und Vertriebs-GmbH • Rudi-Dutschke-Str. 23 • 10969 Berlin

## Kinder, Essen ist fertig!

Der Mensch nimmt im Laufe eines 80-jährigen Lebens 120 000 Mahlzeiten zu sich. Essen ist heute politischer als je zuvor: Während die einen jeden Tag darüber nachdenken müssen, wie sie ihre Kinder satt bekommen, und in manchen Weltregionen Hunger als Kriegswaffe eingesetzt wird, zerbrechen sich andere den Kopf darüber, welches Superfood am besten in ihren Diätplan passt. Wie sollen in Zukunft 8 Milliarden Menschen satt werden? Mit Kunstfleisch aus der Petrischale, mit Fisch aus Unterwasserkäfigen und Tomaten aus der Sahara? Wir schauen auf die Äcker und in die Töpfe und trauern mit den Imkern um das Bienensterben.

Mit Essays und Reportagen von Jitendra Choubey, Christiane Grefe, Manfred Kriener, Hilal Sezgin u.a. und einem Interview mit Benny Härlin. 112 Seiten, inklusive Karten und Grafiken

monde-diplomatique.de

Albrecht von Lucke

## Gespaltene Mitte: Regieren am Abgrund

Die beiden Landtagswahlen dieses Jahres, in Bayern wie auch in Hessen, stehen für eine Zäsur in der Geschichte der Republik, nämlich für eine erhebliche Verschiebung in der bürgerlichen Mitte – von schwarz und rot zu grün –, zunehmende Unmöglichkeit linker Regierungswechsel sowie anhaltende Instabilität. Und wenig spricht dafür, dass sich an diesem dreifachen Trend so bald wieder etwas ändern dürfte.

Wenn der Freistaat am 8. November seinen 100. Geburtstag begeht – er wurde einen Tag vor Ausrufung der späteren Weimarer Republik gegründet –, dann wird dieses Bundesland ein anderes sein als in den vergangenen 60 Jahren. Mit dem 14. Oktober verlor die CSU ihren Nimbus als bayerische Staatspartei, die die Gesellschaft in fast allen Bereichen prägen und formieren konnte. Über Jahrzehnte ist es der CSU gelungen, die Luftheit in den Kirchen, Vereinen und an den Stammtischen zu verteidigen und auf diese Weise christlich-sozial, liberal und konservativ Gesonnene in einer Partei zu vereinen. Doch seit der großen Flucht von 2015 ging die umfassende kulturelle Hegemonie verloren, hat die Partei den Faden zum liberalen Bürgertum abreißen lassen. Durch die eigene Entbürgerlichung, ihr Anschmiegen an die AfD, hat die CSU der eigenen Erfolgsgeschichte den Garaus gemacht. Das Ergebnis ist eine hoch polarisierte Bevölkerung und ein gespaltenes Bürgertum. Das ist weit mehr als eine bloße „Momentaufnahme“, wie der CSU-Ehrevorsitzender Edmund Stoiber meint, sondern ein dramatischer Verlust im gesamten „vorpolitischen Raum“ (Theo Waigel). Die einzigartige Symbiose einer Partei

mit der Bevölkerung wurde aufgebrochen, insoweit geht in der Tat eine Epoche zu Ende. Denn der alte und neue Ministerpräsident Markus Söder dürfte kaum vollbringen, was einem seiner Vorgänger noch gelang. Als die NPD 1966 überraschend mit 7,4 Prozent ins bayerische Parlament einzog, schaffte es Franz Josef Strauß, die Wähler wieder zurück zu holen. Dieses Mal ist das Versagen der CSU weit größer, hat die Partei doch gleich in zwei Richtungen verloren: nach rechts, an die AfD wie an die Freien Wähler, und nach links, oder genauer: in der Mitte, nämlich an die Grünen.

Das bayerische Trio infernale hat mit seiner „Herrschaft des Unrechts“ (Horst Seehofer), seiner „konservativen Revolution“ (Alexander Dobrindt) und seinem „Ende des geordneten Multilateralismus“ (Markus Söder) in dreijähriger Selbstbeschäftigung und Selbstbeschädigung die Union aus CDU und CSU an den Rand des Untergangs gebracht – und zugleich ein Aufbauwerk für die AfD geleistet. Zwar schlug Söder als frisch ernannter Ministerpräsident erst einen liberalen Kurs ein. Als er aber glaubte, mit AfD-Rhetorik („Asyltourismus“) und -Politik punkten zu müssen, verprellte er mit Kreuzfixerlass und Polizeiaufgabengesetz auch noch die liberale, christliche Mitte – und trieb damit seine eigene Partei in eine Zerreißprobe zwischen liberalen und reaktionären Kräften. Unzählige klassische CDU-Wähler haben so zum ersten Mal nicht CSU, sondern grün gewählt. Faktisch wurde durch die CSU eine Ersatz-CDU in Bayern aufgebaut, namens Bündnis 90/Die Grünen. Und während im Falle von Schwarz-Grün in Baden-Württemberg und Hes-

sen oft von einer Wiedervereinigung des Bürgertums die Rede war, erleben wir in Bayern das Gegenteil, nämlich die Abspaltung des bisher in großem Maße in der CSU vereinten Bürgertums – in eine populistische und eine anti-populistische Richtung.

### Grüne Antipopulisten

Profiteure des bundesweiten Rechts-populismus sind ganz offensichtlich die Grünen, wie ihre immensen Zuwächse belegen. Die Grünen haben damit das „Momentum“ – um mit Jeremy Corbyns erfolgreicher Bewegung zu sprechen –, dass SPD und Linkspartei, aber vor allem auch die linke Sammlungsbewegung „aufstehen“ gerade nicht haben. Speziell letztere hat völlig verkannt, dass die progressive Antwort auf rechten Populismus eben nicht ein linker Populismus ist, sondern die Verteidigung der liberalen, weltoffenen Gesellschaft. Insofern war auch die Absage der „aufstehen“-Gründerin Sahra Wagenknecht an die überwältigend starke „unteilbar“-Demonstration in Berlin zweifellos keine Wahlwerbung für die eigene Partei (deren Ergebnis in Bayern mit 3,2 Prozent entsprechend mager ausfiel) und darüber hinaus auch politisch verheerend. Wer nämlich selbst, wie Wagenknecht und Oskar Lafontaine, die Begrenzung der Migration fast obsessiv in den Mittelpunkt stellt, eröffnet kein neues Diskursfeld, sondern tanzt letztlich nach der Pfeife der AfD. Im Endeffekt wählt der derart populistisch Umworbene offensichtlich doch lieber das Original, wie die starken Werte der AfD belegen, die nach den Wahlen in Bayern und Hessen in allen Landesparlamenten vertreten sein wird. Eines Besseren belehrt werden daher auch all jene, die seit Jahren mit der Politikwissenschaftlerin und „aufstehen“-Inspiratorin Chantal Mouffe behaupten, es gebe heute in einer vermeintlich bloß liberal-mittigen Gesell-

schaft keine politischen Unterschiede und wählbaren Alternativen mehr, weshalb linker Populismus das Gebot der Stunde sei. Spätestens mit dem Aufkommen der AfD und angesichts der Selbstradikalisierung der CSU ist diese widerlegt. Angesichts der „rohen Bürgerlichkeit“ (Wilhelm Heitmeyer) von AfD und CSU verkörpern offensichtlich die Grünen am besten die „neue (liberale) Bürgerlichkeit“.

Den Grünen ist es gelungen, durch die (auch vom Autor durchaus kritisierte)<sup>1</sup> neu-bürgerliche Mittigkeit des Kretschmann-Flügels anschlussfähig zu werden an vormalige Unions-Wählerinnen und Wähler. In Bayern wurde diese eher konservative Grundströmung der Partei verbunden mit dem frischen ökologischen Wind des doppelten Spitzenduos Baerbock/Habeck (Berlin) und Hartmann/Schulze (München). Gerade nach diesem Jahrhundert-Sommer und Dieselgipfel-Herbst stehen die Grünen für die populären, durchaus links-konservativen Zukunftsthemen, die gerade junge Wählerinnen und Wähler ansprechen: Umwelt- und Klimaschutz, national wie global gedacht, also auch als Fluchtursachenbekämpfung und damit einhergehend als Verteidigung von Heimat, hier wie im globalen Süden. Daraus erwachsen immense strategische Chancen der Grünen, sich auf Dauer in der Mitte festzusetzen – nicht zuletzt in Bayern, wo es mit der sich abzeichnenden „Bayernkoalition“ aus CSU und Freien Wählern zu einem bloßen „Weiter-so“ kommen dürfte. „Bayern first“ wird weiterhin – und mit den Freien Wählern eher noch lauter – die Parole sein. Markus Söder steckt damit in der fast aussichtslosen Lage, dass er, um zu alter Stärke zurückzufinden, die Abgänger nach rechts, zur AfD, wie nach links, zu den Grünen, zurückgewinnen müsste. Da er diesen Spagat nicht zuwege bringen kann,

1 Albrecht von Lucke, Vom Winde verweht: Die Grünen ohne Gewicht, in: „Blätter“, 4/2017, S. 5-8.

spricht viel dafür, dass er sich primär auf die neuen Rechtswähler (bei AfD und Freien Wählern) konzentrieren wird, womit für die Grünen in der liberalen Mitte viel Platz bliebe.

Theoretisch müsste der politische Raumgewinn der Grünen in der Mitte somit neue Chancen für linke Koalitionen eröffnen. Das allerdings entpuppt sich mit der Bayern-Wahl als Illusion. Faktisch ist das, was man bis vor Kurzem noch als linkes Lager bezeichnet hat, weiter geschrumpft. Denn die Gewinne durch die Grünen kompensieren nicht die Verluste der SPD – und stehen immensen Gewinnen der AfD gegenüber. Die Rechtsverschiebung in der ganzen Republik geht also weiter; die politische Linke ist von einer Machtperspektive weiter entfernt denn je.

### SPD in der Überlebenskrise

Dreh- und Angelpunkt dieser linken Machtkrise ist die SPD. Mit dem Absturz auf 9,7 Prozent und Platz 5 in Bayern – ihr bisher schlechtestes Ergebnis bei einer Landtagswahl – ist die SPD in eine echte Überlebenskrise geraten. Von Baden-Württemberg über Bayern bis tief in den Osten liegt sie heute deutlich näher bei zehn als bei 20 Prozent. Und im Bund ist sie davon in Umfragen auch nicht mehr weit entfernt. Damit ist die Partei nicht mehr in der Lage, um die Posten der Ministerpräsidenten und den der Bundeskanzlerin zu konkurrieren, womit sie ihren Volksparteistatus verloren hat. Der SPD fehlt es zum erfolgreichen Regieren derzeit an zwei grundlegenden Voraussetzungen: erstens, nach 16 Jahren unentwegter Koalitionsbeteiligung in den letzten 20 Jahren, am erforderlichen Regierungswillen, und zweitens an einem strategischen Zentrum, das in der Lage wäre, dem zunehmenden Fatalismus in der Partei etwas entgegenzusetzen. Bereits das kollektive Führungsversagen nach der Wahl

und insbesondere nach dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen hat der SPD-Führung massiv geschadet. Und mit jedem neuerlichen Versagen, wie in der Causa Maaßen, wird das gewaltige Misstrauen in der Partei gegen die eigene Spitze stärker, obsiegt die Haltung: „Besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende“.

Allerdings sollten sich die GroKo-Kritiker in der SPD eines bewusst machen: Diese Krise geht über schlechten Regierungsstil und strategisches Versagen weit hinaus – und wird auch durch den Ausstieg aus der großen Koalition nicht beseitigt. Denn ihre Ursachen liegen tiefer. Was der SPD seit der Agenda-Ära und der anschließenden Abspaltung der Linkspartei fehlt, ist ein glaubwürdiges Alleinstellungsmerkmal wie vormals die soziale Gerechtigkeit. Heute verfügt offenbar niemand in der Partei über eine begeisterungsfähige Idee oder zumindest über eine Vorstellung davon, was sozialdemokratische Politik im 21. Jahrhundert bedeuten könnte. Und gleichzeitig bliebe bei einem Koalitionsausstieg auch das zweite Kernproblem der vergangenen Wahlen erhalten: die fehlende arithmetische Machtperspektive auf der Linken.

Fest steht damit aber auch: Mit der sich verschärfenden Existenzkrise der SPD und dem gleichzeitigen Erfolg der Grünen in der Mitte verstärkt sich deren Ausrichtung auf Schwarz-Grün – ja sogar auf eine mögliche Koalition mit der CSU – und wird Rot-Rot-Grün immer unwahrscheinlicher.

Damit haben sich auch all jene bitter getäuscht, die gehofft hatten, dass der immense Verlust der CSU in Bayern SPD und CDU im Bund zu Rückenwind verhelfen würde. Denn eines hat sich durch die Bayernwahl nicht geändert – die Machtfrage auf Bundesebene. Im Gegenteil: Die einzige Partei, so die Ironie der Geschichte, der die Wahl Entlastung in einer durch die eigene Eskalationsstrategie massiv angespannten Lage verschafft hat, ist

die CSU. Auch wenn sie ihren Staatspartei-Nimbus verloren hat: Mit gut 37 Prozent ist sie noch immer die stärkste Formation im Land – und damit die einzige intakte Volkspartei mit klarem Regierungsauftrag.

Was dagegen ihre Schwesterpartei anbelangt, ist die Lage weit prekärer. Schaut man nach Ostdeutschland und nach Berlin, liegt die CDU dort teilweise deutlich unter 20 Prozent. Auch ihr Status als Volkspartei ist also – durch die neue rechte Konkurrenz der AfD – ernsthaft gefährdet. Und mit der Hessen-Wahl und dem absehbar schlechten Abschneiden von Ministerpräsident Volker Bouffier wird auch die CDU vom Bayern-Phänomen eingeholt werden – dem Abgang der Wählerinnen und Wähler nach rechts, in Richtung AfD, und nach links, zu gestärkten Grünen. Dann wird – genau wie in der SPD – auch in der CDU die Führungsfrage aufbrechen, pünktlich zur Wiederwahl der Vorsitzenden auf dem CDU-Parteitag am 7. und 8. Dezember.

Die gesamte große Koalition steht damit auf dem Prüfstand. Wer sich über drei Jahre, seit 2015, selbst blockiert, erzeugt zwangsläufig dramatische Fliehkräfte, in diesem Fall zu AfD und Grünen. Die große Koalition muss daher endlich mehr sein als eine bloße Notgemeinschaft, zusammengehalten nur von der Angst vor dem noch tieferen Absturz. Aber haben die drei Parteien noch die Kraft – und vor allem den Willen – zur Kooperation? Objektiv betrachtet gilt das demokratische Mandat noch für drei Jahre. Zudem kann die SPD die Koalition derzeit eigentlich nicht beenden wollen, zu sicher wäre der Absturz auf unter 15 Prozent. Und die Lage der CDU wäre nicht wesentlich besser: Sie stünde ohne eine taugliche Merkel-Nachfolgerin da, wenn man von dem sich bereits als Retter in der Not anbietenden Wolfgang Schäuble absieht. Allerdings ist auch der Leidensdruck in der großen Koalition unterschiedlich verteilt. Ohne einen echten Neuanfang wird die SPD die große Koalition nicht mehr lan-

ge ertragen. Spätestens mit den voraussichtlich verheerenden Ergebnissen bei den ostdeutschen Landtagswahlen in einem Jahr könnte Schluss sein – wenn denn die SPD nach Hessen überhaupt so lange durchhält.

Die entscheidende Frage lautet daher, ob ein Neuanfang mit dem aktuellen Personal überhaupt funktionieren kann. Das Fatale daran: SPD und CDU bleiben weiter Geiseln der CSU als der stabilsten Kraft. Vieles wird davon abhängen, was den Bayern am opportunisten erscheint: Weiter mit einem ständigen Störfaktor namens Seehofer oder doch ein Neustart – in Bayern *und* Berlin? Offensichtlich wächst der Druck auf Horst Seehofer – und Markus Söder als derzeit stärkster Akteur hat zweifellos auch den Willen zum Parteivorsitz. Allerdings ist die „Merkel-muss-weg-Fraktion“ in der CSU, aber auch in Teilen der CDU, keinesfalls erledigt. Mit dem Abgang von Seehofer hätten dessen liberale Gegner gesiegt. Auch deshalb halten manche Merkel-Gegner unbeirrbar an ihm fest.

Eines allerdings trifft auf alle Beteiligten zu: Keiner derer, die ein Ende der GroKo ersehnen, kann erklären, was danach besser würde – insbesondere in der Auseinandersetzung mit der AfD, dem voraussichtlich großen Gewinner bei vorgezogenen Neuwahlen. Insofern müsste selbst die CSU eigentlich ein Interesse an einer Fortsetzung der Koalition haben – und damit an der baldigen Abberufung ihres Parteivorsitzenden und Bundesinnenministers. Allerdings hat die bayerische „Mia san mia“-Partei in den letzten drei Jahren allzu deutlich gemacht, zu welch verheerender Irrationalität sie fähig ist. Sollte es daher tatsächlich zu einem Ende der großen Koalition kommen, stünden jedenfalls die erstarkten Grünen für Jamaika bereit – schon um ihren politischen Bodengewinn in die Tat umzusetzen. Blicke nur abzuwarten, wie ihnen dann – bei all ihrem euphorischen Mitgestaltungs-Idealismus – die harte Realität des Regierens bekommt.

Hendrik Puls

## »Die Rechte«: Von der Holocaustleugnung zum Terror

Auf die Frage nach den zentralen Akteuren und Profiteuren des aktuellen Rechtsrucks fällt die Antwort meist eindeutig aus: die Alternative für Deutschland (AfD). Die Neonazi-Szene scheint hingegen eher am Rande zu stehen. Die rassistischen Mobilisierungen von Cottbus über Chemnitz bis Köthen und die entscheidende Rolle, die organisierte Neonazis bei diesen „Bürgerprotesten“ spielten, könnte diese verzerrte Wahrnehmung allerdings jetzt ändern. Die Polizeimaßnahmen gegen die mutmaßlich rechtsterroristische Neonazi-Gruppe namens Revolution Chemnitz haben erneut gezeigt, welch immense Gefahr heute von bewaffneten und zu schweren Gewalttaten bereiten Neonazis ausgeht.

Nach allem, was bislang bekannt ist, entstammen die Verdächtigen dem Milieu der organisierten Neonaziszene und hatten sich zum Teil zuvor in der 2007 verbotenen Neonazi-Gruppe Sturm 34 betätigt. Endlich, muss man sagen, gerät die rechtsradikale Szene nun in den Fokus der Aufmerksamkeit, obwohl es ihr bereits 2014, mit Beginn der Pegida-Proteste, gelungen ist, als Teil dieser Proteste akzeptiert zu werden. Erstmals wurde Neonazis damit eine Bündnisfähigkeit zugesprochen, selbst wenn sie mit einschlägigen Fahnen oder Slogans in Erscheinung traten. Mittlerweile ist auch bei der AfD „das Tabu der Einbeziehung offen neonazistischer und gewaltbereiter Gruppen unter der Chiffre ‚Bürgerprotest‘ endgültig gefallen“.<sup>1</sup>

Die Ironie der Geschichte: Aus Sicht organisierter Neonazi-Funktionäre besteht nun die Gefahr, angesichts der Konjunktur der AfD an öffentlicher Wahrnehmbarkeit einzubüßen. Die NPD beispielsweise, einst zumindest in Teilen Ostdeutschlands auch bei Wahlen erfolgreich, ist heute bereits nahezu in die Bedeutungslosigkeit abgerutscht. Als Gegenmaßnahmen setzen organisierte Neonazis umso mehr auf provokative Aktionen mit radikalem Gestus. Die NPD startete eine Kampagne, die zur Schaffung von „Schutzzonen“ durch die Bildung von Bürgerwehren aufruft, und gab dafür den Slogan aus: „Populisten demonstrieren gegen Zuwandererkriminalität. Wir handeln.“ Die Rechte, trotz ihrer geringen Mitgliederzahl von rund 650 Personen derzeit eine der wichtigsten neonazistischen Organisationen, mobilisiert dagegen seit Monaten unter dem Motto „Freiheit für Ursula Haverbeck“. Die notorische Holocaustleugnerin aus Ostwestfalen ist seit Mai in der JVA Bielefeld inhaftiert. Schon wenige Tage nach ihrer Verhaftung zogen 400 Neonazis vor die JVA. Anlässlich ihres 90. Geburtstags soll nun am 10. November in Bielefeld ein Großaufmarsch durchgeführt werden.

### Rechtsradikalismus nach 1945

Auch hier zeigt sich das eskalierende Prinzip: Während Björn Höcke eine „geschichtspolitische 180-Wende“ fordert, macht Die Rechte damit wirklich ernst – und knüpft damit an lange Traditionen der organisierten Rechten an.

1 David Begrich, Wie auf Speed, in: „Analyse & Kritik“, 9/2018, S. 4.

Die Leugnung oder Relativierung der NS-Verbrechen war von Anfang an ein Kernthema des Neonazismus. Erste den Holocaust leugnende Schriften wurden bereits kurz nach Kriegsende publiziert, in den 1970er Jahren wurden diese Veröffentlichungen zahlreicher und es bildete sich ein internationales, aufeinander Bezug nehmendes Netzwerk von Holocaustleugnern heraus. Vielen diesen Schriften ist gemein, dass sie mittels „Imitation von Wissenschaft“<sup>2</sup> die historischen Tatsachen des nationalsozialistischen Massenmordes in Zweifel ziehen.

Ursula Haverbeck leugnet den Holocaust dagegen ganz bewusst in einer Form, durch die sie sich der strafrechtlichen Verfolgung nach Paragraph 130 StGB („Volksverhetzung“) aussetzt. Sie verkörpert den Typus der überzeugten Revisionisten, die als „Propagandisten, [...] der Wirkung halber die Märtyrerrolle suchen“.<sup>3</sup> Auf Geld- und Bewährungsstrafen folgten 2016 die ersten Verurteilungen zu Haftstrafen, gegen die sie stets Revision einlegte. Im Februar 2018 wurde das erste Urteil rechtskräftig; die Vorladung zum Haftantritt ignorierte Haverbeck bewusst, ließ sich von der Polizei verhaften und erklärte im Anschluss, die notwendige „ausgiebige Frühjahrspflege“ ihres Grundstücks habe ihr den Haftantritt unmöglich gemacht. Diese Art der Missachtung der Justiz, gepaart mit dem öffentlichen Negieren der Nazi-Verbrechen, haben Haverbeck zu einer Ikone der Neonazi-Szene werden lassen, die sie als „Große Dame des deutschen Nationalismus, unermüdlische Kämpferin für Meinungs- und Forschungsfreiheit“ verehrt.

Das von Haverbeck ab 1999 geleitete Bildungswerk Collegium Humanum

2 Wolfgang Benz, Die Funktion von Holocaustleugnung und Geschichtsrevisionismus für die rechte Bewegung, in: Stephan Braun et al (Hg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden<sup>2</sup>2016, S. 212

3 Benz, Funktion von Holocaustleugnung, a.a.O., S. 225.

in Vlotho, die Zeitschrift „Stimme des Gewissens“ und nicht zuletzt der am 9. November 2003 gegründete Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten e.V. (VRBHV), als dessen stellvertretende Vorsitzende Haverbeck amtierte, waren über Jahre wichtige Knotenpunkte im internationalen Netzwerk der Holocaustleugner. Dem VRBHV gehörten nahezu sämtliche bekannten Holocaust-Leugner an, darunter Robert Faurisson, Ernst Zündel, Wilhelm Stäglich und Horst Mahler. Erst 2008 wurde der Verein durch das Bundesinnenministerium verboten; seine Akteure blieben aber weiterhin aktiv. So nominierte Die Rechte Haverbeck im April 2018 zur Spitzenkandidatin für die kommende Europawahl. Mit der Kandidatin will die Partei nach eigenen Angaben „die Repressionsorgane“ herausfordern und der Öffentlichkeit zeigen, „wie politische Verfolgung in Deutschland funktioniert“.

### Wahlbeteiligung nur pro forma

Es ist nicht das erste Mal, dass Die Rechte weniger einen klassischen Wahlkampf führt, als vielmehr eine Wahl unter Ausnutzung der spezifischen Parteiprivilegien dazu benutzt, um andere Inhalte öffentlich zu verbreiten. 2013 forderte beispielsweise der TV-Wahlwerbespot zur Bundestagswahl die Freilassung von Neonazis wie Horst Mahler und des NS-Kriegsverbrechers Erich Priebke. Die Rechte beteiligt sich ohnehin nur insoweit an Wahlen, wie dies zur Wahrung des formalen Parteienstatus erforderlich ist. Bei der NRW-Landtagswahl 2017 und der Bundestagswahl im selben Jahr, bei der die Partei nur in Baden-Württemberg antrat, erzielte sie Ergebnisse im Promillebereich. Lediglich zu den Kommunalwahlen 2014 in den nordrhein-westfälischen Großstädten Hamm und Dortmund bemühte sich Die Rechte um einen ernsthaften Wahl-

kampf. Aufgrund fehlender Sperrklausel konnte sie mit 0,9 bzw. 1 Prozent der Stimmen sogar je einen Sitz im Stadtrat gewinnen. In Dortmund bildete sie später eine Gruppe mit der NPD, was ihr den Zugriff auf nicht unerhebliche finanzielle Mittel sicherte. Den bisher größten Ausreißer stellen die zwei Prozent für den Die Rechte-Kandidaten Siegfried Borchardt in dessen Dortmunder Wahlkreis bei der Landtagswahl 2017 dar, während seine Partei im selben Wahlkreis nur 0,4 Prozent der Zweitstimmen erzielte. Der Hintergrund: Die AfD hatte keinen Direktkandidaten aufgestellt, so dass es wohl zu einem Stimmensplitting zu Gunsten Borchardts kam.

Die Kandidatur des mehrfach vorbestraften Borchardt verweist auf die Herkunft der Partei, war der Kreisverbandsvorsitzende von Die Rechte Dortmund doch lange Jahre der unangefochtene Anführer der lokalen Neonazi-Szene. Die Rechte ist eine neonazistische Bewegungspartei, deren Praxis durch eine ständige Protestmobilisierung geprägt ist und deren wichtigster Bezugspunkt die neonazistischen Netzwerke sind. Gegründet Pfingsten 2012 in Hamburg, wenige Wochen nachdem mit der Kameradschaft Köln erstmals in NRW eine Neonazi-Gruppe nach dem Vereinsgesetz verboten wurde, blieb Die Rechte eine Partei ohne nennenswerte Mitgliedschaft und ohne Parteistrukturen unterhalb des Bundesvorstands – bis zu weiteren Verbotsmaßnahmen gegen die drei größten nordrhein-westfälischen Neonazi-Kameradschaften aus Hamm, Dortmund und Aachen im August 2012. Bis dahin war sie eine leere Hülle, die aber nun bereitstand, um als Auffangbecken zu dienen.

Die vormaligen Führungspersonen der verbotenen Gruppen bildeten im September 2012 die Vorstände des ersten Landesverbands und wenig später mehrerer Kreisverbände. Seitdem bietet ihnen Die Rechte den organisatorischen Rahmen, um – unter dem Deck-

mantel einer legalen Partei – die Aktivitäten der verbotenen Kameradschaften bruchlos fortzusetzen. Denn nach juristischer Bewertung des NRW-Innenministeriums erfüllt Die Rechte insgesamt die notwendigen Parteimerkmale. Zudem „durchbricht die Gründung einer Vereinigung in der Form einer politischen Partei den Zusammenhang zwischen einem vereinsrechtlichen Verbot und dem Verbot der Bildung einer Ersatzorganisation“, wie es in einem vom Innenministerium erstellten rechtlichen Gutachten heißt. Ein Verbot der Partei ist damit unwahrscheinlich geworden.

### Immer wieder Dortmund

Dagegen spricht auch, dass Die Rechte nicht über flächendeckende Strukturen verfügt, insbesondere nicht in Ostdeutschland. Dort existiert derzeit nur ein einziger Kreisverband in Sachsen-Anhalt. Das politische Zentrum von Die Rechte liegt eindeutig in Nordrhein-Westfalen, genauer gesagt in Dortmund. Der dortige Kreisverband ist der mitgliederstärkste und seit April stehen auch zwei Dortmunder an der Spitze des Bundesvorstands. Schon der Aktionismus der faktischen Vorläuferorganisation dieses Kreisverbands, der Nationale Widerstand Dortmund, galt bundesweit innerhalb der Neonazi-Szene als stilbildend und vorbildlich. Nach einer kurzen Phase der Verunsicherung nach den Verboten schloss Die Rechte in Dortmund an das bekannte Aktionsrepertoire an.

Dazu zählen neben der sich in zahlreichen Aufmärschen und Kundgebungen manifestierenden Demonstrationspolitik, der Raumkampf um die Vorherrschaft in bestimmten Stadtteilen – vor allem in dem als „Nazi-Kiez“ apostrophierten Dortmund-Dorstfeld –, an Anwohnerproteste anschlussfähige Kampagnen gegen Moscheebauten oder Flüchtlingsheime, subkulturelle Angebote sowie Einschüchterung poli-

tischer Gegner und Gewalt gegen sie. Auch die durch das Verbot verlorengangene Infrastruktur ist mittlerweile vollständig wiederhergestellt.

Inhaltlich hat Die Rechte bei ihrer Gründung 2012 das leicht überarbeitete Programm der aufgelösten Deutschen Volks Union (DVU) übernommen. Mit dem darin enthaltenen Bekenntnis zur „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ ist es Teil der Mimikry des Parteigründers Christian Worch. Dieser hatte erklärt, die neue Partei solle weniger radikal als die NPD sein. Obwohl das Programm bis heute „gilt“, hat es für die Praxis der Partei keinerlei Bedeutung, denn diese ist durch einen verherrlichenden Bezug auf den historischen Nationalsozialismus geprägt. Insofern passt die Solidarisierung mit der notorischen Holocaustleugnerin Haverbeck bestens ins Bild. Mit ihrer Kampagne erzielt Die Rechte durchaus Resonanz über den harten Kern der Neonazi-Szene hinaus, indem sie an die aktuell in der Rechten weit verbreiteten Narrative der angeblich „eingeschränkten Meinungsfreiheit“ anschließen kann.

Bei NS-Rhetorik und Holocaust-Leugnung ist für die Die Rechte allerdings ebenso wenig Schluss wie für ihre rechtsradikalen Chemnitzer Gesinnungsgenossen. Auch in ihrem Umfeld bewegen sich zahlreiche Personen, die als potentielle Rechtsterroristen gelten können – und bisher in der breiteren Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurden. Bis in die Führungsspitze der Partei lassen sich zahlreiche wegen Gewalttaten verurteilte Funktionäre finden. Bereits vor fünf Jahren, am 31. August 2013, warf ein Neonazi aus einer Demonstration von Die Rechte in Dortmund heraus einen Sprengsatz auf Gegendemonstranten und verletzte dabei sechs Personen. Wenig später wurden dieser Neonazis und zwei weitere Personen aus Baden-Württemberg verhaftet, weil sie Sprengsätze gebaut und Anschläge geplant hatten. 2015 ging die Polizei gegen eine Gruppe

Neonazis im bayrischen Bamberg vor, die sich Sprengstoff besorgt hatten und Anschläge gegen Flüchtlingswohnheime geplant haben sollen. Ein Teil der elf Beschuldigten gehörte der Partei Die Rechte an.

Deren damaliger Bundesvorsitzender Worch wollte sich von ihnen und ihren Taten nicht distanzieren, sondern erklärte vielmehr, die Beschuldigten hätten „die Grundregeln der Konspiration missachtet“. Seit Oktober 2018 müssen sich vier dieser Neonazis nun unter anderem wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung vor Gericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen vor, eine Zelle innerhalb der Weissen Wölfe Terrorcrew gebildet zu haben. Einer der Angeklagten erklärte daraufhin, er sei davon ausgegangen, dass es sich bei der Gruppe um einen Fanclub für eine gleichnamige Rechtsrock-Band gehandelt habe.

Die Spur dieser Weissen Wölfe führt allerdings erneut nach Nordrhein-Westfalen, wo Neonazis aus Dortmund und dem Sauerland die Band 1995 gründeten. Wie die teilweise personenidentische Dortmunder Band Oidoxie wurden auch die Weissen Wölfe durch ihre offensive Propagierung des Rechtsterrorismus und ihre Einbindung in das Netzwerk von Combat 18 bekannt.

Hier aber schließt sich endgültig der Kreis: Denn Mitglieder des Oidoxie-Fanclubs bildeten um das Jahr 2004 ebenfalls eine rechtsterroristische Combat 18-Zelle und bewaffneten sich.<sup>4</sup> Ein Teil dieser Dortmunder Neonazis betätigt sich bis heute in Combat 18-Strukturen und hält ebenso engen Kontakt zur Partei Die Rechte. Kurzum, was lernen wir aus alledem? Wer aus Angst vor dem nächsten rechtsradikalen Anschlag heute vor allem nach Chemnitz und Umgebung schaut, sollte niemals einen Blick nach Dortmund vergessen.

4 Vgl. Landtag NRW, Schlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses III, Drs. 16/14400, S.135ff, S. 195ff.

Christiane Florin

## Katholische Kirche: Missbrauch ohne Strafe?

Es kann nicht weitergehen wie immer, weder für die katholische Kirche noch für Staat und Öffentlichkeit, wenn all die Schockbetuerungen ernst gemeint sein sollten. Dennoch sieht es so aus, als gewöhne man sich an die Zahlen aus Irland, Australien, den USA und Deutschland: Die Meldungen über tausendfach verübte sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen durch katholische Geistliche erschüttern die Öffentlichkeit zwar immer wieder aufs Neue, aber nur für kurze Zeit. Systematische Aufarbeitung und strukturelle Änderungen stehen nach wie vor aus.

Anfang September wurden Zahlen für Deutschland bekannt: In einer von der katholischen Kirche selbst in Auftrag gegebenen Studie ist von 3677 minderjährigen „Betroffenen“ und 1670 geistlichen „Beschuldigten“ die Rede, von Opfern und Tätern spricht die sogenannte MHG-Studie nicht.<sup>1</sup> Die dahinterstehenden Leidensgeschichten erzählen von missbrauchtem Vertrauen und doppelter Demütigung: durch die Taten und durch die Tatsache, dass die Kirche den Betroffenen nicht glaubte – oder die Taten vertuschte. Die aktenkundigen Anschuldigungen sind massiv. Käme weltliches Recht zur Geltung, wären es Straftaten. Doch angezeigt wurde nur in einem Drittel der Fälle, bestraft so gut wie nie.

Unter den 3677 namenlosen Fällen findet sich vielleicht die Geschichte

von Gisela, die als Kind erst dem Pfarrer, dann dessen Vorgesetztem immer sonntags „eine Freude bereiten“ sollte, wie der Gottesmann „es“ nannte. Oder die von Jürgen, den der lockere Jugendseelsorger auf einer Party erst betrunken machte und dann mit ins Pfarrhaus nahm. Einvernehmlich sei der „Akt“ gewesen, wird der Priester später sagen, als Jürgen selbst ein Kind missbraucht und vor Gericht steht. Vielleicht zählt Oberministrant Andreas dazu, der während der Messe umkippte, just in jenem Moment, als sein Peiniger in Persona Christi die Hostie hochhielt und die Gemeinde murmelte: „Sprich nur ein Wort, so wird meine Seele gesund.“

### Jeder zwanzigste Priester

Insgesamt sind damit 5,1 Prozent der katholischen Priester in Deutschland beschuldigt – also rund jeder zwanzigste. Auf diese Zahlen schnurrt die 350seitige Studie zusammen, die die Wissenschaftler von den Universitäten Mannheim, Heidelberg und Gießen erstellt haben.

Doch es sind nur Mindestwerte, das genaue Ausmaß ist nach wie vor unklar, denn es standen längst nicht alle Akten zur Verfügung. In 9 von 27 deutschen Bistümern wurden Akten von 1946 bis 2014 ausgewertet, in den anderen nur solche vom Jahr 2000 an. Die katholische Kirche präsentiert sich den Wissenschaftlern als Aktenanarchie: Ordner verschwinden, Registrierungen sind uneinheitlich, Zuständigkeiten unklar. Erst seit 2001 werden Be-

1 Forschungsprojekt Sexueller Missbrauch an Minderjährigen durch katholische Priester, Diakone und männliche Ordensangehörige im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz, Mannheim, Heidelberg und Gießen, 24.9.2018, [www.zi-mannheim.de](http://www.zi-mannheim.de).

schuldigungen wegen sexuellen Missbrauchs der vatikanischen Glaubenskongregation gemeldet, vorher ging jedes Bistum unterschiedlich damit um. Das Durcheinander hat System: Verantwortlichkeiten verdunsten wie Weihwasser in der Wüstensonne. Das hiesige Forscherteam konnte keine Akten selbst in die Hand nehmen, es schickte lediglich Fragebögen an die Bistümer. Orts- und Personennamen wurden in den Antworten geschwärzt. Das absichtsvolle Dunkelfeld dürfte mit der Personalunion von Auftraggeber und Untersuchungsobjekt zu erklären sein, denn die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) bezahlt die Studie. Erfasst wird das katholische Leben in ihrem Hoheitsbereich, vor allem in den Gemeinden. Ordenschulen, die nicht der Bischofskonferenz unterstehen, bleiben außen vor.

Die katholische Kirche – Profi für Schuld und Sühne – lässt sich von Psychiatern und Soziologen einen Beichtspiegel vorhalten. Wer in diesen schaut, erkennt allerdings keine Personen, sichtbar werden dafür Zahlen und Zusammenhänge. Doch strafrechtliche Verwertbarkeit sieht das Forschungsdesign nicht vor. Der Datenschutz und die Deutungshoheit waren von Anfang an strittig. An diesbezüglichen Differenzen scheiterte Anfang 2013 schon die Pfeiffer-Studie, beauftragt unter dem Druck der Missbrauchs-Enthüllungen des Jahres 2010. Der Kriminologe Christian Pfeiffer sah sich angesichts der großen Widerstände und Einschränkungen seitens der Kirche außerstande, wirkliche Aufklärungsarbeit zu leisten.

### Rigide Sexualmoral und Zölibat

Doch trotz des beschränkten Auftrags sind die neuen Befunde wichtig. Denn sie zeigen: Die Priester gehen planvoll vor, die wenigsten von ihnen sind pädophil, also sexuell erregbar durch Kinder. Sie bauen Vertrauen auf zu be-

stimmten Jungen und Mädchen. Sie nutzen die Autorität des Erwachsenen mit dem Draht zu Gott und ein Machtmittel, das sie glaubten unterdrücken zu können: ihre Sexualität. Die Kinder und Jugendlichen werden in der Gemeinde rekrutiert: unter den Messdienern, bei Jugendfahrten, im Religionsunterricht. Die meisten Betroffenen sind männlich, die meisten Beschuldigten heterosexuell, aber der Anteil an Homosexuellen ist überproportional hoch. Zugleich warnen die Forscher jedoch vor Fehlschlüssen, denn Homosexualität an sich sei „kein Risikofaktor“.<sup>2</sup>

Trotz der schweren Vorwürfe zeigte bislang kaum ein Beschuldigter Reue. „Fürchtet euch nicht!“ – dieses populäre Bibelzitat schlägt ins Zynische um, denn es lässt sich angesichts der Studienergebnisse auch so lesen: Wer Kindern sexualisierte Gewalt antut, hat wenig zu befürchten. Die Auswertung der Gespräche mit 50 Beschuldigten legt nahe: Die vergängliche weltliche Justiz gilt Priestern nicht als Instanz. Ihnen reicht das Beichten. „Charakteristisch für die Beschuldigten ist die Hoffnung auf einen gnädigen Gott.“<sup>3</sup> Als „Bagatellisierung“ charakterisieren die Wissenschaftler die Schilderungen der Täter. Kleriker wännen sich über Kleinigkeiten erhaben, sie glauben, an etwas Großem mitzuwirken. Mit diesem Versprechen überlebt die Kirche in allen politischen Systemen. Die Überlebenden eines Missbrauchs stören da nur den Betriebsablauf.

Ähnliche Beobachtungen enthält auch eine besondere Fallanalyse der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs in der evangelischen und katholischen Kirche.<sup>4</sup> Die MHG-Studie jedoch arbeitet für die Bischöfe noch deutlicher heraus,

<sup>2</sup> MHG-Studie, S. 17.

<sup>3</sup> MHG-Studie, S. 115.

<sup>4</sup> Marlene Kowalski, Sexueller Kindesmissbrauch im Kontext der evangelischen und katholischen Kirche, Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs (Hg.), Berlin 2018, [www.aufarbeitungskommission.de](http://www.aufarbeitungskommission.de).

was diese lange leugneten: Taten und Täterschutz haben einen katholischen Beigeschmack, auch wenn in evangelischen Heimen, Sportvereinen und insbesondere Familien Missbrauch ebenfalls vorkommt. Als katholische Komponenten benennen die Forscher das Machtgefälle zwischen Klerikern und „einfachen“ Gemeindegliedern, die rigide Sexualmoral, die Verachtung von Homosexualität, das Männerbündnis und den Zölibat. Noch 2012 hatte der Forensiker Norbert Leygraf im Auftrag der DBK geschrieben: „Bisher liegen keine empirischen Befunde vor, die belegen könnten, dass ein gewollter oder ungewollter Verzicht auf Sexualität und/oder Partnerschaft das Risiko für Sexualdelikte erhöht.“<sup>5</sup> Jetzt soll alles auf den Prüfstand, Kirchenmänner mit römischem Kragen ergeben sich in Klerikalismuskritik: Der Münchner Erzbischof Reinhard Marx stellt sogar den Zölibat zur Disposition, auch wenn das längst nicht alle bayerischen Amtsbrüder teilen.

Dank der Studie ist Systemkritik endlich amtlich: „Sexueller Missbrauch stellt immer auch einen Missbrauch von Macht dar, der durch autoritär-klerikale Strukturen der katholischen Kirche begünstigt werden kann“, heißt es dort.<sup>6</sup> Der wissenschaftliche Beichtspiegel zeigt zwar keine Gesichter, aber ein klares Feindbild: den Klerikalismus. Die Vertuscher bleiben namenlos, aber das Problem hat einen Namen.

### **Wird die Frauenfrage endlich virulent?**

Obwohl die Studie dazu schweigt, kommt zwischen A wie Amtsverständnis und Z wie Zölibat auch das „Frauenthema“ auf die Agenda. Die Tür zur

Priesterinnenweihe sei zu, donnern zwar alle Päpste seit Johannes Paul II. Jetzt aber könnte sich weiblichen Wesen zumindest eine Hintertür öffnen. In die Priesterausbildung müssten sie stärker einbezogen werden, sagt etwa Münchens Generalvikar Peter Beer. Zu vollwertigen, klerustauglichen Menschen sind Frauen damit zwar noch nicht avanciert, aber offenbar taugen sie der katholischen Kirche zum Missbrauchspräventionsgeschöpf.

Frauen, Sex, Zölibat – damit haben sich Bischöfe bis vor kurzem nur widerwillig beschäftigt, wer dazu Kühnes veröffentlichte – Hans Küng, Uta Ranke-Heinemann, Eugen Drewermann –, wurde kaltgestellt. Jetzt wird eine neue Debattenlust inszeniert. Doch die Kombination aus Unterleibsfixierung und Obrigkeitstreue lässt langwierige Debatten erwarten und die alten Kampflinien bleiben, auch unter den Laien. Die Liberalen fordern jene Sexualmoral, die sie immer schon wollten. Die Konservativen klagen wie immer Schwule und den permissiven Zeitgeist an. Dabei zeigen alle Untersuchungen: Es gibt Täter in Jeans und in Soutane, vermeintlich lässige und erkennbar verklemmte.

Deshalb ist es verständlich, wenn Matthias Katsch von der Opferinitiative „Eckiger Tisch“ moniert: Bis die katholische Kirche sich auf Reformen verständigt, können Betroffene nicht warten. Er fordert Entschädigung – und die Namen der Vertuscher.

Tatsächlich gilt es zu überlegen, wie Betroffene Gerechtigkeit erfahren können und wie die Kirche endlich ein sicherer Ort für Kinder und Jugendliche wird. Stattdessen aber zeichnen sich innerkirchlich zwei Tendenzen ab: das theologische Entschweben und die machtpolitische Explosion. Das Thema löst sich entweder mit Katharsis- und Fegefeuermetaphern in Weihrauch auf oder es wird gezielt gegen Franziskus eingesetzt. Ohne Frage hat der Papst diesbezüglich schwere Fehler gemacht, insbesondere in Chile und Argentinien.

5 Norbert Leygraf u.a., Sexuelle Übergriffe durch katholische Geistliche in Deutschland. Eine Analyse forensischer Gutachten 2000-2010. Abschlussbericht 2012, [www.dbk.de](http://www.dbk.de).

6 MHG-Studie, S. 17.

en. In Chile etwa nahm er viel zu lange einen Bischof in Schutz, der nach Aussagen von Opfern sexualisierte Gewalt durch einen Pfarrer deckte. Allerdings missbraucht das reaktionäre Milieu die Missbrauchstopfer, um Franziskus' Reformkurs zu sabotieren.

Jene, die dem Papst mangelnden Aufklärungswillen ankreiden, unternehmen nichts, als Johannes Paul II. einen Täter wie Marcial Maciel Degollado zum Heilsbringer hochjubelte. Jene, die sich immerfort mit Nachdruck für Ungeborene einsetzen, bagatellisieren Verbrechen an den Geborenen. Der Jesuit Klaus Mertes, der 2010 den Missbrauch am Berliner Canisius Kolleg öffentlich machte, wurde damals von rechtskatholischen Webportalen als Nestbeschmutzer diffamiert.

### Von oben kommt die Legitimation

Rituell beteuern nun die Bischöfe, die Betroffenen ins Zentrum stellen zu wollen. Biblisch gesprochen sollen die Geringsten die Höchsten sein. Politikwissenschaftlich betrachtet wäre das jedoch ein Wunder. Denn von den Geringsten aus zu denken, widerspricht dem Selbsterhaltungsgesetz dieser Institution. Die absolute katholische Monarchie kann ohne Fußvolk bestehen, nicht aber ohne Kleriker. Die Blickrichtung geht stets nach oben, von dort kommt die Legitimation. Die kirchliche Höchststrafe für Kindesmissbrauch ist die Laisierung, die Herabsetzung vom geweihten in den Normalzustand. Liebt ein Priester eine Frau oder einen Mann, hat das dieselben Konsequenzen. Kinder genießen im kirchlichen Strafrecht keinen besonderen Schutz, Mutter Kirche und ihre Kleriker aber schon.

Papst Franziskus strebt zumindest verbal eine Kirche an, die Hilfsbedürftige im Blick hat, nicht Hierarchen. Oft benutzt er dafür das Bild des Feldlazaretts. Das ist nah an den Vulnerablen, den Verwundbaren, die das MHG-Forscherteam als eine von vier Betroffe-

nengruppe ausmacht. Doch im Umgang mit dem Missbrauch bleibt dieser Perspektivwechsel bisher aus. Mag der Papst auch aufs Volk schauen, institutionell wird weiter nach oben geschielt.

Dreschen Kleriker nun auf den Klerikalismus ein, lenken sie davon ab, dass der Beichtspiegel blind geblieben ist. Bisher sagt niemand: Ich war Täter. Ich war Vertuscher. Ich habe statt auf die „Geringsten“ auf den Vorgesetzten geschaut. „Nein“, antwortete der DBK-Vorsitzende Marx auf meine Frage, ob unter mehr als 60 in Fulda versammelten Bischöfen einer oder zwei sagten, sie könnten wegen persönlicher Schuld die Verantwortung des Amtes nicht mehr tragen. Nur „nein“.

Wenn Betroffene Namen wollen, dann ist das keine Rache, sondern ihr gutes Recht. Der Staat könnte ihnen dazu verhelfen, etwa mit einer unabhängigen Untersuchungskommission nach irischem oder australischem Vorbild. So ließe sich die Herausgabe von kirchlichen Akten erzwingen. Dazu aber fehlt bisher die gesetzliche Grundlage. Auch die Zukunft der Unabhängigen Aufarbeitungskommission ist ungewiss. Für Politikerinnen und Politiker scheint es Wichtigeres zu geben als Kinder – Großinstitutionen als Partner des Staates zum Beispiel.

Auch das öffentliche Interesse ist geringer als 2010, die katholische Kirche hat innerhalb der vergangenen acht Jahre an Bedeutung verloren, als Vorwie als Feindbild. Die Austrittszahlen werden steigen, aber Bischöfe wachsen immer nach. Demonstrierende Katholikinnen und Katholiken waren in Fulda nicht auf den Straßen. Wo sind all jene, die sich von der moralischen Instanz im Beichtstuhl Sexsünden einreden ließen, die keine waren? Die dauernd murmeln sollten: „Durch meine Schuld, durch meine Schuld, durch meine übergroße Schuld“? Die aufrichtig glauben, dass es das Christentum gut meinen kann mit Menschen? Es gibt Betroffene und Betrogene. Die Betroffenen halten still.

Jonathan Barth, Oliver Richters und Andreas Siemoneit

## Wider die Wohnungsnot: Besteuert den Boden!

Die Wohnungsnot ist die neue soziale Frage. Seit Jahren steigen die Wohnungspreise kontinuierlich an, mit gravierenden Folgen. Auf der einen Seite wenden Haushalte mit mittleren Einkommen in Großstädten inzwischen mitunter die Hälfte ihrer monatlichen Einkünfte für Mieten auf und Geringverdiener werden aus ihren heimischen Stadtvierteln verdrängt. Auf der anderen Seite bescheren die steigenden Immobilienpreise den Eigentümern Traumrenditen. Die sogenannte Mietpreisbremse, die der Bundestag im März 2015 beschloss und die große Sprünge bei den Mietpreisen eigentlich unterbinden soll, hat an dieser Entwicklung wenig geändert. Allzu leicht können Vermieter sie umgehen. Mietaufschläge bei Neuvermietungen von bis zu 40 Prozent sind in boomenden Großstädten daher nach wie vor keine Seltenheit. Vor allem aber löst die Mietpreisbremse das Kernproblem nicht: den zunehmend knappen Wohnraum in attraktiven Städten.<sup>1</sup>

Auch der kürzlich vorgelegte 12-Punkte-Plan der SPD<sup>2</sup> wird das strukturelle Problem nicht lösen können. Er soll im Kern vor allem die Symptome bekämpfen: Kurzfristig will die SPD mit öffentlichen Mitteln massiv den Neubau von Wohnungen in Stadtlagen fördern, insbesondere der hohe

Bedarf an Sozialwohnungen soll dabei berücksichtigt werden. Solange aber die Kassen der Kommunen leer sind, braucht es eine andere, nachhaltige Lösung, die das Problem der Wohnungsnot an der Wurzel packt. Und diese findet sich weniger in den Häusern als vielmehr buchstäblich auf dem Grund und Boden, auf dem diese stehen.

### Leistungslose Einkommen am Wohnungsmarkt

Der Neubau von Häusern geht in der Regel mit hohen Investitionen einher. Die grundsätzlich legitime Gegenleistung dafür sind Mieten oder Verkaufseinnahmen. Warum aber kostet ein vergleichbares Haus in Berlin erheblich mehr als in der Uckermark? Die Antwort ist einfach: wegen seiner „guten Lage“ in einer attraktiven Stadt. Für die dort lebenden Menschen bedeutet dies unter anderem, dass es Arbeitsplätze gibt, Einkaufsmöglichkeiten, Schulen und Ärzte sowie eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur in Form von Straßen, Versorgungsnetzen oder öffentlichem Nahverkehr.

Gerade die dafür erforderlichen Investitionen werden allerdings nicht von den Immobilieneigentümern getätigt, sondern stammen vor allem aus öffentlicher Hand. Dessen ungeachtet sind es aber gerade die Haus- und Wohnungsbesitzer, die von ihnen profitieren, indem sie hohe Mieten oder Verkaufseinnahmen einstreichen.

Hinzu kommt: Rund 80 Prozent des Anstiegs der Wohnkosten in den ver-

\* Dieser Artikel enthält Ausschnitte aus dem Buch „Marktwirtschaft reparieren“ von Oliver Richters und Andreas Siemoneit, das im Februar 2019 im Oekom-Verlag erscheint.

1 Vgl. Andrej Holm, Feigenblatt Mietpreisbremse, in: „Blätter“, 5/2014, S. 20-22.

2 Andrea Nahles und Thorsten Schäfer-Gümbel: Mietenwende jetzt!, September 2018, [www.spd.de](http://www.spd.de).

gangenen Jahren sind nicht auf höhere Baukosten zurückzuführen, sondern auf steigende Bodenpreise.<sup>3</sup> Befördert werden diese durch die vergleichsweise niedrigen Zinsen auf dem Finanzmarkt, die nur geringe Kapitalerträge abwerfen. Zugleich sind Kredite seit einigen Jahren recht günstig. Aus diesem Grund lohnen sich Investitionen in Grundstücke derzeit besonders. Die Folge: Die Bodenpreise schießen in die Höhe.

Die seit Jahren ansteigenden Mieteinnahmen in „guter Lage“ stehen exemplarisch für sogenannte leistungslose Einkommen, die ihren Ursprung in den Leistungen anderer, der sozialen Gemeinschaft oder der Natur haben. Solche Einkommen, in der ökonomischen Fachsprache auch als Renten bezeichnet, sind ungerecht – und zwar unabhängig davon, welches Gerechtigkeitsprinzip zu ihrer Bewertung herangezogen wird, ob es also von der individuellen Leistung, dem Gedanken der Gleichheit oder dem Bedarf der Menschen her gedacht ist.<sup>4</sup>

Die momentane Gesetzeslage begünstigt die Vermieter von Wohnraum zudem, indem sie es ihnen gestattet, Modernisierungskosten auf die bestehende Miete aufzuschlagen, ganz gleich wie hoch diese ausfallen. Deshalb führen Vermieter immer wieder unnötige Modernisierungen durch oder verkaufen notwendige Instandsetzungen als solche.<sup>5</sup> Bestandmieter werden zudem zum Auszug gedrängt, um bei Neuvermietungen höhere Mieten verlangen zu können.

Den auf diese Weise erwirtschafteten hohen privaten Einnahmen stehen die leeren Kassen der Kommunen ge-

genüber. Hinzu kommt, dass öffentliche Infrastrukturausgaben derzeit weitgehend aus besteuerten Löhnen statt aus Abgaben etwa auf den Besitz von Boden finanziert werden. Die Absurdität dieser Situation wird noch dadurch gesteigert, dass in Deutschland die Flächenländer die Hauptstadt über den Länderfinanzausgleich mitfinanzieren müssen, anstatt dass Berlin die erheblichen Bodenwertsteigerungen der vergangenen Jahre abschöpft.

### Bodenwerte besteuern

Einen Ausweg aus dieser Sackgasse zeigte bereits der US-amerikanische Bodenreformer Henry George (1839-1897) auf.<sup>6</sup> Damit die Bodenrenten jener Öffentlichkeit zugutekommen, die den Wert des Bodens überhaupt erst geschaffen hat, plädierte er für die Einführung einer Bodenwertsteuer. Demnach zahlen die Eigentümer des Bodens eine jährliche Steuer, für die der gutachterlich ermittelte Wert des Bodens mit einem vergleichsweise geringen Steuersatz multipliziert wird.

Eine solche Bodensteuer weist gleich mehrere Vorteile auf: Sie kann erstens kaum umgangen werden. Kapital mag ein „scheues Reh“ sein, Land hingegen kann nicht außer Landes fliehen. Zweitens verzerrt sie nicht die unternehmerischen Anreize. Besteuert man Kapital oder Arbeit, besteht die Gefahr, dass weniger investiert oder gearbeitet wird. Land hingegen wird nicht weniger, wenn es besteuert wird.<sup>7</sup> Und gebaut wird auch, wenn im Marktvergleich nur durchschnittliche Renditen winken.<sup>8</sup> Vor allem aber folgt eine sol-

3 Katharina Knoll, Moritz Schularick und Thomas Steger, No Price Like Home: Global House Prices, 1870-2012, in: „American Economic Review“, 107.2/2017, S. 331-353.

4 Vgl. David Miller, Principles of Social Justice, Cambridge/Massachusetts 1999.

5 TRAWOS Institut, Aktuelle Geschäftsmodelle von Finanzinvestoren im Themenfeld Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren, Landtag Nordrhein-Westfalen, Information 16/375 A22, 2012.

6 Henry George, Fortschritt und Armut [Progress and Poverty, 1881], Marburg 2017.

7 Ottmar Edenhofer, Linus Mattauch und Jan Siegmeier, Hypergeorgism: When Rent Taxation Is Socially Optimal, in: „FinanzArchiv: Public Finance Analysis“, Dezember 2015, S. 474-505.

8 Ottmar Edenhofer, Linus Mattauch und Jan Siegmeier, Hypergeorgism: When Rent Taxation Is Socially Optimal, in: „FinanzArchiv: Public Finance Analysis“, Dezember 2015, S. 474-505.

che Bodensteuer dem Grundsatz: Wer den Nutzen hat, soll auch die Kosten tragen. Dies entspricht einem universellen Gerechtigkeitsprinzip und kann die Politik auch in anderen Konfliktfeldern anleiten.<sup>9</sup>

In Deutschland gibt es bereits eine Form der Bodensteuer: die Grundsteuer. Sie macht heute rund 15 Prozent der Gemeindesteuereinnahmen aus, und zwar weitgehend unabhängig von der Wirtschaftslage. Die Werte der Grundstücke wurden allerdings seit mehr als fünfzig Jahren nicht mehr angepasst, während sich die Bodenpreise insbesondere in Städten wie München, Frankfurt oder Berlin seitdem mehr als ver Hundertfacht haben. Das Bundesverfassungsgericht hat die Grundsteuer deshalb im April dieses Jahres für verfassungswidrig erklärt. Es verpflichtete den Bundestag, das Grundsteuersystem bis Ende 2019 zu reformieren. Dies böte zugleich eine günstige Gelegenheit, von der bisherigen Grundsteuer auf eine Bodenwertsteuer umzusteigen.

Eine solche Wende würde die von Karlsruhe geforderte Neubewertung obendrein deutlich erleichtern. In Deutschland, Österreich und vielen weiteren europäischen Ländern werden Boden- und Gebäudewert bislang gemeinsam besteuert. Eine verfassungsgemäße Grundsteuer in Deutschland würde also voraussetzen, dass neben den Grundstücken auch mehr als 40 Mio. Bauwerke neu bewertet werden – eine kaum zu leistende Aufgabe. Die bestehenden Karten von Bodenrichtwerten lassen sich hingegen vergleichsweise einfach aktualisieren, weil sie die dafür erforderlichen Kennzahlen wie die Grundstücksgröße bereits enthalten.

9 Jonathan Barth, Oliver Richters und Andreas Siemoneit: Wider den Wachstumszwang – Institutionelle Auswege aus einem sozialen und ökologischen Dilemma, in: Holger Rogall et al. (Hg.), *Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie. Im Brennpunkt: Zukunft des nachhaltigen Wirtschaftens in der digitalen Welt*, Marburg 2018, S. 131-143.

Eine reine Bodenwertsteuer würde zudem vor allem unbebaute Grundstücke in guter Lage belasten, weil diese keine direkten Renditen abwerfen. Die Spekulation mit Boden verteuert sich dadurch, was die Bebauung dieser Grundstücke befördert, das Angebot an Wohnraum erhöhen und den Preisdruck auf Mieten mindern würde.<sup>10</sup>

### **Grund und Boden in öffentlicher Hand**

Auch wenn Unternehmen hierzulande große Mengen an ehemals öffentlichen Wohnungen und Land erworben und damit bemerkenswerte Wertzuwächse erzielt haben, befinden sich noch immer große Flächen an Land in öffentlichem Eigentum.

Statt diese Grundstücke zu verkaufen, sollten die Gemeinden und Städte langfristige Erbbaurechte vergeben. Häuslebauer müssen demnach zunächst nur die Baukosten aufbringen und einen jährlichen Erbbauzins für die Nutzung des Grundstücks zahlen. Bodenwerte und -erträge bleiben hingegen dauerhaft in kommunaler Hand und kommen damit allen Einwohnern der Kommune oder der Stadt zugute.<sup>11</sup> Zugleich können sich Städte auf diese Weise ihren Einfluss auf die Stadtentwicklung bewahren.

Vor gut zwei Jahren plädierte die „Neue Bodeninitiative“ im Schweizer Kanton Basel-Stadt für diesen Weg. Eine Volksabstimmung unter dem Motto „Boden behalten und Basel gestalten“ ergab, dass die öffentliche Hand keine Grundstücksflächen mehr verkaufen, sondern nur noch verpachten darf. Ein solches Vorgehen wäre auch nach der

10 Dänemark, Hongkong und Singapur haben gute Erfahrungen mit Bodenwertsteuern gemacht, die in Deutschland vom Bündnis „Grundsteuer: Zeitgemäß!“ gefordert werden. Vgl. dazu [www.grundsteuerreform.net](http://www.grundsteuerreform.net).

11 Vgl. Dirk Lühr, *Unverstanden und korrupt: Stiefkind kommunales Erbbaurecht*, in: „Zeitschrift für Kommunalfinanzen“, Mai 2015, S. 97-102.

deutschen Wiedervereinigung eine sinnvolle Option gewesen. Stattdessen aber verkaufte die Treuhand mehrere Millionen Hektar Land und die Grundstücke von rund 50 000 Immobilien an Privatbesitzer, die anschließend zu meist beträchtliche Wertsteigerungen erzielten.

Einen großen Schritt weiter wollten einige US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler, unter ihnen der Ökonom Mason Gaffney, nach dem Zerfall der Sowjetunion gehen. Ihre Idee war es, die Wirtschaftsordnung im Ostblock so zu gestalten, dass zwar der Handel mit Waren und Dienstleistungen über Märkte organisiert wird und das Privateigentum fortbesteht, Land und Rohstoffe sollten hingegen öffentliches Eigentum bleiben. Auf diese Weise hofften die Ökonomen, die „besten Bestandteile des Kapitalismus sowie des Sozialismus“ zu kombinieren.<sup>12</sup> Ihnen zufolge könnte sich der Staat – und mit ihm die Infrastruktur – dann allein aus den Einnahmen aus natürlichen Ressourcen und Pacht finanzieren, während sich die Wirtschaft ganz ohne Steuern auf Arbeit und Kapital entwickeln könnte. Die gesellschaftliche Solidarität wäre dadurch bewahrt und zugleich eine freie Wirtschaft geordnet geschaffen worden, so die These. Es kam bekanntlich anders: Die Oligarchen von heute sicherten sich damals vielerorts Land und Rohstoffe, derweil große Teile der Bevölkerung verarmten.

### Die »gute Lage« in Stadt und Land

Umso mehr könnte es sich lohnen, sich den Ideen Gaffneys und anderen wieder zuzuwenden. Bodenrenten sind maßgeblich für ökonomische Ungleichheit verantwortlich und gerade nicht mit dem Spruch „Leistung soll

sich lohnen“ legitimierbar. Indem die der Staat sie abschöpft, lassen sich Ungerechtigkeiten am Wohnungsmarkt und die Wohnungsknappheit bekämpfen. Im Gegenzug zu einer Erhöhung der Bodensteuern könnten Steuern auf leistungsgebundene Einkommen wie Löhne verringert und eine gerechtere Verteilung erreicht werden – ohne die öffentlichen Haushalte zu belasten.

Um aber Nachhaltigkeit nicht in sozialer, sondern auch in ökologischer Hinsicht zu gewährleisten, müsste dies von weiteren politischen Maßnahmen flankiert werden. Denn die „Dauerknappheit“ von Wohnraum in attraktiven Städten entsteht vor allem durch Landflucht. Um aber in Städten ausreichend Wohnraum bereitzustellen, müssten neue Baugebiete ausgewiesen werden – eben dafür plädiert auch die SPD in ihrem 12-Punkte-Papier.

Allerdings verfügen gerade viele Großstädte schon jetzt nur noch über vergleichsweise wenige unbebaute Grundstücke. Ohnehin wäre deren weitere Ausdehnung ökologisch nicht nachhaltig. Bereits heute beträgt die Neuversiegelung von Boden hierzulande mehr als das Doppelte des in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie formulierten Ziels von „nur“ 30 Hektar am Tag. Statt eines uferlosen Neubaus müssten daher die bereits bebauten Grundstücke in den Städten besser genutzt und es müsste zugleich verhindert werden, dass ländliche Regionen weiter abgehängt und entvölkert werden. Das aber stellt angesichts des schleppenden Breitbandausbaus auf dem Land, fehlender Schul- und Kitaplätze und des Rückbaus kommunaler Infrastruktur die eigentliche Herkulesaufgabe dar. Gerade Bodenwertsteuern und Erbbaurechte können diese Lasten finanzieren und eine nachhaltige Antwort auf die soziale Frage der Wohnungsnot geben.

<sup>12</sup> Mason Gaffney, *Privatizing Land Without Giveaway*, in: Dirk Lohr und Fred Harrison (Hg.), *Das Ende der Rentenökonomie*, Marburg 2017, S. 33.



Tamara Ehs

## Der Fall Kavanaugh oder: Backlash in the USA

Auch wenn die Republikaner und damit Donald Trump bei den kommenden Midterms, den Wahlen zum Repräsentantenhaus am 6. November, eine erste Niederlage erleiden könnten: In der Rechtsprechung hat sich der Trumpismus bereits auf Jahre hinaus erfolgreich festgesetzt. Damit wird er politisch immer noch wirken, wenn Donald Trump die politische Bühne längst verlassen hat.

In den ersten beiden Jahren seiner Amtszeit hat der 45. US-Präsident mehr Richterstellen neu besetzt als irgendeiner seiner Vorgänger. Das betrifft vor allem die Posten an Berufungsgerichten, schlägt sich inzwischen allerdings auch am höchsten US-Gericht, dem Supreme Court, nieder.

So besetzte Trump die bereits Anfang des Jahres 2016 mit dem Tod von Antonin Scalia frei gewordene Stelle mit seinem Vertrauten Neil Gorsuch. Hierbei war ihm die monatelange Blockadetaktik der Republikaner zu Gute gekommen. Sie bremsten am Ende von Barack Obamas zweiter Amtszeit einen Kandidaten nach dem anderen aus, dessen Nominierung die Demokraten im Kongress durchzusetzen versuchten.<sup>1</sup> Mit Obamas letzter – von der Opposition ausgebremster – Nominierung hätte das Mehrheitsverhältnis von 5:4 zugunsten der Republikaner gedreht werden können. Stattdessen bleibt der Supreme Court nun konservativ besetzt – und dies auf Jahre hinaus, weil die Richter auf Lebenszeit berufen sind.

1 Vgl. Frank Herrmann, Donald Trump: Der Schreihaals baut den Staat leise um, in: „Der Standard“, 19.1.2018.

Denn nach Gorsuch konnte Trump noch einen zweiten Bewerber durchsetzen: Obwohl er sich bester Gesundheit erfreut, stellte der 82jährige Richter Anthony Kennedy im Sommer 2018 nach politischem Druck sein Amt zur Verfügung. Er war zwar einst von Ronald Reagan vorgeschlagen worden und somit auf republikanischem Ticket an den Supreme Court gelangt, hatte jedoch für den Geschmack Trumps und seiner Gefolgsleute in gesellschaftspolitisch umstrittenen Fragen zu oft gemeinsam mit den demokratisch nominierten Richtern gestimmt. Vor allem bei der Gleichstellung Homosexueller sowie bei der Bestätigung des seit dem „Roe v. Wade“-Urteil von 1973 stets umkämpften Rechts auf Abtreibung schloss Kennedy sich den Progressiven an und bildete damit die entscheidende *swing vote*.

Als Kennedys Nachfolger wurde nun Brett Kavanaugh nominiert. Dessen Anhörungen im Senat dürften ob ihrer Heftigkeit in die US-Justizgeschichte eingehen. Denn dabei standen nicht nur Kavanaughs Überzeugungen – etwa zum Recht auf Schwangerschaftsabbruch – auf dem Prüfstand. Letztlich sorgten Vergewaltigungsvorwürfe für eine mediale Aufmerksamkeit und gesellschaftspolitische Kontroverse, die die tiefen Gräben offenbarten, die durch den Trumpismus geschlagen worden sind.

Die Republikaner hielten trotz massiver Proteste an ihrem Kandidaten fest und Kavanaugh wurde letztlich bestätigt, wenn auch mit der denkbar knappsten Mehrheit von 50 zu 48 Stimmen.

Mit Neil Gorsuch und Brett Kavanaugh – beide erst Anfang 50 und damit die weitaus jüngsten Richter – verfestigt sich nun nicht nur die republikanische Mehrheit am Supreme Court, sondern vor allem deren antiliberale Ausprägung.

Diesen Wandel werden in Zukunft wohl insbesondere die sozialen Bewegungen zu spüren bekommen. Es waren vor allem engagierte Gruppen und NGOs im Bereich der Frauen- und Menschenrechte oder auch des Umweltschutzes, die in den vergangenen Jahrzehnten mittels strategischer Prozessführung (*strategic litigation*) eine politische Liberalisierung erreichten. Durch die Strategie des „Naming – Blaming – Claiming“<sup>2</sup> konnten sie in Prozessen vor dem Supreme Court umstrittene Gesetze oder die bisherige Rechtsprechung zu Fall bringen. Spätestens seit den Tagen des Warren Courts, also seit der Supreme Court unter Earl Warren als Chief Justice in den 1950er-Jahren eine interventionistische Rechtsprechung in Gang gesetzt hatte, erwies sich der Rechtsweg unter Umständen als schneller und nachhaltiger als die klassische parteipolitische Partizipation.<sup>3</sup>

### Franklin D. Roosevelt als Pionier

Die Mobilisierung über den Rechtsweg gilt seither als Chance, über den Einzelfall hinaus gesellschaftliche Veränderungen in Gang zu setzen oder zu beschleunigen. Doch dieser Weg ist nun weitgehend abgeschnitten. Das dürfte Trump vor allem bewogen haben, Richter Kennedy zum Rücktritt

zu drängen. Denn will der Präsident den gesellschaftspolitischen Wandel bremsen oder gar etablierte Rechte einschränken, muss seine Administration über die Rechtsprechung abgesichert werden. Andernfalls hätten ihm schmerzliche Niederlagen vor Gericht gedroht.

Die Ironie der Geschichte ist: Die Notwendigkeit, den gesellschaftspolitischen Wandel gegenüber dem Supreme Court abzusichern, hatte – wenn auch unter politisch gänzlich anderen Vorzeichen – zuerst ein Demokrat erkannt, nämlich Franklin D. Roosevelt.

Da der Supreme Court während seiner Präsidentschaft immer wieder mit knapper Mehrheit Gesetze kassierte und dadurch die Wirtschafts- und Sozialreformen des New Deal gefährdete, plante Roosevelt eine teilweise Neubesetzung des Gerichts. Diesen sogenannten *Courtpacking*-Plan musste er jedoch nicht umsetzen, weil ein Richter ab dem Frühjahr 1937 ohnehin seine Rechtsprechungstendenz änderte. Außerdem geriet Roosevelt bald in die Lage, fortlaufend neue Richter zu nominieren. Schon 1940 waren fünf der neun Richter von ihm ernannt, was dem Gericht die Bezeichnung „Roosevelt Court“ einbrachte. Eine lange Phase liberaler Verfassungsrechtsprechung begann, auf die der Warren Court aufbauen konnte.<sup>4</sup> Der Supreme Court wurde zum hochpolitischen Player und Hoffnungsträger der Bürgerrechtsbewegung. Das begann mit dem Urteil in „Brown v. Board of Education“ (1954), mit dem der Gerichtshof die fast einhundert Jahre geltende Rechtsprechung änderte und das Ende der „Rassentrennung“ an staatlichen Schulen verfügte.

Seither nutzten viele soziale Bewegungen die liberale bis progressive Rechtsprechungstendenz des Supreme Court, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen und politischen

2 Bill Felstiner, Richard Abel und Austin Sarat, The Emergence and Transformation of Disputes: Naming, Blaming, Claiming, in: „Law and Society Review“ 401/1981, S. 631-654.

3 Zur strategischen Prozessführung allgemein siehe Gesine Fuchs, Strategische Prozessführung als Partizipationskanal, in: Dorothee De Nève und Tina Olteanu (Hg.) Politische Partizipation jenseits der Konventionen, Opladen 2012, S. 51-74.

4 Vgl. Tamara Ehs und Felix Frankfurter, Hans Kelsen and the Practice of Judicial Review, in: ZaöRV 3/2013, S. 451-481.

Druck für sozialen und/oder gesetzgeberischen Wandel zu erzeugen.<sup>5</sup> Diesem liberalen Projekt, für das einzelne Richterinnen und Richter wie Ruth Bader Ginsburg explizit gefeiert werden<sup>6</sup>, entsprach jedoch in vielen Fällen keine auch bei Wahlen mehrheitsfähige gesellschaftliche Verankerung. Es handelte sich somit um *progress without politics*, wie das sozialistische US-amerikanische „Jacobin Magazin“ kritisch anmerkt.<sup>7</sup>

### Bernie Sanders Anhänger machen mobil

Der Wandel, der über die Mobilisierung des Rechtsweges herbeigeführt wurde, fand keinen Widerhall in der politischen Mobilisierung. Denn während die Demokraten zwar den von Nancy Fraser so betitelten „progressiven Neoliberalismus“ vertraten und mit einzelnen sozialen Bewegungen Allianzen in Hinblick auf horizontale Anerkennung (etwa Antidiskriminierungsrechte) eingingen, wurden die vertikalen Strukturen (etwa Verteilungsfragen und soziale Sicherheit) vergessen.<sup>8</sup>

Bill Clinton und später Barack Obama versäumten es nicht nur, der fortschreitenden Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse etwas entgegen zu setzen. Sie kaschierten sie überdies mit der Emanzipation von Frauen, Schwarzen und Homosexuellen.

Viele von Trumps Wählern aus dem verarmten *rust belt* setzten diesen vorgebliehen Kosmopolitismus später mit der Globalisierung und all den Nach-

teilen gleich, die sie ihr zuschreiben, – und erteilten beiden eine Absage.

So viel am Supreme Court also an horizontaler Gleichstellung erreicht wurde, konnte doch von vertikaler Gleichstellung, also der Korrektur der massiven Ungleichheit, keine Rede sein. Eine Politisierung in diesen Fragen setzte erst mit der Kampagne von Bernie Sanders ein. Und wirklich Fahrt nimmt dieses Thema sogar erst auf, seit Donald Trump im Weißen Haus sitzt und sozialistisch gesinnte Politiker aus dem Netzwerk der Berniecrats antreten, um Sitze im Repräsentantenhaus zu erobern. Das ist mit den jüngsten Berufungen nur noch wichtiger geworden: Da mit dem Supreme Court nun hinsichtlich progressiver Politik auf längere Sicht nicht mehr zu rechnen ist, bleibt den Demokraten nur mehr diese, die parlamentarische, Chance.

Gesellschaftlicher Wandel kann zwar am Supreme Court erobert werden, seine Absicherung erfährt er jedoch erst in politischen Konfrontationen. Denn der Geist dieser Urteile setzt sich nicht von selbst durch, sondern benötigt eine Wählerschaft, die diesen dauerhaft mitträgt. Hierzu braucht es eine kollektive politische Mobilisierung, die sich um horizontale und vertikale Gleichheit gleichermaßen kümmert und beide in ein umfassendes politisches Programm einbettet. Insofern kommt es nach dem republikanischen Durchmarsch am Supreme Court umso mehr auf die kommenden Wahlen an. Hier, auf der politischen Main Street, müssen die Demokraten nun vor allem tätig werden. Hier müssen sie beweisen, ob sie zu politischer Veränderung im Sinne von mehr Verteilungsgerechtigkeit überhaupt noch in der Lage sind. Andernfalls dürften sie Trumps neuer geballter Macht aus Exekutive und Judikative in den nächsten Jahren wenig entgegenzusetzen haben.

5 Vgl. Michael McCann (Hg.), *Law and Social Movements*, Aldershot 2006.

6 Vgl. Irin Carmon und Shana Knizhnik, *Notorious RBG: The Life and Times of Ruth Bader Ginsburg*, New York 2015.

7 Vgl. Rob Hunter, *Progress without Politics*, in: „Jacobin“, 13.11.2015.

8 Nancy Fraser, *Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus*, in: „Blätter“, 2/2017, S. 71-76.



Miriam Saage-Maaß

## Das Recht der Schwächeren: 70 Jahre Menschenrechte

Wenn sich in diesem Dezember die Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zum 70. Mal jährt, wird das allenthalben gefeiert werden. Doch obwohl es in den vergangenen Jahrzehnten Fortschritte gab, werden die Menschenrechte auch heute noch vielerorts fundamental bedroht, ja mehr noch: Gerade in der westlichen Hemisphäre werden menschenrechtliche Standards wieder zunehmend in Frage gestellt.

Spätestens seit dem gezielten Einsatz von Folter durch US-amerikanische und britische Armeeangehörige in Afghanistan, im Irak oder im Gefangenenlager Guantánamo auf Kuba ist klar, dass nicht nur vermeintliche Schurkenstaaten unverblümt Menschenrechte verletzen. Immer mehr Politikern und Regierenden – von Ungarns Ministerpräsident Victor Orbán über Italiens Innenminister Matteo Salvini bis hin zum US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump – scheint es legitim, Menschen entgegen geltender Rechtslage zu diffamieren und auszugrenzen. Besonders deutlich wird dies in Europa im Umgang mit geflüchteten Menschen, denen der Zugang zu einem fairen Asylverfahren verwehrt wird, obwohl er ihnen nach der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) wie auch nach internationalen Menschenrechtspakten unfraglich zusteht. Und immer mehr Staaten stellen die Geltung der Menschenrechtsverträge grundsätzlich in Frage, wenn sie – wie Großbritannien – laut über einen Austritt aus der EMRK nachdenken oder – wie Venezuela – gar den Austritt aus dem Interamerika-

nischen Menschenrechtssystem vollziehen. Politische Auseinandersetzungen – etwa über die Berechtigung von Institutionen wie dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof, den Einsatz von Drohnen außerhalb von Konflikt- und Kriegsgebieten oder die europäische Asyl- und Migrationspolitik – werden mitunter so geführt, als gäbe es keine menschenrechtlichen Standards zu beachten.

Auch mit Blick auf die sozialen und ökonomischen Menschenrechte sieht es nicht gut aus: Berichte über Arbeitsausbeutung und Fabrikunfälle in der Textilindustrie Südasiens bleiben ebenso an der Tagesordnung wie solche über massenhafte Landverreibung der bäuerlichen Bevölkerungen Afrikas oder Lateinamerikas.<sup>1</sup>

Während also auf der einen Seite die Menschenrechte in ihrem Geltungsanspruch in Bedrängnis geraten, können auf der anderen Seite Unternehmen und insbesondere transnationale Konzerne ihre Rechte immer mehr ausweiten, ohne jedoch mit Pflichten belastet zu werden. So hat der US-amerikanische Supreme Court beispielsweise in den vergangenen Jahren etabliert, dass Unternehmen verfassungsmäßig gesicherte Persönlichkeitsrechte haben und deshalb aufgrund ihres Rechtes auf Meinungsfreiheit unbegrenzt Kandidaten im Präsidentschaftswahlkampf finanziell unterstützen dürfen.<sup>2</sup> Im Gegensatz dazu wurden Klagen gegen transnationale Konzerne

1 Vgl. Gisela Burckhardt, *Billige Kleidung – und ihr Preis*, in: „Blätter“, 1/2013, S. 13-16.

2 Vgl. *Citizens United v. Federal Election Commission*, 558 U.S. 310 (2010).

wegen ihrer Beteiligung an Völkerstraftaten wie Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den letzten Jahren immer wieder abgelehnt. In verschiedenen Entscheidungen, zuletzt im April 2018, hat der Oberste Gerichtshof die Möglichkeiten für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen, in die transnationale Konzerne verwickelt sind, extrem eingeschränkt und damit einer ganzen Ära von Menschenrechtsklagen gegen transnationale Konzerne in den USA praktisch das Ende bereitet.<sup>3</sup>

Diese Schwäche der Menschenrechte überrascht auf den ersten Blick, handelt es sich auf der normativen Ebene bei ihnen doch um ein umfassend entwickeltes Rechtsgebiet: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 umfasst wichtige Programmsätze wie das Recht auf Unversehrtheit der Person, das Recht auf Meinungsfreiheit, die Rechte auf Nahrung und Wasser, auf gerechte Arbeitsbedingungen, Organisationsfreiheit und einen angemessenen Lebensstandard. Rechtsverbindlich wurden diese und andere politische sowie die sozialen und wirtschaftlichen Rechte für aktuell 171 beziehungsweise 164 Unterzeichnerstaaten vor gut 40 Jahren, als die großen Menschenrechtspakte in Kraft traten. Zu diesen zählen der internationale Pakt zum Schutze wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte (Sozialpakt) einerseits und der internationale Pakt zum Schutze politischer und bürgerlicher Rechte (Zivilpakt) andererseits. Auch in den regionalen Menschenrechtssystemen – dem Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof, dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und dem Afrikanischen Gerichtshof für

Menschenrechte – werden seit Jahrzehnten die Menschenrechte auf konkrete Fälle angewandt und rechtsdogmatisch ausdifferenziert. Und in den Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind detaillierte Menschen- und Arbeitsrechte enthalten, etwa das Verbot von Zwangsarbeit und von schweren Formen der Kinderarbeit oder der Schutz der Organisationsfreiheit. Die Schwäche der Menschenrechte hat also kaum etwas damit zu tun, dass die Rechte nicht klar umschrieben und rechtsverbindlich festgelegt wären.<sup>4</sup> Vielmehr kranken die Menschenrechte an einem Durchsetzungsdefizit, das im internationalen Recht nicht unbedingt typisch ist.

### Vorrang für den globalen Norden

Im inter- und transnationalen Wirtschaftsrecht etwa gibt es durchaus effektive Regelungen für die Abwicklung globaler Wirtschaftstätigkeiten. Unter dem Dach der Welthandelsorganisation (WTO) wird der freie Handel durch völkerrechtliche Abkommen geschützt und den Vertragsstaaten steht mit dem *Dispute Settlement Mechanism* eine wirksame Durchsetzungsinstanz zur Verfügung. Ähnliche Mechanismen bestehen auch bei anderen multi- bzw. bilateralen Freihandelsabkommen. Völkerrechtliche Investitionsschutzverträge sichern Auslandsinvestitionen ab und bieten für Investoren eine Klagemöglichkeit vor einem Schiedsgericht des *International Centre for Settlement of Investment Dispute* (ICSID) – und damit unter Umgehung des nationalen Rechtsweges. Entscheidungen solcher Schiedsgerichte sind in allen 159 ICSID-Mitgliedstaaten vollstreckbar. Eine rein private, abseits staatlicher Normsetzung funktionierende Regulierung von Geschäftsbeziehungen durch branchenspezifische, von den Unter-

3 Vgl. Richard Herz, *It's just a tort case*, 27.7.2018, [www.scotusblog.com](http://www.scotusblog.com); Miriam Saage-Maaß und Leander Beinlich, *Das Ende der Menschenrechtsklagen nach dem Alien Tort Statute? Ein Kommentar zum Kiobel-Urteil und seinen Auswirkungen*, in: „Kritische Justiz“, 2/2015, S. 146-158.

4 Wolfgang Kaleck und Miriam Saage-Maaß, *Unternehmen vor Gericht. Globale Kämpfe um die Menschenrechte*, Berlin 2016, S. 54 ff.

nehmen selbst gesetzte Standards (die sogenannte *lex mercatoria*) ergänzt diese Rechtslage. Diese privaten Normen sind gerade deshalb entstanden, weil die transnationale Wirtschaftstätigkeit Regeln für die „rechtssichere Durchführung wirtschaftlicher Transaktionen“ erforderlich macht.<sup>5</sup> Wenn es der reibungslose Ablauf oder das Interesse der beteiligten Staaten nötig machen, werden transnationale Wirtschaftsbeziehungen also durchaus durch robuste völkerrechtliche Regelungen abgesichert. Das Wirtschaftsvölkerrecht begünstigt hier insbesondere die Wirtschaftsinteressen der im globalen Norden ansässigen Akteure, was nicht zuletzt auf die kolonialen Wurzeln des Völkerrechts zurückzuführen ist.<sup>6</sup>

Andererseits sieht es für die Menschen aus, die ihre Rechte gegen mächtige Akteure geltend machen wollen: In der Regel verfügen sie über deutlich weniger ökonomische und politische Macht als die transnationalen Konzerne, was sich auch in den Entscheidungen der regionalen Menschenrechtsgerichtshöfe niederschlägt. Zu ihren Ungunsten wirken zudem zwei rechtsdogmatische Schwierigkeiten: Zum einen gibt es keine Normenhierarchie, nach der die Menschenrechtspakte als eine Art Weltverfassung über den wirtschaftsrechtlichen Normen stehen würden. Zum anderen werden transnationale Konzerne von den Menschenrechtspakten nicht direkt erfasst, da sie nicht als Völkerrechtssubjekte anerkannt sind. Als solche gelten allein Staaten. Nach überkommener, aber immer noch herrschender Rechtsauffassung sind Unternehmen im völkerrechtlichen Sinne somit nichts weiter als Zusammenschlüsse privater Personen, auf die das Völkerrecht und

damit auch die internationalen Menschenrechts- und Arbeitsrechtkonventionen nicht anwendbar sind.<sup>7</sup> Deshalb können Unternehmen nicht vor den Menschenrechtsgerichtshöfen und Beschwerdeinstanzen des UN-Menschenrechtssystems oder der ILO verklagt werden, obwohl sie wiederum im Wirtschaftsvölkerrecht über eine partielle Völkerrechtssubjektivität verfügen, die ihnen dort weitgehende Beschwerderechte einräumt.

Unternehmen als wirkungsmächtige Akteure der Weltwirtschaft entziehen sich also dem Zugriff des Menschenrechtsregimes. Das Ungleichgewicht zwischen Wirtschafts- und Menschenrechten ist letztlich nichts anderes als Ausdruck der globalen Machtverhältnisse: Transnationale Konzerne und viele Regierungen nutzen das Völkerrecht, um globales Wirtschaften zu organisieren und abzusichern. Dort, wo die Interessen der mächtigen wirtschaftlichen Akteure berührt werden, gibt es sowohl rechtliche Verbindlichkeit als auch wirksame Durchsetzungsmechanismen im Völkerrecht. Dort aber, wo verbindliche Normen deren Wirtschaftsinteressen entgegenstehen könnten, sind diese schwer durchzusetzen und oft wirkungslos. Das kürzlich vom Obersten Gerichtshof der USA erlassene Urteil „*Jessner v. Arab Bank*“ illustriert dieses Phänomen: Der Gerichtshof entschied, dass Unternehmen wegen der Begehung schwerster Völkerstraftaten nicht verurteilt werden können. Entgegen einer seit den 1990er Jahren andauernden Praxis in den USA argumentierte eine knappe Mehrheit von 5 zu 4 Richterinnen und Richtern marktradikal: Derartige Klagen seien schädlich für die Wirtschaft der USA und daher unzulässig.<sup>8</sup>

5 Moritz Renner, Transnationale Wirtschaftsverfassung, in: „*Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht*“, 78/2014, S. 750-783.

6 Vgl. Wolfgang Kaleck und Karina Theurer, Das Recht der Mächtigen. Die kolonialen Wurzeln des Völkerrechts, in: „*Blätter*“, 8/2018, S. 105-110.

7 In der Rechtsprechung wird allerdings zunehmend anerkannt, dass Individuen wie Unternehmen zumindest begrenzte Rechte und Pflichten und damit eine sogenannte partielle Völkerrechtssubjektivität haben.

8 Charity Ryerson, Supreme Court rejects liability for foreign corporations in international human rights cases, 24.4.2018, [www.legaldesign.org](http://www.legaldesign.org).

Und dennoch machen die enormen Herausforderungen, die sich aus dem globalen Wirtschaftssystem, dem Klimawandel, den wachsenden sozialen Ungleichheiten und den zahlreichen kriegerischen Konflikten weltweit ergeben, die Frage nach der globalen Verantwortung der wirtschaftlich und politisch Mächtigen mehr als dringlich.

### **Das revolutionäre Potential der Menschenrechte**

Wir müssen neu und grundlegend über strukturelle Verantwortung und die Möglichkeit des Zur-Verantwortung-Ziehens (*Accountability*) nachdenken. Für die Erörterung dieser Fragen bieten Menschenrechtsstandards hilfreiche normative Maßstäbe. Die in den internationalen Pakten verbrieften Menschenrechte sind also alles andere als obsolet. Zum einen sind sie als internationale Völkerrechtsverträge nach wie vor geltendes Recht, an das die Unterzeichnerstaaten gebunden sind.

Zum anderen lassen sich mit ihnen konkrete politische und rechtliche Ziele mit grundsätzlichen Fragen nach der Verteilung von Macht und Ressourcen verbinden und Aus- und Einschlüsse bestimmter Akteure in Frage stellen. Die Menschenrechte können die Interessen der sozial Schwächeren und politisch weniger Einflussreichen gegen die Mächtigeren schützen. Dabei erschöpft sich ihre Wirkung nicht in reinen Abwehrrechten gegen den Staat, sie beinhalten auch einen Auftrag zur Schutz- und Gewährleistung: Sie verlangen vom Staat, die sozialen, ökonomischen und kulturellen Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten, und verpflichten ihn, Individuen vor Menschenrechtsverletzungen durch Dritte (beispielsweise Unternehmen) zu schützen.

Vor allem aber haben die Menschenrechte auch ein emanzipatorisches, wenn nicht gar revolutionäres Poten-

tial, das nicht zuletzt in der Praxis von Menschenrechtsbewegungen aus dem globalen Süden zum Ausdruck kommt. Dieses lässt sich exemplarisch an der Arbeit einer transnationalen Koalition verdeutlichen, die nach einem Fabrikbrand bei der Textilfirma Ali Enterprises im pakistanischen Karachi entstand. Bei dem Brand am 11. September 2012 starben 260 Menschen, weil sie das Gebäude nicht rechtzeitig verlassen konnten. Die Fenster waren vergittert, die wenigen Notausgänge zum Teil versperrt, zum Teil nutzlos, weil sie im Nichts endeten.<sup>9</sup>

Die pakistanische Gewerkschaft National Trade Union Federation (NTUF) hat den überlebenden Beschäftigten und den Familien, deren Angehörige beim Brand starben, damals geholfen, eine eigene Organisation – die *Ali Enterprises Affectedes Association* – zu gründen. Heute beteiligt sich diese gemeinsam mit der NTU, weiteren pakistanischen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Europa an verschiedenen rechtlichen Verfahren in Pakistan, Italien und Deutschland. Dabei geht es zum einen darum, den Fabrikbrand aufzuklären und die Fabrikbesitzer und Regierungsstellen zu sanktionieren, die für Arbeitsstandards- und Brandschutzinspektionen verantwortlich sind, zum anderen darum, angemessene Entschädigungen und Pensionen für die Betroffenen und ihre Angehörigen zu erstreiten. Vor allem aber soll mit Hilfe der Verfahren geklärt werden, wer für den Brand eine rechtliche (Mit-)Verantwortung trägt.

So haben vier Vertreter der Betroffenenorganisation mit Unterstützung des in Berlin ansässigen *European Center for Constitutional and Human Rights*

<sup>9</sup> Vgl. Miriam Saage-Maaß, KiK: Blut an den Kleidern, in: „Blätter“, 6/2015, S. 25-28. Das Desaster hätte mit einfachen baulichen Änderungen verhindert werden können, siehe die Computersimulation von Forensic Architecture: KIK: Der Preis der Katastrophen in der Textilindustrie Südsasiens, [www.ecchr.eu](http://www.ecchr.eu).

(ECCHR) im März 2015 beim Landgericht Dortmund eine Entschädigungsklage gegen den Textildiscounter KiK eingereicht. Das Argument: KiK verfügte als Hauptabnehmer der Fabrik über ausreichend wirtschaftliche Macht, um bessere Brandschutzstandards in der Fabrik durchsetzen zu können. Denn nichts anderes behauptet KiK in seinen jährlichen Nachhaltigkeitsberichten, in denen es heißt, das Unternehmen kümmere sich sehr um gute Arbeitsbedingungen in seinen Zulieferbetrieben.<sup>10</sup>

Normativ berufen sich die Kläger neben dem pakistanischen Deliktsrecht und den internationalen Menschenrechten auf internationale Standards wie die *UN Guiding Principles on Business and Human Rights*. Diese Prinzipien halten fest, dass Unternehmen nach aktuellem Stand des Völkerrechts eine Pflicht haben, Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, und hierfür eine Reihe von Sorgfaltspflichten erfüllen müssen. Im August 2016 erkannte das Gericht die Klage der vier pakistanischen Betroffenen gegen KiK als zulässig an und gewährte den Klägern Prozesskostenhilfe. Nun muss es entscheiden, ob die Klageansprüche nach pakistanischem Recht gegeben sind.

Das Beispiel zeigt auch, welche Synergien aus dem transnationalen Vorgehen und dem Rückgriff auf die Menschenrechte entstehen können. Parallel zum Klageverfahren in Deutschland gelang es der Betroffenenorganisation nämlich – auch hier im Verbund mit pakistanischen und internationalen Arbeits- und Menschenrechtsorganisationen –, KiK zur (freiwilligen) Zahlung von fünf Mio. Euro in einen von der ILO koordinierten Entschädigungsfonds für die Betroffenen des Ali-Enterprises-Brandes zu bewegen. Ein Erfolg,

von dem alle Betroffenen durch monatliche Pensionszahlungen profitieren und der sicherlich auch durch den Druck der Klage zustande kam.

### Der Kampf um die Deutungshoheit

Allerdings ist ein solches Vorgehen allzu selten erfolgreich für die Betroffenen. Während es mächtigen Akteuren aus der Wirtschaft oft gelingt, einen politischen Diskurs und ein rechtliches Umfeld zu schaffen, das vor allem ihren Interessen dient, wird die Geltung der Menschenrechte weltweit in Frage gestellt. Umso mehr müssen die globale Menschenrechtsbewegung, soziale Bewegungen und Betroffene von Menschenrechtsverletzungen „den Kampf um die Deutungshoheit im transnationalen Recht“ aufnehmen.<sup>11</sup> Denn entgegen aller anderslautenden Behauptungen bleiben die universell gültigen Menschenrechte ein wirkungsmächtiger Bezugsrahmen, um beispielsweise die Ausbeutung der Beschäftigten in den globalen Zulieferketten zu skandalisieren.

Und so geben die Menschenrechte durchaus Antworten auf die aktuell drängenden Fragen der Globalisierung. Wer trägt welche Verantwortung in einer global vernetzten Welt? Und wen müssen die Staaten schützen? Was schulden diejenigen, die sicher und gesichert im globalen Norden leben, denen außerhalb? Welche Verpflichtungen haben transnationale Konzerne gegenüber den Menschen, deren Arbeitskraft und natürliche Lebensgrundlagen sie für den eigenen Profit ausbeuten? Dies sind nicht allein politische und moralische Fragen – die Menschenrechte bieten hier nach wie vor einen wichtigen rechtlichen Bezugsrahmen, der die Beantwortung dieser Fragen leiten kann.

<sup>10</sup> Vgl. Carolijn Terwindt, Sheldon Leader, Anil Yilmaz-Vastardis und Jane Wright, *Supply Chain Liability: Pushing the Boundaries of the Common Law?*, in: „Journal of European Tort Law“, 1/2018.

<sup>11</sup> Andreas Fischer-Lescano und Kolja Möller, *Der Kampf um globale soziale Rechte*, Berlin 2012, S. 30.

Layla Al-Zubaidi und Jochen Luckscheiter

## Südafrika: Der Kampf ums geraubte Land

Seit Monaten bestimmt ein einziges Thema die politische Debatte in Südafrika: die Landfrage, also die extrem ungerechte Verteilung des Landbesitzes zwischen Weißen und Schwarzen. Die Regierung des neuen Präsidenten Cyril Ramaphosa (ANC) plant nun eine Verfassungsänderung, um Grundstücke zugunsten schwarzer Bürger entschädigungslos enteignen zu können. Damit will sie zur sozialen und wirtschaftlichen Wiedergutmachung der Apartheidverbrechen beitragen. Das weckt Hoffnungen vor allem bei der mehrheitlich schwarzen Bevölkerung. Bei weißen Farmern und Investoren mobilisieren die Pläne hingegen enorme Ängste. Sie befürchten ein Szenario wie im Nachbarland Simbabwe, wo nach einem Verfassungsreferendum im Jahr 2000 kommerzielle Farmen gewaltsam enteignet wurden. 50000 weiße Landwirte verließen daraufhin binnen kurzer Zeit das Land und beschleunigten damit dessen wirtschaftlichen Niedergang. Inzwischen sorgt die Debatte auch international für Schlagzeilen. US-Präsident Donald Trump drohte per Twitter gar, Enteignungen von (weißen) Bauern und von Landbesitz durch seinen Außenminister Mike Pompeo beobachten lassen zu wollen und sprach von der „massenhaften Tötung“ weißer Farmer. Die ANC-Regierung wies diese unhaltbaren Vorwürfe umgehend zurück.

Tatsächlich sind von ihr gewaltsame Enteignungen wie in Simbabwe kaum zu befürchten. Sie betont vielmehr, die Landreform vorsichtig vorantreiben und mit ihr die Wirtschaft ankurbeln zu wollen. Überdies stammt die Idee für die Verfassungsreform nicht vom ANC selbst. Mit seinem Vorstoß

reagierte Ramaphosa vielmehr auf den Druck der linkspopulistischen Oppositionspartei Economic Freedom Fighters (EFF), die das Thema bereits Monate zuvor ins Parlament in Kapstadt einbrachte und – gegen den inzwischen verfliegenen Widerstand des ANC – eine parlamentarische Kommission durchsetzte, um eine Verfassungsänderung zu prüfen. Bis Mitte Juni erhielt die Kommission mehr als 700000 Eingaben aus der Öffentlichkeit – so groß war das gesellschaftliche Interesse an einem Gesetzgebungsprozess noch nie seit der Demokratisierung des Landes im Jahr 1994. Fest steht schon jetzt: Die emotionale Debatte wird die im nächsten Jahr anstehenden allgemeinen Wahlen dominieren. Damit droht die Landfrage, Südafrika weiter entlang von „Rasse“-Kategorien zu spalten. Zugleich bietet sie jedoch die Chance, schon lange schwelende Konflikte demokratisch zu lösen.

### Eine Geschichte der Enteignung

Die Frage nach dem Landbesitz ist so alt wie die koloniale Besiedelung Südafrikas. Landnahme war seit dem 17. Jahrhundert ein integraler Bestandteil der holländischen Kolonialisierung des Landes. Die damit einsetzende rassistische Segregation wurde im Jahr 1913 erstmals in Gesetzesform gegossen: Der „Natives Land Act“ bereite den Boden für das Apartheidsystem und dessen unzählige strukturelle Diskriminierungen, die bis heute nachwirken. Der schwarzen Mehrheitsbevölkerung gestand das Gesetz gerade einmal sieben Prozent der gesamten Landfläche zu, während sich die zuge-

wanderte weiße Minderheit 93 Prozent des Landes zusprach. Ein zusätzliches Verbot für Schwarze, Landrechte durch Kauf, Pacht oder irgendeine andere Methode zu erwerben, sicherte die Dauerhaftigkeit dieser rassistischen Besitzverhältnisse. Zudem schränkten zusätzliche Segregationsgesetze die Bewegungs- und Wohnfreiheit der enteigneten schwarzen Bauern und städtischen Arbeiter weiter ein. Der „Group Areas Act“ von 1950 etwa sprach urbane Wohnviertel allein der weißen Bevölkerung zu. Bis 1983 wurden aufgrund dieser rassistischen Gesetze schätzungsweise 3,5 Millionen Menschen zwangsvertrieben.

Die Vertreibungen sowie die Disziplinarmacht der sogenannten Bantuvewaltung in den „Homelands“, jenen 13 Prozent der Landfläche, die der schwarzen Bevölkerung bzw. den mit dem Apartheidsregime kollaborierenden traditionellen Autoritäten zugewiesen wurden,<sup>1</sup> schürte jedoch auch den politischen Widerstand der Enteigneten. Landreformen gehörten zu den frühen Forderungen der Antiapartheidsbewegung. Bereits 1952 erklärte der ANC in seiner wegweisenden Freiheitscharta: „Rassisch“ begründete Privilegierung im Landbesitz gehöre abgeschafft, vielmehr müssten Grundstücke unter jenen verteilt werden, die auf ihnen arbeiten.

Doch die Kenntnis darüber, wer heutzutage wie viel Land besitzt, ist erstaunlich lückenhaft. Mehrere Studien schätzen zwar, dass heute noch rund 73 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen Südafrikas im Besitz von Weißen sind, während der Landanteil der schwarzen Bevölkerung zwischen 5 und 27 Prozent liege. Allerdings sind diese Ergebnisse aufgrund der schlechten Datenlage nur mit großer Vorsicht zu genießen. So fragen zwar auch heute noch viele Behörden automatisch die „Rasse“ der jeweili-

1 Die sieben Prozent des Landes, die der Native Land Act 1913 der schwarzen Bevölkerung zusprach, wurden 1936 auf 13 Prozent erhöht.

gen Person ab – dies gilt jedoch nicht bei Eintragung in das Register für Eigentumsurkunden. Außerdem berücksichtigen die Studien nicht den Unternehmensbesitz, sondern lediglich Land im Privatbesitz, das aber nur ein Drittel der Gesamtfläche Südafrikas ausmacht.

Kompliziert sind auch die Besitzverhältnisse in den ehemaligen „Homelands“. Heute befindet sich dieses Land, auf dem knapp ein Drittel der südafrikanischen Bevölkerung lebt, vielerorts im Besitz von gewaltigen Trusts, die nach wie vor von traditionellen Autoritäten verwaltet werden. Allein der seit 1994 von Zulu-König Goodwill Zwelithini in Treuhand gehaltene Ingonyama Trust umfasst rund drei Mio. Hektar Land. Doch die Treuhänder begehen zahlreiche Rechtsverletzungen und nehmen kaum Rücksicht auf Nutzer und Bewohner des Landes. Frauen trifft das ganz besonders. Allzu oft werden sie im Namen von Tradition und Kultur rechtswidrig vom Landbesitz ausgeschlossen.

### Halbherzige Reformen des ANC

Eigentlich hatte sich die ANC-Regierung nach ihrem Wahlsieg 1994 zum Ziel gesetzt, binnen fünf Jahren 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche an die schwarze Mehrheitsbevölkerung zu übertragen. Tatsächlich aber sind nach Angaben der Regierung bis heute nicht mehr als neun Prozent transferiert worden. Dies liegt an einer Mischung aus fehlgeleiteten Politikanalysen, Korruption und mangelnder Bereitschaft der Regierung, ausreichend Gelder bereitzustellen.

Nelson Mandelas Regierung (1994 bis 1999) schaffte immerhin einen gesetzlichen Rahmen und führte ein von der Weltbank inspiriertes marktorientiertes Landumverteilungsprogramm ein: Sofern beide beteiligte Parteien dem Kauf bzw. Verkauf zustimmen, zahlt der Staat für das Land, das um-

verteilt werden soll, den Marktpreis als Kompensation. Nach fünf Jahren Laufzeit hatten jedoch weniger als ein Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche die Besitzer gewechselt. Zugleich stapelten sich bei den Gerichten die Ansprüche auf Landrückenstellungen. Rund 64 000 Fälle waren bis Dezember 1998 eingegangen.

Unter Präsident Thabo Mbeki (1999 bis 2008) gewann das Landreformprogramm zwar an Fahrt. Die Beschlüsse eines Landgipfels im Jahr 2005, die dem Staat eine aktivere Rolle zuweisen und Enteignungen stärker vorantreiben wollten, wurden in der Praxis jedoch kaum umgesetzt. Ebenso wenig unter Präsident Jacob Zuma (2009 bis 2018): Unter ihm drückte sich die „aktivere Rolle des Staates“ vor allem darin aus, dass dieser zu einem geschäftigen Käufer wurde, der erworbenes Land an schwarze Bauern lediglich verpachtete, aber nicht an sie übertrug. Zugleich versuchte Zuma, sich die Unterstützung der traditionellen Eliten zu sichern, indem er die Treuhänder der ehemaligen „Homelands“ (heute: „kommunale Gebiete“) mit mehr Macht auszustatten versuchte. Allerdings wurde 2014 das – zunächst bis Ende 1998 begrenzte – Verfahren für Landrückenstellungen neu eröffnet. Bis 2019 können wieder Ansprüche angemeldet werden. Ob und wie die 160 000 bereits eingegangenen und die zukünftigen Anträge bearbeitet werden sollen, ist derzeit jedoch unklar – zumal es noch unzählige unge löste Fälle aus der Vergangenheit gibt. Übrigens erklärte das Verfassungsgericht die Gesetzgebung zur Wiedereröffnung aus prozeduralen Gründen für rechtswidrig.

Unterm Strich hat Südafrika in den letzten 24 Jahren nie mehr als ein Prozent seines Jahreshaushalts für sein Landreformprogramm aufgebracht. Im aktuellen Staatsetat sind gerade einmal 0,4 Prozent für die Landumverteilung vorgesehen. Das zeigt: Ganz offensichtlich war dem ANC die Landre-

form nicht wirklich wichtig. Der Kreis der Profiteure hat sich dabei stetig von der besitzlosen schwarzen Landbevölkerung hin zu kommerziellen, wohlhabenderen Landnutzern und Unternehmen verschoben. So wurde mancherorts eine Situation geschaffen, von der weiße Landwirte stärker profitieren als schwarze Begünstigte. Ganz unter den Tisch gefallen ist zudem die Frage nach städtischen Grundstücken. Dabei leben heute zwei Drittel aller Südafrikaner in Städten – Tendenz steigend.

### Die Urbanisierung der Landfrage

Angesichts der fortschreitenden Urbanisierung hegte bereits 2005 nur noch jeder zehnte Südafrikaner die Ambition, Landwirt zu werden.<sup>2</sup> Dennoch waren 2001 laut einer Umfrage des Institute for Justice and Reconciliation 85 Prozent der schwarzen Befragten der Meinung, Land müsse zurückgegeben werden, ungeachtet der Konsequenzen für die jetzigen Besitzer und für die Stabilität des Landes. Im Zuge der Urbanisierung steigen nämlich auch die Mieten und die Nachfrage nach städtischen Grundstücken. Die Landfrage verschiebt sich somit lediglich in die Städte und erlangt dort neue Brisanz.

Denn auch hier besteht die räumliche Trennung entlang von „Rassenzugehörigkeit“ weitgehend fort. So haben vor allem die in periphere Townships verdrängten schwarzen Stadtbewohner mit langen Wegen zu kämpfen, ob zur Arbeit, zum Arzt oder zum Einkaufen. Die Frage, wie Land für zentral gelegene und günstige Wohnungen genutzt werden kann, ist daher in den vergangenen Jahren immer stärker ins Zentrum sozialer Kämpfe gerückt. Bewegungen wie „Reclaim the City“ wehren sich gegen den Verkauf von staatlichem Grundbesitz an

2 Vgl. Centre for Development and Enterprise, Land reform in South Africa: A 21st century perspective, Research Report No. 14, Johannesburg 2005.

meistbietende private Bauunternehmen, die Wohnungen für eine finanzstarke Klientel bauen. Wer heute Land fordert, will also häufig nicht nur ein historisches Unrecht korrigieren, sondern kämpft schlicht für bezahlbaren Wohnraum.

### Der Kurswechsel des ANC

Doch woher rührt der Kurswechsel des ANC in der Landfrage? Ramaphosa dürfte es vor allem darum gehen, die eigenen Reihen zu beschwichtigen und verprellte Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen. Seine Partei befindet sich wegen interner Streitigkeiten und der Korruptionsaffären um Ex-Präsident Jacob Zuma in einer heftigen Legitimitätskrise. Ob die entschädigungslose Enteignung von Land diese zu beenden vermag, ist allerdings unklar. Entgegen der gefühlten politischen Stimmung im Land hält die Mehrheit der Wählerschaft laut einer aktuellen Umfrage des Institutes for Race Relations (IRR) die Landreform für weit weniger wichtig als etwa Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung. Dennoch versuchen führende ANC-Politiker, die Verantwortung für die missglückte Landpolitik der Vergangenheit von sich zu weisen, indem sie mit angeblichen verfassungsrechtlichen Blockaden argumentieren. Diese Blockaden gibt es nach Auffassung der meisten Land- und Rechtsexperten jedoch nicht: Zwar verbietet Artikel 25 der Verfassung – die sogenannte Eigentumsklausel – die willkürliche Enteignung von Eigentum, er verleiht dem Staat aber auch ein starkes Mandat, weitreichende Landreformen einzuleiten. Die Verfassung sei kein Hinderungsgrund, einen staatlich organisierten Ausgleich für historische rassistische Diskriminierung zu schaffen. Zwar sieht Artikel 25 bei Enteignung eine „gerechte und angemessene“ Entschädigung vor. Doch unter bestimmten Umständen seien selbst Enteignun-

gen gegen eine Kompensation unter Marktwert oder gar ohne Kompensation denkbar. Dass eine Landumverteilung zugunsten historisch benachteiligter Gruppen nicht gelungen ist, liegt also nicht an rechtlichen Grenzen, sondern am fehlenden politischen Willen.

Bereits heute zeigt die ANC-Regierung der Provinz Gauteng, dem wirtschaftlichen Kernland Südafrikas, dass konkrete Schritte auch ohne Verfassungsänderung möglich sind. Sie will brachliegende Ländereien in Privatbesitz ganz ohne Entschädigung enteignen. Selbst die größte Oppositionspartei, die liberal ausgerichtete Democratic Alliance (DA), ist aktiv geworden: Herman Mashaba, der DA-Bürgermeister von Johannesburg kündigte an, leerstehende Gebäude in der Innenstadt enteignen zu lassen. Zugleich sehen sich immer mehr ärmere Menschen durch die Debatte in ihren Landansprüchen bestätigt – und besetzen kurzerhand Grundstücke.

Ob die nun geplante Verfassungsänderung lediglich Tatendrang vertuscht, oder ob sich mit ihr tatsächlich etwas an der extrem ungleichen Landverteilung ändern wird, wird die Zukunft zeigen müssen. Fest steht: Diese ökonomische Ungleichheit, die auch knapp ein Vierteljahrhundert nach dem Ende der Apartheid noch entlang von „Rasse“-Kategorien verläuft, lässt sich auf lange Sicht nur überwinden, wenn der Grundbesitz gerechter verteilt wird und die Besitzverhältnisse für alle sicherer werden. Denn wenn die Armen des Landes die Zuversicht vollends verlieren, dass sich an ihrer Situation mittelfristig etwas ändert, birgt das eine enorme gesellschaftliche Sprengkraft. Die Landdebatte bietet daher die Chance für Südafrika, jene demokratische Reife zu beweisen, die im Nachbarland Simbabwe gefehlt hatte. Schon jetzt hat die Landfrage die Diskussion um Wiedergutmachung belebt – und so eine neue Öffentlichkeit für soziale Kämpfe auf dem Land und in den Städten geschaffen.

## Judenhasser allerorten?

In der September-Ausgabe diagnostizierte der Publizist Richard C. Schneider eine neue Normalität des Antisemitismus »von Orbán bis Corbyn«. Dem widerspricht entschieden der Erziehungswissenschaftler **Georg Auernheimer**.

Richard C. Schneider benennt zwei Politiker von gegensätzlichen Polen des politischen Spektrums als Beispiele für Spielarten des Antisemitismus: Ungarns rechts-autoritären Premierminister Viktor Orbán und den linken Labour-Chef Jeremy Corbyn. Allein das lässt aufforchen. Und auch die im Titel behauptete „neue Normalität des Antisemitismus“ überrascht. Was da suggeriert wird, hält allerdings der Überprüfung nicht stand. Der Verfasser widerspricht sich an diversen Punkten selbst.

Aufschlussreich ist zunächst folgendes: Schneider selbst muss konzedieren, dass sich Europas Rechtspopulisten „in erster Linie und primär gegen die ‚Überfremdung‘ durch Muslime aussprechen“. Dass diese Formulierung angesichts der jüngsten Ereignisse in der Bundesrepublik stark verharmlosend ist, sei hier nur am Rande vermerkt. Doch auch in Frankreich registriert Schneider einen Wandel der Programmatik weg vom früheren Antisemitismus: „Die Stoßrichtung ging stattdessen auch beim Front National wie überall in Europa gegen die Muslime, da sie als bedrohlicher wahrgenommen werden und weil sie als Angriffsfläche im Augenblick dienlicher sind als Juden“. Auch Politiker der AfD und der FPÖ halten sich nach Schneider mit antisemitischen Äußerungen deshalb zurück, „weil sie aus

politischem Kalkül zumindest zum jetzigen Zeitpunkt nicht offen antisemitisch auftreten wollen“.

So fragt man sich, was es denn mit der „neuen Normalität des Antisemitismus“ auf sich haben soll, zumal Schneider feststellt: „In der öffentlichen politischen Auseinandersetzung kommt offen geäußelter Antisemitismus einem politischen Todesstoß gleich mit entsprechendem Wahlausgang.“

Trotzdem erachtet er für Juden „die Lage in Europa wieder stürmisch bis unerträglich“. Und in der Tat: Dass jüdisches Leben in Deutschland und Europa nach wie vor bedroht ist und dass es auch immer wieder tätliche Angriffe gegen Juden gibt, ist nicht zu leugnen. Auch Hasstiraden gegen Juden aus rechtsextremen Gruppierungen oder der Überfall auf ein jüdisches Restaurant wie jüngst bei den Ausschreitungen in Chemnitz sind alarmierend.

Das zentrale Problem ist jedoch, dass der Verfasser diese Art von Antisemitismus – der wie viele andere Rassismen gegen eine mit sozialen oder biologischen Merkmalen (Kultur, Religion, Abstammung) konstruierte Gruppe gerichtet ist – mit dem Antizionismus, ja sogar mit Kritik an Israel, genauer: an der aktuellen israelischen Regierung, zu einer trüben Melange verrührt.

Mit diesem Verfahren wird überdies suggeriert, das eine bedinge das andere. Da dieses diskursive Vorgehen zunehmend Verbreitung und Zustimmung im öffentlichen Diskurs findet, ist die kritische Auseinandersetzung damit dringend geboten.

**»Richard C. Schneider erspart sich die Mühe, klare Kriterien – oder gar eine Definition – für Antisemitismus zu benennen.«**

Schneider konstatiert: „Der Antisemitismus, wie wir ihn heute in Europa wieder in ‚voller Blüte‘ erleben können, kommt von vier Seiten.“ Indem er so eine bloße Auflistung vornimmt, erspart er sich die Mühe, dem Publikum Kriterien – oder gar eine klare Definition – für Antisemitismus zu benennen. Stattdessen führt er auf: den „Antisemitismus von rechts“, den „Antisemitismus muslimischer Einwanderer“, den „Antizionismus der extremen Linken“ und den „ganz normalen Antisemitismus der ‚gepflegten Mitte‘“, wo Juden als Fremde gelten.

Sowohl beim „Antisemitismus“ der muslimischen Einwanderer als auch bei dem der „extremen Linken“ operiert der Verfasser mit Unterstellungen. Ersteren wird attestiert, dass sie „daheim ihren Hass auf die ‚Zionisten‘, aber auch auf die ‚Jahudis‘, die Juden, eingetrichtert bekommen haben“. Damit leistet der Verfasser auf bedenkliche Art der Auffassung Vorschub, Antisemitismus gehöre quasi zum kulturellen Erbe des Islam oder der arabischen Länder – eine nicht nur unhistorische, sondern sogar historisch falsche Vorstellung: Die feindselige Haltung gegenüber Zionisten ist neueren Datums und geht auf die Vertreibung der Palästinenser und die Besatzungspolitik der israelischen Regierungen zurück.

Es mag sein, dass der Zorn über ein geopolitisches Unrecht bei einfachen

Gemütern in Hass auf die Juden umschlägt, was tatsächlich als Antisemitismus gelten muss. Aber die Herkunft oder Quelle dieses Antisemitismus ist eine andere als in Europa. Dieser Hinweis ist nicht belanglos, denn zum Teil bedient sich die politische Rechte hierzulande des Antisemitismus-Vorwurfs bei ihren Kampagnen gegen muslimische Migrantinnen und Migranten.

Auch der „Antizionismus der extremen Linken“ wird vom Verfasser auf eine recht schlichte Art in Antisemitismus verwandelt: Jene Linken machen nach Schneider aus Heinrich von Treitschkes „Die Juden sind unser Unglück“ ein „Die Zionisten sind unser Unglück“. Doch diese Analogiebildung in Anspielung auf die polemische Schrift von 1879 ist grotesk.

Es muss daran erinnert werden, wes Geistes Kind Professor von Treitschke war, der damals in den Preußischen Jahrbüchern die jüdische Minderheit ethnisierte („dies fremde Volksthum“, „fremdes Wesen“) und sie als zumindest in Teilen integrationsunwillig oder -unfähig charakterisierte: „Es wird immer Juden geben, die nichts sind als deutsch redende Orientalen.“<sup>1</sup> Von Treitschke phantasierte „eine schwere Gefahr“ für das deutsche Leben herbei, die aus der starken Einwanderung aus Osteuropa und der angeblichen wirtschaftlichen und medialen Macht der jüdischen Minderheit resultiere. Der „Instinkt der Massen“ hätte diese Gefahr „richtig erkannt“. Diese Schrift, die alle Kriterien von Rassismus erfüllt, bildete eine Bedrohung für die jüdische Minderheit, so dass sich viele Intellektuelle zu einer Erwiderung herausgefordert sahen. Doch die Analogie zum Antizionismus hinkt in mehrfacher Hinsicht. Wer den Zionismus kritisiert, prangert nicht eine Gruppe an und arbeitet nicht mit Zuschreibungen: Eine über-

1 Alle Textstellen aus: Walter Boehlich (Hg.), *Der Berliner Antisemitismusstreit*, Frankfurt a.M. 1965.

zeugende Kritik an dieser politischen Bewegung kümmert sich nicht um „die Zionisten“. Vielmehr wird diese Kritik die Spuren des europäischen Nationalismus, ja auch des Kolonialismus, im Zionismus analysieren. Bei allem Verständnis für den historischen Ursprung des Zionismus – als einer Reaktion auf die Pogrome im Zarenreich, den „Antisemitismus-Streit“ in Preußen und die Dreyfus-Affäre in Frankreich – wird sie aber auch die Implikationen dieser Ideologie und ihre Folgen herausarbeiten. Dazu zählen die Erfindung von Zugehörigkeitskriterien, Exklusion und Abgrenzung und die Beschwörung von Bedrohungsszenarien – wobei das Trauma der Schoa diese Tendenzen einerseits verständlich macht, andererseits aber auch verstärkt.

Wer also Kritik am Zionismus übt, der bringt nicht wie Herr von Treitschke eine Minderheit in Gefahr, sondern hinterfragt lediglich die Politik einer starken, von der Supermacht USA und ihren Alliierten unterstützten Regionalmacht. Im besten Fall veranlasst dies die Vertreter dieses Staates zur kritischen Selbstprüfung, wie es jüdische Kritikerinnen und Kritiker des Zionismus innerhalb und außerhalb Israels intendieren: Einem Moshe Zuckermann wird man keine Aussage entlocken können wie „die Zionisten sind unser Unglück“. Aber er verurteilt eine Politik, die auf militärische Stärke und Expansion setzt, weil sie keine dauerhaft sichere „Heimstatt“ für Juden schafft.

Schneider hingegen schreibt empört: „Es gibt keinen bestehenden Staat auf der Welt, der immer noch für sein Existenzrecht kämpfen muss“ – eine oft zu hörende Anklage. Aber es gibt auch keinen Staat, der bis heute seine Grenzen oder territorialen Ansprüche nicht definieren will: Alle israelischen Regierungen haben bis jetzt diese Frage bewusst offen gelassen. Mit ihrer Besatzungspolitik geben sie allerdings zu verstehen,

welche Ziele sie tatsächlich verfolgen. Denn diese Politik läuft auf eine schleichende Annexion palästinensischen Landes hinaus. Das gilt zumindest für jene Gebiete, die im Oslo-II-Abkommen als Zone C bezeichnet werden und 59 Prozent des Westjordanlands umfassen. Sie sind heute de facto beinahe ein Teil Israels, denn inzwischen leben dort 435 000 Siedler in verstreuten Siedlungen. Damit hat Israel irreversible Fakten und Strukturen geschaffen. Zudem beutet Israel rechtswidrig Ressourcen der Besatzungszone aus.

**»Die BDS-Kampagne will mit wirtschaftlichem Druck die Einhaltung von Menschenrechten und Völkerrecht erzwingen.«**

Wozu bedarf es angesichts dessen einer „Delegitimierungskampagne“ gegen Israel, die Schneider der BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) vorwirft? Wie er zu dem Schluss kommt, die Bewegung habe „in ihrem Kern nur wenig“ mit Israels Besatzungspolitik zu tun, bleibt sein Geheimnis. Schon die von ihm zitierten Forderungen auf der BDS-Website widerlegen diese Behauptung. Ungeachtet dessen vermutet er: „Tatsächlich aber wird das Ende Israels angestrebt.“

Doch gibt es keinerlei Beleg für diese Unterstellung. Wenn einzelne BDS-Befürworter den Staat Israel in seiner heutigen Verfasstheit, zumal seit dem jüngsten Nationalstaatsgesetz, für historisch überholt halten, dann nur weil die Zweistaatenlösung für sie unrealistisch geworden ist. Mehr noch: Wenn BDS-Unterstützer die über Generationen erwirkten Rechte der Israelis in Frage stellen wollten, würden sie die ideellen Voraussetzungen ihrer Kampagne negieren. Schließlich zielt diese darauf ab, mit wirtschaftlichem Druck die Einhaltung von Menschenrechten und Völkerrecht zu erzwingen.

Schneider unterschlägt bei seiner Kritik der BDS-Bewegung überdies, dass sie von zahlreichen Juden, insbesondere der „Jüdischen Stimme für den Frieden“, unterstützt wird. Möchte er Juden, die für die humanistische Tradition des Judentums stehen, ihr Jüdischsein absprechen?

**» Schneider stigmatisiert ausgerechnet Corbyn als Antisemiten, der doch exemplarisch für eine Linke steht, die für eine menschlichere Welt kämpft. «**

Ähnlich leichtfertig wie mit der BDS-Kampagne geht Schneider mit Jeremy Corbyn um, den er als „Judenhasser“ diffamiert. Als Beleg dafür nennt er neben früheren politischen Kontakten des Labour-Chefs und seiner Sympathie für die Sache der Palästinenser ausgerechnet die parteiinterne Diskussion über die Definition von Antisemitismus. Dabei soll diese doch gerade dazu dienen, klare Abgrenzungen vornehmen zu können. Dazu sollte die Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) verwendet werden, allerdings in redigierter Fassung, was der Verfasser Corbyn anlastet. Nach der Veröffentlichung von Schneiders Artikel hat Labour entschieden, doch die vollständige Definition zu übernehmen. Allerdings will Corbyn mit einer

Präambel sicherstellen, dass „die Meinungsfreiheit in Bezug auf Israel und die Rechte der Palästinenser“ nicht eingeschränkt werden<sup>2</sup> – was Schneider in seinem Urteil bestätigen dürfte. In seinem Text verschweigt er übrigens, dass die „Jewish Voice of Labour“ ebenso wie ein Londoner Institut für Antisemitismus-Forschung die Definition der IHRA kritisch kommentiert haben.

Diese Einordnung Corbyns verleiht Schneiders Text eine bedenkliche Schiefelage. So findet der Verfasser den „faustischen Pakt“ zwischen Israels Premierminister Benjamin Netanjahu und Viktor Orbán befremdlich, denkt aber nicht darüber nach, ob dem nicht eine Geistesverwandtschaft zugrunde liegen könnte. Zugleich stigmatisiert er ausgerechnet einen Jeremy Corbyn als Antisemiten, der exemplarisch für eine Linke steht, die stets – gleich ob revolutionär oder reformistisch – für eine bessere, menschlichere Welt gekämpft hat und immer noch kämpft.

Derart schablonenhafte Zuschreibungen sind im Disput über Antisemitismus allerdings auch innerhalb der Linken üblich geworden. Vermeintliche Linke rechtfertigen teilweise den israelischen Land- und Wasserraub, den Bruch des Hausfriedens, die Sippenhaftung oder Inhaftierung von Kindern und sogar gezielte Schüsse auf Zivilisten... Welche Verwirrung der Geister!

2 Zit. nach „junge Welt“, 12.9.2018.



© Gipuzkoako Foru Aldundia (Flickr, CC BY-SA 2.0)

## Sexualisierte Gewalt mit System

Vor einem Jahr nahm die MeToo-Debatte ihren Lauf, die in den USA, aber auch in Europa für heftige Kontroversen sorgte. Was aber bleibt von diesen?

**Das Online-Dossier auf [www.blaetter.de](http://www.blaetter.de): Neun Beiträge für nur 4 Euro**

# Sie wussten, was sie tun

Von Benjamin Franta

Eines Tages im Jahr 1961 stolperte ein amerikanischer Ökonom namens Daniel Ellsberg über ein Papier mit apokalyptischen Implikationen. Ellsberg, der die US-Regierung bezüglich ihrer geheimen Atomkriegspläne beriet, hatte ein Dokument entdeckt, das eine offizielle Schätzung der Zahl der Todesopfer eines präventiven „Erstschlags“ gegen China und die Sowjetunion enthielt: rund 300 Millionen in jenen Ländern, und weltweit doppelt so viele.

Ellsberg war beunruhigt über das Vorliegen eines derartigen Plans; Jahre später versuchte er, die Details der nuklearen Vernichtung heimlich an die Öffentlichkeit zu bringen. Obwohl diese Versuche scheiterten, erlangte Ellsberg später Berühmtheit für seine heimliche Weitergabe von Unterlagen, die dann als die „Pentagon-Papiere“ bekannt wurden: die geheime Geschichte der Militärintervention der US-Regierung in Vietnam.

Amerikas amoralische militärische Planung während des Kalten Krieges findet ein Echo in der Selbstüberhebung einer weiteren Reihe von Figuren, die mit dem Schicksal der Menschheit spielen. In letzter Zeit kamen Geheimunterlagen ans Licht, aus denen detailliert hervorgeht, was die Energiebranche über die Verknüpfungen zwischen ihren Produkten und der globalen Erwärmung wusste. Doch anders als die Atompläne der Regierung wurde das, was die Branche hier im Einzelnen niederlegte, umgesetzt.

In den 1980er Jahren führten Ölgesellschaften wie Exxon und Shell interne Bewertungen der Freisetzung von Kohlendioxid durch fossile Brennstoffe

durch und erstellten Prognosen über die Folgen dieser Emissionen für den Planeten. So prognostizierte Exxon im Jahr 1982, dass sich das CO<sub>2</sub>-Niveau bis etwa 2090 im Verhältnis zu dem der 1800er Jahre verdoppeln würde, und dass dies laut dem zum damaligen Zeitpunkt vorliegenden wissenschaftlichen Sachstand die Durchschnittstemperaturen auf der Erde um etwa drei Grad Celsius in die Höhe treiben würde.

Gegen Ende des Jahrzehnts, im Jahr 1988, prognostizierte ein interner Shell-Bericht ähnliche Auswirkungen. Dieser Bericht stellte jedoch zusätzlich fest, dass sich die CO<sub>2</sub>-Menge noch früher verdoppeln könnte, nämlich bis 2030. Abseits der Öffentlichkeit bestritten diese Unternehmen die Verknüpfungen zwischen ihren Produkten, der globalen Erwärmung und den ökologischen Gefahren nicht. Im Gegenteil: Ihre Forschungen bestätigten die Zusammenhänge.

Shells Einschätzung ging von einem Anstieg des Meeresspiegels um 60 bis 70 cm aus und stellte fest, dass die Erwärmung das Auseinanderbrechen des Westantarktischen Eisschildes anheizen könnte, was zu einem weltweiten Anstieg des Meeresspiegels um „fünf bis sechs Meter“ führen würde. Das würde ausreichen, um komplette tiefliegende Länder zu überspülen.

Shells Analysten warnten zudem vor dem „Verschwinden bestimmter Ökosysteme oder der Zerstörung von Habitaten“, prognostizierten eine Zunahme von „Oberflächenwasser, zerstörerischem Hochwasser und Überflutungen niedrig gelegenen Agrarlandes“ und äußerten, „es würden neue Trink-

wasserquellen erforderlich sein“, um Änderungen bei den Niederschlagsmengen auszugleichen. Die globalen Veränderungen bei der Lufttemperatur würden zudem „die Art und Weise, wie Menschen leben und arbeiten, drastisch verändern“. Insgesamt, so Shells Schlussfolgerung, „sind die Veränderungen möglicherweise die größten seit Menschengedenken“.

Exxon seinerseits warnte vor „potentiell katastrophalen Ereignissen, die in Betracht zu ziehen sind“. Wie die Fachleute von Shell sagten die Wissenschaftler bei Exxon einen verheerenden Anstieg des Meeresspiegels voraus und warnten, dass der Mittlere Westen der USA und andere Teile der Welt wüstenähnlich werden würden. Positiv aus Sicht des Unternehmens war, dass „dieses Problem für die Menschheit nicht so bedeutsam [sei] wie ein nuklearer Holocaust oder der Welthunger“.

Die Dokumente ergeben eine verstörende Lektüre. Und die Auswirkungen sind umso erschreckender angesichts der Weigerung der Ölriesen, die Öffentlichkeit vor den Schäden zu warnen, die ihre eigenen Wissenschaftler vorhersahen. Shells als „vertraulich“ gekennzeichnete Bericht wurde Anfang dieses Jahres von einer niederländischen Nachrichtenorganisation erstmals öffentlich gemacht. Die Exxon-Studie war ebenfalls nicht zur öffentlichen Verbreitung gedacht; sie wurde 2015 publik.

Auch übernahmen diese Unternehmen nie die Verantwortung für ihre Produkte. In der Shell-Studie argumentierte das Unternehmen, dass die „Hauptlast“ der Bekämpfung des Klimawandels nicht bei der Energiebranche läge, sondern bei Regierungen und Verbrauchern. Dieses Argument hätte möglicherweise Sinn ergeben, wenn die Geschäftsleitungen der Ölgesellschaften, einschließlich jener von Exxon und Shell, nicht später Lügen über den Klimawandel verbreitet und die Regierungen aktiv an der Verabschiedung von Maßnahmen für saubere Energien gehindert hätten. Obwohl die

meisten Menschen in den 1980er Jahren nicht mit den Details der globalen Erwärmung vertraut waren, gehörten zu denen, die darüber besser Bescheid wussten als die meisten, eben jene Unternehmen, die am stärksten zu dieser Erwärmung beitrugen.

Trotz wissenschaftlicher Unsicherheiten lässt sich unterm Strich sagen: Die Ölunternehmen erkannten, dass ihre Produkte CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre freisetzen, wussten, dass dies zur Erwärmung des Planeten führen würde, und berechneten die voraussichtlichen Folgen. Und dann entschieden sie sich, diese Risiken in unserem Namen, auf unsere Kosten und ohne unser Wissen anzunehmen.

Die katastrophalen Pläne für einen Atomkrieg, die Ellsberg in den 1960er Jahren sah, waren ein Damoklesschwert, das glücklicherweise niemals fiel. Doch die geheimen Prognosen der Ölindustrie werden inzwischen Realität, und das nicht zufällig. Die Produzenten fossiler Brennstoffe brachten uns vorsätzlich auf einen Kurs hin zu jener düsteren Zukunft, die sie befürchteten – indem sie ihre Produkte bewarben, Lügen über deren Auswirkungen verbreiteten und ihren Anteil am Energiemarkt aggressiv verteidigten.

Mit zunehmender Erwärmung der Welt werden die Bausteine unseres Planeten – seine Eisschilde, Wälder, Luft- und Meeresströmungen – unwiederbringlich verändert. Wer hat das Recht, derartige Schäden vorherzusagen und sich dann zu entscheiden, die Prophezeiung zu erfüllen? Obwohl die Kriegsplaner und die fossilen Brennstoffunternehmen beide so arrogant waren, zu entscheiden, welches Maß der Verheerung für die Menschheit angemessen sei, waren nur die großen Ölgesellschaften schamlos genug, ihre Pläne auch umzusetzen. Das natürlich ist einmal zu viel.

© Project Syndicate  
Aus dem Englischen von Jan Doolan

**Christopher R. Browning: Weimar in Washington: Die Totengräber der Demokratie, S. 41-50.**

Unter Donald Trump geraten die demokratischen Institutionen der USA massiv unter Druck. Dennoch halten die Republikaner an dem Präsidenten fest. Darin zeigt sich eine von mehreren beunruhigenden Parallelen zur Zwischenkriegszeit in Europa, so der Historiker Christopher R. Browning. Allerdings besteht zugleich ein wesentlicher Unterschied zwischen damals und heute: Politiker wie Trump stehen nicht für die offene Diktatur, sondern vielmehr für eine schleichende Aushöhlung der Demokratie.

**Jens Hacke: Liberal sein oder nicht sein: Die Existenzkrise der Republik, S. 51-64.**

Weltweit befindet sich die liberale Demokratie in einer Existenzkrise, illiberale Kräfte sind auf dem Vormarsch. Die Demokratie muss daher wieder verteidigt werden. Die Debatten der Weimarer Republik bieten hier wichtige Lehren, argumentiert der Politikwissenschaftler Jens Hacke. Sie schärfen nicht zuletzt das Bewusstsein für die Notwendigkeit demokratischer Institutionen und Lebensformen.

**Chimamanda Ngozi Adichie: »Es ist Zeit für Mut«. Was uns Literatur heute lehren kann, S. 67-72.**

Männer wollen Frauen kontrollieren – auch in der vermeintlich liberalen Literaturwelt. Dagegen gilt es, mutig die Stimme zu erheben. Die nigerianische Schriftstellerin Chimamanda Ngozi Adichie plädiert dafür, unser Verständnis von Literatur weiter zu fassen als gemeinhin üblich: Diese muss die Vielfalt gerade jener Stimmen aufnehmen, die wenig Gehör finden, und damit insbesondere die Erfahrungen von Frauen sichtbar machen.

**Jürgen Trittin: Ordnungsmacht Europa: Für eine wertebasierte Realpolitik, S. 73-81.**

Nach dem Ende des Kalten Krieges hofften viele auf Abrüstung und Frieden. Doch davon ist wenig geblieben: Die internationale Gemeinschaft rüstet dieser Tage wieder massiv auf, darunter auch die Bundesrepublik, kritisiert der Grünen-Politiker Jürgen Trittin. Nur mit einer wertebasierten Realpolitik, die auf multilaterale Institutionen setzt, kann hier eine Kehrtwende gelingen, können internationale Konflikte beigelegt und kann ein Ausweg aus der gefährlichen Rüstungsspirale gefunden werden.

**Kristin Helberg: Syrien als Beute: Der Wiederaufbau einer Diktatur, S. 83-92.**

Der Krieg in Syrien scheint militärisch entschieden. Doch statt Frieden herrscht heute Grabesruhe: Assads repressives Regime bleibt an der Macht, während seine Verbündeten – Russland und Iran sowie interne Kräfte – das Land unter sich aufteilen. Der Wiederaufbau avanciert dabei zum zentralen Herrschaftsinstrument, warnt die Journalistin Kristin Helberg. Assad wird ihn nutzen, um Regimetreue zu belohnen und Gegner zu bestrafen.

**Anthony Barnett: Großbritannien vor dem Zerfall: Der Brexit als englischer Sonderweg?, S. 93-98.**

Im kommenden März will Großbritannien die EU verlassen. Doch die Verhandlungen gestalten sich weiter schwierig. Das aber liegt nicht zuletzt an einer fehlenden Debatte im Land selbst, analysiert der Publizist Anthony Barnett. Aus diesem Grund gerät ein wesentlicher Faktor in der Brexit-Debatte aus dem Fokus: der zunehmende englische Nationalismus, der am Ende gar das Vereinigte Königreich zu spalten droht.

**Shoshana Zuboff: Der dressierte Mensch. Die Tyrannei des Überwachungskapitalismus, S.101-111.**

Einst verhiß das Internet mehr Freiheit und Gleichheit. Doch der digitale Traum ist längst einem gefräßigen kommerziellen Projekt gewichen: dem Überwachungskapitalismus. Dieser nährt sich aus jenem Rohstoff, den Unternehmen wie Google, Facebook oder Amazon ihren Nutzern entlocken: der persönlichen Erfahrungswelt. Die Wirtschaftswissenschaftlerin Shoshana Zuboff legt die Funktionsweise dieses Systems offen und warnt eindringlich vor einer neuen Form der manipulativen Tyrannei.

**Arno Brandt und Dieter Läßle: Smart City oder: Die Stadt der Konzerne? S. 113-120.**

Geht es nach den großen Technologie- und Internetkonzernen ist die Smart City die Stadt der Zukunft. Ihr Effizienzversprechen sorgt schon heute für eine große kommunale Nachfrage. Jedoch bricht die Smart City mit der Idee einer offenen Stadt, warnen der Regionalberater Arno Brandt und der Stadtforscher Dieter Läßle. Beispiele wie Barcelona zeigen dagegen, wie Städte den digitalen Wandel meistern und dabei Partizipation und Freiräume nicht nur bewahren, sondern sogar stärken können.

# Weimar in Washington: Die Totengräber der Demokratie

Von Christopher R. Browning

**I**mmer wieder erreichen mich, einen auf den Holocaust, die Nazi-Diktatur und das Europa der Zwischenkriegszeit spezialisierten Historiker, Fragen nach den Ähnlichkeiten zwischen der heutigen Situation in den USA und der Zwischenkriegszeit sowie dem Aufstieg des Faschismus in Europa. Tatsächlich erkenne ich mehrere besorgniserregende Ähnlichkeiten und einen wichtigen, aber ebenso besorgniserregenden Unterschied.

In den 1920er Jahren verfolgten die USA außenpolitisch eine isolationistische Linie und lehnten die Teilnahme an internationalen Organisationen wie dem Völkerbund ab. Abgesehen von Finanzabkommen wie dem Dawes-Plan und dem Young-Plan, die sicherstellen sollten, dass die „schorrenden“ Weltkriegsverbündeten der USA ihre Kriegskredite zurückzahlen konnten, bedeutete *America First* damals *America Alone*. Gleichzeitig lähmten hohe Zölle den Welthandel, was die Rückzahlung dieser Kredite deutlich erschwerte. In den Vereinigten Staaten war eine Zunahme der Einkommensungleichheit und eine Konzentration des Wohlstands in der Oberschicht zu beobachten, und sowohl der Kongress als auch die Gerichte scheuten vor Maßnahmen gegen die hausgemachte Bredouille eines freien und ruinösen Wettbewerbs zurück. Die Regierung verfolgte zudem eine äußerst restriktive Einwanderungspolitik mit dem Ziel, die Hegemonie der weißen angelsächsischen Protestanten gegen den Zustrom katholischer und jüdischer Einwanderer zu verteidigen. (Verschiedene Maßnahmen gegen die Einwanderung aus Asien waren bereits zwischen 1882 und 1917 ergriffen worden.) So war das Land nicht in der Lage, sinnvoll auf die Weltwirtschaftskrise, den Aufstieg des Faschismus, die wachsende Kriegsgefahr und die Flüchtlingskrise der 1930er Jahre zu antworten.

Heute scheint Präsident Donald Trump einen Rückzug der USA anzustreben, einen Rückzug aus der gesamten Nachkriegsstruktur ineinander verzahnter diplomatischer, militärischer und wirtschaftlicher Abkommen und Organisationen, die seit 1945 Frieden, Stabilität und Wohlstand gesichert haben. Er pflegt eine Vorliebe für bilaterale Beziehungen, die er als Nullsummenspiel begreift, in dem er selbst der dominante Akteur ist und „gewinnt“.

\* Dieser Text ist die deutsche Erstveröffentlichung eines Essays des Autors aus der „New York Review of Books“, 16/2018, © 2018 The New York Review of Books. Die Übersetzung aus dem Englischen stammt von Andreas Förster.

Das weist Schnittmengen auf mit der ideologischen Vorliebe Steve Bannons und der sogenannten Alt-Right für das unbeschränkte, eigennützige Agieren autonomer, fremdenfeindlicher Nationalstaaten – kurz: dem internationalen System der Zeit vor 1914. Ergebnis dieser „internationalen Anarchie“ waren der Erste Weltkrieg, die bolschewistische Revolution, die Weltwirtschaftskrise, die faschistischen Diktaturen, der Zweite Weltkrieg und der Holocaust – genau jene Katastrophen also, die das nach 1945 etablierte internationale System sieben Jahrzehnte lang erstaunlich gut vermieden hat.

In den schwelenden Handelskriegen mit Verbündeten und Gegnern gleichermaßen rechtfertigt Trump höhere Zölle gegenüber unseren Verbündeten mit der haltlosen Behauptung, Länder wie Kanada seien eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA. Seine ständige Herabsetzung unserer demokratischen Verbündeten verbindet er mit offener Bewunderung für autoritäre Politiker. Sein naives und narzisstisches Vertrauen in die ihm eigene Macht persönlicher Diplomatie und sein Glaube an einen Handschlag mit Personen wie Wladimir Putin und Kim Jong-un erinnern an den glücklosen britischen Ex-Premierminister Neville Chamberlain (einen Mann, der sich in jeder sonstigen Hinsicht von Trump unterscheidet). Glücklicherweise sind die USA so stark in die internationale Ordnung eingebettet, die sie nach 1945 geschaffen haben, und die Republikaner sowie deren Unterstützer in der Wirtschaft angesichts der Bedrohung des Freihandels hinreichend beunruhigt, dass Trump seine Rückzugsagenda noch nicht voll umgesetzt hat, obwohl er in sehr kurzer Zeit erstaunliche Fortschritte gemacht hat.

### **Die Wiederkehr der Zwischenkriegszeit?**

Ein zweiter Aspekt der Zwischenkriegszeit, der nur allzu starke Ähnlichkeiten mit unserer heutigen Lage aufweist, ist der Untergang der Weimarer Republik. Paul von Hindenburg, seit 1925 der gewählte Reichspräsident, war kraft der Weimarer Verfassung mit Notstandsvollmachten zur Verteidigung der deutschen Demokratie ausgestattet, sollte diese ernsthaft gefährdet sein. Doch anstatt sie zu verteidigen, wurde Hindenburg ihr Totengräber: Mit seinen Vollmachten zerstörte er zunächst demokratische Normen und verbündete sich dann mit den Nazis, um die parlamentarische Regierung durch eine autoritäre Herrschaft zu ersetzen. Seit 1930 nutzte Hindenburg seine Notstandsvollmachten und ernannte nacheinander mehrere Reichskanzler, die durch Verordnungen und weniger mit parlamentarischer Mehrheit regierten – eine solche war im Zuge der Weltwirtschaftskrise und der äußersten Polarisierung der deutschen Politik zunehmend utopisch geworden.

Da sich der traditionelle Konservatismus aufgrund seines immer schwächeren Rückhalts gehindert sah, seine autoritären Verfassungsreformpläne umzusetzen, einigten sich Hindenburg und die alte Rechte schließlich mit Hitler und setzten ihn als Reichskanzler ein. In der Überzeugung, sie könnten Hitler letzten Endes kontrollieren und gleichzeitig von seiner Popularität profitieren, frohlockten die Konservativen zunächst über die Realisierung

ihres Programms: verstärkte Aufrüstung der Wehrmacht, Verbot der Kommunistischen Partei, Aufhebung zunächst der Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit und schließlich sogar der parlamentarischen Regierung, Säuberung des Beamtenapparats und Verbot unabhängiger Gewerkschaften. Freilich gingen die Nazis später weit über die Ziele hinaus, die sie mit ihren konservativen Verbündeten teilten – und letztere hatten nicht die Macht, sie nennenswert zu bremsen.

Wenn es in den USA jemanden gibt, in dem Historiker den Totengräber der amerikanischen Demokratie erkennen werden, dann ist es der republikanische Senator Mitch McConnell. Er schürte die Hyperpolarisierung der US-Politik, um die Präsidentschaft Barack Obamas möglichst dysfunktional und handlungsunfähig zu gestalten. Wie die parlamentarische Pattsituation in der Weimarer Republik, so minderte auch die Pattsituation im US-Kongress das Ansehen der demokratischen Normen, so dass McConnell sie noch weiter schleifen konnte. Nirgends wird dieser Teufelskreis deutlicher als im Übergehen der Traditionen bei der Berufung von Bundesrichtern. Wegen der systematischen Blockade der Nominierungen während Obamas erster Amtszeit gingen die Demokraten dazu über, das Beratungsrecht des Senats für alle Ernennungen – mit Ausnahme der Berufung in den Supreme Court – abzuschaffen. Dann zwang die unerhörte republikanische Blockade der Berufung von Obamas Kandidat Merrick Garland schließlich McConnell selbst dazu, sich gegen die Behinderung der Berufungen zum Obersten Gerichtshof zu wenden. Denn nur so konnte er den Richterposten des verstorbenen Antonin Scalia „rauben“ und Trumps Favoriten Neil Gorsuch installieren. Die äußerste Polarisierung des Prozesses der Richternominierung zeigte sich jüngst abermals in den Anhörungen von Brett Kavanaugh.

Absehbar ist, dass es keine bedeutsamen Richterberufungen mehr geben wird, solange das Weiße Haus und der Senat nicht von derselben Partei kontrolliert werden. McConnell und der dysfunktionale, ja verachtete US-Kongress haben nunmehr eine zunehmend dysfunktionale und verachtete Judikative zur Folge. Damit gerät das verfassungsmäßige Gleichgewicht zwischen den drei öffentlichen Gewalten in Gefahr.

Ungeachtet ihrer möglichen privaten Vorbehalte gegenüber Trumps Charakter, Regierungsstil und etwaigen Rechtsbrüchen, frohlocken McConnell und weitere altgediente Spitzenpolitiker der Republikaner offen darüber, dass sich ihr Bündnis mit ihm und seiner Basis für sie ausgezahlt hat: Die Bilanz dieses Bündnisses sind enorme Steuersenkungen für die Reichen, die Deregulierung in Finanz- und Umweltfragen, die Ernennung von (bisher) zwei konservativen Richtern des Obersten Gerichtshofes und vieler weiterer konservativer Richter sowie eine beträchtliche Einschränkung der öffentlich finanzierten Gesundheitsversorgung (auch wenn die angestrebte gänzliche Abschaffung von Obama-Care noch nicht erreicht ist). Genau wie Hitlers konservative Bündnispartner sind McConnell und die Republikaner besonders stolz über die zeitnahen Ergebnisse, die ihre Investition in Trump gezeitigt hat. Auch Trumps Kniefall vor Wladimir Putin in Helsinki, das schändliche Auseinanderreißen von Familien an der Grenze – welches das

US-Asylrecht missachtet, ganz zu schweigen von grundlegenden humanitären Prinzipien und vom republikanischen Hohelied auf die „Familienwerte“ – sowie jüngst der Vorwurf des Rechtsverstößes bei der Trumpschen Wahlkampffinanzierung durch Michael Cohen haben die Lehnstreue der alten republikanischen Garde nicht erschüttert. So deutet wenig darauf hin, dass ein noch so skandalöser und belastender Bericht des Sonderermittlers Robert Mueller zum Bruch dieses Bündnisses führen würde.

### **Lieber Putin als Hillary**

Doch die potentiellen Konsequenzen von Muellers Ermittlungen verweisen auf eine weitere unheimliche Ähnlichkeit mit der Zwischenkriegszeit: Die tiefen innenpolitischen Zerwürfnisse führen zu einer vollständigen Verkehrung früherer politischer Leitlinien. Sowohl Mussolini als auch Hitler kamen großenteils auch deshalb an die Macht, weil den faschistisch-konservativen Bündnissen der Rechten Spaltung und Verwirrung auf der Linken gegenüberstanden. Die katholischen Parteien (die Popolari in Italien, das Zentrum in Deutschland), die liberale Mitte, die Sozialdemokraten und Kommunisten kooperierten bei der Verteidigung der Demokratie nicht effektiv miteinander. In Deutschland ging das absurderweise so weit, dass die Kommunisten die Nazis als vorübergehendes Risiko unterschätzten und in den Sozialdemokraten – titulierte als „Sozialfaschisten“ – die eigentliche, langfristige Gefahr für den kommunistischen Triumph sahen.

1936 hatten die demokratischen Kräfte in Frankreich und Spanien die bittere Lektion der Uneinigkeit gegenüber der faschistischen Bedrohung gelernt. Sogar Stalin gab seine unselbige Politik auf und wies die Kommunisten an, sich den Demokraten in den Volksfrontbündnissen anzuschließen. Umgekehrt machten sich angesichts der Aussicht auf einen Sieg der Volksfront und eine neue Regierung unter dem Vorsitz eines – Gott behüte – Sozialisten und Juden, Léon Blum, viele französische Rechte die Devise „Lieber Hitler als Blum!“ zu eigen: Lieber der Sieg von Franzosen, die dem Nazi-Diktator und Erbfeind jenseits des Rheins nacheiferten, als die Rettung der französischen Demokratie im Inland und der internationalen Unabhängigkeit Frankreichs durch einen jüdischen Sozialisten. Der Wahlsieg der Volksfront von 1936 bewahrte die französische Demokratie kurzfristig, führte aber 1940 zur Niederlage eines demoralisierten und gespaltenen Frankreich. Darauf folgte die Kollaboration des Vichy-Regimes mit Nazi-Deutschland, wobei ersteres zugleich energisch eine eigene autoritäre Konterrevolution betrieb.

Angesichts der Ermittlungen Muellers zur russischen Einflussnahme auf die US-Präsidentenwahl und zu geheimen Absprachen von Mitgliedern seines Wahlkampfteams zogen Trump und seine Unterstützer eine erste, doppelte Verteidigungslinie: Es habe „keine Absprachen“ gegeben und die Behauptung einer Einmischung Russlands sei eine „Falschmeldung“. Auch die gegenwärtige, zweite Verteidigungslinie ist eine doppelte: „Absprachen sind kein Verbrechen“, heißt es jetzt, und die erwiesene russische Einmi-

sung habe keine Auswirkungen gehabt. Sollte Mueller zu dem Schluss kommen, dass Trumps „Absprachen“ mit den Russen tatsächlich den Tatbestand der „Verschwörung“ erfüllen, und sollte das beachtliche Ausmaß der russischen Einmischung die Behauptung ihrer Wirkungslosigkeit völlig ungläubwürdig machen, werden sich viele Republikaner wohl (stillschweigend oder ausdrücklich) auf die dritte Verteidigungslinie zurückziehen: „Lieber Putin als Hillary!“ Offenbar gibt es nichts, das sich mit der Dämonisierung Hillary Clintons nicht rechtfertigen ließe. Doch wird die Devise, ein Präsident Trump, der bei Putin in der Kreide steht, sei dem Albtraum eines Clinton-Siegs bei weitem vorzuziehen, dann den endgültigen Kurswechsel der Republikaner zum Illiberalismus im Inland und der Unterwerfung unter einen autoritären Politiker im Ausland signalisieren.

### Von der offenen Diktatur zur illiberalen Demokratie

Solche Ähnlichkeiten aber, die bereits bestehen oder aber absehbar sind, dürfen einen bedeutenden Unterschied zwischen dem Niedergang der Demokratie in der Zwischenkriegszeit und unserer heutigen Lage nicht verschleiern. In seinem 1935 erschienenen Roman „Das ist bei uns nicht möglich“,<sup>1</sup> beschreibt Sinclair Lewis eine nazimäßige Machtübernahme in den USA: Paramilitärische Kräfte des neugewählten populistischen Präsidenten ergreifen die Macht, nehmen viele Kongressmitglieder fest und errichten eine Diktatur mit allmächtigen örtlichen Kommissaren, Konzentrationslagern, Standgerichten und einer strengen Zensur sowie der Inhaftierung aller politischen Gegner, denen die Flucht über die kanadische Grenze nicht gelungen ist. Das Beispiel des Nazismus war damals nachvollziehbar und verschiedene Erscheinungen des demokratischen Niedergangs in der Zwischenkriegszeit sind, wie gesagt, den aktuellen Entwicklungen offenkundig auf unheimliche Weise ähnlich. Aber der Verweis auf Diktatur, Krieg und den Völkermord der Nazis – die Folgen des Zusammenbruchs der Weimarer Demokratie – erweist sich für ein Verständnis unseres heutigen Kurses als wenig nützlich. Denn die aktuellen Entwicklungen unterscheiden sich von den Diktaturen der 1930er Jahre in beträchtlichem Maße.

Die damaligen faschistischen Bewegungen rühmten sich ihrer offenen Demokratiefeindlichkeit und die neuen Machthaber in Italien und Deutschland prahlten mit ihren totalitären Regimes. Doch die aktuelle autoritäre Welle zeigt etwas Neues: Der Aufbau offen antidemokratischer, tendenziell totalitärer Diktaturen ist für den Machterhalt entbehrlich. Die vielleicht treffendste Bezeichnung für diesen neuen Autoritarismus ist der gefährliche Begriff der „illiberalen Demokratie“: Recep Tayyip Erdoğan in der Türkei, Putin in Russland, Rodrigo Duterte auf den Philippinen und Viktor Orbán in Ungarn, sie alle haben erkannt, dass man Oppositionsparteien bestehen lassen und Wahlen durchführen kann, was ihnen als Feigenblatt demokra-

1 Sinclair Lewis, Das ist bei uns nicht möglich, übersetzt von Hans Meisel, auf Deutsch zuerst: Amsterdam 1936, neu: Berlin 2017.

tischer Legitimität dient. Tatsächlich aber stellen diese Wahlen kaum eine Gefahr für deren Macht dar; wirklich gefährliche Oppositionspolitiker werden in der einen oder anderen Weise neutralisiert oder ausgeschaltet.

Entbehrlich ist auch die absolute Kontrolle der Presse und anderer Medien, da eine Flut gelenkter Nachrichten oder Fake News den Informationsfluss derart verschmutzt, dass Wahrheit und Tatsachen für die öffentliche Meinungsbildung keine Rolle mehr spielen. Eine ehemals unabhängige Judikative wird durch selektive Säuberungen und die Berufung politisch verlässlicher Regierungstreuer demontiert. Vetternwirtschaft ebnet einer korrupten und geldgierigen Symbiose der politischen und wirtschaftlichen Spitzen den Weg. Ein fremdenfeindlicher (und vielfach ausdrücklich zuwanderungsfeindlicher, weißer) Nationalismus und der Vorrang von „Recht und Ordnung“ gegenüber individuellen Rechten sind für diese Regimes ebenso wesentlich, um ihre Anhängerschaft anzusprechen und zu verbreitern sowie ihre Feinde zu stigmatisieren.

### **Das zerrüttete Wahlsystem**

Trump zeigt zwar eine unverhohlene Bewunderung für solche autoritären Politiker und eine große Zuneigung zu den Kernelementen der illiberalen Demokratie. Doch geebnet haben diesen Weg andere. Das beginnt damit, dass die Republikaner mit einem systemischen Vorteil bei den Wahlen zum Senat und Repräsentantenhaus starten, weil sich die Wählerschaft der Demokratischen Partei inzwischen stark in den bevölkerungsreichen Bundesstaaten und Großstädten konzentriert. Meinen Berechnungen zufolge repräsentiert jeder aktuell amtierende Senator der Demokraten rund 3,65 Millionen Menschen, jeder Republikaner hingegen nur rund 2,51 Millionen. Anders gesagt, die 50 Senatoren der 25 demographisch schwächsten Staaten – 29 von ihnen Republikaner – repräsentieren nur gut 16 Prozent der amerikanischen Bevölkerung. Und 34 republikanische Senatoren – genug, um ein Amtsenthebungsverfahren zu blockieren – vertreten Bundesstaaten mit insgesamt 21 Prozent der US-Bevölkerung. Angesichts von manipulativem Wahlkreis-zuschnitt (dem sogenannten Gerrymandering) und Wählerdemobilisierung, die den systemischen Vorteil der Republikaner noch verstärken, müssten die Demokraten bei den diesjährigen Zwischenwahlen schätzungsweise sieben bis elf Prozentpunkte Vorsprung erlangen, um im Repräsentantenhaus auch nur eine hauchdünne Mehrheit zu erlangen. Und eine solche Größenordnung lässt sich nur in seltenen Erdbebenwahlen erreichen. In den fünf Präsidentschaftswahlen des 21. Jahrhunderts errangen die Demokraten vier Mal die meisten Stimmen. Dennoch ging aus zwei dieser vier Wahlen (2000 und 2016) ein republikanischer Präsident hervor, weil sich im Wahlmännerkollegium dieselbe Gewichtung zugunsten kleiner, tendenziell republikanischer Bundesstaaten widerspiegelt wie im Senat. Zudem hat der Oberste Gerichtshof zentrale Bestimmungen des Wahlrechtsgesetzes aufgehoben (im Fall *Shelby County v. Holder*), Klagen gegen aktuelle Fälle offenkundigen Gerryman-

derings abgewiesen (Gill v. Whitford für Wisconsin; Benisek v. Lamone für Maryland) und jüngst ein Gesetz des Bundesstaats Ohio zur Bereinigung der dortigen Wählerverzeichnisse gebilligt (Husted v. Randolph Institute). Daher ist zu befürchten, dass der Gerichtshof künftig die Schleusen für ein noch ungeheuerlicheres Gerrymandering und eine ebensolche Wählerdemobilisierung öffnen wird.

Der beispiellose Zufluss undurchsichtiger Geldspenden in Wahlkampagnen hat den hart umkämpften Wahlprozess noch weiter verzerrt. Insbesondere der Beschluss des Supreme Courts, wonach Unternehmen in dieser Hinsicht natürlichen Personen gleichzusetzen und Geldzuweisungen eine Form von politischer Rede seien (Citizens United v. Federal Election Commission), hat die Einflussmöglichkeiten von Unternehmen und wohlhabenden Einzelpersonen auf die amerikanische Politik stark vergrößert. Wir nähern uns dem Punkt, an dem die Demokraten Wahlen in den wichtigen „blauen“ (demokratischen) Bundesstaaten zwar immer noch gewinnen können, aber in Präsidentschafts- und Kongresswahlen zunehmend an Bedeutung verlieren. Möglicherweise führen Trumps persönliche Makel und seine Taktik, eine eng begrenzte Anhängerschaft anzusprechen, während er gleichzeitig den Demokraten Auftrieb verleiht und Unabhängige befremdet, zu einer dieser seltenen Erdrutschwahlen, die es braucht, um ein parlamentarisches Gegengewicht zur Regierung zu bilden. Sie könnte auch die Eroberung von genügend Gouverneursämtern und einzelstaatlichen Parlamenten begünstigen, um die aktuelle Mode des Gerrymandering und der Wählerdemobilisierung umzukehren. In den Wahlen von 2018 und 2020 wird sich klar erweisen, wie zerrüttet der Zustand des Wahlsystems ist.

### **Der Verlust von Freiheitsrechten**

In einem weiteren Bereich hat Trump von einer langfristigen Entwicklung profitiert, die seiner Präsidentschaft vorausging, nämlich vom Niedergang der organisierten Arbeiterbewegung. Hitler hatte noch, um seine Diktatur zu festigen, die freien Gewerkschaften in Deutschland handstreichartig zerschlagen müssen. Trump aber sieht sich mit einem solchen Problem nicht konfrontiert. In den ersten dreißig Jahren der Nachkriegszeit erhielten Arbeiterschaft und Unternehmen je ihren Anteil an dem durch Produktivitätszuwachs gewonnenen Wohlstand. Seit den 1970er Jahren gilt dieser Gesellschaftsvertrag nicht mehr, Mitgliederzahlen und Einfluss der Gewerkschaften sind eingebrochen, die Lohnentwicklung stagniert und die materielle Ungleichheit hat stark zugenommen. Der Triumph des republikanischen Gouverneurs Scott Walker über die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Wisconsin und die jüngste Supreme-Court-Entscheidung gegen obligatorische Gewerkschaftsgebühren im öffentlichen Dienst (Janus v. AFSCME) beschleunigen dabei nur einen langfristigen Prozess. Die Vielzahl finanziell gut ausgestatteter Lobbyisten und die zunehmend ungleichen Voraussetzungen – die aus der Zunahme des unternehmerischen Einflusses

und des Niedergangs der Gewerkschaften resultieren – sind ein weiteres Zeichen der illiberalen Entwicklung.

Kennzeichen der illiberalen Demokratie sind neben der Schwächung der unabhängigen Justiz als Gegengewicht zur Exekutive auch die Neutralisierung der freien Presse und die beharrliche Einschränkung grundlegender Menschenrechte. Mit Blick auf diese demokratischen Leitplanken gegen autoritäre Entgleisungen hat die Trump-Administration bereits entscheidende Siege für den Illiberalismus errungen – oder steht offenbar kurz davor.

Unmittelbar nach seiner Ernennung zum Kanzler schuf Hitler ein neues Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda unter der Leitung von Joseph Goebbels, der einer seiner engsten politischen Berater bleiben sollte. Seit Trumps Amtsantritt sind diese Funktionen in Gestalt von Fox News und ihres Moderators Sean Hannity faktisch privatisiert worden. Zuverlässig verbreitet Fox News die „alternativen Fakten“ der Trumpschen Version von Ereignissen. Umgekehrt findet Trump für seine Tweets und phantasievollen Stellungnahmen häufig Anregungen beim täglichen Verfolgen der Fox-Kommentare und bei seinen spätabendlichen Telefonaten mit Hannity. So entsteht eine „Trump-Blase“ als Refugium für seine Anhänger, die den Zuschauern von PBS, CNN und MSNBC sowie den Lesern der „Washington Post“ und der „New York Times“ verborgen bleiben muss. Die äußerst kritischen freien Medien bieten nicht nur kein wirksames Gegengewicht zu Trumps Kunst, als Wiederholungslügner politisch straffrei davonzukommen. Im Gegenteil: Sie stellen zudem einen weiteren Feind dar, auf den er die Unzufriedenheit und Verbitterung seiner Anhänger lenken kann. Man muss die freie Presse nicht unterdrücken, wenn man sie bedeutungslos und sogar für eigene politische Ziele nutzbar machen kann.

Die erste Verordnung, die Hitler kraft des Ermächtigungsgesetzes von 1933 erließ – mit dem die Gesetzgebungsbefugnisse des Reichstages ausgesetzt wurden –, gestattete der Regierung die Entlassung von Beamten wegen mutmaßlicher politischer Unzuverlässigkeit und wegen „nicht-arischer“ Abstammung. Ungleichheit vor dem Gesetz und rechtliche Diskriminierung waren von Anfang an zentrale Kennzeichen des Nazi-Regimes, das sich auch in die Privatangelegenheiten der Sexualität und Familienplanung einmischte: Die Verfolgung männlicher Homosexualität wurde dramatisch intensiviert. Rund 10000 schwule Männer wurden ermordet und viele Tausende mehr wurden inhaftiert und sogar kastriert. Rund 300000 bis 400000 Menschen wurden zwangsweise sterilisiert, weil sie mutmaßlich Träger von Erbkrankheiten waren, und rund 150000 geistig und körperlich behinderte, als „lebensunwert“ erachtete Deutsche wurden ermordet. Deutschen, die „rassisch wertvolle“ Nachkommen gebären konnten, wurde der Zugang zu Verhütungsmitteln und Schwangerschaftsabbrüchen verwehrt, während sie für eine große Kinderzahl belohnt wurden. Schwangere „Fremdarbeiterinnen“ hingegen wurden oft zur Abtreibung gezwungen, um so die Geburt unerwünschter Kinder und den Verlust von Arbeitstagen zu verhindern.

Auf der illiberalen Agenda steht nichts, das auch nur im Entferntesten so schrecklich wäre. Nicht unwahrscheinlich aber ist die Beschneidung vieler

politischer und sozialer Rechte, in deren Genuss die Amerikaner heute noch kommen. Die gleichgeschlechtliche Ehe wird, angesichts des paradigmatischen Wandels in der öffentlichen Meinung zu diesem Thema, wahrscheinlich überleben. Aber das Recht von Unternehmen und Einzelpersonen, Homosexuelle zu diskriminieren, dürfte als „innerste religiöse Überzeugung“ wahrscheinlich umfassend geschützt werden. Die Lieblingszielscheibe des Vorsitzenden Richters am Supreme Court, John Roberts, nämlich *Affirmative Action*, verschwindet wahrscheinlich mit der Begründung, um rassistische Diskriminierung zu beenden, müsse man alle Formen von „Rassendiskriminierung“ aus der Welt schaffen. Auch das Recht der Frau auf Schwangerschaftsabbruch wird in den „roten“ (republikanischen) Staaten wahrscheinlich aufgehoben. Entweder geschieht dies durch eine direkte Revision des Präzedenzfalls *Roe v. Wade* oder, was wahrscheinlicher ist, durch eine restriktivere Rechtsprechung, die in den drakonischen Beschränkungen, die den Schwangerschaftsabbruch praktisch unmöglich machen, keine „unbillige Härte“ mehr erkennen mag. Und das allgemeine Wahlrecht wird in den roten Staaten durch immer trickreichere Gesetze zum Zwecke der Wählerdemobilisierung und Wahlkreisreformen wahrscheinlich weiter untergraben werden, sobald der Oberste Gerichtshof klarstellt, dass er zur Einschränkung solcher Maßnahmen nicht aktiv werden wird.

### **Das Gespenst des Illiberalismus**

Das innenpolitische Programm von Trumps illiberaler Demokratie bleibt weit hinter einer totalitären Diktatur zurück, wie sie von Mussolini und Hitler beispielhaft verkörpert worden ist. Das aber ist nur ein kleiner Trost für alle, die hoffen und glauben, der Gang der Geschichte führe unweigerlich in Richtung eines Mehr an Emanzipation, Gleichheit und Freiheit. Gleichermaßen bietet es nur wenig Trost, dass die Trumpsche Außenpolitik dem Hitlerischen Eroberungskrieg und Völkermord nicht nacheifert. Denn ungeachtet dessen sind die Aussichten auf Frieden und Stabilität ernsthaft gefährdet. Eine Eskalation der Handelskriege kann die Weltwirtschaft leichthin in die Rezession stürzen, und die Trump-Administration hat für die friedliche Einigung mit Iran und Nordkorea Bedingungen formuliert, die gänzlich unerfüllbar scheinen.

Möglicherweise ist Trumps übertriebene Rhetorik nur eine Verhandlungstaktik und er wird sich in beiden Fällen auf gemäßigttere Positionen zurückziehen. Möglich ist aber auch, dass sich eine ungünstige Dynamik entwickelt, dass der Raum für Zugeständnisse schwindet, und dass er als Gefangener seiner eigenen Rhetorik das Land in schwere ökonomische oder militärische Konflikte stürzen wird. In der Geschichte haben sich solche Auseinandersetzungen und Eskalationsszenarien schon oft der Kontrolle von Politikern entzogen, die weit talentierter waren als Trump.

Egal, wann und wie die Präsidentschaft Trumps zu Ende geht, das Gespenst des Illiberalismus wird die amerikanische Politik weiter heimsu-

chen. Bestehen bleiben wird eine stark politisierte Judikative, wodurch insbesondere knappe Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes für viele von zweifelhafter Legitimität sein werden – und künftige Richterernennungen werden heftig umstritten sein. Die ethnische Spaltung, der Kulturkampf und die politische Polarisierung, die Trump allesamt befördert und intensiviert hat, werden schwer zu heilen sein. Aufgrund des Gerrymandering, der Wählerdemobilisierung und unkontrollierten Wahlkampffinanzierung werden Wahlen weiterhin eine nichtrepräsentative und undemokratische Tendenz aufweisen. Und die zunehmende Einkommensungleichheit wird äußerst schwierig zu stoppen oder gar umzukehren sein.

Schließlich werden, binnen weniger Jahrzehnte nach dem Ende von Trumps Präsidentschaft, die bereits heraufziehenden Auswirkungen der ökologischen Katastrophe infolge des menschengemachten Klimawandels – den Trump nicht nur leugnet, sondern vielfach sogar beschleunigt – unausweichlich sein. Wüstenbildung, die Überflutung von bevölkerungsreichen Küstenregionen sowie die zunehmende Häufigkeit und Intensität extremer Wetterlagen und der damit einhergehenden Wasser- und Lebensmittelverknappung werden sowohl Fluchtbewegungen der Bevölkerung als auch Konflikte um die mangelnden Ressourcen auslösen, die das gegenwärtige Schicksal Zentralafrikas und Syriens noch in den Schatten stellen werden. Und keine Mauer wird hoch genug sein, die Vereinigten Staaten von diesen Ereignissen abzuschirmen. Trump ist nicht Hitler und der Trumpismus ist kein Faschismus; aber welchen Ausgang Trumps Präsidentschaft auch immer nimmt, diese Geschichte wird wohl kein Happy End haben.

Anzeige

## Kleiner Beitrag. Große Wirkung.



Fördern Sie die Unabhängigkeit der »Blätter« – ab 12,50 Euro im Monat

Mehr auf [www.blaetter.de/gesellschaft](http://www.blaetter.de/gesellschaft)

# Liberal sein oder nicht sein: Die Existenzkrise der Republik

Von Jens Hacke

Bald 30 Jahre nach der globalen Zäsur von 1989 und hundert Jahre nach Beginn der Weimarer Republik befindet sich die liberale Demokratie global wie national in einer tiefen Krise. Spätestens seit der Wahl Donald Trumps hat sich auch die Zeitdiagnostik dramatisch eingetrübt. Der Westen befindet sich in Auflösung, so lautet der nahezu einhellige Befund, und man nimmt Abschied von der selbstgewissen Fortschrittsidee, die das epochale Buch von Francis Fukuyama zum Ausdruck brachte.<sup>1</sup> Seine Hoffnung auf ein liberales Ende der Geschichte, nach dem es „keine ideologische Konkurrenz mehr zur liberalen Demokratie“ geben sollte<sup>2</sup> – eine durchaus repräsentative Stimmungslage nach Beendigung des Kalten Krieges –, hat sich als ebenso trügerisch erwiesen wie die Erwartung, dass die kapitalistisch induzierte Globalisierung quasi automatisch die Entwicklung hin zu demokratisch verfassten, offenen Gesellschaften fördern müsse. Viele liebgewonnene Muster aus der Zeit des großen Booms, der *trente glorieuses*, sind mittlerweile fraglich geworden. Das institutionelle Arrangement von parlamentarischer Demokratie, kapitalistischer Ökonomie und Wohlfahrtsstaat hat sich als fragiler herausgestellt, als der weitreichende Konsens einer sozialliberalen Reformpolitik suggerierte. In unübersehbarer Weise werden demokratische Verfassungsordnungen in Mittel- und Osteuropa ausgehöhlt und manipuliert; Polen und Ungarn liefern hier eindruckliche Beispiele. Autoritäre Regierungsformen scheinen auf dem Vormarsch, und auch der Populismus bleibt ein Dauerthema. Und der zur Zeit des *Cold War Liberalism* angenommene Konnex zwischen kapitalistischer Marktwirtschaft und liberaler Demokratie ist bezogen auf Russland oder China alles andere als zwingend.

Kurzum: Die Selbstverständlichkeit, mit der lange Zeit die Stabilität, Vernünftigkeit und auch die universale Übertragbarkeit der liberalen Demokratie mitsamt ihrer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung angenommen worden ist, hat sich verflüchtigt. Das Misstrauen gegenüber supranationalen Institutionen, die Sehnsucht nach kraftvoller politischer Führung im Natio-

\* Der Beitrag basiert auf „Existenzkrise der Demokratie. Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit“, dem jüngsten Buch des Autors, das soeben im Suhrkamp Verlag erschienen ist.

1 Vgl. u. a. Yascha Mounk, *Der Zerfall der liberalen Demokratie*, München 2018; Timothy Snyder, *The Road to Unfreedom. Russia, Europe, America*, London 2018; Jan Zielonka, *Counter-Revolution. Liberal Europe in Retreat*, Oxford 2018.

2 Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, München 1992, S. 291.

nalstaat, die Kritik am Parteiensystem, die Angst vor dem Fremden – diese nicht nur beiläufigen Phänomene rufen vertraute Problemkonstellationen auf, die wir längst dauerhaft überwunden glaubten. Nicht selten ist von einer Wiederkehr der 1930er Jahre die Rede, als der Radikalnationalismus triumphierte und sich die liberale Demokratie endgültig in einer Existenzkrise befand.<sup>3</sup> Autoritäre Praktiken der Gewalt, eine postfaktische Politik der Lüge, propagandistische Geschichtsklitterung und eine neue Begeisterung für die „illiberale Demokratie“ sind im Aufwind, und die Anwälte der liberalen Demokratie sehen sich auf einmal massiv in die Defensive gedrängt.

Zwar sollte man sich hüten, bei jedem Krisenanzeichen die Wiederkehr Weimarer Verhältnisse zu beschwören oder die Katastrophenszenarien der Zwischenkriegszeit zu bemühen, als ökonomische, staatliche und internationale Ordnungssysteme nach und nach zerbrechen. Doch in mancherlei Hinsicht scheinen die Hoffnungen des demokratischen Liberalismus nach 1989 nicht weniger illusionär als diejenigen rund sieben Jahrzehnte zuvor.

Auch der „Wilsonian Moment“ von 1918 war von dem globalen Optimismus erfüllt, dass liberaler Internationalismus und demokratische Selbstbestimmung der Nationalstaaten zum beherrschenden Paradigma einer neuen Weltordnung würden.<sup>4</sup> Im Kontrast zum alsbald grassierenden Nationalismus und zu den autoritär-faschistischen Bewegungen hielten die intellektuellen Vertreter einer liberalen Internationale am Gedanken des Völkerbundes und an der Hoffnung auf europäische Versöhnung und supranationale Kooperation ebenso fest wie am Leitbild der parlamentarischen Demokratie. Sie waren vor allem von ihrer normativen Überlegenheit und der Evidenz ihrer besseren Argumente überzeugt.

Die Anhänger der Völkerbundidee hatten nach dem Ersten Weltkrieg unablässig für die „Parlamentarisierung“ der internationalen Politik geworben, um im Medium des Verhandeln berechenbare Interessenpolitik anstatt „Herrschaftspolitik“ zu betreiben. Sie setzten auf Rationalität und die pazifizierende Wirkung einer Politik des Ausgleichs und der allseitigen Kompromissbereitschaft, weil Liberale weiterhin mit der Staatsraison und der Vernunft der Akteure rechneten. Dieser Vorstellung lag die Idee zugrunde, dass die westlichen Siegermächte die Grundzüge einer neuen Weltordnung bestimmen könnten. Damals herrschte in liberalen Kreisen die verbreitete Auffassung, dass sich Politik und Gesellschaft ohnehin auf dem Weg ins Zeitalter der demokratischen Gleichheit befänden. Spätestens seit Tocquevilles epochalen Studien über die Demokratie in Amerika gewann die Überzeugung an Boden, dass der Demokratisierungsprozess grundsätzlich nicht aufzuhalten, allenfalls zu bremsen oder zu kanalisieren sei. Der Untergang des Kaiserreichs ließ sich als Konsequenz einer natürlichen Tendenz Richtung Demokratie interpretieren. Es hatte also den Anschein, als ob die Startbedingungen für den fortschrittlichen Liberalismus und für die liberale Demo-

3 Vgl. z.B. Philipp Blom, *Was auf dem Spiel steht*, München 2017, S. 93-108; Mark Lilla, *The Shipwrecked Mind. On Political Reaction*, New York 2016, S. XXf.

4 Vgl. dazu Erez Manela, *The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*, New York 2007; Adam Tooze, *Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916-1931*, München 2015.

kratie insgesamt günstig waren. Doch dieses Modell fiel in den 1930er Jahren ebenso in sich zusammen wie das Vertrauen in die Stabilität und in die Selbststeuerungskapazität der parlamentarischen Demokratie. Im Rückblick mutet es kurios an, dass die Geburt der Weimarer Republik als Verwirklichung liberaldemokratischer Verfassungsziele just in dem Moment erfolgte, als die bürgerliche Epoche ihr Ende fand und die Massenmobilisierung des Antiliberalismus unter demokratischen Bedingungen ungeahnte Kräfte entfaltete.

Nicht zuletzt unterlag die Demokratiesemantik in den wenigen Jahren der Weimarer Republik heftigen konjunkturellen Schwankungen: Unmittelbar nach der Kriegsniederlage, im Zuge der Verfassungsgebung, stand die Demokratie – zumindest in der politischen Rhetorik – bis ins Lager der Konservativen hoch im Kurs; späterhin, in den Krisen der Republik, geriet der Demokratiebegriff wieder in Misskredit und drohte im Strudel des virulenten Antiliberalismus zu versinken. In den damaligen Debatten lassen sich – bei allen situativen Unterschieden – markante Strukturanalogien zu heute entdecken, die uns heute bei der Suche nach neuen und besseren Begründungen der Demokratie helfen können.

### 1918/19 – der kurze Triumph der Demokratie

Die liberale Demokratie zu unterstützen, das bedeutete in der Zwischenkriegszeit ein Eintreten für den Parlamentarismus, das repräsentative System, Gewaltenteilung, Rechtsstaat, Menschen- und Bürgerrechte. Und angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse und der im Großen und Ganzen relativ breiten Akzeptanz der neuen Republik schienen die Prognosen für die liberale Demokratie gar nicht schlecht. Der politische Erdbeben im Oktober und November 1918 hatte vieles obsolet gemacht, was über Jahre auf der Reformagenda des fortschrittlichen Liberalismus gestanden hatte und Gegenstand zäher Auseinandersetzungen gewesen war: der Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht, die Kritik an der Prärogative des Kaisers, die Forderung nach parlamentarischer Regierung in der Monarchie. Dies alles war mit der Novemberrevolution und der Einsetzung des Rates der Volksbeauftragten Makulatur geworden. „Über Nacht“ sei Deutschland, so Ernst Troeltsch, „zur radikalsten Demokratie Europas geworden“, und die Anerkennung der Weltkriegsniederlage nötige zur „Angleichung an die übrige politische Welt“.<sup>5</sup> Die Demokratie, deren Siegeszug Troeltsch für unaufhaltsam hielt, war die Losung der Stunde. Allerdings war völlig offen, was genau unter Demokratie zu verstehen sei und inwiefern die Demokratie zu Integration, Kompromissfindung und konstruktiver Problemlösung in der Lage sein – und wie schnell sie daran scheitern würde.

Wenn man also 1918/19 von einem Triumph der Demokratie sprechen kann, dann war dieser ausgesprochen kurzlebig – und vor allem löste er

5 Ernst Troeltsch, „Demokratie“ (1918), in: ders., Schriften zur Politik und Kulturphilosophie (1918-1923). Kritische Gesamtausgabe, Bd. 15, Berlin und New York 2012, S. 211-224, hier S. 211, 216.

gerade unter den besiegten Nationen wie Deutschland keine den späteren Epochenjahren 1945 und 1989 vergleichbaren Befreiungsgefühle aus. Denn auch wenn den Sozialdemokraten und Liberalen langgehegte verfassungspolitische Ziele nun in den Schoß fielen, waren die Novemberrevolution und der politische Umbruch zugleich mit dem Stigma von Niederlage und Verlust belegt. Die politische Erbschaft des Kaiserreichs wurde in bedrängter außenpolitischer Lage sogleich zu einer Aufgabe, die, gemessen an den durch Kriegsagitation und nationale Selbstüberhebung über Jahre gesteigerten Erwartungen, nur in Enttäuschung enden konnte.

Hinzu kam, dass der überhitzte ideologische Gegensatz zwischen liberaler Demokratie und monarchischer Autokratie sich erst in jüngster Zeit gebildet hatte und in seinen Verzerrungen auch die unmittelbare Nachkriegszeit vergiftete. Die Alliierten waren gegen die Mittelmächte nämlich noch gar nicht im Namen der Demokratie angetreten. Die Idee der westlichen Demokratie hatte sich erst im Propagandakrieg herausgebildet, und es ist notwendig, daran zu erinnern, dass die westlichen Demokratien in dieser Zeit selbst erst wesentliche Gleichheitsforderungen wie das Frauenwahlrecht und die Abschaffung des Wahlzensus zu erfüllen begannen. Die „liberale Demokratie“ war somit weit davon entfernt, ein allgemein akzeptiertes Modell zu sein, sondern genau genommen nur eine unter anderen stark umkämpften Positionen.

Wie sich erweisen sollte, stellte sie zudem die größten intellektuellen Ansprüche an die Bürgerinnen und Bürger und an die Politik. Das ist bis heute so geblieben.<sup>6</sup> Um das Verhältnis von Demokratie und Liberalismus wurde hart gerungen; nicht wenigen galten die beiden Begriffe als Gegensatzpaar. Zudem geriet die liberale Demokratie – kaum erst verwirklicht – unter Druck, sich in eine wahrhaft soziale Demokratie zu transformieren. Denn aus dem „warfare state“ erwuchs unter den Zwängen von Demobilisierung und Kriegsfolgenmanagement der „welfare state“, und die gesteigerten Kompetenzen des Kriegsleviathans verwandelten sich in die sorgende Verantwortung des demokratischen Staates.<sup>7</sup>

### Carl Schmitt gegen Hermann Heller

Das zeitgenössische intellektuelle Ressentiment gegen die liberale Demokratie hat Carl Schmitt in seinen Schriften über „Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus“ (1923) und den „Begriff des Politischen“ (1927) zweifellos am nachhaltigsten gebündelt. Schmitt stellt der liberalen Demokratie die Vorstellung einer identitären Demokratie gegenüber. Damit zielte er nicht nur auf eine scharfe Trennung der beiden Begriffe, sondern verwarf gleichzeitig die normative Basis eines emanzipatorischen Demo-

6 Vgl. dazu Peter Graf Kielmansegg, *Erwartungen, Enttäuschungen*, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 7.9.2015.

7 Diesen Transformationsprozess beschreibt eindringlich Tim B. Müller, *Nach dem Ersten Weltkrieg. Überlebensversuche moderner Demokratien*, Hamburg 2014.

kratiestrebens, das seit der Aufklärung in unterschiedlichen Begründungen Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit als Kernforderungen beinhaltet.

Der relativierende Rationalismus der liberalen Welt sei wirkungslos geworden in der von Klassenkampf und Heterogenität geprägten modernen Gesellschaft, deren widerstreitende Interessengruppen sich feindlich gegenüberstehen und nicht mehr zu Kompromissen bereit sein würden. „Pluralismus“, „Menschheitsdemokratie“, „individualistisch-humanitäre Moral“ – das war für Schmitt das Vokabular einer handlungsschwachen „Sozial-Liberal-Demokratie“, welche weder die Kraft zur notwendigen Distinktion zwischen Freund und Feind noch diejenige zur politischen Führung besitze.<sup>8</sup>

Schmitts gleichzeitige Aufhebung des Gegensatzes zwischen Demokratie und Diktatur, die sich im Modus der durch Massenakklamation legitimierten Führungsspitze treffen, richtete sich gegen liberale Grundüberzeugungen von guter Regierung, die Gewaltenteilung, *checks and balances* sowie Repräsentation, Amt und Verantwortung zum Inhalt haben sollte.

Zum wichtigsten Gegenspieler Carl Schmitts wurde dessen Staatsrechtler-Kollege Hermann Heller, der Schmitts politische Vorstellungen schon früh im Lager der Faschissympathisanten und des Antiliberalismus verortete. Mit sicherem Gespür erkannte Heller in Schmitts Kontrastierung von Demokratie und Liberalismus den entscheidenden Kniff, der dessen Verfassungsdenken den normativen Rahmen der Weimarer Verfassung überschreiten lässt. „Dass Schmitt und Mussolini sich höchst persönliche Begriffe von Demokratie bilden, kann vielleicht der Diktatur, bestimmt aber nicht der Wissenschaft förderlich sein“, hält Heller fest und fügt mokant hinzu: „Für den Theoretiker [...] bleibt es immerhin peinlich, wenn er z.B. einerseits den Einparteiensstaat des Faschismus demokratisch nennt und auf der anderen Seite erklärt: ‚Es gibt keine Demokratie ohne Parteien.‘“<sup>9</sup>

In seiner bemerkenswert kämpferischen Rede „Freiheit und Form der Verfassung“ vor dem deutschen Studentenverband aus dem Jahr 1930 greift Heller die „ästhetisch-heroischen Revolutionsromantiker links und rechts“ scharf an und markiert ihre Gemeinsamkeiten: „Weil beide eine, wenn auch in ihrem Inhalt sehr verschiedene Diktatur anstreben, erklären sie in merkwürdiger Übereinstimmung Gewaltenteilung und Grundrechte der Verfassung für überlebte Vorurteile eines bourgeoisen Rechtsstaats. Ihr Ideal ist die unkontrollierte Gewalt, die hemmungslos, deshalb aber auch willkürlich auf den Staatsbürger einwirken kann, in Gericht und Verwaltung an keine Gesetze gebunden ist und ohne Gesetz und Richter dem Bürger vorschreiben will, was er denken, reden, schreiben und lesen darf. Sie behaupten, Gewaltenteilung und Grundrechte hinderten sie an der radikal gewalttätigen Durchsetzung ihres neuen politischen Formideals.“<sup>10</sup>

8 Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, 8. Aufl., Nachdruck der 1926 erschienenen 2. Aufl., Berlin 1996, siehe besonders S. 18-22.

9 Hermann Heller, Europa und der Faschismus (1929/31), in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 2: Recht, Staat, Macht, Tübingen 1992, S. 463-609, hier S. 541. Heller zitiert an dieser Stelle Carl Schmitt, Verfassungslehre (1928). Unveränderter Nachdruck, Berlin 1954, S. 247.

10 Hermann Heller, Freiheit und Form in der Verfassung (1929), in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 2, a.a.O., S. 371-377, hier S. 376.

Trotz seiner klaren Parteinahme beschränkte sich Heller nicht – und dies unterschied ihn von bürgerlichen Liberalen – auf die Verteidigung des Status quo. Im Bewusstsein der gesellschaftlichen Modernisierungskrisen, die ganz Europa erfasst hatten, wurde das Aufkommen und der Erfolg des Faschismus für ihn zu einem Phänomen, das man erklären musste, wenn man die Unzufriedenheit der Bürger mit der parlamentarischen Demokratie einerseits und das verbreitete Gefühl einer Unregierbarkeit von komplexen pluralistischen Gesellschaften andererseits verstehen wollte.

Zwar bot der Faschismus nur Scheinlösungen, aber er hatte jene Probleme und Massenbedürfnisse klar artikuliert, auf welche traditionell liberale Politikentwürfe noch keine zustimmungsfähigen Antworten besaßen: die Sehnsucht nach Gemeinschaftsstiftung und nationaler Stärke/Souveränität, nach politischer Führung und starker Exekutive sowie nach moralischer Orientierung und Sinnstiftung. Hellers eigene Antworten, die im Rahmen der bestehenden Verfassungsordnung zu realisieren waren, lauteten dagegen: erstens, das Streben nach zumindest relativer sozialer Homogenität innerhalb des Nationalstaats, zweitens, die Aufwertung einer allein parlamentarisch verantwortlichen Regierung, und drittens, die Transformation des bürgerlichen Rechtsstaats zum sozialen Rechtsstaat, was (allerdings nirgends genauer erläuterte) staatliche Lenkungs- und Interventionsmaßnahmen in der Wirtschaftspolitik voraussetzte.

### **Emotion gegen Ratio**

Aus Hellers Sicht waren es aber nicht allein die ungeklärten inhaltlichen Fragen, die die liberaldemokratischen Kräfte in die Defensive zwangen. Das Beispiel des Faschismus hatte zudem gezeigt, dass „vor allem der Appell an die vom Liberalismus vernachlässigten emotionalen und kämpferischen Kräfte“ sowie „der absolute Machtwille der Führer und ihr massenpsychologisches Verständnis für den integrierenden Wert von Marschmusik, Fahnen und Uniformen“ – kurz: neue Mobilisierungs- und Propagandaformen – den politischen Erfolg brachten. Auch auf dieser Ebene, so die implizite Folgerung, habe das demokratische Lager nur eine Chance, wenn es den radikalen Kräften kämpferisch auf Augenhöhe begegne und sich nicht allein auf die Macht des besseren Arguments verlasse.

Heller verknüpfte also seine Darstellung und Kritik des Faschismus mit einer Defizitanalyse der parlamentarischen Demokratie, wie er sie in der Weimarer Republik vorfand. Es reichte nicht mehr, in der Theorie und im Hinblick auf den normativen Standpunkt recht zu behalten, sondern Heller hielt es für essentiell, mit Mitteln des Verfassungsschutzes, polizeilicher Gewalt und republikanischer Zivilcourage gegen die politischen und intellektuellen Erscheinungsformen des Faschismus vorzugehen. Dabei machte er deutlich, dass die Gefahr des Faschismus sich nur bannen ließe, wenn die bürgerlichen Klassen selbst die Republik zur ihrer politischen Sache erklärten. Als liberaler Sozialdemokrat am rechten Flügel der Partei hatte er ein

präzises Sensorium für die Anfälligkeit des nationalen Bürgertums und seiner Intellektuellen, die als Sympathisanten autoritärer Politik zur Destabilisierung der Weimarer Verhältnisse wesentlich beitrugen. Insofern war sich Heller durchaus klar darüber, dass für den Erfolg des Faschismus nicht lediglich eine radikale revolutionäre Minderheit verantwortlich sein könne und dass es nichts nütze, die nationalsozialistische Anhängerschaft als Pöbel zu verunglimpfen. Vielmehr stehe jeder politisch Denkende vor der Entscheidung zwischen Rechtsstaat und Diktatur.

Heller erkannte, dass die Zäsur der Novemberrevolution 1918 nicht nur den Eintritt in das demokratische Massenzeitalter bedeutete, sondern auch politisch-ideologische Bürgerkriegsfronten ganz neuer Art geschaffen hatte. Es ist deswegen keine Übertreibung, eine Mehrfachüberforderung der neuen liberalen Demokratie zu konstatieren.

Folgende Probleme standen gleichzeitig auf der Tagesordnung: a) die Notwendigkeit, in der Tabula-rasa-Situation von Kriegsniederlage und innerem Aufruhr eine demokratische Verfassungsordnung erst einmal zu entwerfen; b) die neue Republik nicht nur mit Legitimität und Dignität zu versehen, sondern mit ihr eine integrationsfähige politische Kultur zu gestalten; c) die parlamentarische repräsentative Demokratie gegen einen bis dato ungekannten politischen Extremismus von links und rechts zu verteidigen – einen Radikalismus, der jeweils für sich die „wahre“ Demokratie reklamierte und sich auf Massenbewegungen stützte; d) diese Verteidigung sowohl argumentativ als auch mit Mitteln des entschlossenen Verfassungsschutzes aufzunehmen, und schließlich e) die Demokratie als angemessene Ordnung für eine komplexe arbeitsteilige Industriegesellschaft, in der die wirtschafts- und sozialpolitischen Steuerungsaufgaben des Staates angewachsen waren, zu stärken.

Die liberalen Verteidiger der Demokratie machten gegenüber konkurrierenden Konzepten identitärer Demokratie geltend, dass der Parlamentarismus und das Repräsentationsprinzip die Volkssouveränität als nützliche Fiktion behandelten, nicht jedoch als leitendes materiales Prinzip.<sup>11</sup> Der Staatsrechtler und Rechtspositivist Hans Kelsen brachte dieses liberale Selbstverständnis in einer Weise, der wohl auch sein Antagonist Hermann Heller zugestimmt hätte, auf den Punkt: „Man kann heute wohl kaum über Demokratie sprechen, ohne das Problem des Parlamentarismus zu berühren. Denn die moderne Demokratie ist eine parlamentarische [,] und der Parlamentarismus scheint mir, wenigstens nach den bisherigen Erfahrungen, die einzig mögliche Form zu sein, in der Demokratie innerhalb der sozialen Welt von heute realisierbar ist. Wenn darum auch Demokratie und Parlamentarismus keineswegs identische Begriffe sind, so empfindet man doch ganz mit Recht, dass die immer stärker werdende Bewegung gegen den Parlamentarismus sich letztlich gegen die Demokratie richtet.“<sup>12</sup>

11 Die „Fiktion der Volkssouveränität“ im Parlamentarismus und ihren politischen Zweck behandelt Kelsen, *Allgemeine Staatslehre* (1925), § 43 C, auszugsweise wiederabgedruckt in: ders., *Verteidigung der Demokratie. Abhandlungen zur Demokratietheorie*, hg. von Matthias Jestaedt und Oliver Lepsius, Tübingen 2006, S. 34-114, siehe hier S. 40-47.

12 Hans Kelsen, *Demokratie* (1926), in: ders., *Verteidigung der Demokratie*, a.a.O.; S. 115-148, hier S. 121f.

## Spielarten der Demokratie

Trotz dieser Klarstellung verlor der Begriff der Demokratie in den 1920er Jahren theoretisch und praktisch weiter an Kontur, denn er wurde von anti-liberalen Kritikern aus seinem engen Zusammenhang mit dem Parlamentarismus und dem Liberalismus gelöst. Die Verflüssigung der politischen Terminologie, die spätestens in dieser Phase das bekannte dualistische Ordnungsgefüge zwischen progressiv und konservativ hinter sich ließ, machte die Debattenlage selbst immer unübersichtlicher. Die Demokratie – „dieser missbrauchteste aller politischen Begriffe“ – nahm, wie Hans Kelsen früh diagnostizierte, „einander oft sehr widersprechende Bedeutungen an“.<sup>13</sup> Es machte nun einen Unterschied, ob man theoretisch die Idee der sozialistischen Demokratie verteidigte (ob als Rätemodell oder anderweitig direkt begründet), sich konkret für die real existierende parlamentarische Demokratie verwandte (mit sozialer oder bürgerlich-liberaler Ausrichtung), für die Homogenität einer „nationalen“ bzw. „volksgemeinschaftlichen“ Demokratie eintrat oder eine plebiszitäre Führerdemokratie avisierte. Vor diesem Hintergrund lässt sich ein zugegebenermaßen weit gefasstes liberales politisches Spektrum nur insoweit bestimmen, als die unbedingte Unterstützung des Parlamentarismus und das Festhalten am Prinzip der Repräsentation, an den Bürger- und Freiheitsrechten und am Rechtsstaat als den Grundpfeilern einer parlamentarischen Demokratie darin ihren Platz finden mussten. Freilich war den liberalen Theoretikern klar, dass das Parlament die Schlüsselinstitution der modernen Demokratie war und dass der funktionierende Parlamentarismus die Voraussetzung für die Lebensfähigkeit der Demokratie blieb.

Kelsen benannte denn auch folgerichtig seine Schlüsselchrift von 1926 „Das Problem des Parlamentarismus“. Er erkannte, dass die veränderte Haltung zum Parlamentarismus und die damit einhergehenden Anfeindungen der parlamentarischen Regierungsweise das wesentliche Kennzeichen einer neuen geistespolitischen Lage waren. Die „Zweifel an der Güte des parlamentarischen Prinzips“ hätte es zwar schon im 19. Jahrhundert gegeben. „Etwas ganz anderes“ sei es aber, so Kelsen, „wenn der Parlamentarismus unter der vollen und uneingeschränkten Herrschaft des parlamentarischen Prinzips selbst, wie dies heute der Fall ist, in Frage gestellt wird“, denn „innerhalb der demokratisch-parlamentarischen Republik“ sei dann „das Problem des Parlamentarismus eine Schicksalsfrage“.<sup>14</sup>

Kelsen machte deutlich, dass Demokratie und Parlamentarismus im Sinne einer liberalen Selbstregierung unbedingt zusammengehörten und aufeinander angewiesen blieben. Mit seiner im Positivismus und Relativismus der „reinen Rechtslehre“ wurzelnden Position, die einen pragmatischen Funktionalismus der normativen Begründung vorzog, wurde er zur Reizfigur einer Debatte um die Selbstbehauptungsfähigkeit der modernen Demokratie. Von rechts (zum Beispiel Carl Schmitt und Rudolf Smend) wie von links (zum Bei-

13 Hans Kelsen, „Vom Wesen und Wert der Demokratie“ (1920), in: ders., *Die Verteidigung der Demokratie*, a.a.O., S. 1-33, hier S. 1.

14 Hans Kelsen, *Das Problem des Parlamentarismus*, Wien und Leipzig 1926, S. 4f.

spiel Hermann Heller und Otto Kirchheimer) erreichte ihn der Vorwurf, der Repräsentant eines liberalen Wertrelativismus zu sein und damit gleichsam eine Haltung der Unentschiedenheit und des haltungslosen Positivismus zu repräsentieren, die gemeinhin als Malus der Epoche angesehen wurde. Das war eine grobe Verzechnung seiner demokratischen Absichten.

### **Wehrhaft für die Demokratie**

Hermann Heller hat die Schwäche des Liberalismus, das republikanische Defizit, klar gesehen. Sein republikanischer Impuls zeigte sich in dem unbedingten Willen, die parlamentarische Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen, und in der Bereitschaft, an die „vom Liberalismus vernachlässigten emotionalen und kämpferischen Kräfte“ zu appellieren. Heller war nicht bereit zuzusehen, wie die Demokratie mit vermeintlich demokratischen Mitteln überwunden wurde, sondern setzte auf resolute Verteidigung, deren Ernsthaftigkeit er 1923 durch den eigenen couragierten Einsatz gegen den Kapp-Putsch beglaubigte. In seiner Rede zum zehnten Verfassungstag forderte er die Studenten zur republikanischen Wehrhaftigkeit auf: „Wir geloben, die Weimarer Verfassung gegen alle Angriffe von Gewaltideologen zu verteidigen. Wenn diese Angreifer immer wieder ironisch von Wahlzetteldemokratie sprechen, so wollen wir ihnen eines ganz deutlich sagen: Wir wissen sehr genau, dass man einen Staat nicht allein mit Wahlzetteln sichert, und wir werden ihnen dieses Wissen in dem Augenblick praktisch beweisen, wo sie einen Gewaltangriff versuchen sollten. Dann werden wir die Weimarer Verfassung verteidigen, wenn es sein muss mit der Waffe in der Hand.“<sup>15</sup>

Speziell Heller schärfte seinen Sinn für die Gefährdung der Republik – wie die meisten Fürsprecher der parlamentarischen Demokratie – in der Auseinandersetzung mit den neuen totalitären Ideologien, dem Bolschewismus und dem Faschismus. Diese galt es geistig zu bekämpfen, gerade weil die meisten Beobachter in dem Gefühl lebten, dass es sich keineswegs nur um lokal begrenzte, also auf Russland und Italien beschränkte, sondern europaweit relevante Phänomene handelte. Insofern bereiteten die kritische Beschäftigung mit den neuen antiliberalen Radikalismen und die daraus resultierende Genese der Totalitarismustheorie schon die entscheidenden Argumente für ein Modell der „wehrhaften Demokratie“ vor.

Im Gegensatz zu Kelsen, der die demokratische Staatsform mit der Weltanschauung des Relativismus in Verbindung brachte und als Modus einer gesellschaftlichen Verständigung betrachtete, stand bei Heller die kämpferische Selbstbehauptung im Vordergrund. Die Demokratie der Weimarer Republik verstand er vor allem als Staat, dessen Souveränität und Handlungsfähigkeit bewahrt werden musste. In diesem Punkt war er Carl Schmitt durchaus nahe, denn er favorisierte die Erhaltung politischer Einheit und plädierte im Unterschied zu Kelsens Gebot der Toleranz und Vielheit wenig-

15 Hermann Heller, *Freiheit und Form in der Verfassung*, a.a.O., S. 377.

tens für eine abgeschwächte Variante „relativer Homogenität“: „Alle Politik besteht nun in der Gestaltung und Erhaltung dieser Einheit. Alle Politik muss im Ernstfall den Angriff auf diese Einheit letztlich durch physische Vernichtung des Angreifers beantworten“, so fasste er den „richtigen Kern“ der Schmittschen Unterscheidung von Freund und Feind zusammen. „Wo nicht mehr die Bereitschaft ist, den inneren oder äußeren Angreifer der politischen Einheit im Ernstfalle zu vernichten“, führte Heller Schmitts Gedanken weiter, „dort wird jede Politik grundsätzlich negiert. Ein Staat, der den tödlichen Waffengebrauch unter allen Umständen verbieten würde, der nicht schießen lässt, wenn auf seine Repräsentanten von drinnen oder draußen geschossen wird, hebt sich selbst auf.“<sup>16</sup>

Doch anders als Schmitt, dessen Freund/Feind-Unterscheidung okkasionell bzw. formal gedacht ist, das heißt ohne inhaltliche Festlegungen auskommt, ergriff Heller kategorisch Partei für die Weimarer Republik und verband dieses Bekenntnis mit einer bisweilen martialisch wirkenden Rhetorik für den wehrhaften Staat.

### Feinde von rechts und links

In der Auseinandersetzung mit dem rechten Antiliberalismus und dem Faschismus der frühen 1920er Jahre hatte noch die Reflexion über die Bedrohung dominiert, die eine revolutionäre und gewaltbereite Minderheit für eine demokratisch verfasste Mehrheitsgesellschaft bedeutete. Die aus der Wirtschaftskrise am Ende der 1920er Jahre resultierende Staatskrise, die zugleich eine Abkehr vom Prinzip der parlamentarischen Regierung bedeutete, rückte schließlich eine neue Gefahr für den Bestand der Weimarer Republik in den Mittelpunkt – nämlich eine antidemokratische Mehrheit von NSDAP und KPD. Nicht nur musste eine solche negative Mehrheit jede konstruktive Regierungsmöglichkeit blockieren; sie konnte – wie Heller bereits am Faschismus in Italien beobachtete – danach trachten, „die Demokratie mit der Demokratie zu überwinden, sie immer wieder mit Worten zu bejahren und dem tatsächlichen Inhalt nach zu vernichten“.<sup>17</sup>

Carl Schmitt hatte schon einige Jahre früher prägnant auf die Möglichkeit einer Selbstaufhebung der Demokratie aufmerksam gemacht: „Für den radikalen Demokraten hat die Demokratie als solche einen eigenen Wert, ohne Rücksicht auf den Inhalt der Politik, die man mit Hilfe der Demokratie macht. Besteht aber die Gefahr, dass die Demokratie benutzt wird, um die Demokratie zu beseitigen, so muss der radikale Demokrat sich entschließen, auch gegen die Mehrheit Demokrat zu bleiben oder aber sich selbst aufzuheben.“<sup>18</sup> Für Schmitt lag die Gefährdung der Weimarer Republik eben nicht einfach darin, dass ihre Verfassung per Mehrheitsentscheid außer Kraft gesetzt und damit die demokratische Ordnung beseitigt werden konnte, sondern darin,

16 Heller, Politische Demokratie und soziale Homogenität, a.a.O., S. 424f.

17 Heller, Rechtsstaat oder Diktatur?, a.a.O., S. 457.

18 Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, a.a.O., S. 37.

dass Verfassungsgegner in einem gezielten Angriff konkurrierende legale Mittel ausnutzen würden, um ein neues Regime zu etablieren.

Schmitt wusste sehr genau, dass für die Stabilität der Weimarer Demokratie weithin geteilte republikanische Überzeugungen ebenso wichtig waren wie ein ausgeprägtes Rechtsempfinden: „Sobald die zur Legalität dieses Systems gehörende Voraussetzung einer beiderseitig gleich legalen Gesinnung entfällt, gibt es keinen Ausweg mehr.“ Insofern könne man die gleiche Chance „selbstverständlich nur demjenigen offenhalten, von dem man sicher ist, dass er sie einem selber offenhalten würde; jede andere Handhabung eines derartigen Prinzips wäre nicht nur im praktischen Ergebnis Selbstmord, sondern auch ein Verstoß gegen das Prinzip selbst“. Wenn schließlich „das Prinzip der gleichen Chance und damit die Legalitätsgrundlage des parlamentarischen Gesetzgebungsstaates jeden Glauben“ verloren habe, komme es nur noch darauf an, „wer zuletzt, wenn es wirklich soweit ist, in dem Augenblick, in dem das ganze Legalitätssystem beiseite geworfen wird, die legale Macht in der Hand hat und dann seine Macht auf neuer Grundlage konstituiert“.<sup>19</sup>

Damit hatte Schmitt die Gefahren, die dem politischen System der Weimarer Republik drohten, klarer analysiert als viele liberale Demokraten. Schmitt erkannte, dass die Auseinandersetzung um die parlamentarische Ordnung keineswegs in erster Linie als Weltanschauungsfrage entschieden werde, sondern dass es um Machtstrategien ging. Es handelte sich darum, unter dem Anschein der Legalität Bastionen des Staates zu sichern, um mit Berufung auf den Ausnahmezustand neue politische Grundlagen zu schaffen – wie es ab 1932/33 geschah.

### Konsensliberalismus als Erfolgsgeschichte

Die Erfahrung des Faschismus und des Nationalsozialismus führten schließlich zu einer strengen kategorialen Trennung von Diktatur und Demokratie. Die linksliberale Erkenntnis, dass die demokratische Lebensform besonderen Schutz benötigte und kontinuierlicher Pflege bedurfte, rückte von der Peripherie ins Zentrum liberalen Denkens.

Charakteristisch dafür war der neuerliche Rekurs auf den Humanismus und die Menschenrechte. Das Bekenntnis zu Werten und die Frontstellung gegen den Totalitarismus schufen den neuen *common ground* für einen demokratischen Liberalismus. Die klare Feindbestimmung erlöste Liberale davon, Toleranz und Relativismus als konstitutive Eigenschaften der eigenen Weltanschauung verteidigen zu müssen. Vielmehr war es zwingend geworden, die Grenzen der Toleranz zu bestimmen, und diese Grenzziehung war angesichts der massiven Bedrohungslage nicht mehr nur eine theoretische, sondern eine praktische Operation. Dolf Sternberger hat diesen Lernprozess kurz nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich in folgende prägnante Formeln gefasst: „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit! Kein Kompromiss mit den

19 Carl Schmitt, *Legalität und Legitimität* (1932), Berlin 1996, 8. Aufl., S. 34-37.

Feinden des Kompromisses! Kein gleiches Recht für die Feinde des gleichen Rechts!“<sup>20</sup> Erst jetzt, nach dem Zweiten Weltkrieg, konnte sich ein Konsensliberalismus etablieren, der auf eine übergreifende letztgültige theoretische Fixierung verzichtete sowie den Primat politischer Gemeinsamkeiten und das Verbindende der Demokratie als Lebensform herausstellte. Dieser Konsensliberalismus, der nicht mehr an eine liberale Partei gebunden, sondern im Spektrum der demokratischen Parteien insgesamt zu finden war, trägt erst einmal im Rahmen einer „vorbehaltlosen Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens“ (Habermas) alle Merkmale einer Erfolgsgeschichte. Die „geglückte Demokratie“ (Wolfrum) und die „Ankunft im Westen“ (Schildt) wirkten in der Bundesrepublik als Ausdruck einer festen Verankerung der liberalen Demokratie, die zwar kleinere Akzeptanzkrisen durchlief, im Großen und Ganzen aber Lernerfahrungen produktiv verarbeitete, Kritik absorbierte und Kritiker auf lange Sicht integrierte.

Heute allerdings, in Zeiten vermeintlicher rechtsstaatlicher Stabilität bei gleichzeitig zunehmender Krisenhaftigkeit, lebt das alte demokratische Dilemma in der sogenannten Böckenförde-Doktrin wieder auf, die daher an dieser Stelle ausführlicher als allgemein üblich zitiert werden soll: „Der freiheitliche säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots, zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“<sup>21</sup>

Böckenfördes Begriff des „freiheitlichen säkularisierten Staates“ lässt sich in diesem Kontext ohne weiteres mit der liberalen Demokratie gleichsetzen, weil damit das Dilemma der Freiheitsgewährung und der Schwierigkeit ihrer Bestandsgarantie prägnant beschrieben wird. Man könnte Böckenfördes berühmte These deshalb zugleich als Erinnerung an die zentrale Rolle der politischen Kultur verstehen, deren Pflege der demokratische Staat zwar fördern, deren demokratiefreundliche Wirksamkeit er aber nicht garantieren kann.

Die Aporien der damaligen, Weimarer, wie auch der aktuellen Krise der Demokratie sind uns heute klar ersichtlich: Wie kann überzeugend für eine freie Bürgergesellschaft und ihre verantwortliche Selbstregierung geworben werden, wenn (wie etwa in Ungarn oder gar Russland) das Fehlen moderater zivilgesellschaftlicher Akteure offensichtlich ist? Auf welche Weise ist eine Gesellschaft zu integrieren, die durch zunehmende Klassenspaltung, Interessengegensätze und ideologische Verfeindung breiter Gruppen geprägt ist?

20 Dolf Sternberger, Dreizehn politische Radio-Reden, Heidelberg 1947, S. 42f.

21 Ernst-Wolfgang Böckenförde, Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation (1967), in: ders., Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht, Frankfurt a. M. 1976, S. 42-64, hier S. 60 (Hervorhebungen im Original).

Wie kann ein Parlamentarismus verteidigt werden, dessen Funktionstüchtigkeit und Integrationskraft (nicht nur auf europäischer Ebene) beständig nachzulassen scheint? Und wie sind den Zeitgenossen die Vorzüge der pluralistischen Gesellschaft in einer Zeit plausibel zu machen, in der übermächtige irrationale Lösungen von Gemeinschaft, Homogenität und nationaler Einheit Konjunktur haben?

### **Keine Demokratie ohne liberal-demokratische Lebensform**

Demokratische Lebensform, die Gleichheit der Staatsbürger und die politischen Institutionen der Demokratie dulden keine Relativierung, vielmehr benötigen sie die Akzeptanz und tätige Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger. Insofern lässt sich die liberale Demokratie nicht als ein rationales und kaltes politisches Ordnungsmodell begreifen, sondern beruht auf den republikanischen, verfassungspatriotischen und solidarischen Anstrengungen ihrer Subjekte. Mit Tony Judt kann man daher im Rückblick auf das 20. Jahrhundert konstatieren, dass die Demokratie nie Ausgangspunkt war, sondern fast immer zuletzt kam, also auf der vorherigen Verankerung liberaler Ideen aufbaute. Oder anders ausgedrückt: Nur als liberale Demokratie hatte sie bislang – und hat sie auch heute – Chancen auf Stabilisierung und Dauerhaftigkeit.

Wie anspruchsvoll die Ausbildung und Pflege eines solchen demokratischen Staatsbewusstseins war und wie viel Verteidigungsbereitschaft es verlangte, mussten die Demokraten der Weimarer Jahre leidvoll erfahren. Der Ernstfall der Bedrohung, die Schwäche der politischen Eliten und der Untergang der Demokratie erwiesen nicht die praktische Untauglichkeit des liberaldemokratischen Modells, sondern lediglich den Mangel an Glauben und Willen, den demokratischen Staat lebensfähig zu halten. In der krisengeschüttelten Lage der Weimarer Republik war es am Ende ein nahezu aussichtsloses Unterfangen, die liberale Demokratie aus sich heraus zu rechtfertigen und theoretisch zu begründen. Heute dagegen wissen wir: Zu entscheidenden Kriterien ihres Gelingens werden ihre rechtsstaatliche Verfassung und ihre Garantie liberaler Freiheitsrechte.<sup>22</sup> So beginnen die politische Theorie und die Ideengeschichte seit einigen Jahren die Kontingenz und die Fragilität der liberalen Demokratie zu problematisieren. Und was anfangs wie eine originelle intellektuelle Spielerei wirkte, um neue Perspektiven auf einen allmählich überraschungsfrei wirkenden Gegenstand zu gewinnen, steht heute vor der Erprobung des Ernstfalls. Mittlerweile geht es nicht mehr allein um die „Demokratisierung der Demokratie“, deren Aussicht sich darin erschöpfte, dass Partizipation und Engagementvertiefung der Bürger die einzigen Desiderata westlicher Gesellschaften sind. Auch abgeklärte neoliberale Governance-Modelle, die Regierungs- und Organisationsaufgaben einem gut geölten Apparat aus Funktionseliten überantworten und die

<sup>22</sup> Tony Judt (mit Timothy Snyder), *Nachdenken über das 20. Jahrhundert*, München 2013, S. 308f.

normativen Voraussetzungen demokratischer Gesellschaften für selbstverständlich nehmen, haben sich mittlerweile überlebt.<sup>23</sup> Wir haben nicht mehr lediglich die Optimierung eines politischen Systems vor Augen, sondern müssen erkennen, dass das gesamte demokratische Modell und damit auch das Leben in Freiheit auf dem Spiel stehen. Sicherlich, die Geschichte wiederholt sich nicht – und wir finden keine Blaupausen zur Bewältigung unserer heutigen Probleme, wenn wir uns den Debatten um die Demokratie in der Zwischenkriegszeit zuwenden. Aber der Blick in diese Epoche lehrt uns, welche unbedingte Treue zu den demokratischen Institutionen nötig ist und welche Hingabe die demokratische Lebensform erfordert.

Fest steht: Auf die vermeintliche Pfadabhängigkeit, die die Verbindung von Demokratie, individuelle Freiheit und Marktwirtschaft zu garantieren schien, sollte sich niemand mehr verlassen. Aber umgekehrt gilt: Der „Weg in die Unfreiheit“ (Snyder) oder der „Zerfall der liberalen Demokratie“ (Mounk) sind trotz aller Krisenzeichen nicht unumkehrbar. Die Stärke der liberalen Demokratie liegt eben darin, dass sie verbesserungsfähig ist und dass die Bürgerinnen und Bürger in vielfältiger Weise Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen können. Dazu ist ein geschärftes Problembewusstsein nötig und die bewusste Vergegenwärtigung der zentralen Werte der Demokratie, die eben nur als liberale leb- und praktizierbar ist. Wohin dagegen Experimente führen, die autoritär-nationalistische Regime als alternative, „illiberale Demokratie“-Modelle verbrämen, lässt sich präzise erkennen, wenn man die politische Rhetorik und das politische Handeln des heutigen antiliberalen Populismus an seinen Vorläufern misst.

Um dem zu begegnen, reicht das bloße Glaubensbekenntnis zur liberalen Demokratie natürlich nicht aus. Sie wäre nicht in so gefährdeter Lage, wenn sie keine Schuld an ihrem derzeitigen Zustand trüge. Das Register der Fehlentwicklungen ist in der Tat lang: die Technokratie der Europäischen Union, die neoliberale Inkaufnahme wachsender sozialer Ungleichheit, die unzureichende Regulierung des Finanzkapitalismus, die mangelhafte soziale und politische Integration von Zuwanderern, die Versäumnisse in der Prävention globaler Migration u.a.m. Neben überzeugenden Problemlösungen braucht es aber, wie der Blick in die Ideengeschichte lehrt, vor allem liberale Standfestigkeit und demokratische Wehrhaftigkeit. Die Demokratiedebatte der Zwischenkriegszeit gehört dabei fraglos zu den Stern- und Lernstunden der politischen Ideengeschichte. In der Auseinandersetzung mit den Vordenkern der liberalen Demokratie lässt sich der existenzielle Ernst der damaligen Situation nachempfinden. Die heutige Lage ist allerdings nicht dazu angehalten, im Modus einer distanzierten Historisierung zu verharren, denn Garantien für den Bestand einer „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ gibt es nicht. Die Einsichten der damaligen Streiter bleiben aber hoch aktuell, weil sie uns daran erinnern, wie voraussetzungsreich und fragil das Projekt der liberalen Demokratie bis heute tatsächlich geblieben ist.

23 Vgl. Helmut Wilke, *Demokratie in Zeiten der Konfusion*, Berlin 2014.

Der jüngste Aufsatz Alexander Gaulands („Warum muss es Populismus sein?“), erschienen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, hat für erhebliche Aufregung gesorgt. Erst als Adaption eines Hitler-Textes gelesen, entpuppte er sich bald als Plagiat eines Blog-Beitrags von Michael Seemann im „Tagesspiegel“. Inhaltlich aber ist dieser Gauland-Text nur der bisher letzte Ausdruck der Selbstradikalisierung eines vormaligen Konservativen.

## Alexander Gauland: Selbstradikalisierung eines Konservativen

Im Januar 1999 erschien in den „Blättern“ ein Kommentar, in dem der damalige CDU-Politiker und Herausgeber der „Märkischen Allgemeinen“, Alexander Gauland, für eine Rückbesinnung auf das Konservative plädierte, ohne dass man diese geistesgeschichtliche Strömung in die fatale Nähe des Nationalismus rücke. Offenkundig hat der Autor in den letzten zwanzig Jahren seine Meinung fundamental geändert, bezeichnet er doch den Nationalsozialismus inzwischen als bloßen „Vogelschiss“ der Geschichte. Wirft man einen Blick auf diesen „Blätter“-Kommentar, ergibt sich eine bemerkenswerte Spannung: Einerseits liegt der damals wertkonservative CDU-Politiker programmatisch auf der Linie Angela Merkels – ja, er spricht der damaligen Generalsekretärin sogar seine Unterstützung für den Parteivorstand aus. Andererseits ist rückblickend schon die Wandlung zum AfD-Vorsitzenden zu erahnen, dessen einziges Thema die angeblich „unbeschränkte Aufnahmebereitschaft“ Deutschlands ist. Gaulands Analyse des Konservativen, geschrieben kurz

nach der verlorenen Bundestagswahl vom September 1998, soll die Strategien ausloten, die zu neuen Mehrheiten für die Union führen können. Interessanterweise läuft seine Analyse ausgerechnet auf ein Plädoyer des heutigen AfD-Vorsitzenden für Merkel hinaus, die er als Hoffnungsfigur eines neuen Wertkonservatismus ansieht. Ein gutes Jahr später, im April 2000, dem Monat des CDU-Parteitags, veröffentlicht Gauland in seinem letzten Text in den „Blättern“ gar das Stellenangebot für den neuen CDU-Bundeschef – unter dem Titel „Gesucht: Konservative Reformer“. Gauland hält seine Lobrede für Merkel allerdings nicht, weil sie von der CDU-Spendenaffäre unbelastet ist. Diese erachtet er bezeichnenderweise als „weitgehend zu Ende, der Fluss kehrt in sein altes Bett zurück.“ Dagegen sieht Gauland – schon damals – den fundamentalen Konflikt im Streit zwischen Globalisierungsfreunden und konservativen Reformern. Seine Abneigung gegenüber einer kosmopolitischen Welt findet in Merkel eine Hoffnungsträgerin, die – Gauland zufolge – einem zusammenwachsenden Europa misstraut: „Frau Merkel steht für einen skeptischen Konservatismus, der sich der menschlichen Unvollkommenheiten bewusst ist und deshalb neu auftauchenden Gedanken wie der Globalisierungsmode misstraut.“ Obwohl Merkel von Gauland nicht zum Lager der Reformer gezählt wird, plädiert er für sie, da er zu glauben scheint, die Generalsekretärin würde die Institutionen des Staates nicht einem geeinten Europa opfern. Wie Gauland zu dieser Einschätzung der späteren Euro- und EU-Verteidigerin Merkel kommt, bleibt unklar.

Hier, in seiner Ablehnung jedweder internationalen Orientierung, wird schon der nationale Zuschnitt seines Konservatismus deutlich. So fällt schließlich sein ironisches Votum für den CDU-Bundeschef wie folgt aus: „Die ostdeutsche Angela Mer-

kel würde wohl am ehesten die Werte der alten Bundesrepublik bewahren.“ Gauland ist – damals wie heute – kein klassischer neoliberaler Politiker. Er verteidigt den „Staat als Ordnungsfaktor“ und schreibt in den „Blättern“ sogar, dass „nicht marktwirtschaftlicher Radikalismus, sondern ein linker Toryismus, ein mit sozialen Elementen angereicherter Wertkonservatismus [...] der CDU den Weg zu neuen gesellschaftlichen Mehrheiten“ öffnen könne. Dem widerspricht jedoch sein heutiges Agieren als AfD-Frontmann gegen eine „merkelisierte“ CDU – worunter nichts anderes zu verstehen ist als ein, eben noch von ihm geforderter, linker Toryismus. Doch was widersprüchlich wirkt, ist eigentlich nur konsequent: Denn um Gaulands Analyse des Konservativen zu verstehen, muss man im Blick behalten, wie er – heute wie damals – die Rolle des Staates versteht. Der Staat ist Gauland zufolge nur insofern ein Ordnungsfaktor, als er auf einer autoritär-kommunitaristisch geprägten Verbindung zwischen Nationalstaat und Sozialstaat aufbaut. Nur so seien „die tatsächlichen Sorgen und Nöte breiter Schichten des Volkes“ zu identifizieren. De facto heißt dies, dass der Staat seine Ordnungsfunktion in allererster Linie in Bezug auf die Migration einnehmen muss: „Konservative wissen, dass Europa nur dann von den Menschen angenommen wird, wenn zugleich Gemeinden, Länder und Regionen als überschaubare kulturelle Einheiten gestärkt werden.“ In diesem Satz ist die ganze Engführung von Gaulands Gedanken auf die Migrationsfrage schon angelegt. Letztlich ist die Wahrung kultureller Einheiten der Kernbestand dessen, was er als das konservative Wissen bezeichnet. Daher, so schreibt er bereits in den „Blättern“, dürfe „allein die kulturelle Resorptionsfähigkeit Maßstab für die Zuwanderung sein.“

Auf seinem späteren Weg zum AfD-Bundesvorsitzenden sind Gauland

endgültig alle sonstigen thematischen Aspekte des Konservativen abhandelt gekommen. So schreibt er in seinem „Blätter“-Kommentar noch völlig zutreffend, dass gegen Ende des 19. Jahrhunderts „sich der Konservatismus in fast allen westeuropäischen Ländern mit dem Nationalismus zu einer unheiligen Allianz“ verband. Und weiter heißt es: „Dem utopischen Entwurf einer Gemeinschaft von Freien und Gleichen wurde das Bild einer rassistisch getönten Volksgemeinschaft entgegengesetzt. Nicht die Sicherung der Freiheit des einzelnen durch Institutionen, sondern das Aufgehen des Individuums in der Schicksalsgemeinschaft Nation war das Programm dieses Konservatismus. Diese Epoche ist zu Ende, und es wird Zeit, zu den Ursprüngen des Konservatismus zurückzukehren.“ Alexander Gauland ist nicht zu dem zurückgekehrt, was er selbst als die Ursprünge des Konservatismus bezeichnet. Vielmehr hat er sich davon abgewandt und in einseitiger Weise zum Vorkämpfer „einer rassistisch getönten Volksgemeinschaft“ radikalisiert. Einseitig deshalb, weil die Rolle des Staates in dieser Sicht allemal unterkomplex erscheint. Und radikalisiert deshalb, weil es in seiner politischen Praxis zu einem Kurzschluss gekommen ist, der notwendig konservativ und national in eins denkt – oder um diesen Gedanken mit Gaulands eigenen Worten zum Abschluss zu bringen: „Zu schnell wird konservativ [...] mit dem Wörtchen national zu nationalkonservativ verbunden. Doch dies ist eine Verkürzung, ja Verfälschung des Konservatismus, der geistesgeschichtlich die längste Zeit ein Gegner des Nationalen war.“ Von dieser treffenden Unterscheidung will Gauland heute offensichtlich nichts mehr wissen. Ansonsten würde ihn seine Umarmung des Nationalisten Björn Höcke wohl am meisten schmerzen.

**Bastian Reichardt**

# »Es ist Zeit für Mut«

Was uns Literatur heute lehren kann

Von Chimamanda Ngozi Adichie

Ich wurde römisch-katholisch erzogen. Als Kind liebte ich es, in die Kirche zu gehen. Meine Familie besuchte jeden Sonntag die St. Peter's Chapel, ein großes weißes Gebäude auf dem Campus der University of Nigeria, auf dem ich aufwuchs. Der Pfarrer der Gemeinde war Dozent an der Universität. Und soweit es für eine römisch-katholische Kirche möglich war, war sie ein aufgeschlossener, progressiver, einladender Ort. Die sonntäglichen Predigten waren wohlthuend langweilig.

Jahre später erfuhr ich, dass die Kirche in andere Hände übergegangen und der neue Pfarrer ein Mann war, der insbesondere auf weibliche Körper fixiert war. Er bestellte eine Religionspolizei, eine Truppe junger Männer, deren Aufgabe es war, an der Kirchentür Stellung zu beziehen, jede Frau zu begutachten und zu entscheiden, wer hinein durfte und wer nicht. Großmütter wurden abgewiesen, weil ihre Kleider angeblich zu tief ausgeschnitten waren.

Nach Jahren der Abwesenheit flog ich nach Hause, um meine Eltern zu besuchen. Und ich ging in die Kirche. Ich trug einen langen Rock und eine kurzärmelige Bluse mit traditionellem Muster – eine gewöhnliche, weit verbreitete Kombination. Am Eingang der Kirche verstellte mir ein junger Mann den Weg. Seine Miene war eine aufgesetzte Maske der Rechtschaffenheit, die ich unter anderen Umständen sehr lustig gefunden hätte. Er bat mich umzukehren. Meine Ärmel seien zu kurz, sagte er. Zu viel Arm sei zu sehen. Nur wenn ich mir ein Tuch um die Schultern schlingen würde, dürfte ich die Kirche betreten. Ich war wütend. Diese Kirche war Teil meiner glücklichen Kindheit, sie war eine Erinnerung an eine Zeit voller Freude. Und jetzt war sie zu einem Ort geworden, der Frauen nicht als Menschen behandelte, sondern als Körper, die kontrolliert und schikaniert werden mussten. Und warum? Um Männer vor sich selbst zu schützen. Ich beschloss, einen Artikel in einer viel gelesenen nigerianischen Zeitung über diesen Vorfall zu schreiben. Ich glaubte, dass der Artikel Aktionen nach sich ziehen würde, die Universitätsgemeinde dazu veranlassen würde, endlich zu protestieren und „Es reicht!“ zu rufen und den Bischof oder den Papst oder wer immer diese Entscheidungen traf zu bitten, den Pfarrer hinauszuerwerfen und die Kirche wieder zu einem freundlichen Ort zu machen, frei von Frauenfeindlichkeit.

\* Der Beitrag ist die Rede der Autorin, die sie am 9. Oktober auf der Eröffnungspressekonferenz der diesjährigen Frankfurter Buchmesse gehalten hat. Die Übersetzung stammt von Anette Grube.

Aber so kam es nicht. Stattdessen waren die Reaktionen auf den Artikel zu meinem Erstaunen überwiegend feindselig. Ihr Fazit lautete: „Halt den Mund!“ Wie kannst du, eine junge Frau, es wagen, einen Mann Gottes herauszufordern? Ich fand es interessant, dass sowohl die Reaktionen auf meinen Artikel als auch die Einstellung des Pfarrers Frauen gegenüber auf den gleichen Impuls zurückgingen – Frauen zu kontrollieren. Und diesen Impuls, Frauen die volle Autonomie über ihren Körper zu verwehren, diese Unfähigkeit, Frauen als vollwertige menschliche Wesen zu sehen, findet man überall auf der Welt – im Nahen Osten, wo sich Frauen gegen ihren Willen verschleiern müssen, im Westen, wo Frauen zu Schlampen degradiert werden, nur weil sie sexuelle Wesen sind, in Asien, wo Frauen heimlich auf der Toilette gefilmt werden.

Und dieser Impuls existiert auch in der liberalen Welt der Literatur, in der man von Schriftstellerinnen erwartet, dass ihre weiblichen Figuren „liebenswert“ sind, als würde sich die Menschlichkeit einer Frau letztlich an den strengen Beschränkungen der „Liebenswürdigkeit“ bemessen. Der Vorfall vor der Kirche an jenem Tag endete damit, dass ich mich von Prinzipien leiten ließ – so wie Männer entscheiden konnten, was sie in der Kirche trugen, sollten sich auch Frauen frei entscheiden können. Es war ein heißer Tag, die Ventilatoren in der Kirche waren defekt, und das Letzte, was ich wollte, war, mir ein kratziges Tuch um die Schultern zu schlingen. Deswegen stieß ich den Religionspolizisten beiseite, ging hinein und setzte mich. Der Pfarrer wurde davon in Kenntnis gesetzt, dass sich eine starrköpfige Person den Zutritt zur Kirche erzwungen und sich des Vergehens schuldig gemacht hatte, zu viel Arm zu zeigen. Der Pfarrer kritisierte mich vom Altar aus, nach dem Gottesdienst kam es zu einem Wortwechsel, und zu sagen, dass es sich um unschöne Worte handelte, hieß, es wahrhaft milde auszudrücken.

### **Wir können es uns nicht leisten, zu schweigen**

Diese Erfahrung veranlasste mich, meine alberne romantische Vorstellung aufzugeben, dass „die eigene Meinung zu sagen“ selbstverständlich auf weitverbreitete Unterstützung trifft. Doch zugleich wurde mir klar, wie dringlich es ist „die eigene Meinung zu sagen“, wenn es um Wichtiges geht – man muss die eigene Meinung sagen, nicht weil man mit Unterstützung rechnen kann, sondern weil wir es uns nicht leisten können zu schweigen. Ich wusste, wie die Kirche einst gewesen war, und ich sah, was aus ihr geworden war, und konnte nicht schweigen.

Manchmal werde ich eine Aktivistin genannt. Und oft spüre ich dann einen kleinen Widerwillen, einen gedanklichen Widerstand – weil es kein Wort ist, mit dem ich mich jemals selbst beschreiben würde. Vielleicht weil ich in Nigeria aufgewachsen bin und Leute gesehen habe, die ich als *wahre* Aktivistinnen betrachte, Leute, die für ein Anliegen ihr Leben einsetzen, die das ungewöhnliche Engagement aufbrachten, nach dem ich nur streben kann. Ich betrachte mich als Schriftstellerin, als Geschichtenerzählerin, als Künstle-

rin. Das Schreiben verleiht meinem Leben Sinn. Wenn es gut läuft, macht mich nichts so glücklich wie das Schreiben. Und nichts macht mich so trübsinnig, wenn es nicht gut läuft.

Aber ich bin auch Staatsbürgerin. Als Künstlerin bin ich meiner Kunst gegenüber verantwortlich. Als Bürgerin bin ich der Wahrheit und der Gerechtigkeit verpflichtet. Diesen Unterschied zwischen Künstlerin und Bürgerin machte mir vor kurzem ein Bekannter klar, der – im Zusammenhang mit den feindseligen Reaktionen in Nigeria auf feministische Aussagen von mir – sagte: „Nigerianer haben kein Problem mit deinen Büchern. Sie haben ein Problem mit deiner politischen Einstellung. Sie wollen, dass du den Mund hältst und schreibst.“

Vor ein paar Jahren hat die nigerianische Regierung ein Gesetz verabschiedet, dass Homosexualität unter Strafe stellt, ein Gesetz, das ich nicht nur zutiefst unmoralisch finde, sondern auch politisch zynisch. Derselbe Bekannte verstand nicht, warum ich meine Opposition gegen dieses Gesetz, das tatsächlich viele Nigerianer unterstützen, öffentlich machte. „Du hast nichts zu gewinnen“, sagte er. „Und potentiell viel zu verlieren.“

Er meinte es gut. Er versuchte, mich auf seine Weise zu schützen. Aber er irrte sich damit, dass ich nichts zu gewinnen hätte. Denn in einer Gesellschaft zu leben, die alle Bürger gerecht und gleich behandelt, ist ein Vorteil. Wenn ich die Ansicht *einer* Person ändern kann, wenn ich *eine* Person dazu bringen kann, kritisch zu *denken* und gegen das Gesetz zu sein, dann habe ich viel gewonnen, weil ich einen kleinen Schritt auf dem langen Weg zum Fortschritt beigetragen habe.

### Die Kunst als Mittel zur Aufklärung der Politik

Kunst kann Politik aufklären. Kunst kann Politik vermenschlichen. Aber manchmal ist das nicht genug. Manchmal muss man Politik mit Politik begegnen. Und das war nie dringender als heute. Die Welt wandelt sich; sie verändert sich; sie wird dunkler. Wir können uns nicht länger an die alten Regeln der Selbstgefälligkeit halten. Wir müssen neue Wege finden, aktiv zu werden, neue Wege zu denken. Das mächtigste Land der Welt erscheint heute wie ein feudaler Hofstaat voller Intrigen, der von Verlogenheit lebt und in seiner eigenen Hybris versinkt. Wir müssen wissen, was wahr ist. Wir müssen die Wahrheit aussprechen. Und wir müssen eine Lüge Lüge nennen.

Es ist Zeit für Mut, und ich verstehe Mut nicht als die Abwesenheit von Angst, sondern als die Entschlossenheit zu handeln, auch wenn man Angst hat. Es ist eine Zeit für komplexere Geschichten: Es reicht nicht zu verstehen, dass Flüchtlinge leiden oder auf welche Weise sie nicht in eine neue Gesellschaft passen; wir müssen auch verstehen, was ihren Stolz verletzt, wonach sie streben, und wer die Waffen liefert für den Krieg, der sie überhaupt erst zu Flüchtlingen gemacht hat, wer die Verantwortung dafür trägt.

Es ist Zeit zu erklären, dass ökonomische Überlegenheit nicht gleichbedeutend ist mit moralischer Überlegenheit. Es ist Zeit, das Thema Migration

von Grund auf zu begreifen, ehrlich damit umzugehen. Die Frage zu stellen, ob es um Migration im Allgemeinen geht oder um Migration *spezifischer* Menschengruppen – Muslime, schwarze Menschen, braune Menschen.

Es ist Zeit für mutiges Geschichtenerzählen, eine Zeit für neue Geschichtenerzähler. Wir brauchen eine Vielfalt von Stimmen – nicht weil es politisch korrekt ist, sondern weil wir präzise sein wollen. Wir können die Welt nicht verstehen, wenn wir weiterhin so tun, als wäre ein kleiner Teil der Welt repräsentativ für die ganze Welt.

Es ist Zeit zu überprüfen, *wie* wir Geschichten verstehen. Beim Thema Menschenrechte geht es nicht nur um die großen Geschichten staatlicher Unterdrückung. Es geht auch um kleine private Geschichten. Der Schutz vor häuslicher Gewalt fällt ebenso unter die Menschenrechte wie das Asylrecht für Flüchtlinge. Eleanor Roosevelt sagte über die Menschenrechte: „Ohne die konzertierte Aktion der Bürger, sie auch im häuslichen Umfeld einzuhalten, werden wir vergeblich auf Fortschritt in der größeren Welt hoffen.“

### **Frauen sind noch immer unsichtbar**

Auf der ganzen Welt erheben heute Frauen ihre Stimme, doch ihre Geschichten werden immer noch nicht wirklich gehört. Es ist Zeit, mehr als nur das Lippenbekenntnis abzulegen, dass Geschichten von Frauen für alle sind, nicht nur für Frauen. Studien belegen, dass Frauen Bücher von Männern und Frauen lesen, Männer jedoch Bücher von Männern. Es ist Zeit, dass Männer Frauen lesen. Es ist Zeit, die Diskussion – „Was wollen Frauen?“ – zu beenden, weil alle Welt eigentlich längst wissen sollte, dass Frauen einfach vollwertige Mitglieder der menschlichen Gemeinschaft sein wollen.

Es gibt heute eine große Lücke in der Vorstellungskraft so vieler Menschen in der Welt. Es gibt die Unfähigkeit, Empathie für Frauen zu empfinden, weil die Geschichten von Frauen nicht wirklich bekannt sind; Geschichten von Frauen gelten nicht als universell. Das ist für mich der Grund, warum wir in einer Welt zu leben scheinen, in der viele glauben, dass eine große Zahl Frauen eines Morgens einfach erwacht und Geschichten von tätlichen Übergriffen erfindet. Ich kenne viele Frauen, die gern berühmt wären. Ich kenne keine einzige Frau, die gern berühmt wäre, weil sie missbraucht wurde. Das zu glauben heißt, eine sehr schlechte Meinung von Frauen zu haben.

Die Richterin am Obersten Gerichtshof der USA, Ruth Bader Ginsburg wurde einst gefragt: „Wie viele der Richter am Obersten Gerichtshof müssten Frauen sein, damit es für Sie fair zugehe?“ Ihre Antwort lautete: „Alle neun.“ Sie erzählte, dass viele Leute von ihrer Antwort schockiert waren und mit „Das ist nicht fair“ reagierten. Aber jahrelang waren selbstverständlich alle neun Richter Männer, und das galt als ganz normal. So wie es heute ganz normal erscheint, dass die meisten Positionen wirklicher Macht in der Welt von Männern eingenommen werden.

Frauen sind noch immer unsichtbar. Die Erfahrungen von Frauen sind noch immer unsichtbar. Es ist Zeit, unerschrocken anzuerkennen, dass wir

alle – in den Worten von Pablo Neruda – „Teil dieser großen Menschheit sind, nicht Teil der wenigen, sondern der vielen“.

Manchen gelte ich als feministische Ikone. Ich habe einen Hut, auf dem „feministische Ikone“ steht, aber ich habe ihn heute nicht dabei. Da ich eine feministische Ikone bin, wollen die Leute oft mit mir über Feminismus sprechen. Ich bin zweisprachig; ich spreche Igbo und Englisch. Und im Familien- und Freundeskreis sprechen wir oft beide Sprachen gleichzeitig. Eine gute Freundin erzählte mir, dass sie einen ärztlichen Dienst aufgesucht habe. Sie sagte es auf Englisch („consultant“). In Igbo, sollte ich hinzufügen, gibt es keine geschlechtsspezifischen Personalpronomen, dasselbe Pronomen wird für Männer und Frauen benutzt. Und ich sprach ebenfalls Englisch und fragte meine Freundin: „Was hat er gesagt?“ Meine Freundin lachte und sagte: „Ständig hältst du uns Vorträge, dass wir nicht einfach etwas unterstellen sollen, aber gerade hast du unterstellt, dass es ein Mann war. Aber es war eine Frau.“ Ich ließ zutiefst beschämt den Kopf hängen. Allerdings war mir auch klar geworden, wie tief das Patriachat in unserer DNA eingebettet ist.

### Wie ich schwarz wurde

Literatur ist meine Religion. Von der Literatur habe ich gelernt, dass wir alle nicht perfekt sind, dass es keinen perfekten Menschen gibt. Aber ich habe auch gelernt, dass wir in der Lage sind, Gutes zu tun, dass wir nicht perfekt sein müssen, um richtig und gerecht handeln zu können.

Ich bin in zwei Ländern zu Hause, in Nigeria und in den USA. Früher habe ich die Augen verdreht, wenn Leute auf die Frage, wo sie lebten, zwei Orte nannten. Aber jetzt gehöre ich zu diesen Leuten (und manchmal verdrehe ich die Augen über mich selbst). Als ich vor über zwanzig Jahren in die USA kam, um aufs College zu gehen, stellte ich fest, dass ich eine neue Identität hatte. In Nigeria waren Ethnie und Religion für mich bestimmend gewesen – ich war Igbo und Christin –, doch in Amerika wurde ich zu etwas Neuem: Ich wurde schwarz.

Ich übernehme nicht oft Szenen aus meinem Leben in meine Geschichten. Einmal jedoch tat ich es mit einer spezifischen Szene, in der ich zum ersten Mal verstand, was es heißt, schwarz zu sein. Eine Lektorin erklärte mir, dass die Szene völlig unglaubwürdig sei. Ich hätte sie nur geschrieben, um etwas über Hautfarbe aussagen zu können. Sie meinte: So würde es im wahren Leben nie passieren. Und ich hätte gern zu ihr gesagt – aber genau so ist es passiert! Aber ich sagte es nicht. Denn wenn ich Creative Writing unterrichte, erkläre ich dem Kurs: „Ihr könnt eure Geschichten nicht mit dem wahren Leben rechtfertigen.“ Wenn eure Leser eure Geschichten unglaubwürdig finden, dann habt ihr, die Schriftsteller, versagt. Eure Kunst besteht darin, mit Sprache Glaubwürdigkeit zu erschaffen.

Ich sagte das zu meinen Studenten, weil ich es bislang geglaubt habe. Doch ich es stelle es zunehmend in Frage. Denn das, was wir glauben oder nicht glauben, was wir glaubwürdig oder unglaubwürdig finden, bestimmt

sich im Bezugssystem unserer Erfahrungen. Wie viele Dunkelhäutige kannte die Lektorin? Von wie vielen ehrlichen Erfahrungen dunkelhäutiger Menschen hatte sie gehört? Auf welcher Grundlage entschied sie, was sie glaubte und was sie als ungläubwürdig verwarf?

### **Erweitern wir unsere Grenzen**

Es ist Zeit, unsere Grenzen hinauszuschieben, das Bezugssystem zu erweitern, zu begreifen, dass das, was bereits existiert, bisweilen zu eingeschränkt ist, um die gesamte komplexe Vielfalt menschlicher Erfahrungen aufzunehmen. Ich glaube, wir brauchen mehr Geschichten, die offen politisch sind – mehr Geschichten, die der Welt ins Gesicht sehen. Aber ich glaube zugleich, dass wir mehr Geschichten brauchen, die *nicht* offen politisch sind.

Ich unterrichte jedes Jahr einen Creative-Writing-Workshop in Lagos. Und bei der Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bemühe ich mich bewusst, eine Vielfalt von Stimmen aufzunehmen – unterschiedliche Klassen, Regionen, Religionen. Vor zwei Jahren nahm ein junger Mann namens Kelechi an dem Workshop teil. Er stammte aus der Arbeiterklasse, war Journalist und intelligent. Einer der Teilnehmer schrieb eine Geschichte ohne Handlung, eine Feier der Sprache, eine Meditation über das Erwachsenwerden. Ich fand die Geschichte großartig. Kelechi war davon verwirrt. „Aber in der Geschichte passiert nichts. Und wir lernen nichts daraus“, sagte er. Wenn ich jetzt daran zurückdenke, schäme ich mich für meine Antwort. „Es tut mir leid“, sagte ich, „wenn du aus der Geschichte nicht erfährst, wie man ein Haus baut oder einen Job findet.“ Meine Antwort in ihrer schändlichen Arroganz war geprägt von einer modischen Idee der Leute, die Literatur unterrichten und promoten – nämlich, dass es Banausentum in seiner reinsten Form ist, die Nützlichkeit von Literatur in Frage zu stellen.

Als ich später über Kelechis Frage nachdachte, wurde mir klar, dass er an jenem Tage eine viele weitreichendere und wichtigere Frage gestellt hatte: Ist Literatur wichtig? Ist Literatur nützlich? Wir können weiter über Literatur als einen Kult sprechen, der nicht in Frage gestellt werden darf, oder wir können die Kanten unserer Definition abschleifen. Was heißt es, nützlich zu sein? Endet Nützlichkeit im Konkreten?

Wir Menschen sind keine rein logischen Wesen. Wir sind ebenso emotionale wie physische Wesen. Nützlichkeit sollte sich auf alle Aspekte beziehen, die uns zu Menschen machen. Ich wünschte, ich hätte damals zu Kelechi gesagt, was ich jetzt denke – dass unsere Definition von nützlich zu eng ist.

Literatur lehrt uns etwas. Literatur ist wichtig. Ich lese, um getröstet zu werden, ich lese, um gerührt zu werden, ich lese, um an Anmut, Schönheit und Liebe erinnert zu werden, aber auch an Schmerz und Elend. Und alle diese Dinge sind wichtig. All das sind nützliche Lektionen.

# Ordnungsmacht Europa: Für eine wertebasierte Realpolitik

Von Jürgen Trittin

Was gegenwärtig auf der politischen Weltbühne passiert, ist mit normalen Begriffen kaum mehr zu fassen: Noch vor Kurzem schien die verbale Eskalation zwischen Donald Trump und Kim Jong-un – zwischen „little rocket man“ und dem mit dem „größeren“ Atomknopf – auf eine militärische Entladung zuzulaufen. Jetzt aber schreiben sie sich amouröse Briefe und Trump hat sich „verliebt“.<sup>1</sup> Dagegen steht laut UNO-Generalsekretär António Guterres die Welt erstmals seit dem Ende des Kalten Krieges vor einer unmittelbaren nuklearen Bedrohung. Und auch führende Atomforscher sehen die Atomkriegsuhr auf zwei vor zwölf. Die Sorge der Experten und die Furcht der Menschen haben – leider – einen realen Kern. Wie die Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri zeigen, modernisieren alle Atom-mächte – die offiziellen wie die inoffiziellen – ihre nuklearen Potentiale.<sup>2</sup> Zwar sank die Zahl der Atomsprengköpfe von 14 935 im Jahr 2017 auf 14 465 in diesem Jahr, doch es werden Milliarden in ihre Modernisierung und damit ihre Schlagkraft investiert. Allein in den USA sind es 400 Mrd. US-Dollar im Zeitraum zwischen 2017 und 2026. In der Spannung um die koreanische Halbinsel spiegelt sich ein weiteres Risiko. Anders als im Kalten Krieg geht es heute nicht mehr um zwei Akteure in zwei Blöcken. Und anders als im Kalten Krieg kann man nicht von der Berechenbarkeit der Akteure ausgehen. Dies gilt vor allem für den US-Präsidenten – dagegen war es fast beruhigend zu sehen, wie rational China in diesem Konflikt agierte.

Am Ende des Kalten Krieges wurde das Zeitalter des Unilateralismus von den einen ausgerufen – und von den anderen befürchtet. Die Ironie der Geschichte: Der soeben ausgerufene Unilateralismus endete, bevor er so richtig begann. Sichtbar wurde dies im US-Krieg gegen den Irak. Die USA – viel gescholten als selbst ernannter Sheriff der Welt – erfuhren eine Überdehnung ihrer Macht. Heute gibt es keinen globalen Sheriff mehr; regionale Warlords aber sehr wohl. Neue Akteure bestimmen das Weltgeschehen mit. Ohne sie – oder gar gegen sie – ist heute kaum ein globales Problem zu lösen (von der Finanzkrise bis zum Krieg in Syrien). Und anders als Anfang

\* Der Beitrag basiert auf dem Vortrag, den der Autor am 20. September auf der 4. Fachtagung zur Friedenspolitik des DGB in Düsseldorf gehalten hat.

1 Vgl. „Kim und ich sind verliebt“, [www.faz.net](http://www.faz.net), 30.9.2018.

2 Vgl. Zu diesen und den folgenden Zahlen: Sipri, Yearbook 2018, [www.sipri.org](http://www.sipri.org).

der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts geglaubt, wurde nicht der demokratische Kapitalismus zur allein vorherrschenden Gesellschaftsform wie in Europa, in Nordamerika, Brasilien, Indien und Ozeanien. Im Gegenteil: Mit ihm konkurrieren alte und neue autokratische, autoritäre Systeme – mal mehr (Xi Jinping) mal weniger erfolgreich (Recep Tayyip Erdoğan, Wladimir Putin). Wir erleben, dass die Demokratie nicht sicher ist vor einem Rückfall in die Autokratie. Mitten in Europa zeigt sich dies etwa in Ungarn. Damit leben wir heute in einer multipolaren Unordnung. In ihr bedarf es einer neuen, wertebasierten Realpolitik.

### Das Verschwinden des Westens

In der Außenpolitik geht es um Interessen. Wertebasierte Realpolitik in einer multipolaren Unordnung wird aber dadurch erschwert, dass traditionelle Verbündete offenkundig ausfallen. Das transatlantische Verhältnis ist zerrüttet. Der US-Präsident trampelt alles nieder, was in den letzten Jahrzehnten zwischen Europa und den USA mühevoll aufgebaut wurde. Erst kürzlich konstatierte Trump in einem Interview: „Europa ist genauso schlimm wie China.“<sup>3</sup> Macron gegenüber sprach er gar von „schlimmer als China“.<sup>4</sup>

70 Jahre lang beruhte die transatlantische Gemeinsamkeit auf den drei I: gemeinsame Ideale, gemeinsame Interessen, gemeinsame Institutionen. Allerdings war das Verhältnis zwischen den USA und Europa nie ungetrübt. Mit den Idealen war das schon häufiger so eine Sache – denken wir nur an den Vietnamkrieg, an die von den USA organisierten Putschs im Iran 1953 und in Chile 1973. Die Unterstützung des irakischen Giftgaskrieges gegen den Iran ab 1980 und der Regime Change in Libyen 2011 beschädigten die Glaubwürdigkeit Europas. Der gemeinsame Nenner dieser Ereignisse war vor allem die Erosion der Ideale. Weshalb der Rest der Welt den Kopf schüttelt, wenn „der Westen“ nun ausreiten soll, um die „liberale Ordnung“ zu retten.<sup>5</sup>

Allerdings war schon mit dem US-Krieg gegen den Irak der Konflikt zwischen den USA und Europa offenkundig geworden. Speziell der Abu-Ghraib-Folterskandal wird als Beleg für den „verlogenen Westen“ in die Geschichte eingehen. Parallel dazu vollzog sich eine Entfremdung in den Institutionen. Schon lange bevor Donald Trump aus dem Pariser Klimaabkommen ausstieg und die Nato als „obsolet“ bezeichnete, blockierten die USA eine gerechtere Verteilung der Stimmrechte bei Weltbank und IWF – also jener Institutionen, die sie einst selbst mitbegründet hatten. Die Europäer beteiligten sich dagegen zusammen mit China an neuen Institutionen wie der Asiatischen Investment Infrastruktur Bank (AIIB).

Indem die USA ihre einstige *soft power*, internationale Regeln und Abkommen, radikal vernachlässigten und allein zäh ihre Macht in den globalen

3 Vgl. Caroline Houck, Trump calls Europe „as bad as China“ on trade, [www.vox.com](http://www.vox.com), 1.7.2018.

4 Vgl. Matt Korade und Elise Labott, Trump told Macron EU worse than China on trade, [www.cnn.com](http://www.cnn.com), 11.7.2018.

5 Vgl. Sigmar Gabriel, Wolfgang Ischinger und Christoph von Marschall, Wir müssen die liberale Ordnung schützen, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 8.9.2018.

Institutionen verteidigten, schwächten sie diese massiv. Unter Trump gehen die USA nun vollends mit der Abrissbirne gegen sie vor: Der G7-Gipfel ist geplatzt, die Nato wird mehr und mehr zu einem Schlachtfeld im globalen Wirtschaftskrieg und die für Handel zuständige WTO ist blockiert.

Im vergangenen, dem „amerikanischen Jahrhundert“ (Henry Luce) schafften es die USA, unter ihrer Schirmherrschaft Nationen um sich herum zu vereinen und so unser heutiges multilaterales Ordnungssystem zu formen. Doch sukzessive haben die USA dazu beigetragen, dieses System ins Wanken zu bringen – was schließlich auch zu Lasten des dritten Is geht, der geteilten Interessen. Mit seiner Politik des „America First“ beschädigt Trump massiv solche Interessen, die Europäer und die USA lange als gemeinsame ansahen: offene Märkte und die Herrschaft des Rechts. Das Ergebnis ist ein mit Zöllen, Steuerdumping und Sanktionen veranstalteter Wirtschaftskrieg zwischen Europa und den USA. Wo es aber keine gemeinsamen Ideale, Interessen, Institutionen mehr gibt, ist das Verhältnis offensichtlich zerrüttet. Kurzum: Der politische Westen, wie wir ihn kannten, existiert nicht mehr. Ohne Zweifel ist das ein herber Rückschlag – für Europa und damit auch für die Bundesrepublik. Die Verhandlungsposition Europas wurde dadurch massiv geschwächt. Doch man muss sich dieser unangenehmen Realität stellen. Das haben offensichtlich noch immer nicht alle begriffen.

### **Aufrüstung ist kein Ausweg**

Angela Merkel hat lange versucht, außenpolitisch unter diesem Konflikt wegzutauchen. Die Bundeskanzlerin wollte Trump aussitzen und beschwichtigen. Die einseitige Kündigung des Iran-Abkommens und die erlassenen Zölle zeigen aber: Man kann Trump nicht aussitzen. Seine Präsidentschaft ist wie jede andere in Demokratien vorübergehend – aber niemand kann sagen, wie lange sie noch anhält. Viele Beobachter gehen jedenfalls davon aus, dass er – Midterm Elections hin oder her – Chancen hat, ein zweites Mal gewählt zu werden. Eines jedenfalls steht heute bereits fest: Trumps Politik stellt einen Bruch dar. Trump ist die maximale Disruption.

Nachhaltig gescheitert ist außerdem der Versuch der Bundeskanzlerin, Trump durch Aufrüstung zu beschwichtigen. Die Idee, aus der allgemeinen Absichtsbekundung vom Nato-Gipfel in Wales 2014, die Rüstungsausgaben bis 2025 auf zwei Prozent des Bruttonutzenprodukts zu erhöhen, eine bindende Verpflichtung zu machen, hat nicht Donald Trump erfunden. Aber sie wurde in Wales auch nicht beschlossen. Dass dort Unverbindlichkeit in Worte gegossen wurde, war schließlich vollste Absicht. Dass sich die US-Interpretation am Ende durchsetzen konnte, hat dagegen viel mit Donald Trump und Angela Merkel zu tun.

Trump sieht gesteigerte Rüstungsausgaben als ein Mittel in seinem Wirtschaftskrieg gegen Europa. Es bindet Ressourcen, zwingt zum Einkauf von Rüstungsgütern in den USA und mindert deren Leistungsbilanzdefizit. Merkel meinte, dies in Kauf nehmen zu können, wenn es nicht zu den ange-

drohten Zöllen gegen Europa käme. Aber das Ergebnis ist desaströs: Die Rüstungsausgaben sollen steigen, Zollschranken wurden errichtet und die Konfrontation mit Russland hat sich verschärft. Mit seinem völkerrechtswidrigen Vorgehen auf der Krim und in der Ukraine lieferte Putin hierzu zwar den Anlass. An beidem wird aber die neue Aufrüstung und Abschreckung der Nato nichts ändern. Im Gegenteil: Der Konflikt zwischen Ost und West wird weiter verschärft. Neben vertrauensbildenden Maßnahmen zur Rückversicherung innerhalb der Nato brauchen wir in Europa daher weitere Anstrengungen zur Rüstungskontrolle. Solange jedoch Russland sein Militär modernisiert und solange die Nato die Raketenabwehr in Osteuropa gegen Russland richtet, werden immer neue Hürden für Abrüstungsinitiativen, etwa im Rahmen der OSZE, aufgebaut.

### **Abrüstung als Säule der europäischen Friedensordnung**

Damit untergräbt die neue Blockkonfrontation eine zentrale Säule der europäischen Friedensordnung, die Abrüstung. Sie ist neben der Eröffnung der KSZE, die heute mit der OSZE institutionalisiert ist, einer der Pfeiler für Frieden und Sicherheit in Europa. Bis Ende der 1970er Jahre wurden das Verbot von Nuklearwaffenversuchen, der Atomwaffensperrvertrag, der SALT-I-Vertrag, das Abkommen über die Vorbeugung von Atomkriegen, und der SALT-II-Vertrag verabschiedet. Das alles waren, trotz ihrer jeweiligen Vor- und Nachteile, Meilensteine der Friedenspolitik, denen später weitere folgten: der INF-Vertrag, der unter Reagan in Kraft trat, Start I und II unter Reagan und Bush und schließlich New START unter Barack Obama.

Geht es nach Donald Trump und Angela Merkel, erleben wir das Ende dieser Abrüstungsperiode, soll Deutschland seinen Militärhaushalt verdoppeln. Dabei geben die europäischen Nato-Mitglieder alleine, ohne die USA, schon jetzt dreimal so viel für Rüstung aus wie Russland – die Nato insgesamt sogar mehr als vierzehnmal so viel. Zu fragen wäre daher: Wo ist die beschworene Fähigkeitslücke? Würde Deutschland tatsächlich zwei Prozent seines Bruttoinlandsproduktes in die Verteidigung stecken, dann gäben wir alleine mehr für Rüstung aus als die Atommacht Russland, nämlich 70 Mrd. Euro. (Russland wendete laut dem Friedensforschungsinstitut Sipri 2017 66 Mrd. Euro für Rüstung auf.) Das ist weit mehr, als Großbritannien und Frankreich für Rüstung aufwenden, inklusive ihrer Nukleardispositive, liegt London doch bei „nur“ rund 35 Mrd. und Paris bei rund 50 Mrd. Euro.

Es wäre somit absurd und zugleich gefährlich, sollte Deutschland seine Militärausgaben an das 2-Prozent-Ziel anpassen. Dennoch soll der deutsche Verteidigungsetat allein 2019 um vier Mrd. Euro anwachsen – obwohl die Verteidigungsministerin es schon während der letzten Jahre nicht geschafft hat, bei der Beschaffungsmisere in ihrem Hause durchzugreifen und ihren Etat voll auszuschöpfen. Dennoch gibt es nun mehr Geld für Waffen und schweres Gerät – Politik aber kommt dabei viel zu kurz. Im Vergleich dazu sollen nämlich das Auswärtige Amt und das Entwicklungsministerium,

die beiden Ministerien also, die über Instrumente für die zivile Konfliktprävention und -bearbeitung verfügen, deutlich weniger Geld zur Verfügung haben. Die Differenz in der Finanzplanung bis 2021 beträgt immerhin 4,5 Mrd. Euro. So hat die Große Koalition für den Personalaufbau im Auswärtigen Amt gar keine Mittel eingeplant. Damit hält die Koalition nicht mal ihr eigenes Versprechen aus dem Koalitionsvertrag ein, die Ausgaben für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, die sogenannte ODA-Quote, und für Militär eins zu eins, also im gleichen Verhältnis, zu steigern. In einer Zeit neuer globaler Zerwürfnisse, in der Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit mehr denn je gebraucht werden, ist das ein fatales Zeichen.

### **MAD oder der Wahnsinn der Abschreckung**

Statt immer neuer Kriegsgeräte braucht es heute weit mehr Anstrengungen für den Frieden. Die Bundesregierung will aber bis 2021 die Mittel für die Bundeswehr um mehr als ein Drittel im Vergleich zu 2013 steigern. Zwar sind das nicht die von Trump und Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg so sehnlichst erwünschten zwei Prozent, aber doch immer noch 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Damit beteiligt sich Deutschland an einem neuen globalen Wettrüsten und der Renaissance der Abschreckung. Die Zahlen von Sipri liefern dafür den traurigen Beweis: 2017 stiegen die weltweiten Militärausgaben auf insgesamt 1,74 Billionen Dollar (rund 1,43 Billionen Euro). Verglichen mit dem Jahr zuvor war das ein Anstieg um 1,1 Prozent. Die kontinuierliche Aufrüstung „untergräbt die Suche nach friedlichen Lösungen für Konflikte auf der ganzen Welt“, so die Forscherinnen und Forscher.<sup>6</sup>

Das Prinzip der Abschreckung – konventionell und nuklear – erlebt derzeit ein trauriges Revival. Die Welt steht vor einem neuen, nuklearen Wettrüsten. Es geht um das „Gleichgewicht des Schreckens“, so der Nato-Generalsekretär als bekennender Fan der alten Logik des Kalten Krieges. Er ist der Ansicht, Abschreckung sei „der beste Weg, um einen Konflikt zu vermeiden“. Auf Englisch spricht man auch von „Mutually Assured Destruction“, also der wechselseitig zugesicherten Zerstörung. Ist diese erreicht, bedeutet der volle Einsatz von Nuklearwaffen die komplette Auslöschung von Angreifer und Verteidiger. Die Abkürzung MAD ist so pervers zutreffend.

Wie verrückt das ist, lässt sich im Nahen und Mittleren Osten beobachten. Nach der Aufkündigung des Iran-Deals durch Donald Trump droht hier ein nukleares Wettrüsten – mitten in einem Pulverfass. Denn wenn der Iran nach der Bombe strebt, will Saudi-Arabien auch eine Bombe, die es wohl sogar vor dem Iran haben würde. Damit besteht die Gefahr einer Kettenreaktion, denn sollte Saudi-Arabien über Atomwaffen verfügen, wird wiederum Katar nachziehen wollen – und so weiter und so fort. Das zeigt, wie gefährlich die Ideologie der Abschreckung ist und wie sehr eine auf ein vermeintliches „Gleichgewicht des Schreckens“ setzende Politik mittlerweile aus der Zeit gefallen ist.

6 Sipri, Yearbook 2018, [www.sipri.org](http://www.sipri.org).

## Staatszerfall und neue Kriege

Die aktuellen Bedrohungen für Europas Sicherheit führen uns vor Augen, nicht nur mit einem verengten Fokus auf Russland, dass sich die Konflikte und Krisen der Gegenwart, verglichen mit jenen des vergangenen Jahrhunderts, radikal verändert haben. Heute haben wir es mit sogenannten neuen Kriegen zu tun, bei denen sich nicht mehr die Armeen von Großmächten auf den Schlachtfeldern gegenüberstehen, sondern militärisch eigentlich übermächtige Gegner weit unterlegenen Gruppen.

Solche neuen, asymmetrischen Kriege erleben wir in Libyen und Syrien, in Mali und auch in der Ukraine. Diese neuen Kriege sind privatisiert, es kämpfen nicht nur nationale Streitkräfte in Uniform, sondern Milizen, Warlords, Söldner, Terroristen – aber auch Special Forces und „grüne Männchen“. Diese Akteure halten sich an keine Regeln, auch nicht an Mindeststandards des Kriegsvölkerrechts. Statt große Entscheidungsschlachten auszufechten, bekämpfen sich Rebellen und Militärs in Guerillakriegen. Beide Seiten schrecken auch nicht vor terroristischen Mitteln wie Bombenanschlägen zurück. Zugleich sind die neuen Kriege aber auch entgrenzt. Das bedeutet, das Schlachtfeld kann überall sein. So haben die USA unter Berufung auf die schrecklichen Anschläge von 9/11 völkerrechtswidrige Drohnenangriffe nicht nur in Afghanistan oder Pakistan durchgeführt, sondern ebenso in Somalia und im Jemen. Darunter leidet vor allem die Zivilbevölkerung, da die Grenze zwischen Krieg und Frieden, zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten aufgehoben wird.

Auch die Trennung zwischen innen und außen wird in den neuen Kriegen verwischt. Selbst wenn einzelne terroristische Attacken in Deutschland auch von Zugewanderten verübt wurden: Die Attentäter von Paris wuchsen in den dortigen Vororten auf – und auch die nur knapp vor einem Anschlag festgenommene Sauerlandgruppe wurde nach ihrer Herkunft benannt. Allein aus Deutschland sind über 100 Menschen zu Daesh, dem sogenannten Islamischen Staat, in Syrien und dem Irak gezogen. Gegen diese neuen, auch ideologischen Herausforderungen ist Abschreckung vollends wirkungslos. Gegen Selbstmordattentäter hilft keine Todesstrafe.

Genauso wenig lässt sich dem Staatszerfall in der europäischen Nachbarschaft mit Abschreckung beikommen. Deshalb müssen wir endlich aufhören, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts mit Mitteln des 20. Jahrhunderts zu bekämpfen. Gegen die neuen Entwicklungen ist Abschreckung wirkungslos. Und neue Kriege lassen sich nicht mit militärischer Übermacht gewinnen. Dass Aufrüstung nur die Asymmetrie verstärkt, müssen Europa, die USA und Russland gerade in Syrien lernen: Neue Kriege enden – wenn überhaupt – in einer Verhandlungslösung, ansonsten wird – wie in Syrien – der Konflikt als Bürgerkrieg immer weitergeführt, ad infinitum.

„No victors – no vanquished“, keine Sieger, keine Besiegten, nannte der ehemalige US-Präsident Barack Obama die anzustrebende gesichtswahrende Lösung für alle Parteien. Dazu bedarf es allerdings starker internationaler Institutionen mit der Fähigkeit, Entwicklung, Governance und Sicher-

heit zusammenzubringen. Doch diese Erkenntnis scheint bei nur wenigen zu fruchten. Lieber rüsten sie konventionell und nuklear weiter auf, als gäbe es kein Morgen. Wir sollten uns stattdessen auf unsere wirklichen Herausforderungen konzentrieren. Die eigentlichen Treiber von Staatszerfall und neuen Kriegen sind Klimakrise, Ungleichheit, Korruption und Aufrüstung. Um diesen wirksam zu begegnen, müsste viel Geld in die Bekämpfung der Armut und der Folgen der Klimakrise, aber auch in die in weiten Teilen der Welt marode Infrastruktur investiert werden. Wir sollten endlich den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen, so wie es schon 64 Staaten getan haben, und damit die Vereinten Nationen stärken. Und schließlich sollten wir keine Waffen mehr an die Saudis und die Golfstaaten liefern – für ihren mörderischen Krieg gegen den Jemen.

### Der Pol Europa in einer multipolaren Welt

Doch für all das braucht es ein handlungsfähiges Europa. In einer multipolaren Welt kommt es auf das internationale Gewicht an. Fest steht: Die gegenwärtige multipolare Unordnung ist kein stabiler Zustand. Sie kann auch in einem neuen globalen Duo-Pol enden, gebildet von der aufsteigenden Supermacht China und der absteigenden Supermacht USA. Europa ist derzeit noch ein, wenn auch kleiner, Pol, Deutschland hingegen ist es nicht. Der größte Binnenmarkt der Welt aber und seine halbe Milliarde Bürger, sind nicht einfach zu ignorieren. In der multipolaren Welt kann deutsche Außenpolitik daher nur europäisch wirken, wenn sie denn wirksam sein will – und nicht den Status der Schweiz haben soll, wie es Peter Gauweiler und Oskar Lafontaine in trautem Einklang vorschlagen.<sup>7</sup>

Um jedoch tatsächlich „weltpolitikfähig“ (Jean-Claude Juncker) zu werden, muss die Europäische Union ihre zivilen und zivil-militärischen Fähigkeiten ausbauen. Ein Schritt dahin wäre: weg vom EU-Einstimmigkeitsprinzip hin zu Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik. Die Europäische Union muss dazu aber ihre internen Krisen überwinden. Diese Krisen sind politischer und ökonomischer Natur, sie liegen aber auch in der sozialen Spaltung. Jede dieser Krisen würde sich verschärfen, würde versucht, sie allein auf nationaler Ebene zu lösen. Deshalb verläuft die tatsächliche Konfliktlinie heute zwischen national und europäisch.

Und es sind beileibe nicht nur die Faschisten und Rechtspopulisten, die national denken und handeln. Die „Überwindung“ der Finanzkrise von 2008 in Europa war nichts anderes als die Nationalisierung der Folgen einer globalen Krise. Es war eben das Gegenteil einer europäischen Lösung und die damit durchgesetzte Austerität hat dem offenen Nationalismus Auftrieb verschafft. Wenn wir die Nord-Süd-Spaltung in Europa wie auch die anderen Spaltungen überwinden wollen, dann muss die fatale, maßgeblich von Deutschland betriebene Austeritätspolitik in der EU beendet werden. Wei-

<sup>7</sup> Peter Gauweiler, Die Kreuzritter der Moderne, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), 25.8.2018; Oskar Lafontaine, Die letzte Unvernunft, in: FAZ, 1.10.2018.

terhin muss Europa sicherstellen, dass seine Soft Power auch wirklich Power hat. Dies geht nur gemeinsam – nicht mit deutschen Sonderwegen beim Handel und auch nicht mit 27 unterschiedlichen China-Politiken. Hierfür bringt Europa gute Voraussetzungen mit.

In der neuen multipolaren Welt folgt die Politik stärker der Ökonomie. Trump zieht jetzt seine Konsequenz aus der politischen Überdehnung der Vereinigten Staaten: Die Folge ist ein aggressiver Wirtschaftsnationalismus, gepaart mit unilateraler Außenpolitik. Mit den US-Schutzzöllen hat er einen Handelskrieg vor allem gegen den globalen Hauptkonkurrenten China eingeleitet. Dagegen nutzt China Handel und Investitionen für seine geostrategische Ausdehnung und gibt sich, trotz hochgradigem Nationalegoismus, gleichzeitig einen multilateralen Anstrich als neuer Hüter der internationalen Verträge und Institutionen – was für eine verkehrte Welt.

### **Neue Ordnung, neue Allianzen – und ein globaler Rahmen**

Um die internationale Herrschaft des Rechts wirkungsvoll zu sichern, muss die multilaterale Ordnung gestärkt werden. Den Rahmen für diese Ordnung können nur die Vereinten Nationen sowie multilaterale Organisationen wie etwa die WTO bieten. Der Weg dahin kann und muss über neue Allianzen mit sehr unterschiedlichen Kräften gehen. Neue Allianzen beruhen auf gemeinsamen Interessen. Wenn es keine strategischen Verbündeten mehr gibt, macht es keinen Sinn, auf die Rezepte aus der Bipolarität zurückzugreifen. Weder Kalter Krieg noch Neo-Entspannungspolitik gegenüber Russland helfen. Die neue globale Ordnung wird sich über fallweise Interessenskoalitionen herstellen.

Sichtbarster Ausdruck für die neue multipolare Welt ist der Aufstieg Chinas. Das Land drängt mit Macht auf die Weltbühne. Seit 2010 hat China seine Investitionen in Europa um 1500 Prozent gesteigert und in der neuen Seidenstraße werden 800 Mrd. Euro investiert.<sup>8</sup> Doch auch Indien und Brasilien entwickeln regionale bis globale Ambitionen. Angesichts dieser neuen globalen Unübersichtlichkeit entwickeln sich neue Optionen: mit China und Russland gegen die USA zur Rettung des Atomabkommens mit dem Iran, mit den USA gegen den diskriminierenden Marktzugang in China, mit den ASEAN-Staaten gegen eine regionale Dominanz Chinas in Südostasien, und mit China gegen die US-Schutzzölle.

Diese fallweisen Koalitionen brauchen jedoch einen unverrückbaren Fixstern: Das sind das Völkerrecht und die bestehenden internationalen Verträge. Vielleicht müssen wir eine Zeit lang ohne die WTO auskommen, weil Trump sich von ihr lossagt. Vielleicht werden wir zwischenzeitlich wieder vermehrt auf bilaterale Handelsabkommen setzen müssen – jedoch nur, um diese später in eine neue WTO zurückzuführen. Denn langfristig gesehen gibt es keine Alternative zu multilateralen Institutionen.

8 Vgl. Axel Dorloff, Das Megaprojekt neue Seidenstraße, in: „Deutschlandfunk“, 25.08.2018.

Multilaterale Institutionen wie der Sicherheitsrat, die Generalversammlung, die Welthandelsorganisation müssen gestärkt und dürfen nicht durch Umgehung geschwächt werden. Dann aber darf man sie nicht fallweise, angeblich bloß ausnahmsweise, umgehen. Konkret: Länder, die sich an einem Militärschlag im Rahmen einer Koalition der Willigen ohne UN-Mandat an einem Vergeltungsschlag gegen ein Land beteiligen, verletzen das Völkerrecht. Und in Deutschland verstößt man dabei – etwa im Falle der Beteiligung am Syrienkrieg – zudem gegen das Grundgesetz und das Völkerstrafgesetz. Man kann nicht in Sonntagsreden die Stärke des Rechts gegen das Recht des Stärkeren hochhalten – und sich dann selbst nicht ans Recht halten.

Auch wenn es unbequem ist: Die Stärke des internationalen Rechts beruht auf starken multilateralen Institutionen. Nur so kann die neue multipolare Unordnung ein Stück weit geordnet werden. Alles andere hieße, eine umfassend gewordene Globalisierung nicht gestalten, sondern sich vor ihr verstecken zu wollen. Dann aber verkriechen sich alle, dem Beispiel Donald Trumps folgend, hoch egoistisch in ihren nationalen Ecken.

Nationalismus aber, das hat uns die Geschichte bitter gelehrt, ist keine Lösung, sondern nur der sichere Weg zur Spaltung – und führt in letzter Konsequenz zu Krieg. Die neue multipolare Welt zwingt dagegen zur Ehrlichkeit. In Zeiten der Bipolarität, des unilateralen Anspruchs konnte das Verfolgen knallharter Interessen noch erfolgreich ideologisch kostümiert werden. Heute ist eine nüchterne Abwägung der Interessen gefragt – multilateral und auf der Basis der Menschenrechte und des Völkerrechts. So geht wertebasierte Realpolitik.

Die Dokumente zum Zeitgeschehen: online,  
kostenfrei und zeitnah aktualisiert – auf  
unserer Blätter-Website



NEW YORK



BERLIN



KAPSTADT



PEKING

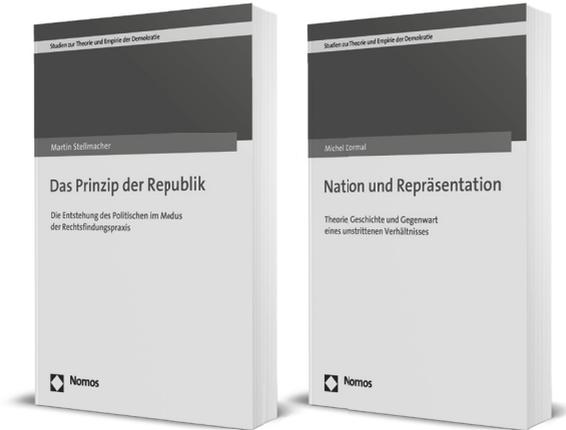


SYDNEY

**Weitere Informationen finden Sie in dieser Ausgabe auf Seite 124.**

Aus der Reihe:

# Studien zur Theorie und Empirie der Demokratie



## Das Prinzip der Republik

Die Entstehung des Politischen im  
Modus der Rechtsfindungspraxis

Von Dr. Martin Stellmacher

2018, Band 2, 322 S., brosch., 69,- €

ISBN 978-3-8487-5233-1

eISBN 978-3-8452-9413-1

[nomos-shop.de/39623](http://nomos-shop.de/39623)

Gegenüber liberalen Ansätzen, die Gemeinsinn als prekäre Ressource verstehen, enthält die Republik ein Prinzip, das diesen hervorbringt. Tocquevilles Entdeckung einer Quelle des Politischen im Rahmen einer modernen Rechtsfindungspraxis bestätigt eine von Aristoteles und Cicero gesehene Möglichkeit.

## Nation und Repräsentation

Theorie, Geschichte und Gegenwart  
eines umstrittenen Verhältnisses

Von Dr. Michel Dormal

2017, Band 1, 298 S., geb., 59,- €

ISBN 978-3-8487-4036-9

eISBN 978-3-8452-8336-4

[nomos-shop.de/29423](http://nomos-shop.de/29423)

Michel Dormal wirft einen neuen Blick auf das Verhältnis von Nation und Demokratie. Statt von Einheit und Identität geht er vom Konflikt aus: Die Repräsentation des Konflikts auf der politischen Bühne erzeugt die Vorstellung eines gemeinsamen Schicksals. Globales Regieren ist dazu nicht in der Lage.



Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar unter:  
[www.nomos-elibrary.de](http://www.nomos-elibrary.de)

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter (+49)7221/2104-37.  
Portofreie Buch-Bestellungen unter [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



**Nomos**

# Syrien als Beute: Der Wiederaufbau einer Diktatur

Von Kristin Helberg

Der Krieg in Syrien scheint sich seinem Ende zu nähern. Präsident Baschar al-Assad hat gesiegt, jetzt müssen nur noch die vielen syrischen Geflüchteten nach Hause gehen und alles wäre – aus europäischer Sicht – in bester Ordnung. Doch leider ist es nicht so einfach.

Der Syrienkrieg ist zwar militärisch entschieden. Assad hat ihn mit russischer und iranischer Unterstützung gewonnen und kontrolliert weite Teil des Staatsgebiets. Aber ist der Konflikt damit wirklich vorbei? Sind Gebiete sicher, nur weil dort keine Bomben mehr fallen? Können die Syrerinnen und Syrer überhaupt Frieden finden, solange die Ursachen des Aufstands weiterbestehen? Und sollte sich Europa vor diesem Hintergrund an einem Wiederaufbau des Landes beteiligen? Tatsache ist: Syriens Machthaber Assad hat geschafft, was bislang keinem arabischen Despoten gelang. Trotz Hunderttausender Toter und 13 Millionen Vertriebener kann er weiterherrschen wie bisher – mit staatlicher Willkür, geheimdienstlicher Überwachung und der systematischen Massenvernichtung von Zivilisten in den Gefängnissen des Regimes. Assad hat gewonnen – und zugleich verloren. Denn „Assads Syrien“ gibt es nicht mehr, das Land befindet sich nicht länger im Privatbesitz eines Clans. Syrien gehört jetzt jenen, die Assad zum Sieg verholfen haben und die er deshalb belohnen und beteiligen muss. Der syrische Präsident bleibt formal an der Macht, ist aber ein Gefangener seiner Verbündeten. Diese betrachten Syrien als Beute, deren Aufteilung ihnen Einfluss und Geld sichert.

Vier Akteure haben Assads Sturz über all die Jahre verhindert: zwei ausländische – Russland und der Iran – und zwei inländische – syrische Milizenführer und regimenahe Geschäftsleute. Wer wissen will, wie es in Syrien unter Assad weitergeht, muss deshalb fragen, was diese vier für ihre Treue einfordern. Moskau will Syrien als autoritären Zentralstaat aus der Ferne steuern, seine zwei Militärbasen für den Mittelmeerraum nutzen und die syrische Erdöl- und Erdgasförderung kontrollieren. Teheran will das Land zum zuverlässigen schiitischen Brückenkopf ausbauen und seinen Einfluss auf allen Ebenen – militärisch, politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich – verstetigen. Diese massive Einmischung aus dem Ausland sorgt für Unmut, auch unter Assads Gefolgsleuten. Vor allem langjährige Regimevertreter

\* Der Beitrag basiert auf dem neuen Buch der Autorin „Der Syrien-Krieg. Lösung eines Weltkonflikts“, das soeben im Herder Verlag erschienen ist.

und Vertraute des Präsidenten sind es leid, sich iranischen Interessen und russischen Anweisungen unterzuordnen.

Im Alltag noch spürbarer und für alle sichtbarer ist allerdings der Einfluss der beiden syrischen Akteure. Lokale Kriegsherren, deren Milizen für Assad die oppositionellen Gebiete am Boden zurückerobert haben, wollen finanziell und personell von der Nachkriegsordnung profitieren. Sie sind in den vergangenen Jahren reich und mächtig geworden – mit dem Schmuggel von Waffen, Öl und Hilfsgütern, mit Schutzgelderpressung und Entführungen, Geldwäsche, Plünderungen und dem Abkassieren von Syrern an Checkpoints – und fürchten nun, mit dem Kriegsende könnte ihr sozialer Abstieg beginnen. Viele waren schon vor dem Konflikt in illegale Geschäfte und kriminelle Machenschaften verwickelt, als Kriegsgewinnler haben sie naturgemäß kein Interesse an Stabilität und Frieden.

Das Regime muss sie in den Griff kriegen, damit vor Ort Ruhe einkehrt, denn in vielen Regionen und Städten regt sich Widerstand und Protest gegen das Gebaren dieser Gangster – auch in Assads Kernland an der Küste. Das Regime wird die einflussreichsten Milizenführer deshalb in die eigenen Machtstrukturen integrieren und potentielle lokale Spielverderber (*spoiler*) mit Geld und Posten kaufen. Syrische Unternehmer, die Assad die Treue gehalten und ebenfalls am Krieg verdient haben, bilden eine teils neue, teils aus langjährigen Partnern des Assad-Makhlouf-Clans bestehende Gruppe von Geschäftskumpanen (*cronies*). Sie wissen, dass Verwaltung, Justiz, Finanzsektor und öffentliche Ausschreibungsverfahren von Assads Gewährsleuten vereinnahmt sind, und haben sich entsprechend in Stellung gebracht. Denn zum Zuge kommt nur, wer sich die Gunst des Regimes mit besonders loyalen Verhalten verdient hat. Diese Geschäftsleute wollen nun ihre Dividende kassieren. Sie spekulieren auf den Wiederaufbau und wollen den Großteil der ausländischen Finanzhilfe einstreichen, sobald diese fließt. Eifersüchtig wachen sie darüber, dass keine „abtrünnigen“ Industriellen zurückkehren und ihnen Konkurrenz machen.

Die vier Akteure, die Assads Position sichern, benutzen Syrien also lediglich zur persönlichen Bereicherung und Machterweiterung. Keiner von ihnen interessiert sich für das öffentliche Wohl, die wirtschaftliche Wiederherstellung des Landes oder soziale Wiedergutmachung. Was auf den ersten Blick wie Stabilität aussieht – weil keine Bomben mehr fallen und Händler ihre Läden wiedereröffnen –, ist in Wirklichkeit Grabesruhe. Die Menschen sind zwar sicher vor Luftangriffen, nicht aber vor Milizionären und Geheimdiensten, vor Verhaftung und Folter, Vertreibung und Enteignung. Syrien unter Assad bleibt eine zentralistische totalitäre Diktatur. Die Ursachen des Aufstands wie Ungerechtigkeit, Unterdrückung, Korruption, staatliche Willkür und Nepotismus bestehen fort. Manches hat sich durch die Kriegsökonomie und den Einfluss des Auslands sogar noch verschärft. Assad ist abhängig von Menschen und Mächten, die einen Frieden in Syrien unmöglich machen. Denn das, was die syrische Gesellschaft dafür bräuchte – Stabilität ohne Angst, Aussöhnung, Mitsprache, Gerechtigkeit und Chancengleichheit –, ist mit den Garanten seiner Macht nicht vorstellbar.

Es ist deshalb nur eine Frage der Zeit, bis der Frust sich in der einen oder anderen Form wieder Bahn bricht. Syrische Rebellen, die keine Perspektive im Ausland haben und in den vergangenen Jahren nichts gelernt haben außer kämpfen, werden den Widerstand gegen das Regime im Untergrund weiterführen. Sie werden mehr oder weniger gezielte Anschläge verüben, sich reorganisieren und auf die nächste Gelegenheit zum Aufstand warten. Verbitterte junge Männer, die einen verschwundenen Vater oder einen zu Tode gefolterten Bruder rächen wollen, könnten sich ihnen anschließen und Bomben zünden – je dschihadistischer das ideologische Vehikel, desto größer die Opferzahlen. Auch die Neuaufgabe einer Terrororganisation ähnlich dem „Islamischen Staat“ liegt im Bereich des Möglichen – schließlich ist der Nährboden dafür weiterhin fruchtbar: keine persönliche Zukunft, alltägliche Demütigung, keine politische Teilhabe, gesellschaftliche Diskriminierung, wirtschaftliche Ausbeutung und Chancenlosigkeit.

### Politische Säuberungen

Eine Fortsetzung der Assad-Herrschaft bedeutet auch, dass Millionen Syrer ihre Heimat dauerhaft verlieren und mittelfristig staatenlos werden. Die ins Ausland geflohenen Syrer will Assad gar nicht zurückhaben, es sei denn, sie bringen Geld mit und die Bereitschaft, nach seinen Regeln zu spielen. Die Floskel des Ministers für Versöhnung, wonach „alle Syrer willkommen“ und nach ihrer Rückkehr „sicher“ seien, sollten westliche Journalisten mit der Realität abgleichen und nicht unkritisch übernehmen. Wenn sich der syrische Präsident im Sommer 2017 bei der Eröffnung der internationalen Handelsmesse in Damaskus über eine „homogenere und gesündere Gesellschaft“ freut, dann besteht diese für ihn aus Menschen, die seine Macht nicht in Frage stellen, sondern sich dieser unterwerfen. Vom „Rest“ hat er Syrien weitgehend gesäubert. Dabei handelt es sich nicht um eine ethnische oder religiöse Säuberung, wie gern geschrieben wird, sondern um eine politische: Wer Assads Regime unterstützt, darf bleiben, wer dagegen aufbegehrt, muss gehen und soll auch nicht wiederkommen – egal ob Araber oder Kurde, Sunnit, Alawit oder Christ. Die Kategorisierung der Syrer in „treue Bürger“ und „Terroristen und Verräter“ ist also politisch motiviert, führt jedoch indirekt zu durchaus beabsichtigten demografischen Veränderungen, da unter den Assad-Gegnern anteilig mehr Sunniten sind. Syrien wird also weniger sunnitisch und – nicht zuletzt durch Irans Bemühungen – schiitisch.

Die ins Ausland geflohenen unerwünschten Syrer werden staatenlos, weil sie ihre Dokumente nicht erneuern lassen können und deshalb vielfach ohne gültige syrische Papiere sind. Mehrere Hunderttausend Kinder syrischer Eltern sind in den Nachbarstaaten bereits als Staatenlose auf die Welt gekommen. Ohne Papiere werden sie nicht registriert und strukturell diskriminiert. Sie haben keinen Anspruch auf Gesundheitsversorgung, Bildung und grundlegende Rechte. Eine Generation heimatloser und entrechteter Syrer wächst heran – menschlich eine Katastrophe, für die betroffenen

Länder eine Belastung und aus westlich-beschränkter Antiterrorpolitik eine potentielle Rekrutierungsmasse für extremistische Menschenfänger.

Ein weiteres Mittel, um die Rückkehr unliebsamer Syrer zu verhindern und die Zahl kritischer Bewohner zu beschränken, ist der Wiederaufbau (der 200 bis 400 Mrd. US-Dollar kosten soll). Er dient Assad dazu, Anhänger zu honorieren und Gegner abzustrafen. Treue Geschäftspartner werden mit der Neugestaltung von Wohn- und Geschäftsvierteln reich, ehemalige regimekritische Bewohner faktisch enteignet. Denn sofern Entschädigungen gezahlt werden, sind diese lächerlich gering.

### **Der Wiederaufbau als Herrschaftsinstrument**

Assad hat dafür seit 2012 mehrere Dekrete erlassen, darunter den Beschluss Nr. 10 vom April 2018. Er sieht vor, dass für besonders zerstörte Gebiete Bebauungspläne entwickelt werden und Expertenkommissionen vorab die Eigentumsverhältnisse klären. Häuser, Wohnungen und Grundstücke, deren Besitzer nicht innerhalb einer bestimmten Frist entsprechende Nachweise vorlegen, können versteigert oder der öffentlichen Hand zugeschlagen werden. Meist handelt es sich dabei jedoch um informelle Siedlungen, für die es keine offiziellen Kataster gibt – Arbeiter- und Handwerkerviertel sowie Slums in den Vororten großer Städte wie Damaskus, Aleppo und Homs. Sie sind durch die Landflucht und wirtschaftliche Not der syrischen Unter- und Mittelschicht in den 2000er Jahren schnell und illegal gewachsen, entwickelten sich zu Zentren des Widerstands und wurden deshalb über Jahre bombardiert und zerstört. Ihre vertriebenen Bewohner verfügen meist über keine entsprechenden Dokumente.

Zwar wohnten zwei Drittel der in die Nachbarländer geflohenen Syrer zuvor im eigenen Heim, aber nur 17 Prozent von ihnen haben Eigentumsnachweise bei sich.<sup>1</sup> Vielen drohen im Falle einer Rückkehr Verfolgung oder Verhaftung. Auch in Syrien lebende Verwandte, die man stattdessen schicken kann, zögern aus Angst vor Repressionen, das Eigentum ihrer Angehörigen einzufordern. Die ursprünglichen – regimekritischen – Bewohner verlieren auf diesem Weg nicht nur ihr Eigentum, für das manche Familie Jahrzehnte gearbeitet und gespart hat. Sie verlieren auch jede Hoffnung auf ein würdevolles Leben in ihrer Heimat. Denn wohin sollten sie irgendwann zurückkehren?

Bei der Realisierung erster städtebaulicher Großprojekte zeigt sich, dass ausschließlich regimetreue Geschäftsleute berücksichtigt werden. Öffentliche Vergabeverfahren werden von der herrschenden Elite kontrolliert, Ministerien und Zentralbank fungieren als persönliche Steuerungsinstrumente der erweiterten Präsidentenfamilie. Stadt- und Provinzverwaltungen können private Holdingunternehmen gründen und über diese in öffentliches Eigentum investieren. So privatisiert das Regime staatlichen Besitz – und

<sup>1</sup> Vgl. Norwegian Refugee Council, Reflections on future challenges to Housing, Land and Property restitution for Syrian refugees, Januar 2017, [www.nrc.no](http://www.nrc.no).

auf allen Seiten profitieren Assads Günstlinge. Offiziell eingesetzte Investitionskomitees dienen als Fassade, hinter der – wie im Fall von Homs – ganze Stadtteile an regimenahe Investoren verkauft werden. UN-Organisationen wie das Entwicklungsprogramm (UNDP) und die für Kultur, Wissenschaft und Erziehung zuständige UNESCO folgen dieser Strategie des Regimes bislang kritiklos. Dadurch werden sie zu willfährigen Partnern eines Wiederaufbaus, der Vertriebene übergeht, Regimestrukturen festigt, die demographische Neuordnung des Landes befördert und dadurch langfristig Frieden verhindert.

Tatsächlich ist es dem Regime gelungen, UN-Vertreter in Damaskus, Homs und Aleppo für die eigenen Pläne zu vereinnahmen, obwohl es Studien und Recherchen gibt, die Assads Absichten eindeutig entlarven.<sup>2</sup> Staaten wie die Bundesrepublik – der größte einzelne Geber von UN-Syrienhilfe – müssen sich deshalb fragen, ob sie Milliarden von Euro in blindem Vertrauen an die UN-Organisationen überweisen sollten, ohne Bedingungen für deren Verwendung aufzustellen.

### **Assad braucht Terror und Bedrohung**

Bei vielen, die von dem Konflikt nicht unmittelbar betroffen sind, macht sich Pragmatismus breit: in europäischen Außenministerien, bei westlichen Entwicklungsagenturen, internationalen Nichtregierungsorganisationen und humanitären Hilfsvereinen. Assad bleibt an der Macht, also besser der Realität ins Auge schauen und das Beste daraus machen, so der Tenor. Auch manche Syrer denken so. Wer die Gewalt des Regimes nicht persönlich erlebt, sondern nur von weitem beobachtet hat und über das nötige Geld für einen Neubeginn verfügt, ist mitunter bereit, sich mit Assads Machtverbleib zu arrangieren. Das vorherrschende Gefühl unter Syrern ist deshalb inzwischen Verrat. Alle fühlen sich – zu Recht – verraten. Von ihren Nachbarn, vom Regime, von den Geflüchteten, von der Opposition, von den eigenen Angehörigen, vom Westen und von der ganzen Welt. Nur, wie soll daraus ein gewaltfreies Nebeneinander erwachsen, geschweige denn ein gesellschaftlicher Friede?

Eines steht fest: Assad kann den Krieg gewinnen, aber nicht den Frieden. Denn sobald die Kämpfe vorbei sind und Ruhe einkehrt, muss er liefern. Dafür fehlt ihm das Geld. Außerdem muss er seine Sponsoren bedienen, sonst entziehen sie ihm die Unterstützung. Deshalb wird es für den syrischen Präsidenten im Moment seines größten Sieges erst richtig gefährlich. Wenn die Waffen schweigen, russische Kampfjets nach Hause fliegen, Irans Revolutionsgarden eine Pause einlegen, die Hisbollah ihre Wunden leckt und das Regime als *Perpetuum mobile* scheinbar alles unter Kontrolle hat – wer

2 Vgl. Emma Beals, UN allowing Assad government to take lead in rebuilding Aleppo, [www.foxnews.com](http://www.foxnews.com), 16.11.2017; The Syria Institute and PAX: No Return to Homs. A case study on demographic engineering in Syria, <http://syriainstitute.org>, Februar 2017; Muriel Asseburg und Khaled Yacoub Oweis, Syria's Reconstruction Scramble, SWP Comments 51, Dezember 2017.

braucht dann noch Assad? Sobald Syrien nicht mehr als entfesselter Konflikt erscheint und der IS als besiegt gilt, hat sich Assads Lieblingsrolle als geringeres Übel erledigt. Der syrische Machthaber könnte dann zum lästigen Hindernis auf dem Weg zum Pseudofrieden werden. Assad braucht folglich ein Mindestmaß an Krieg und Terror – ohne einen Dauerzustand latenter Instabilität und Bedrohung kann er nicht überleben. Auch deshalb wird Syrien unter Assad keinen Frieden finden.

Daneben gibt es noch etwas, das der syrische Staat mit diesem Regime nicht finden wird: Unabhängigkeit und Souveränität. Assads Herrschaftssystem ist in einem solchen Ausmaß auf die Unterstützung des Auslands angewiesen, dass manche Syrer darin einen Ausverkauf ihres Landes sehen. Iran und Russland wollen in Syrien Geld verdienen und Abhängigkeiten schaffen. Assad hat dem nichts entgegenzusetzen, weil seine persönliche Macht daran hängt.

Grundsätzlich wird der Krieg in Syrien von den Prioritäten externer Kräfte bestimmt und nicht länger von einer innersyrischen Dynamik. Syrische Akteure – nicht nur das Regime, auch Opposition, Rebellen und Kurden – sind nicht mehr strategisch Handelnde, sondern nur noch Juniorpartner ihrer ausländischen Sponsoren. Sie verfolgen keine eigenen Interessen, sondern diejenigen ihrer Schutzpatrone. Daher könnte das Land in vier Protektorate zerfallen: die Assad-Gebiete im Osten, Süden und im Zentrum unter iranischer und russischer Kontrolle, der Nordwesten unter türkischem Einfluss, die Kurdenregion im Nordosten und ein überwiegend sunnitisches Protektorat im Osten, das von den USA und regionalen Partnern (Saudi-Arabien, anderen Golfstaaten und Jordanien) eingerichtet würde.

Solange in Syrien ein schwaches und abhängiges Regime herrscht, wird das Land ein Spielfeld bleiben, auf dem andere Mächte ihre Rechnungen begleichen. Und die Syrer werden sich als Figuren in diesem großen Spiel fühlen, dessen Regeln sie nicht gemacht haben und das sie deshalb nur verlieren können.

### **Der Preis des Wiederaufbaus**

An eine Rückkehr von Geflüchteten – Europas Hauptinteresse in dem Konflikt – ist unter diesen Bedingungen nicht zu denken. Wer heute freiwillig zurückgeht, hat nicht Hoffnung geschöpft, sondern erträgt schlicht das Leben im Exil nicht mehr – die wirtschaftliche Not (speziell im Libanon, in Jordanien und der Türkei), die Erniedrigung, Demütigung, Diskriminierung, anhaltende Unsicherheit und Trennung von der Familie, das würdelose Dasein als Bittsteller ohne Zukunft. Die große Mehrheit der Syrer in Europa ist vor der Gewalt des Regimes geflohen. Manche von ihnen sind individuell verfolgt, weil sie sich für den Aufstand engagiert haben, junge Männer haben sich mit ihrer Flucht häufig dem Militärdienst entzogen. Die meisten stammen jedoch aus Gebieten, die als oppositionell galten, und stehen deshalb unter Generalverdacht. Diese Syrer können sich mit dem Assad-Regime

nicht arrangieren. Für sie ist eine Rückkehr gefährlich, denn sie sind nicht willkommen, sondern gelten als Verräter und Terroristen.

### **Sieben Handlungsempfehlungen für Syrien: Langfristig denken, eindeutig handeln**

Der Syrienkrieg ist für die Syrerinnen und Syrer also nicht vorbei, er tritt nur in eine neue Phase. Diese wird von repressiver Scheinstabilität, lokal begrenzten Kriegshandlungen, regionalen Spannungen und international spürbaren Folgen der Krise gekennzeichnet sein.

Wie sollte sich Europa in diesem Szenario verhalten? Was tun und was besser lassen? Folgende sieben Handlungsempfehlungen stehen unter der einzig sinnvollen und bislang schmählich vernachlässigten Devise: Langfristig denken, eindeutig handeln.

*Erstens*, politisch: Keine Normalisierung der Beziehungen. Da der Westen seit Jahren dabei versagt, in Syrien den Unterdrückten zu helfen, sollte er jetzt zumindest nicht die Unterdrücker belohnen. Deutschland sollte daher keine direkten Beziehungen zum Assad-Regime aufbauen – weder politisch noch diplomatisch, weder wirtschaftlich noch geheimdienstlich.

*Zweitens*, wirtschaftlich: Kein Wiederaufbau mit Assad. Europa sollte sich nicht am Wiederaufbau in Syrien beteiligen, solange dieser dem Regime dazu dient, Anhänger zu belohnen, Gegner zu bestrafen und demographische Veränderungen zu festigen. Da die humanitäre Versorgung der Syrer über die UN sichergestellt ist und diese zu einem Großteil von Europa – insbesondere Deutschland – finanziert wird, bedeutet diese Zurückhaltung nicht, die Menschen verelenden zu lassen. Sie ist vielmehr ein notwendiges Zeichen dafür, dass Assads Pläne nicht der wirtschaftlichen Wiederherstellung Syriens und der sozialen Wiedergutmachung dienen.

*Drittens*, militärisch: Zivilisten schützen oder Rückzug. Für den Schutz von Zivilisten ist es nie zu spät. Auch wenn die Durchsetzung von Flugverbotszonen in den verbliebenen Oppositionsgebieten unrealistisch erscheint, wäre sie sinnvoll. Ein Flugverbot würde verhindern, dass sich die rücksichtslose Bombardierung und apokalyptische Zerstörung nach dem Vorbild Ost-Aleppos und Ost-Ghoutas wiederholen. Eine weitere Massenflucht bliebe aus, und (von Europa unterstützte und finanzierte) zivilgesellschaftliche Strukturen würden geschützt und gegenüber Dschihadisten gestärkt. Ohne den Willen und die Bereitschaft, Zivilisten zu schützen, sollten wir die deutsche Militärintervention in der Region überdenken. An Luftschlägen gegen den IS sollte sich die Bundeswehr nicht mehr beteiligen, da diese zu viele Zivilisten treffen und den Terror deshalb nicht nachhaltig bekämpfen, sondern eher befördern.

*Viertens*, juristisch: Kriegsverbrechen strafrechtlich verfolgen. Europäische Staaten sollten sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln an der Strafverfolgung von in Syrien begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligen. Aufgrund des in Deutschland gel-

tenden Weltrechtsprinzips sollte Berlin dabei eine führende Rolle übernehmen und die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe mit mehr Personal und Geld für ihr Völkerstrafrechtsreferat ausstatten. Ersten Strafanzeigen, Ermittlungen und internationalen Haftbefehlen gegen hochrangige Vertreter des syrischen Sicherheitsapparates sollten so bald wie möglich weitere folgen, damit allen klar wird, dass die Verantwortung für die systematisch begangenen Verbrechen in der obersten Führungsriege des Regimes liegt – inklusive des Präsidenten. Die Bundesrepublik bietet sich als Ort für die Aufarbeitung syrischer Kriegsverbrechen auch deshalb an, weil nirgendwo im Westen so viele syrische Geflüchtete leben wie in Deutschland. Etwa 800 000 Syrer sind seit 2011 gekommen – darunter viele potentielle Opfer und Zeugen der staatlichen Gewalt, die vor deutschen Gerichten aussagen könnten. Syrer, die hierzulande an rechtsstaatlichen Prozessen beteiligt wurden, wären in der Lage, die Verbrechen nach einem politischen Neubeginn auch in Syrien selbst aufzuarbeiten. Das enorme Ausmaß an institutionalisierter Gewalt macht eine Übergangsjustiz innerhalb des Landes unverzichtbar, selbst wenn einzelne ausgewählte Fälle irgendwann in Den Haag verhandelt werden. Hunderttausende Syrer, deren Angehörige verschwunden sind, zu Tode gefoltert oder getötet wurden, müssen in Syrien Gehör finden, sonst wird das Land nicht zur Ruhe kommen. Ohne Gerechtigkeit keine Versöhnung, keine Stabilität und kein Frieden.

*Fünftens*, diplomatisch: Machtkämpfe externer Akteure entschärfen. Da der Syrienkrieg inzwischen ein Weltkonflikt ist, müssen regionale und internationale Machtkämpfe entschärft werden. Dafür braucht es eine entschlossene und weitsichtige Diplomatie, die europäische Politiker vorantreiben könnten. Über drei Fäden ließe sich das Syrien-Knäuel entwirren: Iran und Saudi-Arabien müssen ihre Rivalität überwinden. Israel und Iran müssen aufhören, ihre eigene Existenz über die Feindschaft zum jeweils anderen zu definieren. Und die Türkei muss einen glaubwürdigen und nachhaltigen Friedensprozess mit der PKK beginnen. Die egoistisch und nationalistisch agierenden Machthaber der Region (Israels Ministerpräsident Netanjahu, Irans Revolutionsführer Khamenei, der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman und der türkische Präsident Erdoğan) davon zu überzeugen, dass eine Annäherung an jahrzehntealte Erzfeinde im eigenen Interesse ist – darin besteht die eigentliche diplomatische Herkulesaufgabe zur Beilegung des Syrienkriegs. Sie müssen erkennen, dass Kriege in Syrien, im Jemen und gegen die PKK sowie Aufrüstung und Atomprogramme viel Geld verschlingen, das man besser für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die Versorgung der Bevölkerung einsetzen sollte, weil sich das auch innenpolitisch lohnt.

Wer diese Vorstellungen als naive Träumerei abtut, möge sich daran erinnern, wie undenkbar eine Annäherung zwischen Ost und West während des Kalten Krieges erschien. Und wie Gesprächsformate wie die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zur Vertrauensbildung beigetragen haben. Wenn Saudi-Arabien und Iran nicht mehr konkurrieren, sondern kooperieren, wenn Israel und Iran ein eigenes Abkommen mit ent-

sprechenden Sicherheitsgarantien aushandeln und die türkische Regierung mit der PKK ein Ende der Gewalt vereinbart, weil sich für die Rechte der Kurden in der Türkei auch politisch streiten lässt, dann hätten all diese Akteure keinen Grund mehr, sich in Syrien militärisch zu engagieren. Syrien hätte als Spielfeld ausgedient und die Syrer könnten sich ihrem eigentlichen Problem widmen: der Überwindung der Diktatur.

*Sechstens*, humanitär: Syrer integrieren und versorgen. Solange politische und diplomatische Lösungen in Syrien nicht greifbar sind, müssen die Versorgung und Integration der Geflüchteten Priorität haben. Im Land kümmern sich die Vereinten Nationen um Binnenvertriebene, sie sollten eigene neutrale Bedarfspläne erstellen und umsetzen, statt die Wunschliste des Regimes zu erfüllen. Außerdem muss die Zusammenarbeit mit regimenahen Organisationen kritisch überprüft werden, da es in manchen Fällen durchaus Alternativen gäbe. Grundsätzlich sollten die Vertreter der verschiedenen UN-Unterorganisationen in Damaskus eine Position der Stärke aufbauen, schließlich ist das Regime von den Vereinten Nationen abhängig und nicht umgekehrt. Dass es sehr viel günstiger ist, die Syrer in ihrer Heimat oder in den Nachbarländern zu versorgen, als sie in Europa zu integrieren, haben die EU-Staaten inzwischen erkannt. Dennoch kamen bei der letzten internationalen Geberkonferenz in Brüssel im April 2018 nur 3,7 Mrd. Euro der eigentlich benötigten 6,5 Mrd. Euro zusammen. Entsprechend unterfinanziert sind Flüchtlingshilfswerk, Welternährungsprogramm, Kinderhilfswerk und andere. Im Libanon und in Jordanien geht es vor allem darum, Bildungs- und Gesundheitssysteme so auszubauen, dass die Integration der Syrer nicht auf Kosten der Einheimischen geht. Europa sollte den Bildungssektor in beiden Ländern flexibel und langfristig finanzieren, damit dort möglichst bald alle syrischen Kinder zur Schule gehen können und Arbeitsplätze entstehen.

Die in den vergangenen Jahren gekommenen Syrer sollten weiter integriert werden – dazu müssen sie die Sprache lernen, Schulabschlüsse nachholen, Ausbildungen absolvieren, studieren und Arbeit finden. Dass das für alle Beteiligten mühsam und frustrierend ist und nicht in allen Fällen gelingt, wissen gerade die Deutschen inzwischen, aber es gibt keine Alternative. Die Bundesrepublik erschwert das Ankommen zusätzlich, indem sie Geflüchtete daran hindert, ihre Ehepartner und minderjährigen Kinder zu sich zu holen. Bekamen 2015 noch fast alle Syrer den Flüchtlingsstatus nach Genfer Konvention, waren es 2017 nur noch 38 Prozent. Alle anderen erhielten subsidiären Schutz, um zu verhindern, dass Frauen und Kinder nachkommen. Geändert hatte sich nicht die Schutzbedürftigkeit, sondern lediglich die Aufnahmebereitschaft. Angesichts deutlich gesunkener Ankunftsahlen und der persönlichen Dramen, die die mitunter jahrelange Trennung von Eltern und Kindern mit sich bringt, sollte der Familiennachzug auch für Syrer mit subsidiärem Schutz möglich sein. Solange die Syrer in ihrer Heimat nicht in Sicherheit und Würde leben können, müssten sie diese Erfahrung wenigstens in Europa machen.

*Siebtens*, gesellschaftlich: Ziviles Engagement fördern, bei Aussöhnung helfen. Schließlich könnten die Europäer den Syrern bei der Bewältigung

ihres größten Problems helfen: der sozialen Zerrissenheit. Der Krieg hat die syrische Gesellschaft nachhaltig zerstückelt. Mauern aus Misstrauen und Hass verlaufen durch Großfamilien und Dörfer, zwischen Nachbarn, Stadtteilen und Regionen. Jedes Verhalten ist angreifbar, bei jeder Begegnung liegen Vorwürfe in der Luft: Warum hast du uns im Stich gelassen? Wie konntest du bleiben? Warum schweigst du? Warum habt ihr uns ins Unglück gestürzt? Glaubst du das wirklich? Wie konntest du mitmachen?

Um eine Tragödie wie die syrische zu überwinden, braucht es bestimmte Fähigkeiten: sachlich diskutieren, den anderen als gleichwertig betrachten, Schuld anerkennen, Konflikte gewaltfrei lösen, die Meinung des anderen stehen lassen, nicht alles persönlich nehmen, Kompromisse finden.

Die Europäer haben zwei Weltkriege und vierzig Jahre Teilung verarbeitet und dabei manches gelernt, was den Syrern nutzen könnte. Viele der seit Langem in Europa lebenden Syrer kommen inzwischen zu dem Schluss, dass eine gesellschaftliche Revolution die Voraussetzung für einen politischen Wandel ist, weil sonst das Assad-Regime nur durch eine andere Diktatur ersetzt würde. Sie wissen, dass der Autoritarismus in Syrien nicht auf das politische System beschränkt ist, sondern die ganze Gesellschaft durchdringt und das Denken des Einzelnen bestimmt. Gleichberechtigte Beziehungen gibt es kaum, nicht unter Geschwistern, nicht zwischen Männern und Frauen, nicht in der Schule, nicht unter Kollegen und schon gar nicht über Hierarchien hinweg. „Das Regime hat in jedem von uns einen kleinen Assad gepflanzt“, sagt der prominente Aktivist Raed Fares aus Idlib. Deshalb müsse jeder Einzelne an sich arbeiten. Der Weg zu einem neuen Syrien führt nicht über bewaffneten Kampf, sondern nur über die Zivilgesellschaft. Europa sollte jene Syrer, die sich für Freiheit und Mitbestimmung eingesetzt haben und deshalb fliehen mussten, weiter unterstützen. Sie sind es, die irgendwann ein demokratisches und rechtsstaatliches Syrien aufbauen werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt braucht Syrien vor allem eines – eine klare Haltung. Die Syrer müssen wissen, woran sie mit den Europäern sind. Diese werden ihnen nicht helfen, Assad gewaltsam zu stürzen. Aber sie sollten sie dabei unterstützen, die Diktatur langfristig zu überwinden. Da Syrien mit diesem Regime keinen Frieden finden wird, sollte Europa es mindestens ächten. Dabei geht es nicht um die Person Assad, sondern um das System dahinter. Erst wenn der Sicherheitsapparat entmachtet ist und die Hauptverantwortlichen für die Verbrechen angeklagt sind, werden geflüchtete Syrerinnen und Syrer Hoffnung schöpfen und zurückkehren. Bis dahin sollten wir ihren Glauben an Freiheit und Rechtsstaatlichkeit stärken, indem wir Toleranz, Menschlichkeit, Respekt vor dem anderen und die Achtung unserer Verfassung vorleben und einfordern.

# Großbritannien vor dem Zerfall: Der Brexit als englischer Sonderweg?

Von **Anthony Barnett**

Die Verhandlungen über den EU-Austritt Großbritanniens treten nun in ein entscheidendes Stadium ein. In dieser Situation fragen mich europäische Kollegen immer wieder, was ich erwarte: Wird es ein Abkommen geben? Und wenn ja: Kann Theresa May ihre konservative Regierung zusammenhalten? Würde das britische Parlament die Übereinkunft ablehnen? Könnte Großbritannien tatsächlich einen harten Bruch mit der Europäischen Union vollziehen? Wird Labour-Chef Jeremy Corbyn Premierminister?

Die einfache Antwort auf all dies lautet: Das weiß niemand. Die Gründe dafür werde ich noch zu erklären versuchen. Vorausgeschickt sei Folgendes: Es ist sehr wohl möglich, dass jene die Überhand erringen, die kein Abkommen wollen, damit Großbritannien in die Arme von Trumps Amerika fällt. Wenn ein solches Desaster heute realistisch erscheint, dann weil es finanzstarke Interessengruppen gibt, die genau das erstreben. Zugleich fehlt es an gut organisierter Unterstützung für jegliche kohärente Alternative.

Ich sollte offenlegen, dass ich ein anderes Vorgehen und ein anderes Ergebnis bevorzuge. Nun, da jeder allmählich sehen kann, was ein Austritt bedeutet, bin ich für ein weiteres Referendum, für das derzeit unter dem Slogan „A People's Vote“ geworben wird. Mehr noch: Ich würde es begrüßen, wenn die Wählerinnen und Wähler sich dann mit einer eindeutigen Mehrheit von 60 zu 40 Prozent für den Verbleib in der EU entscheiden würden. Leider aber ist mir nur zu vertraut, wie mein Land funktioniert: Ein zweites Referendum scheint nur dann überhaupt möglich, wenn Premierministerin Theresa May selbst es einberuft. Sie hat zwar erklärt, einen solchen Schritt entschieden abzulehnen. Doch wenn sie eine Übereinkunft mit der EU erzielen und damit anschließend im Parlament scheitern würde, könnte sie es der Öffentlichkeit zur Entscheidung vorlegen. Das sind gleich drei große „Wenns“. Und selbst dann, so fürchte ich, könnten wir EU-Befürworter verlieren und May obsiegen. Denn die eigentlich nötige Debatte hat noch gar nicht stattgefunden.

Das bringt mich zum ersten Grund, warum es so schwer ist, „Ausländern“ den Brexit zu erklären: Die Briten selbst verstehen ihn nicht! Ich setze „Ausländer“ in Anführungszeichen, weil die meisten Schotten, Waliser und Iren ihn sehr wohl verstehen. Aber die Mehrheit der Briten sind Engländer, und

die Mehrheit der englischen Öffentlichkeit ist entschlossen für den Brexit. Sie begreift nicht, warum er nicht längst vollzogen wurde und rechtfertigt ihn auf eine Weise, die der Rest der Welt kaum verstehen kann.

Das verweist auf den zweiten Grund, warum es so schwer ist, „Ausländern“ den Brexit zu erklären: Das Vereinigte Königreich ist nicht vereint. Es ist eine multi-nationale Union von ganz eigentümlicher Art, deren zentrales und größtes Land von sich selbst denkt, es sei zugleich England *und* Großbritannien. Tatsächlich wurde der Brexit von den Engländern gewählt. Die Schotten erfreuten sich an einer Mehrheit von 62 Prozent für einen Verbleib in der EU. Nordirland erreichte bei einer geringeren Beteiligung eine Mehrheit von rund 56 Prozent für den Verbleib – heute ist diese Mehrheit den Umfragen zufolge gewaltig angewachsen. Aber England stimmte mit einer Mehrheit von über 53 Prozent für den Austritt. Angesichts seiner Größe traf es die Entscheidung für das gesamte Großbritannien. Und es existieren bislang wenig Hinweise darauf, dass eine bedeutende Zahl englischer Wählerinnen und Wähler ihre Haltung geändert hätte.

Es gibt noch einen dritten Grund, warum sich der Brexit so schwer erklären lässt – und warum es sogar noch schwerer ist, die Entwicklungen der kommenden Monate abzuschätzen: Wir werden Zeuge eines Zusammenbruchs der britischen Politik, ja der britischen Gesellschaft. Und Zusammenbrüche sind von Natur aus unvorhersehbar. Denn der Brexit ist ein potentiell folgenschwerer, wohl welthistorischer Vorgang. Gewiss ereignete er sich als Akt der demokratischen Auflehnung gegen die herrschende Ordnung des Vereinigten Königreichs. Doch die Anführer dieses Aufbegehrens sind korrupt, unfähig und lächerlich. Während also eine Britische Revolution stattfindet, sagen die Jungen nicht – um William Wordsworths Reaktion auf die Französische Revolution zu paraphrasieren – „Wie herrlich, lebendig zu sein in dieser Morgenröte, und jung zu sein, das ist der Himmel.“ Stattdessen fühlen Frauen unter 25 Jahren – die im Referendum zu 80 Prozent gegen den Brexit gestimmt haben – etwas anderes: wie grässlich es ist, in dieser Dämmerung lebendig zu sein und dass jung sein heißt, vor Verlegenheit zu vergehen, während sich die eigenen Eltern zum Narren machen.

Daher kann ich in diesem Augenblick, da Gerüchte über Abkommen und Verrat rund um das Parlament in Westminster wabern, nicht mehr bieten als eine Einordnung jener Kräfte, die zu dieser enormen Spaltung Großbritanniens geführt haben. Denn der Brexit mag oft als einfache Entscheidung zwischen „rein oder raus“ erscheinen, doch ist er das Ergebnis der vereinten Entschlossenheit verschiedener Kräfte, die gemeinsam diese Detonation herbeigeführt haben. Dabei greifen vier Hauptkonflikte ineinander, wobei selbst dies noch eine vereinfachte Darstellung ist.

### **Unter Trumps Fittiche?**

Der erste ist ein Kampf darum, ob das Vereinigte Königreich den primären Einflussbereich der Europäischen Union zugunsten der USA verlassen wird.

Wird es im europäischen Raum verbleiben oder sich dem von Trumps Amerika anschließen? Für eine solche engere Anbindung an die USA gibt es keine weitverbreitete Unterstützung in der Öffentlichkeit. Die Befürworter einer solchen Entwicklung verfechten dieses Ziel auch nie offen. Dennoch wäre genau dies die Konsequenz eines „No Deal“-Szenarios – und viele arbeiten genau darauf hin, darunter einige große Medien. Auf den ersten Blick wird ein EU-Austritt ohne Abkommen ein unglaublich schmerzhaftes Ereignis und ein großer Schock für das Vereinigte Königreich sein. Daher wird ein solches Szenario meist schlicht als irrational abgetan. Das übersieht aber das Entscheidende: „No Deal“ heißt nicht, dass London gar kein Abkommen schließen wird, sondern nur ein anderes. Auf den Bruch mit Brüssel folgt die Überinkunft mit Washington.

Diese Notwendigkeit ergibt sich aus einem Umstand, den die Brexit-Befürworter geflissentlich übersehen: Als sie das Land zu ihrer Unterstützung aufriefen, erklärten sie, ein Sieg im Referendum wäre gleichbedeutend mit einem „Unabhängigkeitstag“. Aber das Vereinigte Königreich kann in der heutigen globalen Ökonomie gar nicht „unabhängig“ sein. Diese Behauptung von Boris Johnson zu hören, war besonders ärgerlich. Schließlich beschreibt er beispielsweise London nur zu gern als das „achte Emirat“, um dessen Verflechtung mit den milliardenschweren Scheichs aus dem Mittleren Osten zu illustrieren.

Tatsächlich sieht sich das Vereinigte Königreich in der eigentümlichen Lage, eine gut vernetzte Wirtschaft zu haben, die dennoch eine abhängige ist. So befindet sich beispielsweise mehr als die Hälfte der Aktien an seiner Börse in ausländischer Hand. Ein Großteil des verarbeitenden Gewerbes ist vollständig internationalisiert. Noch wichtiger ist aber, dass sein bedeutsamer Finanzsektor mit Geldwäsche geschmiert ist und von einem globalen Netzwerk von Steueroasen unter britischer Oberhoheit unterstützt wird, von den Kanalinseln bis zu den Cayman Islands. Zudem kommt eine kürzlich erschienene Analyse des Internationalen Währungsfonds zu einem vernichtenden Ergebnis: Das Reinvermögen der öffentlichen Kassen Großbritanniens besteht aus Verbindlichkeiten von zwei Billionen Pfund.

All dies zeigt: Das Vereinigte Königreich verfügt bloß über eine Ökonomie mittleren Ranges – und kann nicht als „unabhängiges“ Land funktionieren. Daher steht es vor der Wahl: Es kann in der europäischen Einflussphäre bleiben, dem Binnenmarkt. Oder es kann an der amerikanischen Sphäre der Deregulierung teilhaben.

Entscheidet es sich für Letzteres, wird es das zu Washingtons Bedingungen tun. Ein solches Ergebnis wäre ein Triumph für Donald Trump, der bereits Boris Johnson als seinen bevorzugten britischen Premierminister auserkoren hat. Dem nationalen Sicherheitsberater des Präsidenten, John Bolton, wäre das nur recht, würde es doch jene Allianz stärken, die er so gerne gegen Iran schmieden will. Jene, die auf eine solche Disruption oder einen solchen Schock hoffen, dürften sich zudem ausrechnen, dass er das ideale Umfeld für eine populistische Mobilisierung schafft, um einen unumkehrbaren Bruch der europäischen Solidarität zu erreichen.

Dennoch ist ein solches Desaster möglich, ja sogar wahrscheinlich. Denn die Alternative – der Verbleib im Binnenmarkt – würde das Vereinigte Königreich zum Empfänger von Vorschriften machen, an deren Ausarbeitung es keinen Anteil mehr hätte. Ein solches Ergebnis lässt sich in der Sprache von Brexit und Selbstregierung nicht rechtfertigen. Es würde der Regierung als Schwäche ausgelegt. Und wie wir sehr genau wissen, profitiert von einer solchen Schwäche stets die extreme Rechte.

### **Konfuses Aufbegehren und der Zusammenbruch Großbritanniens**

Der zweite Konflikt wurde bereits ausgiebig diskutiert, und das zu Recht. Daher bedarf er hier keiner gesonderten Aufmerksamkeit: Es ist die Rebellion gegen die Machtlosigkeit und Ungerechtigkeit im Neoliberalismus. Die Vermarktlichung, Privatisierung und Entpolitisierung der Gesellschaft, die mit der neoliberalen Variante des Kapitalismus einhergeht, hat im Vereinigten Königreich extreme Formen angenommen, seit Premierministerin Margret Thatcher ihr in den frühen 1980er Jahren den Weg bereitete. Dann erlitt das Vereinigte Königreich 2008 wohl eine der schwersten Finanzkrisen aller betroffenen Länder.<sup>1</sup> Sein Bankensystem stand kurz vor dem Zusammenbruch. Doch während auch zehn Jahre später die Reallöhne immer noch um beinahe 1000 Pfund im Jahr niedriger liegen als zuvor, sind die Vermögenswerte der Reichen enorm gewachsen, und kein Banker musste sich vor Gericht verantworten. Die Rebellion dagegen nahm allerdings eine rechte Form an und äußerte sich als Feindschaft gegenüber Einwanderern.

Eng damit zusammen hängt der dritte Konflikt, der den inneren Zusammenhalt des Landes betrifft. Bekanntlich verfügt Großbritannien nicht über eine kodifizierte Verfassung. Stattdessen hat es ein historisches Arrangement geerbt, dessen Kern die „absolute Souveränität der Krone im Parlament“ ist. Das Parlament hat faktisch die absolute Macht des Monarchen übernommen. Daraus entstand das am längsten bestehende kapitalistische Regime der Welt, das viele Transformationen durchgemacht und überlebt hat. Seine historischen Ursprünge können bis zur Revolution von 1688 zurückverfolgt werden, die einen niederländischen König auf den Thron beförderte und bis zum Act of Union von 1707, der Schottland und England vereinte. Gemeinsam beförderten sie Großbritannien auf seinen Weg zum Empire und zur ersten Industriemacht der Welt.

Heute kommt diese historische Übereinkunft an ein Ende. Der Verlauf des Brexits ist auch deswegen unmöglich vorherzusagen, weil er den Zusammenbruch dieses außerordentlichen Vermächtnisses bedeutet. Daher ist es auch ein Fehler, die Triebkräfte hinter ihm beispielsweise bloß im migrantenfeindlichen Populismus oder in post-imperialen globalen Illusionen zu suchen. Diese haben zwar eine Rolle gespielt, aber der Brexit wurde nicht von etwas so Kohärentem verursacht. Vielmehr hat eine Kombination aus extremer Glo-

<sup>1</sup> Vgl. John Lanchester, Die große Wut: Zehn Jahre Finanzkrise, in: „Blätter“, 9/2018, S. 35-44; ders., Schluss mit der Ungleichheit: Zehn Jahre Finanzkrise, Teil II, in: „Blätter“, 10/2018, S. 89-96.

balisierung, übertriebener Zentralisierung, rücksichtslosem Neoliberalismus und einer defekten Verfassung zur Entstehung eines frustrierten englischen Nationalismus geführt, der die Form einer *Hyper-Britishness* annimmt.

Dieser verblüffende Nationalismus lässt sich an der Haltung der Boulevard-Zeitung „Daily Mail“ illustrieren. Unter Paul Dacre, ihrem Chefredakteur für 25 Jahre, fuhr sie eine wütende Kampagne gegen die EU-Mitgliedschaft. In seiner Verteidigung gegen die Brexit-Kritiker nannte Dacre vor einigen Monaten als Hauptmotiv für den EU-Austritt „ein tief verwurzelt menschliches Verlangen, unsere nationale Identität und Unabhängigkeit zurückzuerlangen.“<sup>2</sup> Daher, erklärte er, habe der Brexit nichts mit wirtschaftlichen Kosten oder Nutzen zu tun. Im Vorfeld des Referendums hatte sich Dacre besorgt gezeigt, dass keine glaubwürdigen Persönlichkeiten hervortreten würden, um die Ausstiegskampagne anzuführen. Er setzte daraufhin eine gewaltige Frage auf die Titelseite seiner Zeitung: „WER WIRD FÜR ENGLAND SPRECHEN?“ Im dazugehörigen Editorial fügte er hinzu: „Natürlich meinen wir mit England das gesamte Vereinigte Königreich.“ Die schottische Ausgabe der „Daily Mail“ veröffentlichte dieses Editorial denn auch nicht.

Doch bleibt England im Vereinigten Königreich gefangen. Dies führt zu heftigen und unbewältigten Gefühlen. So zeigen jüngste Umfragen, dass die meisten englischen Ausstiegsbefürworter freudig den Austritt Schottlands und Nordirlands aus dem Vereinigten Königreich akzeptieren würden – wenn dies nur den Weg für den Brexit freimachen würde. Dies jedoch wäre für die politischen Anführer der Brexit-Kampagne eine entsetzliche Vorstellung, läuft es doch ihrer Idee eines global agierenden Großbritanniens (*Global Britain*) zuwider. Es entsetzt aber auch viele jener Politiker, die gegen einen Austritt sind: Sie betrachten die EU-Mitgliedschaft als beste Möglichkeit, das alte britische Regime zu bewahren. Daher ist nahezu keiner der führenden Politiker des Landes in der Lage, sich der englischen Frage zu stellen: Zu sehr fürchten sie einen historischen Bruch, der das Land auseinanderreiben würde. Indem sie dem Problem aber ausweichen, bewahren und vertiefen sie jenen Graben, den sie zu überdecken suchen. Dies gilt sowohl für Theresa May als auch für Jeremy Corbyn.

## Die Illusionen der EU

Der vierte Konflikt schließlich betrifft die Europäische Union. Sie ist heute von Gegnern umgeben, nicht zuletzt aus einer unerwarteten Ecke: dem Weißen Haus. Donald Trump hat die EU gar als „Feind“ Amerikas bezeichnet. Sie leidet aber auch unter ihren eigenen Illusionen von Größe.

Allerdings hat sich meine Meinung über die EU während meiner Beschäftigung mit dem Brexit sehr viel stärker zum Positiven gewendet, als ich das erwartet hätte. Zuvor waren mir die Nachteile des Euro sehr bewusst gewe-

2 Paul Dacre, Butt out, Mr Soros. You can keep your tainted money, in: „Daily Mail“, 9.2.2018.

sen, insbesondere sein schrecklicher Einfluss auf Wirtschaftswachstum und Ungleichheit. Auch hatte ich kritisch über den undemokratischen Charakter des Vertrages von Lissabon geschrieben, der faktisch die Verfassung der EU bildet. Was ich jedoch nicht gewürdigt hatte, ist die wunderbare Errungenschaft des Binnenmarktes: Mit ihm ist ein regulierter Raum geschaffen worden, der bessere Arbeitsbedingungen, eine sicherere Umwelt und sicherere Produkte in einem enormen und wachsenden kontinentalen System sicherstellt.

In diesem Sinne befand sich das Vereinigte Königreich vor dem Referendum in einer privilegierten Position: Es hatte sich von den zentralisierten, undemokratischen Teilen der EU ferngehalten und gleichzeitig geholfen, ihren größten Vorzug zu schaffen: den Binnenmarkt. Umso ärgerlicher ist es also, dass es sich nun ausgerechnet von dem verabschieden soll, was es am meisten benötigt. Dies erklärt zugleich, warum die EU in ihrer Haltung zum Brexit bislang so geschlossen geblieben ist. Welche Meinungsverschiedenheiten und Konflikte die anderen 27 Staaten auch miteinander haben mögen, eint sie doch ein geteiltes Verständnis für den Wert und die Bedeutung dieses regulierten Raumes.

So sehr ich aus Prinzip immer für den Verbleib in der EU war und so sehr ich meine Kritik am vereinten Europa inzwischen abgeschwächt habe, muss ich doch Folgendes festhalten: Die Brüsseler EU-Spitzen bilden sich zu viel auf den Wert ihres supranationalen politischen Projektes ein, wenn sie Fragen wie außereuropäische Einwanderung und Asyl für alle Mitgliedstaaten regeln wollen. Auch sähen sie die EU gerne als eine hochgradig souveräne Macht, die sie aber einfach nicht ist. Mit einem bescheideneren und weniger großspurigen Auftreten wären sie von den britischen Wählerinnen und Wählern jedenfalls weniger stark als Bedrohung wahrgenommen worden.

Hinter dem Brexit stehen zwar spezifisch britische Probleme, deren Verständnis man nicht voraussetzen kann und die die EU nicht beheben konnte. Aber bei allen Qualen aufgrund ihres gesellschaftlichen Zusammenbruchs rangen die Briten doch mit Energie und Eifer darum, die Realitäten des geteilten europäischen Projekts anzugehen. Die EU hingegen scheint immer noch unfähig, sich diesen Realitäten zu stellen – der Konflikt mit der italienischen Regierung um ihren Haushaltsplan bildet nur das jüngste Beispiel.

Die EU hat es nicht geschafft, sich vor dem Brexit-Referendum ehrlich und glaubwürdig mit ihren demokratischen Mängeln auseinanderzusetzen. Sie hat auch kein Interesse gezeigt, aus der britischen Debatte zu lernen. Damit aber hat sie Wasser auf die Mühlen der Austrittskampagne geleitet. Sie kann daher ihrem Teil der Schuld an der gegenwärtigen Blockade nicht entgehen. Ihr Chefunterhändler Michel Barnier hat diese Lage immerhin treffend beschrieben: Sie ist eine „loss-loss“-Situation – eine Situation, in der beide Seiten verlieren.

*Übersetzung aus dem Englischen: Steffen Vogel*

Wie es einer Partei gerade geht, erkennt man an ihrer Sprache. Daran gemessen muss sich die SPD bereits auf dem Totenbett befinden, denn nach der fatalen Maaßen-Beförderung und dem folgenden Bayern-GAU häufen sich die Abgesänge – auch und gerade aus den eigenen Reihen.

## Rote im Abgang

Besonders beeindruckend in dieser Disziplin ist der ungeheuer erfolgreiche Fraktionschef der Berliner SPD, Raed Saleh, der seinem Parteichef, dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller, schon seit Jahren das Leben schwer macht und damit die eigene Partei mit Bravour nach unten zieht. Nach Bayern kommt er zu dem bemerkenswerten Schluss: „Es ist bereits fünf nach zwölf“. Also einpacken, Genossen, das Prinzip Hoffnung hat ausgedient. Offenbar bereits angesteckt von derartiger Todesahnung zeigt sich derweil ein anderer, nicht ganz unbekannter Genosse: „Die Vorstellung“, so Obernörgler Ralf Stegner, „dass ausgerechnet unsere Generation die SPD zur Grabe trägt, finde ich ziemlich gruselig.“ Andere dagegen sind der Phase der Todesangst längst entrückt, bei ihnen ist Todesahnung bereits in Todessehnsucht umgeschlagen, so etwa bei Hilde Mattheis, Vorsitzende des Forums Demokratische Linke 21. Was nämlich fiel ihr nach dem Maaßen-Deal ein? „Wir stehen nicht nur am Abgrund, wir stehen schon darüber hinaus.“ Wenn das kein erhabenes Bild ist! Dabei wusste doch einst der listige DDR-Genosse, mit spöttischem Blick auf den SED-Staat: „Gestern standen wir kurz vor dem Abgrund, heute sind wir schon einen Schritt weiter.“ Die SPD hingegen ist offenbar allem Irdischen bereits enthoben, sie steht nicht länger bloß neben, sondern bereits über sich, ihre leere Hülle weit unter sich lassend.

Wie gut, dass es bei so viel Todessehnsucht wenigstens noch eine unbedingt lebensbejahende Stimme gibt: „Ich läute bestimmt nicht das Totenglöcklein, so weit kommt's noch“, klingt es aus der kämpferischen Kehle von Kevin Kühnert. Doch oh Graus, wer muss dabei nicht an Sigmund Freud denken? „Ein verdrängter Vorstellungs- oder Gedankeninhalt kann also zum Bewusstsein durchdringen, unter der Bedingung, dass er sich verneinen lässt. Die Verneinung ist eine Art, das Verdrängte zur Kenntnis zu nehmen, eigentlich schon eine Aufhebung der Verdrängung, aber freilich keine Annahme des Verdrängten.“ Sprich: Auch der Juso-Vorsitzende hat das unausweichliche – und bisher von ihm bloß verdrängte – Ende der SPD unbewusst längst zur Kenntnis genommen, wenn auch erfolgreich verneint. Da Kühnert aber bekanntlich ein Mann der Aufklärung ist, dürfte er bald klar und den tödlichen Realitäten ins Auge sehen.

Zu diesem Zweck sei ihm ein heilsamer Blick in das Land des Morbiden empfohlen. Eine „schöne Leich“ liebt bekanntlich niemand mehr als der Österreicher, genauer der Wiener. Und das gilt nicht nur für den Wiener Sigmund Freud, sondern hier weiß selbst der Genosse, wie man mit dem Ende stilvoll umgeht. Da hat doch der Ex-Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzende Christian Kern seiner Nachfolgerin Pamela Rendi-Wagner den Parteivorsitz einfach vor die Füße geschmissen und gleich darauf auch den Rücktritt von der eben noch angekündigten Kandidatur für das EU-Parlament verkündet. Und welche Worte findet er für diese kalte Erledigung der SPÖ? Er werde sich am Abend einen guten Wein einschenken. Denn: „Einen guten Roten erkennt man am Abgang!“ Also, liebe deutsche Genossen, nehmt's Euch ein Beispiel. Denn wie weiß der Hesse: „Lebbe geht weiter“, so schlimm es auch kommt. Und damit Prost!

**Jan Kursko**

**FRIEDRICH  
EBERT  
STIFTUNG**

#DigitalCapitalism  
**DIGITALER KAPITALISMUS –  
ALLE MACHT DEN KONZERNEN?**

6.–7. November 2018  
Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

[www.fes.de/digitalcapitalism](http://www.fes.de/digitalcapitalism)

FOTOS: © ANDRÉ FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG / NICOLA SIBILLINI/PHOTOCASE DE VALENTIN BOCHINSKY/STOCKADORE.COM

IN KOOPERATION MIT



Hans Böcker  
Stiftung



Neon Gesellschaft  
Frankfurter Heftle



MEDIENPARTNER



UNTERSTÜTZT DURCH



# Der dressierte Mensch

## Die Tyrannei des Überwachungskapitalismus

Von Shoshana Zuboff

Im Jahr 2000 arbeitete eine Gruppe von Informatikern und IT-Ingenieuren der Technischen Hochschule in Atlanta, Georgia, an einem Projekt mit dem Namen „Aware Home“.<sup>1</sup> Gedacht war dieses als „lebendes Labor“ für eine Studie über „ubiquitäres Computing“. Man stellte sich eine „Symbiose von Mensch und Zuhause“ vor, bei der zahlreiche unbelebte und belebte Prozesse über ein ausgeklügeltes Netzwerk „kontextsensitiver Sensoren“ erfasst werden sollten, die überall im Haus und an von den Hausbewohnern getragenen „anziehbaren“ Computern angebracht sein sollten. Das Design sah eine „automatisierte WLAN-Kollaboration“ zwischen einer Plattform als Host für die persönlichen, von den „Wearables“ der Hausbewohner übertragenen Informationen und einer zweiten Plattform als Host für die von allen anderen Sensoren übertragenen Umgebungsinformationen vor.

2018 schätzte man den Wert des weltweiten „SmartHome“-Markts auf 36 Mrd. Dollar und ging davon aus, dass er bis 2023 151 Mrd. erreichen würde.<sup>2</sup> Unter der Oberfläche dieser Zahlen verbirgt sich ein Erdbeben. Nehmen wir nur eines der SmartHome-Geräte heraus: den Thermostat der Alphabet-Tochter Nest Labs, mit der Google 2018 fusionierte.<sup>3</sup> Der Nest-Thermostat erledigt eine ganze Reihe der Dinge, die man sich für das Aware Home vorgestellt hatte. Er sammelt Daten über seinen Einsatz und seine Umgebung. Er ist „lernfähig“ und arbeitet mit Bewegungssensoren und Rechnern, um das Verhalten der Hausbewohner zu erfassen. Nests Apps sind darüber hinaus in der Lage, die Daten anderer Produkte im Netz zu erfassen – Autos, Öfen, Fitness-Tracker, Betten.<sup>4</sup> Solche Systeme können zum Beispiel Licht einschalten, wenn sie eine ungewöhnliche Bewegung wahrnehmen, und Video- und Audioaufnahmen veranlassen; sie können sogar Nachrichten an die Hausbesitzer oder andere verschicken. Als Resultat der Fusion von Nest

\* Der Beitrag basiert auf „Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus“, dem neuen Buch der Autorin, das im Campus Verlag erschienen ist. Die Übersetzung aus dem Englischen stammt von Bernhard Schmid.

1 Cory D. Kidd u.a., *The Aware Home: A Living Laboratory for Ubiquitous Computing Research*, in: *Proceedings of the Second International Workshop on Cooperative Buildings, Integrating Information, Organization, and Architecture*, London 1999, S. 191-198.

2 Vgl. *Global Smart Homes Market 2018 by Evolving Technology, Projections & Estimations, Business Competitors, Cost Structure, Key Companies and Forecast to 2023*, [www.reuters.com](http://www.reuters.com), 19.2.2018.

3 Ron Amadeo, *Nest Is Done as a Standalone Alphabet Company, Merges with Google*, [www.arstechnica.com](http://www.arstechnica.com), 7.2.2018; Leo Kelion, *Google-Nest Merger Raises Privacy Issues*, [www.bbc.com](http://www.bbc.com), 8.2.2018.

4 Vgl. Kelion, *Google-Nest Merger*, a.a.O.

und Google wird man den Thermostat mit Googles AI-Fähigkeiten ausstatten, zu denen etwa der digitale „Assistent“ des Unternehmens gehört.<sup>5</sup> Wie das Aware Home schaffen der Thermostat und seine Brüder unermessliches neues Wissen und damit neue Macht – nur für wen?

WLAN-fähig und vernetzt, wie er ist, werden die personalisierten Datensätze des Thermostats auf Googles Server geladen. Jeder Thermostat wird mit Datenschutzerklärung, Nutzungsbestimmungen und Endnutzer-Lizenzvertrag ausgeliefert. Diese geben Auskunft über die erdrückenden Datenschutz- und Sicherheitsrichtlinien, nach denen man hochsensible persönliche Daten und Informationen über den Haushalt weitergibt: an andere intelligente Geräte, an ungenanntes Personal sowie an unbeteiligte Dritte zur Erstellung prädiktiver Analysen – ganz zu schweigen vom Verkauf der Daten an andere nicht näher genannte Parteien. Nest übernimmt herzlich wenig Verantwortung für die Sicherheit der Informationen, die man sammelt, und überhaupt keine dafür, wie andere Unternehmen in seinem Ökosystem damit umgehen.<sup>6</sup> Eine detaillierte Analyse von Nests Konditionen durch zwei Forscher an der University of London kam zu folgendem Schluss: Liebe man sich auf Nests Ökosystem vernetzter Geräte und Apps – von denen jedes seine eigenen nicht weniger umständlichen und dreisten Bedingungen mit sich bringt – ein, würde der Kauf eines einzigen Thermostats die Prüfung fast tausend sogenannter „Verträge“ erfordern.<sup>7</sup>

Sollte der Kunde Nests Konditionen nicht annehmen, so heißt es in den Nutzungsbedingungen, wären nicht nur Funktionalität und Sicherheit des Thermostats kompromittiert, der Kunde würde sich auch des Supports und damit der Updates entledigen, die das zuverlässige Funktionieren des Geräts garantieren. Was alle möglichen Folgen haben könnte, von eingefrorenen Rohren über einen nicht ausgelösten Feueralarm bis hin zum gehackten Heimfunknetz.<sup>8</sup> Das „bewusste Zuhause“ des AwareHome-Teams stellte sich noch, wie so manch anderes visionäre Projekt, eine digitale Zukunft vor, die den Einzelnen dazu befähigt, ein effektiveres Leben zu führen. Von wesentlicher Bedeutung ist dabei, dass im Jahr 2000 diese Vision ganz selbstverständlich von einer kompromisslosen Zusage an die Intimität der persönlichen Erfahrung ausging. Sollte sich eine Person zu einer digitalen Erfassung ihrer Erfahrung entschließen, sie hätte sowohl den alleinigen Zugang zu dem aus solchen Daten gewonnenen Wissen als auch das alleinige Recht, darüber zu entscheiden, was mit diesem Wissen geschieht. Heute ist dieses Recht auf Privatsphäre, Wissen und seine Verwendung Opfer eines kühnen Marktabenteuers geworden, dessen Motor die einseitigen Ansprüche auf anderer Menschen Erfahrungen und das aus ihnen gewonnene Wissen sind. Was bedeutet dieser Wandel für uns, für unsere Kinder und für die Möglichkeit einer Zukunft des Menschen in einer digitalen Welt?

5 Vgl. Nest to Join Forces with Google's Hardware Team, [www.blog.google](http://www.blog.google), 7.2.2018.

6 Grant Hernandez, Orlando Arias, Daniel Buentello, Yier Jin, Smart nest thermostat: A smart spy in your home, [www.blakhat.com](http://www.blakhat.com), 2014.

7 Guido Noto La Diega, Contracting for the ‚Internet of Tings‘: Looking into the Nest, [www.papers.ssrn.com](http://www.papers.ssrn.com) 16.11.2017.

8 Grant Hernandez u.a., Smart nest thermostat, a.a.O.

Es geht um die Verfinsterung des digitalen Traums und dessen rapide Mutation zu einem ganz und gar neuen, gefräßigen, kommerziell orientierten Projekt, dem ich den Namen Überwachungskapitalismus gegeben habe.

### **Die menschliche Erfahrung als Rohstoff**

Überwachungskapitalismus beansprucht einseitig menschliche Erfahrung als Rohstoff zur Umwandlung in Verhaltensdaten. Ein Teil dieser Daten dient der Verbesserung von Produkten und Diensten, den Rest erklärt man zu proprietärem Verhaltensüberschuss, aus dem man mit Hilfe künstlicher Intelligenz Vorhersageprodukte fertigt, die erahnen, was sie jetzt, in Kürze oder irgendwann tun. Und schließlich werden diese Vorhersageprodukte auf einer neuen Art von Marktplatz für Verhaltensvorhersagen gehandelt, den ich als Verhaltensterminkontraktmarkt bezeichne. So erpicht, wie zahllose Unternehmen darauf sind, auf unser künftiges Verhalten zu wetten, haben Überwachungskapitalisten es mittels dieser Operationen zu immensem Wohlstand gebracht.

Faktisch zwingt heute die Wettbewerbsdynamik die Überwachungskapitalisten zum Erwerb immer aussagekräftigerer Quellen für Verhaltensüberschuss, wie sie etwa unsere Stimmen, Persönlichkeiten und Emotionen darstellen. Und schließlich sind sie dahintergekommen, dass man die aussagekräftigsten Verhaltensdaten überhaupt durch den aktiven Eingriff in den Stand der Dinge bekommt, mit anderen Worten, indem man Verhalten anstößt, herauskitzelt, tunt und in der Herde in Richtung profitabler Ergebnisse treibt.

Motor dieser Entwicklung ist der Wettbewerbsdruck; Ergebnis dieses Wandels ist, dass automatisierte Maschinenprozesse unser Verhalten nicht nur kennen, sondern auch in einer wirtschaftlichen Größenordnung auszuformen vermögen. Angesichts dieser Abwendung vom bloßen Wissen hin zur Machtausübung genügt es nicht mehr, den Fluss der Informationen über uns zu automatisieren. Das neue Ziel besteht darin, uns selbst zu automatisieren. In dieser Evolutionsphase des Überwachungskapitalismus werden die Produktionsmittel zunehmend komplexen und umfassenden „Verhaltensmodifikationsmitteln“ untergeordnet. Auf diese Weise gebiert der Überwachungskapitalismus eine neue Spezies von Macht, die ich als Instrumentarismus bezeichne. Instrumentäre Macht kennt und formt menschliches Verhalten im Sinne der Ziele anderer. Anstatt Waffen und Armeen bedient sie sich zur Durchsetzung ihres Willens eines automatisierten Mediums: der zunehmend allgegenwärtigen rechnergestützten Architektur „intelligenter“ vernetzter Geräte, Dinge und Räume.

Es ist sehr schwierig geworden, diesem kühnen Marktprojekt zu entkommen, reichen seine Tentakel doch mittlerweile von der sachten Beeinflussung argloser Pokémon-Go-Spieler, ihr Geld in Restaurants, Bars, Imbissstuben und Geschäfte zu tragen, die für ihre Wetten auf den Verhaltensterminkontraktmärkten bezahlen, bis hin zur skrupellosen Enteignung

von Facebook-Profilen zum Zweck der Ausformung individuellen Verhaltens – sei es der Kauf einer Pickelsalbe freitags um Viertel vor sechs, der Klick auf ein Paar Laufschuhe während des Endorphinschubs nach dem Jogging am Sonntagmorgen oder die Parlamentswahl kommende Woche. So wie der Industriekapitalismus sich zur fortwährenden Weiterentwicklung der Produktionsmittel für die Herstellung preiswerter Produkte gezwungen sah, so sind die Überwachungskapitalisten und ihre Klientel heute Sklaven der fortwährenden Weiterentwicklung ihrer Mittel zur Verhaltensmodifikation und der zunehmenden Gewalt instrumentärer Macht.

Der Überwachungskapitalismus läuft dem ursprünglichen digitalen Traum zuwider; das ursprüngliche Konzept des „bewussten Zuhauses“ ist dank seiner längst obsolet. Er macht Schluss mit der Illusion, der vernetzten Form wohne so etwas wie eine immanente Moral inne – dass „verbunden“ zu sein doch essenziell prosozial und integrativ sein müsse oder von Natur aus zur Demokratisierung von Wissen neige. Digitales Verbundensein ist heute ein Mittel, das anderen Leuten dazu dient, ihre geschäftlichen Ziele zu erreichen. Im Grunde seines Wesens ist der Überwachungskapitalismus parasitär und selbstreferenziell. Er haucht der alten Vorstellung vom Kapitalismus als sich von der Arbeit nährendem Vampir neues Leben ein – wenn auch mit einem von Marx nicht vorhergesehenen Dreh: Anstatt von Arbeit nährt der Überwachungskapitalismus sich von jeder Art menschlicher Erfahrung.

### Google als Pionier

Erfunden und perfektioniert hat den Überwachungskapitalismus Google, und zwar so ziemlich auf dieselbe Art, wie General Motors den Managementkapitalismus erfunden und zur Vollendung gebracht hat. Google war der Pionier des Überwachungskapitalismus sowohl in der Theorie als auch in der Praxis; Google hatte das Geld für Forschung und Entwicklung; Google bahnte hinsichtlich Experiment und Implementierung den Weg. Nur dass das Unternehmen diesen Weg heute nicht mehr alleine geht. Der Überwachungskapitalismus breitete sich rasch auf Facebook und Microsoft aus, und es gibt Hinweise darauf, dass auch Amazon diesen Weg eingeschlagen hat. Und für Apple stellt er als Bedrohung von außen wie als Auslöser interner Debatten eine unablässige Herausforderung dar.

Als Pionier des Überwachungskapitalismus hat Google eine beispiellose Marktoperation losgetreten, einen Vorstoß in die unkartierten Weiten des Internets, wo es mangels Gesetz oder Wettbewerb so gut wie keine Hindernisse gab – die Analogie mit einer invasiven Spezies in einem Ökosystem ohne natürliche Feinde drängt sich auf. Man zögerte nicht, sich bestehenden Rechts zu bedienen, um sein Anrecht auf diesen rechtsfreien Raum geltend zu machen, und betrieb die systemische Geschlossenheit seiner Geschäfte mit einem halsbrecherischen Tempo, dem weder der Staat noch der Privatmensch zu folgen vermochte. Außerdem profitierte Google von den Wen-

dungen der Geschichte. Da ein nationaler Sicherheitsapparat sich nach 9/11 zum Handeln gezwungen sah, zeigte er sich, um der Allwissenheit und ihres Gewissheitsversprechens willen, mehr als geneigt, Googles im Entstehen begriffene Möglichkeiten zu hegen, nachzuahmen, zu schützen, sich diese nötigenfalls sogar anzueignen.

Rasch erkannten die Überwachungskapitalisten, dass sie tun und lassen konnten, was sie wollten. Im modischen Gewand von Anwaltschaftlichkeit und Emanzipation machte man sich die Ängste der Zweiten Moderne zunutze, während die eigentliche Arbeit hinter den Kulissen stattfand. Die Überwachungskapitalisten arbeiteten dabei im Schutz der Unlesbarkeit automatisierter proprietärer Prozesse, der Unwissenheit, die diese Prozesse erzeugen, sowie des Gefühls der Unabwendbarkeit, das sie befördern.

Der Überwachungskapitalismus beschränkt sich längst nicht mehr auf den dramatischen Wettbewerb zwischen den großen Internetfirmen, deren Verhaltensterminkontraktmärkte zunächst nur auf die Online-Werbung gerichtet waren; seine ökonomischen Imperative und Mechanismen sind zum Standardmodell praktisch aller webbasierten Unternehmen geworden. Und schließlich sorgte der Wettbewerbsdruck dann auch für die Ausdehnung in die Offline-Welt, wo dieselben Grundmechanismen, die Sie online Ihres Browserverhaltens, Ihrer „Likes“ und Klicks enteignen, auf Ihr Jogging im Park, auf Ihre Frühstückskonversation und auf Ihre Jagd nach einem Parkplatz gerichtet sind.

Und die Verhaltensterminkontraktmärkte, auf denen heute Vorhersageprodukte gehandelt werden, erstrecken sich weit über die zielgerichtete Online-Werbung hinaus auf zahlreiche andere Geschäftsfelder, so etwa Versicherungen, Einzelhandel, Finanzwesen und ein wachsendes Spektrum von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, die fest entschlossen sind, an diesen neuen und profitablen Märkten teilzuhaben. Egal, ob es um „intelligente“ Geräte für zu Hause geht, um „verhaltensorientierte“ Versicherungsprämien oder irgendeine von Tausenden anderer Transaktionen, wir sehen uns entmündigt und müssen dafür auch noch bezahlen.

So gesehen sind die Produkte und Dienstleistungen des Überwachungskapitalismus mitnichten die Objekte eines Wertaustauschs; von einer konstruktiven Reziprozität zwischen Produzent und Konsument kann hier keine Rede mehr sein. Vielmehr sind sie „Köder“, die die Nutzer in seine ausbeuterischen Operationen locken, in denen man ihre persönliche Erfahrungswelt ausschachtet und sie als Mittel, das den Zielen anderer Leute dient, verpackt und verkauft. Weder sind wir die „Kunden“ des Überwachungskapitalismus, noch gilt das Motto „wenn es nichts kostet, bist du das Produkt“. Wir sind die Quellen für den alles entscheidenden Überschuss des Überwachungskapitalismus – die Objekte einer technologisch fortgeschrittenen und zunehmend unentrinnbaren Operation zur Rohstoffgewinnung. Die eigentlichen Kunden des Überwachungskapitalismus sind die Unternehmen, die ihre Wetten auf seinen Märkten für künftiges Verhalten platzieren.

Gemäß dieser Logik erneuern wir täglich den zeitgenössischen faustischen Pakt. „Faustisch“ deshalb, weil es uns – trotz des Umstands, dass das, was

wir dafür geben müssen, unser Leben auf immer verändern wird – nahezu unmöglich ist, uns diesem Pakt zu entziehen. Bedenken Sie Folgendes: Das Internet ist unabdingbar geworden für soziale Teilhabe; das Internet ist heute vom Kommerz bestimmt; dieser Kommerz ist heute dem Überwachungskapitalismus untergeordnet. Unsere Abhängigkeit steht demnach im Herzen des kommerziellen Überwachungsprojekts, in dem unser gefühltes Bedürfnis nach einem effektiven Leben mit der Neigung ringt, seinen dreisten Eingriffen zu widerstehen. Dieser Konflikt sorgt für eine seelisch-geistige Abstumpfung, die uns dickfellig macht gegenüber der Realität, getrackt, geparst, ausgewrungen und modifiziert zu werden. Sie sorgt für eine Neigung, uns die Lage in einer Art zynischer Resignation schönzureden, uns mit Ausflüchten – „ich habe ja nichts zu verstecken“ – zu verteidigen oder den Kopf sonst wie in den Sand zu stecken. Wir entscheiden uns also aus Überdruß und Hilflosigkeit für die Unwissenheit.<sup>9</sup> So zwingt uns der Überwachungskapitalismus, eine von Grund auf illegitime Entscheidung zu treffen, die eines Individuums im 21. Jahrhundert unwürdig ist. Und dass sie zum Normalfall wird, lässt uns, obschon in Ketten gelegt, auch noch jubilieren.<sup>10</sup>

Der Überwachungskapitalismus operiert mittels dieser beispiellosen Asymmetrien an Wissen und der Macht, die damit einhergeht. Überwachungskapitalisten wissen alles über uns, während ihre Operationen so gestaltet sind, uns gegenüber unkenntlich zu sein. Überwachungskapitalisten entziehen uns unermessliche Mengen neuen Wissens, aber nicht für uns; sie sagen unsere Zukunft nicht zu unserem, sondern zu anderer Leute Vorteil voraus. Solange wir dem Überwachungskapitalismus und seinen Verhaltens-terminkontraktmärkten zu florieren gestatten, so lange wird der Besitz der neuen Verhaltensmodifikationsmittel den Besitz der Produktionsmittel als Ursprung kapitalistischen Wohlstands und der Macht im 21. Jahrhundert in den Schatten stellen.

Der Schluss liegt nahe, dass es sich beim Überwachungskapitalismus um eine aus dem Ruder gelaufene, von neuartigen ökonomischen Imperativen getriebene Kraft handelt, die nicht nur soziale Normen ignoriert, sondern auch die Naturrechte aufhebt, die wir mit der Souveränität des Einzelnen verbinden und auf denen jede Möglichkeit von Demokratie an sich baut.

So wie die Industriezivilisation auf Kosten der Natur florierete und uns heute die Erde zu kosten droht, wird eine vom Überwachungskapitalismus und seiner instrumentären Macht geprägte Informationszivilisation auf Kosten der menschlichen Natur florieren, womit sie uns unser Menschsein zu kosten droht. Das industrielle Erbe eines Klimadesasters erfüllt uns mit Schrecken, Gewissensbissen und Angst. Vor welchem ungeahnten Erbe von Schädigungen und Gewissensbissen werden sich dann künftige Generationen sehen, wenn der Überwachungskapitalismus die beherrschende Form des Informationskapitalismus unserer Zeit werden sollte?

9 Für eine hellsichtige frühe Darstellung dieser Themen vgl. Landon Winner, A victory for computer populism, in: „Technology Review“, 4/1991, S. 66.

10 Die Wendung verdanke ich Roberto Mangabeira Unger, The Dictatorship of No Alternatives, in: What Should the Left propose?, London/New York 2006, S. 1-11.

## Das Beispiellose

Unter den Gründen für die zahlreichen Triumphe des Überwachungskapitalismus ragt einer deutlich hervor: seine Beispiellosigkeit. Das Beispiellose ist seinem Wesen nach nicht zu erkennen. Begegnet uns etwas Beispiellooses, interpretieren wir es zwangsläufig durch die Optik vertrauter Kategorien, was es uns unmöglich macht, es tatsächlich zu sehen. Ein klassisches Beispiel ist die Vorstellung vom „pferdelosen Wagen“, auf welche die Leute zurückgriffen, als sie sich zum ersten Mal mit dem beispiellosten Faktum eines „Motorwagens“ konfrontiert sahen. So sperrt sich das Beispiellose zwangsläufig unserem Verständnis, denn bestehende Sichtweisen heben das Vertraute hervor, während sie den Blick auf das Neue dadurch trüben, dass sie das Beispiellose lediglich als Auswuchs der Vergangenheit sehen. Durch diese Normalisierung des Abnormen gestaltet sich die Kampfansage an das Beispiellose nur umso schwieriger.

Seine Beispiellosigkeit hat es dem Überwachungskapitalismus ermöglicht, sich dem systematischen Wettbewerb zu entziehen, weil er durch vertraute Optiken einfach nicht hinlänglich zu erkennen ist. Wir verlassen uns bei unserer Kritik an überwachungskapitalistischen Praktiken auf Kategorien wie „Monopole“ oder die „Verletzung des Rechts auf Privatsphäre“. Aber selbst wenn man diese nicht außen vor lassen kann, weil überwachungskapitalistische Operationen auch Monopole sind und zweifelsohne eine Bedrohung der Privatsphäre darstellen, versagen diese Kategorien bei der Aufgabe, die ebenso wesentlichen wie beispiellosten Fakten des neuen Regimes zu identifizieren.

Unsere Anstrengungen, dem Beispiellosten zu begegnen, müssen mit der Erkenntnis beginnen, dass wir hinter dem Puppenspieler her sind und nicht hinter der Puppe. Eine erste Hürde vor einem Verständnis ist die Verwechslung des Überwachungskapitalismus mit den Technologien, derer er sich bedient. Der Überwachungskapitalismus ist keine Technologie; er ist vielmehr die Logik, die die Technologie und ihr Handeln beseelt. Der Überwachungskapitalismus ist eine Marktform, die außerhalb des digitalen Milieus unvorstellbar ist, aber sie ist nicht mit „dem Digitalen“ gleichzusetzen. Wie wir an der „AwareHome“-Episode gesehen haben, kann das Digitale viele Formen annehmen, je nach der sozialen und ökonomischen Logik, die ihm Leben einhaucht. Den Preis, in diesem Falle Knechtung und Hilflosigkeit, weist ihm der Überwachungskapitalismus zu, nicht etwa die Technologie.

Dass es sich beim Überwachungskapitalismus um Logik in Aktion handelt und nicht um eine Technologie, ist schon deshalb ein wesentlicher Punkt, weil Überwachungskapitalisten uns ihre Praktiken als unvermeidbare Funktionen der von ihnen eingesetzten Technologien zu verkaufen versuchen. 2009 zum Beispiel wurde sich die Öffentlichkeit zum ersten Mal bewusst, dass Google unseren Suchverlauf zeitlich unbegrenzt speichert, dass diese Daten mit anderen Worten nicht nur Rohstoffvorkommen sind, sondern auch Nachrichtendiensten und Strafverfolgungsbehörden zugänglich sind. Nach diesen Praktiken gefragt, sinnierte der damalige CEO des Unternehmens,

Eric Schmidt: „Tatsache ist, dass Suchmaschinen wie Google diese Informationen für einige Zeit speichern.“<sup>11</sup>

Suchmaschinen speichern jedoch nicht von sich aus; es ist der Überwachungskapitalismus, der speichern lässt. Schmidts Aussage ist klassische Irreführung. Sie versucht, der Öffentlichkeit kommerzielle Imperative als technische Notwendigkeiten anzudrehen. Sie verschleiert die konkreten Praktiken des Überwachungskapitalismus ebenso wie die spezifischen Entscheidungen hinter Googles spezieller Art von Suche. Vor allem aber stellt sie die Praktiken des Überwachungskapitalismus als unvermeidbar hin, wo sie doch in Wirklichkeit ebenso akribisch kalkulierte wie üppig finanzierte Mittel zu eigennützigem kommerziellen Handeln sind. Bei allem futuristischen Raffinement digitaler Innovation unterscheidet sich die Message überwachungskapitalistischer Unternehmen kaum von dem Motto, unter dem 1933 die Chicagoer Weltausstellung stand: „Science Finds – Industry Applies – Man Conforms“: „Die Wissenschaft [er]findet – Die Industrie wendet an – Der Mensch passt sich an“.

Technologie existiert nie für sich selbst, nie unabhängig von Wirtschaft und Gesellschaft. Das wiederum impliziert, dass es so etwas wie technologische Unvermeidbarkeit schlicht nicht gibt. Eine Technologie ist nie Selbstzweck, sondern immer ökonomisches Mittel: In der Moderne ist die DNA der Technologie in ihrem Wesen am jeweiligen Muster „ökonomischer Orientierung“ ausgerichtet, wie Max Weber es nennt.<sup>12</sup>

Wirtschaftliche Ziele sind laut Max Weber integraler Bestandteil sowohl bei der Entwicklung als auch im Einsatz von Technologie. „Wirtschaften“, er meint damit ökonomisches Handeln, bestimme die Ziele, wogegen die Technologie nur die „geeigneten Mittel“ stelle. In einer modernen kapitalistischen Gesellschaft ist Technologie Ausdruck ökonomischer Zielsetzung, die ihre Umsetzung dirigiert. Das war immer so und wird auch immer so bleiben.

Der Überwachungskapitalismus setzt viele Technologien ein, kann aber nicht mit irgendeiner dieser Technologien gleichgesetzt werden. Seine Operationen mögen sich Plattformen bedienen, sind aber nicht mit diesen gleichzusetzen. Er bedient sich der Maschinenintelligenz, ist aber nicht auf diese zu reduzieren. Er produziert und stützt sich auf Algorithmen, ist aber nicht dasselbe wie ein Algorithmus. Die einzigartigen ökonomischen Imperative des Überwachungskapitalismus sind die Puppenspieler, die hinter dem Vorhang die Drähte der Maschinen ziehen, sie ausrichten, sie handeln lassen. Diese Imperative, um eine weitere Metapher zu bemühen, sind das weiche Gewebe des Körpers, das beim Röntgen zwar nicht zu sehen ist, aber die eigentliche Arbeit der Verbindung zwischen Muskeln und Knochen zu leisten hat.

Wir sind nicht die Ersten, die auf die technologische Illusion hereinfallen. Es handelt sich dabei um ein Thema gesellschaftstheoretischen Denkens, das mindestens so alt ist wie das Trojanische Pferd. Und dennoch vergisst jede

11 Jared Newman, Google's Schmidt Roasted for Privacy Comments, [www.pcworld.com](http://www.pcworld.com), 11.12.2009.

12 Max Weber, Grundriss der Sozialökonomik, III. Abteilung, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1922.

Generation aufs Neue, dass Technik stets Ausdruck ganz anderer Interessen ist. In der Moderne sind das die Interessen des Kapitals, und in unserer Zeit ist es das Überwachungskapital, welches das digitale Milieu dirigiert und damit unseren Weg in die Zukunft bestimmt. Wir müssen daher die Gesetzmäßigkeiten des Überwachungskapitalismus durchschauen; schließlich sind sie es, die heute diese exotischen Trojanischen Pferde beseelen, die uns mit uralten Fragen konfrontieren, während sie sich auf unser Leben zubewegen, unsere Gesellschaften, unsere Zivilisation.

Es ist nicht das erste Mal, dass wir uns vor einem Abgrund wie diesem sehen. „Wir stolpern jetzt schon geraume Zeit so dahin in unserem Versuch, eine neue Zivilisation auf herkömmliche Weise zu führen, aber es wird langsam Zeit für eine Neugestaltung der Welt.“<sup>13</sup> 1912 legte Thomas Edison in einem Brief an Henry Ford seine Vision einer neuen Industriezivilisation dar. Edison machte sich Sorgen, die hartnäckige Macht von Raubkapitalismus und Monopolökonomien könnte das Potential des Industrialismus zum Fortschritt der Menschheit hintertreiben. Er kritisierte den amerikanischen Kapitalismus als „verschwenderisch“ und „grausam“: „Unsere Produktion, unsere Fabrikgesetze, unsere Wohlfahrtseinrichtungen, unsere Beziehungen von Kapital und Arbeit, unser Vertrieb – alles verkehrt, Leerlauf, wohin man sieht.“ Sowohl Edison als auch Ford verstanden, dass die moderne Industriezivilisation, in die sie so große Hoffnungen setzten, einer Finsternis entgegentaumelte, die von Elend für die vielen und Wohlstand für die wenigen gekennzeichnet war.

Für unseren Diskurs von besonderer Bedeutung ist, dass beide, Edison wie Ford, eines begriffen hatten: Das moralische Leben der Industriezivilisation würde durch die Praktiken des Kapitalismus geformt werden, der zu ihrer Zeit auf dem Weg zur Vorherrschaft war. Beide waren sie überzeugt davon, dass Amerika und letztlich die ganze Welt einen neuen, vernünftigeren Kapitalismus erarbeiten müssten, um eine Zukunft konfliktträchtigen Elends abzuwenden. Edisons Ansicht nach wäre dabei alles neu zu gestalten – neue Technologien, ja, aber diese hätten eine neue Art des Verständnisses für die Bedürfnisse der Menschen und deren Befriedigung zu reflektieren; es bräuchte ein neues Wirtschaftsmodell, das diese neuen Praktiken profitabel machen könnte; aber es bräuchte auch einen neuen Gesellschaftsvertrag, der all das zu tragen vermochte. Ein neues Jahrhundert war angebrochen, aber die Evolution des Kapitalismus gehorchte, wie der Mahlstrom der Zivilisationen, weder einem Kalender noch einer Uhr. Man schrieb das Jahr 1912, und das 19. Jahrhundert weigerte sich, seinen Anspruch auf das 20. aufzugeben.

Dasselbe ließe sich über unsere Zeit sagen. Während ich diese Worte schreibe, befinden wir uns bereits mitten im zweiten Jahrzehnt des 21., sehen uns aber nach wie vor in den Klauen des ökonomischen und sozialen Wettstreits des 20. Jahrhunderts. Dieser Wettstreit bildet die Bühne, auf welcher der Überwachungskapitalismus sein Debüt feierte und sich als Urheber eines neuen Kapitels in der langen Saga der kapitalistischen Evolution zum Star

<sup>13</sup> Edison in einem Brief an Henry Ford, 1912, vgl. Raymond Léopold Bruckberger, A Second U.S. Revolution that shook all Mankind, in: „Life“, 13.7.1959, S. 96.

zu entwickeln begann. Der Überwachungskapitalismus ist kein Unfall über-eifriger Technologen, sondern ein aus dem Ruder gelaufener Kapitalismus, der gelernt hat, seine historischen Bedingungen raffiniert auszubeuten und seinen Erfolg zu verteidigen.

### **Staatsstreich von oben**

Seine Kräfte sammelte die instrumentäre Macht des Überwachungskapitalismus auch außerhalb der Demokratie. Demokratische Gesellschaften kennzeichnet ein hohes Maß an Schutzlosigkeit gegenüber beispiellosen Formen von Macht, und es kann kein Gesetz geben, das uns vor dem Beispiellosen schützt. Von dieser Warte aus können wir den Überwachungskapitalismus als Teilbewegung einer alarmierenden globalen Abtrift hin zu einer Aufweichung der öffentlichen Zustimmung zur Notwendigkeit und Unveräußerlichkeit der Demokratie selbst betrachten, die viele Politologen heute beobachten.

Durch die erfolgreiche Durchsetzung des Anspruchs auf Freiheit und Wissen sowie auf seine strukturelle Unabhängigkeit vom Menschen – weder als Angestellte noch als Kundschaft – manövriert uns der Überwachungskapitalismus heute mittels der radikalen Indifferenz, die diese Ansprüche sowohl bedingen als auch ermöglichen und aufrechterhalten, einer Gesellschaft entgegen, in der der Kapitalismus nicht länger als Mittel inklusiver politischer und ökonomischer Institutionen funktioniert. Stattdessen müssen wir den Überwachungskapitalismus als das erkennen, was er ist: eine zutiefst antidemokratische soziale Kraft.

Der antidemokratische und antiegalitäre Moloch des Überwachungskapitalismus lässt sich am besten als marktorientierter Coup d'État von oben beschreiben. Er ist kein Staatsstreich im klassischen Sinne, sondern vielmehr ein Coup de Gens im Gewand des technologischen Trojanischen Pferds. Kraft seiner dreisten Annexion menschlicher Erfahrung bringt dieser Putsch es zu exklusiven Konzentrationen von Wissen und Macht, mit denen er seinen privilegierten Einfluss auf die Wissensteilung in der Gesellschaft aufrechterhält. Damit privatisiert er das zentrale Prinzip sozialer Ordnung im 21. Jahrhundert. Es handelt sich hier um eine Form der Tyrannei, die sich vom Menschen nährt, aber nicht vom Menschen ist.

Ich benutze das Wort „Tyrannei“ hier nicht leichtfertig. Wie der instrumentäre Schwarm ist die Tyrannei die Auslöschung von Politik. Der Überwachungskapitalismus herrscht mittels instrumentärer Macht, die wie der Tyrann außerhalb der Menschheit existiert, während sie paradoxerweise menschliche Gestalt annimmt. Die Tyrannei des Überwachungskapitalismus erfordert die Peitsche des Despoten ebenso wenig wie die Konzentrationslager und Gulags des Totalitarismus. Alles, was nötig ist, findet sich in beruhigenden Messages und Emoticons, im sachten Drängen und Schieben der anderen und dem unwiderstehlichen Ansporn zur Konfluenz, in den Sensoren in Ihrem Hemd und der einlullenden Stimme, die Ihnen Ihre Fragen

beantwortet, dem Fernseher, der Sie hört, dem Haus, das Sie kennt, dem Bett, das Ihrem nächtlichen Flüstern lauscht, dem Buch, das Sie liest...

Der Aufstieg der instrumentären Macht ist freilich als unblutiger Putsch geplant; statt der gegen unsere Körper gerichteten Gewalt gleicht die instrumentäre Dritte Moderne eher einer Dressur. Ihre Lösung für die immer lauter werdenden Forderungen nach einem effektiven Leben fußt auf dem allmählichen Ausmerzen von Chaos, Ungewissheit, Anomalien und Konflikt zugunsten von Vorhersagbarkeit, automatisierter Regelmäßigkeit, Transparenz, Konfluenz, Überredung und Befriedung. Man erwartet von uns, unsere Autorität abzutreten, uns keine Sorgen zu machen, den Mund zu halten, uns treiben zu lassen und uns den technologischen Visionären zu beugen, deren Reichtum und Macht als Beweis für ihre überlegene Urteilskraft stehen sollen. Man geht davon aus, dass wir uns einer Zukunft ergeben, in der wir über weniger Kontrolle verfügen und machtloser sind denn je, in der uns neue Quellen der Ungleichheit spalten und unterwerfen, in der einige von uns Herren sind und viele untertan, in der einige Stimulus sind und die vielen anderen nichts weiter als bloße willenlose Reaktion.

**WESPENNEST 175 HILFE**

Soll für Hilfe Gegenleistung verlangt werden?  
Welchen Wandlungen unterliegt Caritas in Zeiten politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Veränderungen? Wir versammeln verschiedene Perspektiven auf Hilfe und Solidarität, beleuchten den Mythos Bill Gates und erkunden die Entwicklung sozialen Wohnbaus.

**wespennest**  
HILFE

Im gut sortierten Buchhandel oder direkt:  
Wespennest  
Rembrandtstr. 31/4, 1020 Wien  
T: +43-1-332.66.91  
F: +43-1-333.29.70  
office@wespennest.at

Testen Sie die Ausgabe «be-, ent-, ver- fremden» (Nr. 172) oder «Kultur erben» (Nr. 173) zum halben Preis oder entscheiden Sie sich für ein Abonnement zum Preis von 40,- € für 4 Hefte (2-Jahres-Abo). Als Abobeigabe stehen attraktive Buchgeschenke und CDs zur Auswahl.

[www.wespennest.at](http://www.wespennest.at)

Anzeige



© Dennis Williamson

WINFRIED  
KRETSCHMANN

## **In Zeiten stürmischen Wandels braucht es Prinzipien und Haltungen, die den Tag überdauern.**

Wie sieht eine zeitgemäße  
Idee des Konservativen aus?  
Und kann sie die Sehnsucht  
vieler Menschen nach Halt  
und Sicherheit erfüllen?  
Winfried Kretschmann,  
Gründungsmitglied der  
Grünen, findet ganz eigene  
und überzeugende Ant-  
worten auf diese Frage.



# Smart City oder: Die Stadt der Konzerne?

Von Arno Brandt und Dieter Läßle

Die Stadt der Zukunft soll in den kommenden Jahren in der kanadischen Metropole Toronto entstehen. Im ehemaligen Hafengebiet Quay-side wird dann die sogenannte Smart City „Sidewalk Toronto“ errichtet. Ihr geplantes Straßenbild könnte einem Science-Fiction-Film entstammen: Autonom fahrende Taxis gleiten durch die Straßen, Roboter beseitigen den Müll über unterirdische Tunnelsysteme, surrende Drohnen liefern Waren und bestelltes Essen aus. Eine Unzahl von Sensoren und Kameras sammeln Daten und Bilder in öffentlichen Räumen und Gebäuden und nutzen sie zur Verkehrssteuerung und Warenlogistik, zur Klimatisierung und Beleuchtung, aber auch zur sozialen Kontrolle. So jedenfalls stellt sich Googles Mutterkonzern, die Alphabet Group, die Smart City von morgen vor. Sidewalk Labs – wörtlich: Bürgersteig-Labore – heißt der entsprechende Zweig des Unternehmens, der mit der Konzeption und dem Bau des neuen Stadtviertels betraut ist. Die Smart City „Sidewalk Toronto“ ist dabei weit mehr als nur ein Modellprojekt: Der kanadische Premierminister Justin Trudeau hofft, dass eines nicht allzu fernen Tages tatsächlich zehntausende Menschen in Quay-side leben und arbeiten werden, und Google möchte damit Toronto zu einem „global hub“ einer neuen Industrie für urbane Innovationen machen.<sup>1</sup>

Geht es nach Sidewalk Labs, sollen smarte Städte in Zukunft auf der ganzen Welt ein breites Spektrum urbaner Dienstleistungen und modernster Infrastrukturen anbieten und damit die Städte lebenswerter, grüner, inklusiver und ökonomisch erfolgreicher machen. Derlei Versprechungen werfen allerdings Fragen auf: Welchen Beitrag können digitale Technologien und Big Data für die ökologische, soziale und ökonomische Entwicklung von urbanen Räumen leisten? Aber vor allem: Zu welchem Preis werden sie dies tun, und wer wird die Entscheidungsmacht und Kontrolle haben? Denn die wichtigsten Antreiber der Smart-City-Utopien sind vor allem global operierende Technologie- und Internetkonzerne. Geht es nach ihnen, sind die öffentlichen Räume künftig nicht nur überaus „smart“, sondern auch bis in die letzten Winkel überwacht und kommerzialisiert.

Die Geschäftsmodelle der Smart City markieren daher einen zivilisatorischen Bruch mit der Idee der offenen Stadt, wie sie etwa Richard Sen-

1 Vgl. Abe Michelen, Sidewalk Toronto: A Google „Smart City“ of the Future, [www.globalspec.com](http://www.globalspec.com), 18.10.2017.

nett beschreibt. Der Soziologe betrachtet die vitale, kreative und innovative Stadt als ein Netzwerk ohne zentrale Knoten und somit als einen komplexen Organismus.<sup>2</sup> Dieser ist gerade nicht perfekt synchronisiert. Vielmehr erlauben seine unkontrollierten Nischen und privaten Rückzugsorte individuelle Freiheiten, demokratische Gegenkulturen und politische Gestaltungsperspektiven – die wiederum die Voraussetzungen für ein demokratisches, urbanes Gemeinwesen bilden.<sup>3</sup> Somit sind es nach Sennett gerade die informellen sozialen Beziehungen und Widersprüche, die soziale bzw. ökonomische Innovationen sowie ein aktives gesellschaftliches Leben ermöglichen.

### Die Smart City als Private City

Das große Versprechen der Internet- und Technikkonzerne läuft jedoch darauf hinaus, weitgehend alle Bereiche der Stadt einem Effizienz kalkül zu unterwerfen: „Das höchste Ideal im Universum der Smart City ist der störungsfreie, planbare Ablauf des städtischen Alltags. Die Stadt soll wie eine gut geölte Maschine funktionieren.“<sup>4</sup> Die Geisteshaltung, die in diesem technizistischen Verständnis von Stadt als Maschine zum Ausdruck kommt, hat Evgeny Morozov „Solutionismus“ genannt: „Die Idee, dass man alle Probleme mit dem richtigen Programm lösen kann, ohne mühsame Abwägung von Partialinteressen oder einer öffentlichen Verständigung über gemeinsame Ziele. Ein solcher ‚Solutionismus‘ ist das Prinzip des Neoliberalismus, dessen Ziel es ist, Politik so reibungslos wie eine App zu betreiben, statt mit Hilfe mühsamer Methoden wie Streit und Kritik.“<sup>5</sup>

Dementsprechend fasst die Smart City die inneren Dissonanzen, Spannungen und kreativen Unordnungen vor allem als Störfaktor auf und will diese zugunsten einer umfassenden Kontrolle beseitigen: „Mit dem Hinweis aufs Gemeinwohl wird zwangsvernetzt. Dadurch wird der Energieverbrauch tatsächlich gesenkt – das Niveau der Privatsphäre und Handlungsautonomie aber auch.“<sup>6</sup> Aus diesem Grund ist gerade die Vorstellung der Konzerne, dass wesentliche urbane Funktionsbereiche der Smart City über eine zentrale technische Plattform gesteuert werden, letztlich nur möglich, wenn urbane Dienstleistungen weitgehend privatisiert oder dem privaten Zugriff untergeordnet werden: „Als ökonomisches Konstrukt ist die Smart City einer bewohnbaren Shopping Mall näher als einer klassischen Stadt.“<sup>7</sup> Die Smart City könnte sich in diesem Zusammenhang auch als Einfallstor für Konzernstrategien erweisen, die bislang noch öffentlichen Bereiche der Daseinsvorsorge nicht mehr dem Gemeinwohl, sondern dem privatwirtschaftlichen Verwertungskalkül zu unterwerfen. So wird schrittweise auch die Verfü-

2 Richard Sennett, *Building and Dwelling. Ethics for the City*, New York 2018, S. 5.

3 Vgl. Manuela Lenzen, *Künstliche Intelligenz. Was sie kann und was uns erwartet*, München 2018, S. 176; Harald Welzer, *Autonomie. Eine Verteidigung*, Frankfurt a. M. 2015, S. 181 ff.

4 Christoph Laimer, *Smart Cities. Zurück in die Zukunft*, in: „Dérive“, 56/2014, S. 5.

5 Harald Staun, *Die Ideologie der Digitalisierung*, in: „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ (FAS), 26.3.2018.

6 Niklas Maak, *Werden wir in Computern wohnen?*, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 18.11.2017.

7 Ebd.

gungsgewalt darüber, was die Stadt als solche und was urbane Lebensqualität im Kern ausmacht, einer demokratischen Legitimation durch die Bürgerinnen und Bürger entzogen.

### Die Smart City zwischen Nachhaltigkeit, Effizienz und Kommerz

Dennoch stoßen Visionen wie die von „Sidewalk Toronto“ auf großen Zuspruch. Dies erklärt sich mit dem erfolgreichen *Storytelling* eines Big-Data-Konzerns im sehr schnell ausufernden Diskurs über Smart Cities. Dieser wird durch immer neue „Weltkongresse“, Technologiemesen, Manifeste, Forschungsprojekte und Pressemitteilungen in Gang gehalten. Innerhalb dieses Diskurses lassen sich – idealtypisch – vor allem drei Narrative der Smart City unterscheiden: das urbanistische, das technizistische und das Big-Data-Narrativ.

Das *urbanistische Narrativ* einer Smart City knüpft an den Nachhaltigkeitsdiskurs an: Soziale und ökologische Herausforderungen der Stadtentwicklung sollen mit Hilfe „smarter“ Technologien bewältigt werden. Dieses Narrativ wird vor allem von Stadtverwaltungen, Regierungsorganisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft formuliert. Sie setzen auf konsequente Ressourcenschonung, eine postfossile Perspektive und eine Verkehrswende. Daneben wollen sie eine demokratische Beteiligungskultur etablieren, die auch soziale Aspekte der Stadtgesellschaft einbezieht. Dazu sollen unter Nutzung digitaler Medien neue Teilnehmungsformate für politische Entscheidungen sowie die Stadt- und Quartiersplanung entwickelt werden.<sup>8</sup>

Hingegen betont das *technizistische Narrativ* vor allem die digitale Vernetzung der Smart City als „Systemplattform“. Diesen Ansatz prägt ein überaus technisches Verständnis von Stadt als ein zu optimierendes komplexes Gesamtsystem. Er wird vor allem von klassischen Technologieunternehmen verfolgt.<sup>9</sup> Sie wollen mit einer übergreifenden Systemintegration zahlreicher städtischer Subsysteme – wie Mobilität, Energie, Gebäude, Wasserversorgung und Beleuchtung – ökonomische und ökologische Effizienzgewinne erzielen. Dafür sind Systementscheidungen erforderlich, die durch eine engmaschige Echtzeitüberwachung mit Hilfe von zahlreichen in der Stadt verteilten Sensoren und einer Datenverarbeitung auf der Basis komplexer Algorithmen ermöglicht werden sollen. Die Bürgerinnen und Bürger werden in diesem Smart-City-Modell zu Lieferanten von Daten und zu Konsumenten „sachgerechter“ Entscheidungen.

Das *Big-Data-Narrativ* der großen Internetkonzerne wiederum fokussiert vor allem auf neue, kundenspezifische Dienstleistungen, die über den möglichst unbegrenzten Zugriff auf personenbezogene Daten generiert und kundenindividuell vermarktet werden: Kostenlose Suchmaschinen, Instant-Messaging-Dienste, Stadtpläne, Verkehrsinformationen in Verbin-

8 Vgl. u. a. das EU-Projekt „smarticipate“ ([www.smarticipate.eu](http://www.smarticipate.eu)) und das BMBF-Projekt „Civitas Digitalis“ (<https://civitas-digitalis.informatik.uni-hamburg.de>).

9 Vgl. VDE, 10 Thesen zur Entwicklung von Smart Cities, Frankfurt a. M. 2014.

dung mit kostenlosen WiFi-Hotspots, Versandlogistik oder neue Fahrdienste (Moia etc.) öffnen schon jetzt einen fast unbegrenzten Zugang zu personenbezogenen Daten. Das Smartphone und die damit verbundenen Apps bieten gewissermaßen den Schlüssel zu diesen Daten – und damit den jeweiligen Geschäftsfeldern. Die Stadt und ihre Quartiere bieten das ideale Einfallstor, um die Daten im raum-zeitlichen Kontext abzuschöpfen und zugleich neue Dienstleistungen und Plattformen zu entwickeln und anzubieten. Besonders offensichtlich ist dies im Bereich der städtischen Ökonomie, wo durch das Auftreten von Plattformen wie Uber und Airbnb tradierte Formen der Stadtwirtschaft wie das Hotel- oder Taxigewerbe mit einer völlig neuen Konkurrenz konfrontiert sind.

Diese drei Narrative, so unterschiedliche Aspekte in ihnen auch zum Ausdruck kommen, überlagern sich in vielfältiger Weise. So bezieht sich das urbanistische Narrativ auch auf das technische Problemlösungsversprechen der Smart City und kommt ohne eine ökonomische Absicherung nicht aus, wie umgekehrt das technizistische und das Big-Data-Narrativ zur Legitimation ihrer Strategien auf Elemente des urbanistischen Narrativs zurückgreifen. Letztlich sind es vor allem die wirtschaftlichen Interessen, die die drei Narrative im Inneren zusammenhalten.

### **Die Ökonomie der Smart City**

Das verweist auf den heutigen digitalen Kapitalismus. Er zeichnet sich in seinem gegenwärtigen Stadium vor allem durch die Entstehung großer Internetkonzerne und den Wandel herkömmlicher Technologieanbieter aus. Nach der Finanzmarktkrise von 2008 strömte angesichts niedriger Renditen in den traditionellen Anlagebereichen massiv Kapital in vielversprechende Technologieplattformen.<sup>10</sup> Deren Dynamik speist sich einerseits aus den sogenannten Netzwerkeffekten von Informationsgütern und andererseits aus besonders positiven Erwartungen der Anleger an Investitionen in digitale Technologien. Im Kern geht es dabei um unterschiedliche Formen der Plattformökonomie, die mit Geschäftsmodellen des Big Data und der künstlichen Intelligenz verknüpft werden.

Die Geschäftsmodelle der Smart City sind integraler Bestandteil dieses Plattform-Kapitalismus, wobei unterschiedliche Plattfortmtypen in diesen Modellen zusammenfließen.<sup>11</sup> Generell zählt bei den Plattformen die Sammlung und Auswertung von Daten zu einer der tragenden Säulen der neuen Geschäftsmodelle. Als dynamische Zukunftsmärkte gelten dabei insbesondere Produkte und Dienstleistungen rund um das sogenannte Internet der Dinge im urbanen Kontext. Das Internet der Dinge ist eine internetbasierte Infrastruktur, die es ermöglicht, physische und virtuelle Gegenstände miteinander zu vernetzen. Auf diese Weise können beispielsweise nicht nur Ver-

10 Evgeny Morozov, *Big Tech und die Krise des Finanzkapitalismus*: in: Jakob Augstein, *Reclaim Autonomy. Selbstermächtigung in der digitalen Weltordnung*, Berlin 2017, S. 102.

11 Nick Srnicek, *Plattform-Kapitalismus*, Hamburg 2017, S. 52.

kehrsströme in Echtzeitkommunikation gelenkt, sondern auch automatisch agierende Fahrzeugdämpfer installiert oder der „regelkonforme Fahrstil“ kontrolliert – und damit der Versicherungswirtschaft wertvolle Informationen zum Verkehrsverhalten ihrer Kunden zur Verfügung gestellt werden. In der Smart City sollen nun die Dinge im öffentlichen und im privaten Raum vernetzt werden. Optimale Lösungen finden sich aus dieser Sicht nur, wenn das private Nutzerverhalten mit den urbanen Systemen der Daseinsvorsorge über die digitale Vernetzung interagiert: Um den urbanen Energieverbrauch zu optimieren, bedarf es des Zugriffs auf die häuslichen Thermostate.

Die Internet- und Technologiekonzerne wittern hier große Geschäfte, wofür nicht nur die erwähnten „Sidewalk Labs“ des Google-Mutterkonzerns Alphabet stehen. Auch die anderen Internetkonzerne sind längst in der Smart-City-Welt zu Hause. So ist Amazon nicht nur ein E-Commerce-Unternehmen, sondern auch eine Logistikfirma, die ihre Aktivitäten auf dem On-Demand-Markt mit einem Programm für Smart-Home-Lösungen ausweitet. Microsoft hat erst vor kurzem 80 Mio. US-Dollar in ein Smart-City-Projekt im Umland von Phoenix/Arizona investiert. Apple, das mit seinem iPhone ohnehin über eine Schlüsseltechnologie der Smart City verfügt, engagiert sich unter anderem gemeinsam mit IBM in Japan, um Gesundheits- und Pflegedienstleistungen für Senioren miteinander zu vernetzen.

Die Umsatzerwartungen auf diesem neuen Markt sind immens. Zwar sind Prognosen zu den Geschäftspotentialen der Smart Cities dünn gesät und aufgrund hoher Unsicherheiten sowie interessengeleiteter Ausrichtung auch nur bedingt aussagefähig und vergleichbar, aber soweit entsprechende Studien vorliegen, spiegeln sie überschwängliche Erwartungen.<sup>12</sup> Eine Studie der Consulting-Firma Frost & Sullivan aus dem Jahr 2017 prognostiziert etwa, dass Smart Cities bis 2025 ein Geschäftsvolumen im Wert von über zwei Billionen Dollar generieren. Das McKinsey Global Institute beziffert den potentiellen Effekt des Internets der Dinge, das ja in weiten Bereichen für Anwendungen in der Smart-City-Welt steht, für das Jahr 2025 sogar auf einen Wert von 3,9 bis 11 Billionen US-Dollar. Auch für Deutschland liegen Prognosen vor: Die Unternehmensberatung Arthur D. Little prognostiziert ein Marktpotential von 43,9 Mrd. Euro. Dem großen Zukunftsgeschäft steht demnach allerdings noch die fehlende Systemintegration entgegen, die derzeit die Zusammenführung der bislang weitgehend separaten Smart-City-Lösungen blockiert. Vor allem mangelt es an ganzheitlichen Smart-City-Konzepten, was aus dieser Sicht das „systemübergreifende Marktwachstum“ hemmt. Doch sollte es gelingen, die Daten aus den unterschiedlichen urbanen Dienstleistungs- und Infrastrukturbereichen – einschließlich der Smart Homes – miteinander zu verknüpfen und gemeinsam auszuwerten, ist eine weitere Expansion im Big-Data-Geschäft in enormer Größenordnung zu erwarten. Ob sich diese Markterwartungen als realistisch erweisen, ist derzeit aller-

12 Sarwant Singh, Smart cities, a 1,5 trillion-market opportunity, [www.forbes.com](http://www.forbes.com), 19.6.2014; Arthur D. Little, Smart City. Der deutsche Smart-City-Markt 2017-2022; Evgeny Morozov und Francesca Bria, Die smarte Stadt neu denken. Wie urbane Technologien demokratisiert werden können, Rosa-Luxemburg-Stiftung 2016, S. 16.

dings offen. In vielen Bereichen werden technische Lösungen für Probleme angeboten, die bisher kaum jemand als Problem erkannt hat. („Technology is the answer. But what was the question?“). Derzeit orientieren sich solche Angebote vielfach an den technischen Möglichkeiten der Hersteller, nicht aber am Nutzen der potentiellen Nachfrager. Hinzu kommt, dass sich die neuen Technologien vor allem aus dem Bereich der künstlichen Intelligenz als bemerkenswert unzulänglich und stör anfällig erweisen. Dies betrifft zum einen die reale Gefahr von Störungen durch Hacker-Angriffe oder die Anfälligkeit für kritische Situationen, die aus der hohen technologischen Komplexität resultiert. Zum anderen führen auch die vielfach nicht ausgereiften Produkte und Dienstleistungen zu entsprechend negativen Reaktionen auf der Nachfrageseite.

Gleichwohl fragen Kommunen in beachtlichem Maße die Smart-City-Angebote nach, weil viele Stadtregierungen der Überzeugung sind, dem neuen Trend folgen zu müssen, oder in der Standortkonkurrenz der Städte eine besondere Modernität und Innovationsbereitschaft demonstrieren wollen.<sup>13</sup> Dabei kann auch eine Rolle spielen, dass ihnen von Interessengruppen in der eigenen Bevölkerung die Umsetzung entsprechender Smart-City-Konzepte abverlangt wird („Digital first. Bedenken second“).

### Alternativen zur Smart City der Konzerne

Die gegenwärtige Dominanz der Technologie- und Internetkonzerne bedeutet jedoch nicht, dass die Smart City zwangsläufig und immer mit Gefahren für die offene Stadt verbunden sein muss. Vielmehr eröffnet die Digitalisierung den Städten und ihren Bürgern auch vielfältige Chancen und Handlungsperspektiven – allerdings nur dann, wenn die ökonomische und politische Macht der Technologie- und Internetkonzerne durch regulatorische Maßnahmen zurückgedrängt wird<sup>14</sup> und gleichzeitig die Bürgerinnen und Bürger über vielfältige Bottom-up-Prozesse in eine digitale Transformations-Roadmap eingebunden werden.

Dazu müssen zunächst die scheinbare Sachlogik der neuen Technologien durchbrochen und die Gestaltbarkeit digitaler Lösungen experimentell aufgezeigt und getestet werden. Es geht also nicht um Systemintegration, sondern darum, neue Handlungsräume mit Hilfe einer offenen Assemblage von technischen, sozialen und administrativen Praktiken und Innovationen zu erschließen. Gefragt ist eine Vielfalt ortsbezogener und problemgetriebener Lösungen. Wichtige Handlungsfelder bieten hier etwa ausgewählte Stadtquartiere, in denen neue Konzepte einer nachhaltigen lokalen Energieversorgung oder nachhaltigen Mobilitätskonzepte erprobt werden.

Erforderlich ist dazu eine klare Absage an das Optimierungsversprechen der Technologie- und Internetkonzerne. Wir stehen vor der drängenden Notwendigkeit, in unseren Städten das autozentrierte Erbe, das Prinzip

<sup>13</sup> Evgeny Morozov, Silicon Valley oder die Zukunft des digitalen Kapitalismus, in: „Blätter“, 1/2018, S. 104.

<sup>14</sup> Vgl. Achim Wambach, Begrenzt die Macht im Internet, in: FAS, 2.9.2018.

der Funktionstrennung und die nach wie vor hohe Abhängigkeit von fossiler Energie zu überwinden, und wir müssen Antworten auf die wachsende soziale Polarisierung finden. Daher verfehlt der Ansatz einer bloßen Optimierung bestehender Systeme von vornherein die Aufgabenstellung progressiver Stadtpolitik. Nötig sind vielmehr tiefgreifende urbane Transformationen, die eine öffentliche Verständigung über mögliche Zukunftsperspektiven und damit langwierige und mitunter konfliktreiche Aushandlungsprozesse innerhalb der Stadtgesellschaft erforderlich machen. Instrumente wie digitale Bürgerbeteiligungssysteme und datengestützte interaktive Stadtmodelle können dabei eine sinnvolle Unterstützung bieten, allerdings vermögen sie diese Verständigungs- und Aushandlungsprozesse nicht zu ersetzen. Die Stadt, auch in ihrer „smarten“ Form, ist keine Konsensmaschine, sondern ein Ort der Vielfalt und der Gegensätze. Daraus resultieren auch ihre Vitalität und Erneuerungskraft.

Gerade die Dezentralisierungspotentiale des digitalen Wandels sollten also in den Fokus der Stadtentwicklung geraten. Diese könnten die ökonomische und politische Macht der Konzerne begrenzen und Entwicklungsräume für fortschrittliche Initiativen und offene Projekte eröffnen. Eine neue digitale Agenda braucht vor allem eine Kultur der Experimente, für neue Formen der Kooperation und Koproduktion. In diesem Zusammenhang bieten sich im urbanen Raum insbesondere genossenschaftliche Organisationsformen an, die einen demokratischen und ökonomisch tragfähigen Rahmen für dezentral ausgerichtete digitale Plattformen ermöglichen.

### **Die Digitale Agenda Barcelonas – ein mögliches Gegennarrativ?**

Es gibt inzwischen vielfältige Versuche, auf städtischer Ebene alternative Digitalisierungsstrategien jenseits der Dominanz von Technologie- und Internetkonzernen zu verfolgen. Interessante Ansätze bietet die Digitale Agenda von Barcelona. Bis 2015 basierte die Digitalisierungsstrategie der katalanischen Metropole auf einer sehr engen Kooperation mit den Global Playern in diesem Felde: Die Stadt organisierte jährlich einen internationalen Smart-City-Kongress und wurde 2015 zur „Smartest City in the World“ gekürt. Doch nach dem Wahlsieg der Bürgerplattform „Barcelona en Comú“ und der Übernahme des Rathauses durch eine neue Generation von Politikerinnen und Politikern änderte sich die Politik radikal. 2016 stellte die neue Stadtverwaltung ihre Digitale Agenda vor, die sie zusammen mit der Bevölkerung, wissenschaftlichen Einrichtungen und technischen Expertinnen und Experten erarbeitet hatte.<sup>15</sup> Im Mittelpunkt dieser Agenda steht das Ziel einer „Technologie-Souveränität“, verbunden mit der Philosophie einer „commons-basierten“ Stadtökonomie. Im Rahmen einer „Digital Transformation Roadmap“ werden Leitlinien formuliert, die die Verwendung von Open-Source-Software, Open Standards und offenen Architekturen vorse-

15 Vgl. Evgeny Morozov und Francesca Bria, *Die Smarte Stadt neu denken*, a.a.O., S. 70.

hen. Gleichzeitig werden ethische Kriterien zum Umgang mit Daten festgelegt und das Prinzip der Datensouveränität der Bürgerinnen und Bürger als Ziel benannt. Grundsätzlich soll das Prinzip gelten, dass Daten ein öffentliches Gut sein müssen, das den Bürgerinnen und Bürgern gehört und nicht Privatfirmen überlassen wird.

Selbstverständlich kann eine einzelne Stadt nur schwer eine derart anspruchsvolle Agenda umsetzen. Barcelona versucht deshalb, ein Netzwerk von Städten aufzubauen, die im Bereich der Open-Source-Software und der offenen städtischen Plattformen, insbesondere beim Datenmanagement, zusammenarbeiten. Zusammen mit Amsterdam beteiligt sich Barcelona an dem von der Europäischen Kommission finanzierten Projekt DECODE mit dem Ziel, dezentrale Dateninfrastrukturen zu errichten, bei denen die Datenhoheit und -kontrolle den Bürgerinnen und Bürgern obliegt.

Die digitalen Technologien sollen in Barcelona auch genutzt werden, um die lokale Wirtschaft zu stärken und das produktive Gewerbe wieder in die Stadt zu holen, mit dem perspektivischen Ziel einer Kreislaufwirtschaft. Eine entscheidende Rolle dabei spielen in Barcelona die FabLabs, die auf der 3-D-Druck-Technologie basierenden Kleinwerkstätten und Minifabriken, die in einem städtischen Netzwerk verknüpft und in das internationale Fab-City-Netzwerk eingebunden sind. Dabei geht es aber nicht nur um die Stärkung der lokalen Ökonomie, sondern auch um die Förderung einer digitalen *literacy*, also einer digitalen Mündigkeit und Qualifizierung. Dazu wurde die alte Idee der katalanischen Athenäum-Bildungsvereine aufgegriffen und mit dem Konzept der FabLabs kombiniert: Es entstand das sogenannte *Ateneus de Fabricació*, ein Schulungs-FabLab im Quartier für Schulen, Familien und soziale Innovationen, in dem die Menschen ihre Scheu vor den neuen Technologien überwinden und selbstständig oder unter Anleitung experimentieren können.

Das neue, smarte Barcelona stützt sich allerdings nicht nur auf digitale Technologien. Die Stadtregierung hat beispielsweise auch mehr Fahrradwege gebaut und die sogenannten Superblocks („superilles“) ausgewiesen, das sind Stadtbereiche, die vom Autoverkehr befreit sind und in denen Grünanlagen für die lokale Bevölkerung entstehen. So bekommt das Prinzip des „Rechts auf Stadt“ eine neue Qualität im Sinne einer Rückeroberung des städtischen Raumes als Lebensraum der lokalen Bevölkerung.

Ob Barcelona seine neue Form der Smart City tatsächlich als ein wirksames Gegenkonzept zum Konzept der Konzerne entwickeln und die Ziele einer Technologie- und Datensouveränität einlösen kann, bleibt abzuwarten. Es ist allerdings zu hoffen, dass dieses Gegenarrativ konzeptuell weiter profiliert wird. Vor allem aber sollte es über gesellschaftliche Experimente nicht zuletzt auch in anderen Städten gestärkt werden.

# Der Todesmarsch als Gemeinschaftsverbrechen

Von **Barbara Distel**



Martin Clemens Winter, *Gewalt und Erinnerung im ländlichen Raum. Die deutsche Bevölkerung und die Todesmärsche*, Metropol Verlag, Berlin 2018, 29,90 Euro.

Die Erinnerung an die Reichspogromnacht, die sich an diesem 9. November zum 80. Mal jährt und die den Beginn der systematischen Judenverfolgung durch die Nationalsozialisten markiert, ist fest in der bundesrepublikanischen Gedenkkultur verankert. Weit weniger Beachtung findet bisher indes das letzte nationalsozialistische Massenverbrechen: Die Räumung der Konzentrationslager kurz vor dem Eintreffen der alliierten Truppen und die sich anschließenden Todesmärsche. Diese begannen im Juli 1944 kurz vor der Befreiung des Todeslagers Majdanek bei Lublin durch Einheiten der Roten Armee und endeten im Mai 1945 in Österreich, wo das Konzentrationslager Mauthausen bei Linz am 5. Mai als letztes Hauptlager von US-Truppen befreit wurde. Die Zahl der Häftlinge, die im Laufe dieser zehn Monate – ihre Befreiung vor Augen – noch zu Tode kamen, kann aufgrund der schlechten Quellenlage nur

geschätzt werden, sie wird jedoch auf mindestens 200 000 bis 350 000 Opfer beziffert. Diesem Verbrechen widmet sich die nun als Buch vorliegende Dissertation von Martin Clemens Winter „Gewalt und Erinnerung im ländlichen Raum. Die deutsche Bevölkerung und die Todesmärsche“. Sie leistet einen herausragenden Beitrag nicht nur zur Aufklärung historischer Fakten, sondern ebenso zur Sozialgeschichte der deutschen „Volksgemeinschaft“ im ländlichen Raum in dieser Zeit – und fördert brisante Erkenntnisse zu Tage. Denn noch immer werden die Todesmärsche in der allgemeinen Wahrnehmung ausschließlich der SS zugeordnet – die Rolle der Bevölkerung als Teil einer Verbrechensgemeinschaft gerät dabei aus dem Blick. Sie wird bis heute vor allem als Opfer oder Helfer gesehen. Diese Sicht stellt Winters Forschung in Frage. Gerade deshalb verdient sie ein breites Interesse, auch über die historische Zunft hinaus.

Der in Nordhausen am Harz unweit des Geländes des ehemaligen Konzentrationslagers Mittelbau-Dora geborene Historiker hatte sich schon als Jugendlicher mit der Geschichte der KZ-Verbrechen beschäftigt und konnte sich deshalb auf ein breites Vorwissen stützen. Es entstand die erste deutsche Studie, die das gesamte Spektrum der KZ-Räumungen innerhalb Deutschlands in den Blick nimmt. Die Darstellung beschränkt sich allerdings nicht auf den Verlauf der Todesmärsche und -transporte und die dort begangenen Verbrechen, sondern nimmt auch die Ahndung und Erinnerung in den Blick. Zunächst beschreibt Winter den geografischen Raum, durch den die Häftlinge auf Fußmärschen oder zusammengedrängt in Güterwaggons von Osten nach Westen, von Westen nach Osten und schließlich von Norden nach Süden getrieben oder transportiert wurden. Wer aus Erschöpfung nicht weiterlaufen konnte oder zu fliehen versuchte, wurde erbarmungslos erschossen. Dies geschah flächendeckend und vor den Augen der Bevölkerung: Sie reagierte überwiegend mit Indifferenz, leistete aber auch tatkräftige Unterstützung bei Mord und Totschlag. Nur deshalb funktionierte der Ablauf der Evakuierungen, der nicht mehr zentral gesteuert war. Der Massenmord wurde so zu einem öffentlichen Gemeinschaftsverbrechen. Kleinere Orte und deren ländliches Umfeld sowie provisorisch geschaffene Notunterkünfte verwandelten sich in Mordstätten und Hinrichtungsplätze der zu Tode Erschöpften. Wurden die Toten anfangs auf den lokalen Friedhöfen bestattet, so verscharrte man sie kurz vor Eintreffen der Alliierten nur noch am Wegrand, im Wald oder auf dem Acker, um ihre Spuren zu verwischen.

Detailliert analysiert Winter die Akteure, die mit den Kolonnen der Marschierenden oder mit den überfüllten Güterwaggons während deren Aufenthalt an Bahnhöfen oder auf freier Strecke konfrontiert wurden, ihre unterschiedlichen Haltungen und Handlungen – auch die unterlassenen. Zu ihnen gehörten, außer den begleitenden SS-Wachmannschaften, örtliche Vertreter von Verwaltung und Partei wie Bürgermeister, Ortsgruppenleiter der NSDAP, Angehörige von Polizei und Gendarmerie, Volkssturm und Hitlerjugend. Hinzu kamen örtliche Honoratioren wie Lehrer und Pfarrer, die gefordert waren, Stellung zu beziehen und zu handeln. Auch die lokale Bevölkerung war, obwohl zumeist in der Rolle unbeteiligter Zuschauer, aktiver Teil des Geschehens. Denn überall in Deutschland wurden die Häftlingskolonnen und die überfüllten Güterwaggons als Bedrohung wahrgenommen, was zusammen mit der Angst vor dem befürchteten Chaos des Kriegsendes die Abwehr gegen die Elendsgestalten verstärkte. Hasspropaganda gegen die angeblich gefährlichen fremden Gewalttäter unterstützte das Bedürfnis, sich des Problems möglichst schnell zu entledigen. Man war vor Ort nicht bemüht, Hilfe zu organisieren, sondern wollte, dass die Kolonnen weitermarschierten und die Waggons wieder abfuhrten. Unter dem Stichwort „Situationen“ werden schließlich die Zuschauer und ihre Handlungsspielräume zwischen unbeteiligter Beobachtung, versuchter Hilfeleistung oder Denunziation von Flüchtenden an einer Vielzahl von Beispielen beleuchtet. Sie reichen von der Erschießung einzelner Flüchtender bis hin zur Beteiligung an Massentötungen. Zwar gab es auch Hilfeleistungen, doch sie lassen sich kaum quan-

tifizieren – im Nachhinein aber wurden sie überall in den Mittelpunkt der Berichterstattung gerückt.

Nur dank der jahrzehntelang in Ost wie West geführten Ermittlungen fiel das Thema nicht dem Vergessen anheim, wurde die Verstrickung der Bevölkerung festgeschrieben und kann das angesammelte Wissen auch zukünftig für die Forschung und die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Folgen der NS-Verbrechen nutzbar gemacht werden. Dennoch wurde insgesamt nur ein Bruchteil der an den Verbrechen Beteiligten zur Verantwortung gezogen. Deshalb, so urteilt Winter, müsse die strafrechtliche Ahndung der Lageräumungen als gescheitert betrachtet werden.

Der abschließende Teil zur Erinnerung an die Opfer der Räumungstransporte beginnt mit den Aktionen der Alliierten, die auf ihren Vormärschen auf Reste von Massakern, die von den Wachmannschaften zurückgelassenen Marschkolonnen und die Toten und Überlebenden in den Güterwagons stießen. Vor allem die westlichen Alliierten konfrontierten die deutsche Bevölkerung mit den Gräueltaten vor ihrer Haustür. Sie zwangen sie zur Teilnahme an den Exhumierungen und anschließenden Bestattungen in zumeist neu errichteten Friedhöfen und Gedenkstätten. Diese öffentlichen Veranstaltungen, deren Bilder um die Welt gingen, waren Strafaktion und gleichzeitig Teil der versuchten Reeducation der deutschen Bevölkerung, die zu Gesinnungswandel und Scham über die Verbrechen führen sollten.

In einem Vergleich zwischen Sachsen und Bayern legt der Autor schließlich die Entwicklung des Gedenkens in beiden Teilen Deutschlands dar. Während in der DDR vor allem der politischen Gefangenen unter den Opfern gedacht wurde, ging es in Bayern ebenfalls nicht um konkrete Aufklärung von historischen Fakten und die Differenzierung der Opfergruppen, sondern vor allem um die Reduzierung der Sichtbarkeit und finanzielle Einsparung. In Ost wie West wurde das Kapitel Todesmärsche zu Beginn der 1950er Jahre als abgeschlossen betrachtet. Erst im Laufe der 1980er Jahre wurde dem Thema in beiden deutschen Staaten wieder verstärkte Aufmerksamkeit zuteil. In der DDR beschäftigte es regimiekonforme „junge Historiker“; in der Bundesrepublik begann im Zusammenhang mit vielerorts außerhalb der etablierten Historikergemeinschaft entstehenden Geschichtswerkstätten die Aufarbeitung von nationalsozialistischer Lokalgeschichte, wie auch der KZ-Außenlager und der Todesmärsche. Nach 1990 entwickelte sich eine gesamtdeutsche Sicht auf die nationalsozialistischen Verbrechen und ein zunehmendes Forschungsinteresse, das im Jahr 1995 anlässlich der 50. Wiederkehr der Befreiung der Lager einen Höhepunkt erreichte. Doch die vielfachen Bemühungen um Aufarbeitung und Etablierung einer dauerhaften Gedenkkultur haben auch heute noch mit Abwehr und Verdrängung zu kämpfen. Gerade jetzt, wo die Erinnerung an die NS-Verbrechen von rechter Seite wieder zunehmend in Frage gestellt wird, sind Martin Clemens Winters Forschungen von herausragender Bedeutung. Denn seine Studie setzt nicht nur den zahllosen zumeist namenlosen Opfern der Todesmärsche ein Mahnmal, sondern bietet der heutigen Gesellschaft auch ein Lehrstück zur Wirkmächtigkeit der nationalsozialistischen Vergangenheit.

**Auf unserer Website [www.blaetter.de](http://www.blaetter.de) stellen wir fortlaufend wichtige Dokumente zum aktuellen Zeitgeschehen bereit. Sie finden dort unter anderem:**

- **»Die Rückkehr von Kindern nach Afghanistan muss gestoppt werden«**  
Bericht von Save the Children, 16.10.2018
- **»Jeder fünfte EU-Bürger ist von Armut bedroht«**  
Mitteilung von Eurostat, 16.10.2018
- **»Ein vollständig auf erneuerbaren Energien beruhendes Stromsystem ist möglich«**  
Studie des WWF Deutschland, 16.10.2018
- **»Klare Kante gegen rechts!«**  
Rede von Hans-Jürgen Urban bei der „unteilbar“-Kundgebung, 13.10.2018
- **»1,3 Millionen Menschen wurden zwischen 1998 und 2017 durch Klima- und geophysikalische Katastrophen getötet«**  
Bericht des UN-Büros für Katastrophenvorsorge (UNISDR), 10.10.2018 (engl. Originalfassung)
- **»Nach einem harten Brexit könnte der Handel mit Großbritannien um bis zu 50 Prozent einbrechen«**  
Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, 9.10.2018 (engl. Originalfassung)
- **»Die Welt steuert auf eine Erwärmung von bis zu 4 Grad zu«**  
Sonderbericht des Weltklimarats, 8.10.2018 (engl. Originalfassung)
- **»Die AfD ist antidemokratisch, menschenverachtend und in weiten Teilen rechtsradikal«**  
Erklärung der großen jüdischen Organisationen in Deutschland, 4.10.2018
- **»Der Miteinander e.V. braucht jetzt die Solidarität von uns allen!«**  
Zivilgesellschaftlicher Solidaritätsaufruf, 1.10.2018
- **»Mehr als 30 Prozent der Deutschen sind populistisch eingestellt«**  
Studie des Wissenschaftszentrum Berlin und der Bertelsmann-Stiftung, 1.10.2018
- **»Wenn alles bleibt, wie es ist, wird uns die Zukunft sehr hart treffen«**  
Rede der Journalistin Laura Meschede zu ihrer Ablehnung des Helmut-Schmidt-Journalistenpreises, 27.9.2018
- **»Menschenrechte sollen Vorrang vor Handels- und Investitionsabkommen erhalten«**  
Aufruf von attac und medico international, 26.9.2018
- **»Katholische Geistliche haben in Deutschland mindestens 3677 Kinder und Jugendliche sexuell missbraucht«**  
Studie im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz, 24.9.2018

# Chronik des Monats September 2018

**1.9. – Brasilien.** Der frühere Präsident Lula da Silva (2003 bis 2010), der sich erneut um das höchste Staatsamt bewirbt, wird per Gerichtsbeschluss von den Präsidentschaftswahlen im Oktober d.J. ausgeschlossen. Lula, Kandidat der Linkspartei Partido dos Trabalhadores (PT), war unter dem Vorwurf der Korruption in zweiter Instanz verurteilt worden.

– **Nikaragua.** Auf Druck der Regierung von Präsident Ortega müssen die Beobachter der UN-Menschenrechtskommission das Land verlassen. Nach kritischen Berichten über die Niederschlagung von Protesten in Nicaragua hatte Ortega das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte als ein „Instrument von Terrorpolitik, Lüge und Niedertracht“ bezeichnet, dessen Berichte seien parteiisch und einseitig. Überhaupt seien die Vereinten Nationen ein „Werkzeug der Mächtigen und ihrer Todespolitik“.

– **Sachsen.** Nach dem Tod eines jungen Mannes bei Auseinandersetzungen am Rande eines Stadtfestes in Chemnitz in der Vorwoche kommt es in der sächsischen Stadt zu einer Großdemonstration rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gruppen. Dabei gehen Pegida, Pro Chemnitz und Teile der AfD gemeinsam auf die Straße. Kirchen, Parteien und Gewerkschaften hatten zu Gegenkundgebungen aufgerufen.

**2.9. – Syrienkonflikt.** Der iranische Außenminister Zarif teilt während eines Aufenthalts in Damaskus mit, sein Land werde die syrische Führung bei dem erwarteten Großangriff auf die Rebellenhochburg Idlib unterstützen. „Wir müssen die restlichen Terroristen in Teilen Idlibs bekämpfen.“ – Am 4.9. nimmt die russische Luftwaffe nach wochenlanger Feuerpause ihre Angriffe auf die Provinz Idlib wieder auf. Kampffljets bombardieren mehrere Ortschaften. – Vom 6.-7.9. konferieren der Iran, Russland und die Türkei auf einem Gipfel in Teheran über die Lage. – Am 17.9. einigen sich die Präsidenten Putin (Russland) und Erdogan (Türkei) bei einer Zusammenkunft in Sotschi auf ein gemeinsames Vorgehen. Entlang der Konfliktlinie in Idlib soll eine demilitarisierte Zone gebildet werden, beide Staaten wollen die Sicherheit

in dieser Pufferzone garantieren. Die syrische Regierung in Damaskus begrüßt die Einigung. – Am 27.9. fordern die Außenminister von sieben Staaten in einer Erklärung die Vereinten Nationen auf, umgehend einen Verfassungskonvent zu organisieren, um eine neue Verfassung für das Bürgerkriegsland Syrien als „Grundlage für freie und faire Wahlen unter UN-Aufsicht“ auszuarbeiten. An der Initiative sind Ägypten, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Jordanien, Saudi-Arabien und die USA beteiligt.

**3.9. – USA.** Präsident Trump übt Kritik an Justizminister Sessions. Der Minister hatte zwei Kongressabgeordnete, die den Republikanern, der Partei des Präsidenten angehören, wegen Finanzkriminalität unter Anklage gestellt. In den Medien wird Trump die erneute Einmischung in das Justizsystem vorgeworfen. – Am 7.9. übt der frühere Präsident Obama zwei Monate vor den Kongresswahlen scharfe Kritik an seinem Nachfolger. In einer Rede im Bundesstaat Illinois fordert Obama die Amerikaner auf, Trump bei den Zwischenwahlen abzustrafen.

**5.9. – Naher Osten.** Das Oberste Gericht Israels gibt Grünes Licht für den Abriss eines Beduinendorfes im besetzten Westjordanland. Die Siedlung Khan al-Ahmar hat rund 170 Einwohner. – Am 26.9. lässt US-Präsident Trump im Gespräch mit Israels Regierungschef Netanjahu am Rande der UN-Generalversammlung in New York seine Unterstützung für eine Zwei-Staaten-Lösung im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern erkennen. Er wolle in „zwei, drei oder vier Monaten“ einen Friedensplan für den Nahen Osten vorlegen. Die amerikanische Regierung hatte zuvor die Schließung der PLO-Vertretung in Washington angeordnet und mehrfach die Finanzhilfen für die Palästinenser gekürzt, darunter für sechs Spitäler in Ostjerusalem. Dies sei keine Formel, um Frieden zu schaffen, sondern eine völlig unmenschliche und unmoralische Handlung, heißt es bei der Autonomiebehörde in Ramallah.

**7.9. – USA/BRD.** Der amerikanische Botschafter Grenell kündigt in Berlin die Entsendung von zusätzlich 1500 Soldaten nach

Deutschland an, wo derzeit schon 34800 US-Militär stationiert sind. Die neuen Einheiten würden bis 2020 in die Bundesrepublik verlegt. Bundesverteidigungsministerin von der Leyen begrüßt die Truppenaufstockung als willkommenes Zeichen für die Vitalität der transatlantischen Beziehungen.

**8.9. – Griechenland.** Regierungschef Tsipras kündigt für die kommenden Jahre eine stufenweise Erhöhung des Mindestlohns und der Renten sowie eine Senkung der Steuern an. Die Reformen müssten jedoch fortgesetzt und Investitionen verstärkt werden. Man sei entschlossen, alle den Gläubigern gegebenen Zusicherungen einzuhalten. Nach dem Ausscheiden Griechenlands aus dem „Rettungsschirm“ der Euro-Gruppe hatte sich Tsipras am 21.8. im Fernsehen an seine Landsleute gewandt und von einem „Tag der Erlösung“ und einem Neuanfang gesprochen.

**9.9. – Schweden.** Bei den Parlamentswahlen muss die Minderheitsregierung von Sozialdemokraten (SAP) und Grünen (MpG) Verluste hinnehmen. Die Sozialdemokraten von Regierungschef Stefan Löfven erzielen das schlechteste Resultat seit 100 Jahren, bleiben aber knapp stärkste Partei. Die Schwedendemokraten (SD), die als „rechtsaußen“ gelten, können zulegen. Löfven bleibt zunächst geschäftsführend im Amt, wird aber am 29.9. durch ein Misstrauensvotum im Parlament gestürzt.

**10.9. – UNO.** Die neue Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet (vgl. „Blätter“, 10/2018, S. 126), äußert sich in ihrer Antrittsrede vor dem Menschenrechtsrat in Genf besorgt über „ausländerfeindliche Hassreden in Deutschland“. Bachelet fordert eine Migrationspolitik, „die sich an der Realität orientiert und nicht an Panik“. – Am 18.9. beginnt in New York unter dem Vorsitz von Maria Fernanda Espinosa Garces (Ecuador) die 73. Generalversammlung der Vereinten Nationen (2018/19). Die Generaldebatte (25.9 bis 1.10.) wird traditionell vom Vertreter des Gastlandes, US-Präsident Trump, eröffnet. Am 26.9. wird der Internationale Tag für die vollständige Abschaffung von Nuklearwaffen begangen. Bundesaußenminister Maas beklagt am 28.9. in seiner Rede die gegenwärtige „Krise des Multilateralismus“, die Konflikte weltweit scheinbar unlösbar werden lasse. Einen Widerspruch zwischen Multilateralismus und Souverä-

nität gebe es nicht: „In einer Welt, die vor immensen globalen Problemen steht, kann Souveränität überhaupt nur durch Zusammenarbeit gewahrt werden.“

**11.-15.9. – Russland.** Die Armee hält in Sibirien und im Fernen Osten das Großmanöver „Wostok“ (Osten) ab, bei dem u.a. 300000 Soldaten, 36 000 Panzer, mehr als 1000 Flugzeuge sowie Schiffe der Pazifik-Flotte zum Einsatz kommen. Nach den Worten von Generalstabschef Gerassimow handelt es sich um die größte Übung seit 1981, die sich gegen kein anderes Land richte. Bei einem Manöverbesuch am 13.9. lobt Präsident Putin die Teilnahme Chinas und der Mongolei: „Unsere Waffenbrüderschaft hat eine lange und feste Tradition.“

**12.9. – EU.** Kommissionspräsident Juncker warnt in seiner Botschaft zur Lage der Union im Europäischen Parlament in Straßburg vor dem wachsenden Einfluss rechter Kräfte. Angesichts globaler Krisen plädiert Juncker für mehr europäische Souveränität. Die Welt von heute brauche ein starkes und geeintes Europa. Der Zwang zu einstimmigen Entscheidungen müsse aufgehoben werden, um die Europäische Union handlungsfähiger zu machen. Die Kommission wolle im letzten Jahr ihrer Amtszeit auch das Projekt der Verteidigungsunion vorantreiben. Ebenfalls am 12.9. beschließt das Europäische Parlament die Einleitung eines Rechtsstaatsverfahrens gegen Ungarn mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit. Die Entscheidung auf der Grundlage von Artikel 7 des EU-Vertrages fällt mit 448 gegen 197 Stimmen. – Vom 18.-19.9. ist die österreichische Ratspräsidentschaft Gastgeber eines Gipfels in Salzburg. Zur Diskussion steht der Plan der Kommission, die europäische Grenzschutzagentur Frontex bis 2020 auf 10000 Einsatzkräfte aufzustocken. – Am 24.9. verklagt die Kommission Polen vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH). Anlass ist die Zwangspensionierung zahlreicher Mitglieder des Obersten Gerichts als Teil einer umstrittenen Justizreform.

**14.9. – Korea.** Im Industriepark Kaesong, zehn Kilometer nördlich der innerkoreanischen Grenze wird ein gemeinsames Verbindungsbüro der beiden koreanischen Staaten eröffnet, das den grenzüberschreitenden Austausch verbessern soll. Vorgesehen sind ein gemeinsamer Konferenzraum und getrennte Büros für die Vertreter der

Republik Korea (Südkorea) und der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea). – Am 18.9. trifft der südkoreanische Präsident Moon Jae-in in der nordkoreanischen Hauptstadt ein, wo er von Kim Jong-un begrüßt wird. Nach der Unterzeichnung einer „Erklärung von Pjöngjang“ bekräftigt Jong-un am 19.9. in Anwesenheit Moons: „Wir haben vereinbart, die koreanische Halbinsel zu einem Land des Friedens ohne Atomwaffen und ohne nukleare Bedrohung zu machen.“

– **BRD/Russland.** Der russische Außenminister Lawrow plädiert in einer Grundsatzzrede vor dem deutsch-russischen Forum in Berlin für eine Neuausrichtung der Beziehungen seines Landes mit der Europäischen Union: „Wir sollten eine Renovierung des gemeinsamen Europäischen Hauses anpacken.“ Deutschland könne dabei eine führende Rolle einnehmen: „Von der deutschen Position hängt vieles ab.“

– **OAS.** Der Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten/OAS, Almagro Lemes (Uruguay), erklärt während eines Besuches in Kolumbien, das Regime von Präsident Maduro missachte die Menschenrechte und habe „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ begangen. In Venezuela herrsche „Diktatur“. Hinsichtlich einer Militärintervention sollten „wir keine Option ausschließen“.

**18.9. – Polen/USA.** Bei einem Besuch des polnischen Präsidenten Duda bei Präsident Trump in Washington setzt sich die polnische Seite für eine dauerhafte Stationierung amerikanischer Truppen auf polnischem Territorium ein. Duda erklärt auf einer Pressekonzferenz, eine solche Militärbasis könne „Fort Trump“ genannt werden.

**22.9. – Iran.** Bei einem Anschlag auf eine Militärparade in der Stadt Ahwaz aus Anlass des Sturzes von Saddam Hussein im September 1980 werden fast 30 Personen getötet und mehr als 50 verletzt. Revolutionsführer Ajatollah Khamenei bezeichnet die Täter als „Söldner-Terroristen“. Ihr Verbrechen sei Teil der Verschwörung der von den USA unterstützten Regime in der Region, die den Iran destabilisieren sollten.

**23.9. – Bundesregierung.** Der Chef des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) Hans-Georg Maaßen muss seinen Posten räumen und wird als „Sonderberater“ in das von Bundesinnenminister Seehofer (CSU) ge-

leitete Innenministerium versetzt. Maaßen steht vor allem wegen mehrdeutiger Äußerungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in der Kritik. Die Begleitumstände der Personalie führen zu öffentlich ausgetragenen Auseinandersetzungen innerhalb der Großen Koalition. In „letzter Minute“, so heißt es in Berlin, seien ein Auseinanderbrechen der Regierung und drohende Neuwahlen vermieden worden.

– **Großbritannien.** Auf dem beginnenden Labour-Parteitag in Liverpool votieren die Delegierten mit großer Mehrheit für ein zweites Brexit-Referendum. Eine Abkehr vom EU-Austritt solle nicht ausgeschlossen werden. Premierministerin May lehnt den Labour-Vorschlag ab, Neuwahlen abzuhalten. Wahlen seien nicht im nationalen Interesse. In Birmingham wird am 30.9. der Parteitag der Konservativen eröffnet, in dessen Mittelpunkt die Möglichkeiten eines „weichen“ oder „harten“ Brexit stehen.

**25.9. – Russland/Ukraine.** Das Außenministerium in Moskau bestätigt den Eingang einer Note aus Kiew. Die ukrainische Regierung teile mit, man werde den am 1. April 2019 auslaufenden Vertrag über strategische Partnerschaft zwischen beiden Ländern nicht verlängern. Die Ukraine strebt die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und der Nato an.

**26.9. – Bundespräsident.** Vor der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) weist Bundespräsident Steinmeier die populistische Kritik an der Parteiendemokratie zurück. Wer von einem „wahren Volkswillen“ rede, der sei für eine Mehrheitsherrschaft ohne offene Willensbildung und rechtsstaatliche Schranken. Jedoch sei nicht jeder, der die etablierten Parteien nicht möge, ein Populist.

**27.-29.9. – BRD/Türkei.** Auf Einladung von Bundespräsident Steinmeier kommt der türkische Präsident Erdogan zu einem Staatsbesuch in die Bundesrepublik. Erdogan wird mit militärischen Ehren empfangen, nimmt an einem Bankett im Schloss Bellevue, dem Amtssitz des Bundespräsidenten, teil und eröffnet offiziell am 29.9. die Großmoschee in Köln. Die Einladung an Erdogan und das Format des Besuches sind in der Öffentlichkeit höchst umstritten. In Berlin, Köln und anderen Städten wird demonstriert und die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in der Türkei gefordert.

# Zurückgeblättert...

Zum 40. Jahrestag des deutschen Schicksalsdatums, den 9. November 1918, schrieb der große Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel einen gleichermaßen grundlegenden wie auch heute noch aktuellen Essay: »Geschichtsbewußtsein, Krieg und Wirtschaft«, in: »Blätter«, 11/1958, S. 839-846.

**Den Text finden Sie wie gewohnt auf [www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)**

---

## Die Blätter für deutsche und internationale Politik erscheinen als Monatszeitschrift.

<b>Verlag:</b>	Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Berlin, Torstraße 178, 10115 Berlin; Postfach 540246, 10042 Berlin Amtsgericht Berlin Charlottenburg HRB 105991 B Finanzamt für Körperschaften II, Berlin St.-Nr. 37/239/21010
<b>Gesellschafter:</b>	Daniel Leisegang, Albrecht von Lucke, Annett Mängel
<b>Geschäftsführerin:</b>	Annett Mängel, Telefon 030/3088-3643, Fax 030/3088-3645
<b>Bankverbindung:</b>	Postbank Köln (BLZ 370 100 50), Kto. 147993-502 IBAN: DE54370100500147993502, BIC: PBNKDEFF
<b>Vertrieb:</b>	Berit Lange-Miemiec, Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 54 02 46, 10042 Berlin Telefon 030/30 88 36 44, Fax- 36 45 (wochentags außer Mittwoch von 10:30 bis 17 Uhr) E-Mail: <a href="mailto:abo@blaetter.de">abo@blaetter.de</a> , Internet: <a href="http://www.blaetter.de">www.blaetter.de</a>
<b>Redaktion:</b>	Anne Britt Arps, Daniel Leisegang, Albrecht von Lucke, Annett Mängel, Steffen Vogel
<b>Anschrift:</b>	Torstraße 178, 10 115 Berlin; Postfach 540246, 10042 Berlin Telefon 030/3088-3640 (Zentrale), -3641 (Arps), -3641 (Vogel), -3642 (v. Lucke), -3643 (Mängel), -3646 (Leisegang) Fax 030/3088-3645, E-Mail: <a href="mailto:redaktion@blaetter.de">redaktion@blaetter.de</a>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bücher etc. keine Gewähr. Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

<b>Auflage:</b>	11 000
<b>Anzeigen:</b>	Telefon 030/3088-3646. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 28.
<b>Druck:</b>	LOCHER Print + Medien GmbH, Lohmar



An der Ausgabe wirkten als Praktikanten Michael Haßlbeck und Maximilian Klotz mit.

**Blätter-Gesellschaft:** Die gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung politisch-wissenschaftlicher Publizistik und demokratischer Initiativen e.V., vormals abgekürzt „Blätter-Förderverein“, gibt in Verbindung mit dem Herausgeberkreis der Zeitschrift die Blätter für deutsche und internationale Politik heraus. Ihr stehen Dr. Corinna Hauswedell, Dr. Wolfgang Zellner und Christoph Wagner vor. Die „Blätter“ erscheinen zugleich als Mitgliederzeitschrift der Gesellschaft. Beiträge – ab 12,50 Euro monatlich – und Spenden sind steuerabzugsfähig. Sitz: Bonn, Beringstr. 14, 53 115 Bonn; Büro Berlin: Postfach 54 02 46, 10042 Berlin. Bankverbindung: Santander Bank IBAN: DE26 5003 3300 1028 1717 00, BIC: SCFBDE33XXX.

**Preise:** Einzelheft 10 Euro, im Abonnement jährlich 84,60 Euro (ermäßigt 67,20 Euro). Alle Preise inklusive Versandkosten. Auslandszuschläge auf Anfrage. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums beim Verlag schriftlich gekündigt wurde.

Das Register des laufenden Jahrgangs erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 12/2018 wird am 30.11.2018 ausgeliefert.  
© Blätter für deutsche und internationale Politik. ISSN 0006-4416. G 1800 E

## Autorinnen und Autoren dieses Heftes

**Chimamanda Ngozi Adichie**, geb. 1977 in Enugu/Nigeria, Kommunikations- und Politikwissenschaftlerin sowie Afrikanistin, Schriftstellerin, vielfach international ausgezeichnet, lebt in Nigeria und den USA.

**Layla Al-Zubaidi**, geb. 1973 in Heidelberg, Ethnologin, Leiterin des Südafrika-Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Kapstadt/Südafrika.

**Georg Auernheimer**, geb. 1939 in Trostberg/Oberbayern, Prof. em. für Erziehungswissenschaften an den Universitäten Marburg und Köln.

**Anthony Barnett**, geb. 1942, Publizist, Mitgründer und langjähriger Chefredakteur von „openDemocracy“.

**Jonathan Barth**, geb. 1989 in Augsburg, Geschäftsführer des Instituts für zukunftsfähige Ökonomien (ZOE).

**Arno Brandt**, geb. 1955 in Rhauderfehn, Dr. rer. pol., Ökonom, Dozent am Institut für Umweltplanung der Universität Hannover.

**Christopher R. Browning**, geb. 1944 in Turin/Italien, Historiker, Prof. em. für Geschichte an der University of North Carolina/USA.

**Barbara Distel**, geb. 1943 in Pähl/Oberbayern, Dr. phil. h.c., Kuratorin und Publizistin, Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau von 1975-2008.

**Tamara Ehs**, geb. 1980 in Wien, Dr. phil., Politikwissenschaftlerin, Vorsitzende der IG Demokratie sowie Lehrbeauftragte an der Universität Wien.

**Christiane Florin**, geb. 1968 in Troisdorf, Politikwissenschaftlerin, Redakteurin beim Deutschlandfunk.

**Benjamin Franta**, Ph.D., Physiker, Doktorand an der Stanford University in Kalifornien/USA.

**Jens Hacke**, geb. 1973 in Bonn, Dr. phil. habil., Historiker und Politikwissenschaftler, Vertretungsprofessur für Politische Theorie, Universität Greifswald.

**Kristin Helberg**, geb. 1973 in Heilbronn, Politikwissenschaftlerin, freie Journalistin und Buchautorin.

**Jan Kursko**, geb. 1967 in Hildesheim, freier Journalist in Berlin.

**Dieter Läßle**, geb. 1941 in Waiblingen, Dr. rer. pol., Prof. em. für Internationale Stadtforschung an der HafenCity Universität Hamburg.

**Albrecht von Lucke**, geb. 1967 in Ingelheim am Rhein, Jurist und Politikwissenschaftler, „Blätter“-Redakteur.

**Jochen Luckscheiter**, geb. 1981 in Weingarten, Politikwissenschaftler, Programmleiter im Südafrika-Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Kapstadt/Südafrika.

**Hendrik Puls**, geb. 1984, Soziologe und Lehrbeauftragter an der FH Bielefeld, bis Mai 2017 Referent der Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen für den NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags NRW.

**Bastian Reichardt**, geb. 1985 in Mönchengladbach, Dr. phil., freier Autor.

**Oliver Richters**, geb. 1986 in Wiesbaden, Physiker und Doktorand an der Universität Oldenburg, Gründer des Netzwerks Wachstumswende.

**Miriam Saage-Maß**, geb. 1978 in Berlin, Dr. jur., stellv. Legal Director beim European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) in Berlin.

**Andreas Siemoneit**, geb. 1967 in Köln, Physiker und Wirtschaftsingenieur, Geschäftsführer des Fördervereins Wachstumswende.

**Jürgen Trittin**, geb. 1954 in Bremen, Sozialwirt, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), 1998-2005 Bundesumweltminister, 2009-2013 Vorsitzender der Bundestagsfraktion der Grünen.

**Shoshana Zuboff**, geb. 1951, Ph.D., Prof. em. für Betriebswirtschaftslehre an der Harvard Business School in Massachusetts/USA.



10'18

**Chemnitz oder die vergiftete Demokratie**  
Petra Köpping

**Nach dem Crash ist vor dem Crash?**  
Rudolf Hickel

**Lobbyismus 2.0**  
Thilo Bode



9'18

**Die große Wut: Zehn Jahre Finanzkrise**  
John Lanchester

**Brasilien: Die Illusion der Versöhnung**  
Eliane Brum

**Der Fremde als Gefahr**  
Seyla Benhabib



8'18

**Europa oder: Unsere große Selbsttäuschung**  
Jürgen Habermas

**Politik als Kriegsführung**  
Steven Levitsky und Daniel Ziblatt

**Die Macht der Algorithmen**  
Danah Boyd



7'18

**Trump vs. Europa: Scherben einer Freundschaft**  
Tobias Diebel

**China oder Soziale Kontrolle 4.0**  
Katika Kühnreich

**Die gejagte Frau: Hass im Internet**  
Laurie Penny